Berichte, Analysen, Meinungen, Stellungnahmen, Interviews April 2017 bis August 2019

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.

ZUSAMMENHALTEN – ZUKUNFT GESTALTEN

LMDR

Profil der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.

Die LmDR ist die älteste und größte Organisation der Volksgruppe in der Bundesrepublik Deutschland und offen für alle Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion.

Der Verein wurde 1950 als „Arbeitsgemeinschaft der Ostumsiedler“ gegründet und 1955 in „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland“ umbenannt.

Die LmDR mit dem Bund der Vertriebenen als Dachverband bekennt sich zur „Charta der Deutschen Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 und versteht sich als Interessenvertretung, Hilfsorganisation und Kulturverein der Deutschen aus Russland nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Die LmDR verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke, ist überparteilich und überkonfessionell und sucht stets den Dialog mit allen demokratischen Parteien.

Familienzusammenführung sowie die soziale, gesellschaftliche, berufliche und religiöse Eingliederung in die deutsche Gesellschaft, Kultur-, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit gehören zu den wichtigsten Aufgaben der Landsmannschaft.

Die LmDR ist organisatorisch unterteilt in Landes- sowie rund 130 Orts- und Kreisgruppen, deren Vertreter bei der alle drei Jahre stattfindenden Bundesdelegiertenversammlung den ehrenamtlich tätigen Bundesvorstand wählen.

Koordiniert wird die Arbeit der LmDR durch die in Stuttgart ansässige Bundesgeschäftsstelle. Weitere Mitarbeiter (Redaktion des Vereinsorgans „Volk auf dem Weg“ sowie weiterer Publikationen, Beratungsstellen, Projektstellen) sind in Außenstellen im gesamten Bundesgebiet tätig.

Um die Aufklärungsarbeit über die Volksgruppe zu fördern, ist die landsmannschaftliche Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“ als ältestes und größtes Integrationsprojekt des Verbandes in mehreren identischen Fassungen bundesweit unterwegs.

Impressum

© 2019

Herausgeber:
Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.

Kontakt:
Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.
Raitelsbergstraße 49
70188 Stuttgart
Tel.: 0711-16659-0
Fax: 0711-16659-59
E-Mail: Kontakt@LmDR.de
www.LmDR.de
www.deutscheausrussland.de
www.facebook.com/LmDR.ev

Redaktion:
Hans Kampen

Gestaltung:
Ilja Fedoseev

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.:
Berichte, Analysen, Meinungen, Stellungnahmen, Porträts, Interviews
April 2017 bis Mai 2019

Inhalt

Politik

4 Zum Gedenken an Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl
5 Deutsche aus Russland in Wechselwirkung mit russischsprachigen Gruppen in Deutschland
6 Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Bundestag im Gespräch mit dem Bundesvorstand der LmDR
7 Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit den Deutschen aus Russland
8 Angekommen in der deutschen Politik?
9 April 2018: Dr. Bernd Fabritius neuer Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
10 Wahlverhalten der Deutschen aus Russland
11 Interview mit Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler
13 Politische Bildung als Zukunftsaufgabe
14 Bundesbeauftragter Fabritius trifft Johann Thießen
15 Interview mit Dr. Jens Baumann, Beauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen
16 Themen der Deutschen aus Russland im Fokus
17 Bernd Fabritius bleibt Präsident des Bundes der Vertriebenen. Johann Thießen ins Präsidium gewählt
17 Interview mit Silvia Stierstorfer, Ausssiedlerbeauftragte in Bayern
18 Steigende Tendenz beim Zuzug von Spätaussiedlern
19 Interview mit Heiko Hendriks, Aussiedlerbeauftragter in Nordrhein-Westfalen

Veranstaltungen

21 Zentrale Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Friedland 2017
23 Festveranstaltung „200 Jahre Auswanderung von Deutschen in den Kaukasus“
24 Landsmannschaft der Deutschen aus Russland gedenkt den Opfern des Sowjetregimes
25 Multiplikatorenschulung der LmDR zur Stärkung des Ehrenamtes
28 Vereins- und Projektmanagement auf der Tagesordnung
29 Zentrale Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Friedland 2018
30 100 Jahre Deutsche Wolgarepublik - eine kritische Würdigung
31 Bundesdelegiertenversammlung in Fulda
33 Gute Impulse zur erfolgreichen Vereinsarbeit

Grenzüberschreitende Maßnahmen

34 22. Deutsch-Russische Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen

34 Intensive Beratungen zur Situation der deutschen Sprache in Kasachstan
36 10 Jahre Partnerschaft: Landesgruppe Niedersachsen - Gebietszentrum für deutsche Kultur Tjumen
37 Deutsche aus Russland leisten wichtige Volksdiplomatie in schwieriger Zeit
37 LmDR und Deutsch-Kasachische Regierungskommission
38 Projekttage mit Partnern aus Perm in Niedersachsen
39 Offenburg - Syktywkar: Seit elf Jahren partnerschaftliche Beziehungen trotz aller Schwierigkeiten
40 Sprachcamps im Sommer 2018 in Kasachstan
40 LmDR bei der 23. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen
41 Bernd Fabritius: „Die Russlanddeutschen tragen wesentlich zum Dialog zwischen Russland und Deutschland bei."

Öffentlichkeitsarbeit

42 Russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler in den Massenmedien und als Faktor im Bundestagswahlkampf 2017
43 Landesgruppe NRW: Multiplikatorenschulung „Mein Beitrag zur Demokratie"
44 Deutschland - Heimat - Fremdes Land
44 Stellungnahme der LmDR zur „Essener Tafel"
45 Prinzipien der landsmannschaftlichen Integrationsarbeit
46 „Jeder von uns kann etwas tun!"
47 Das mediale Bild der Deutschen aus Russland
48 Interview mit Albina Baumann, Frauenbeauftragte der LmDR
49 „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart" - Die Wanderausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
50 Reaktionen auf die Wanderausstellung und das Unterrichtsprojekt der LmDR
53 Projekte der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Kultur, Geschichte

54 Bericht der Bundesregierung zum Kulturerbe der Deutschen im östlichen Europa
54 100 Jahre Deutsche Autonomie an der Wolga. Kalender 2018 der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
55 Die schönste Sprache der Welt
56 Interview mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder
57 „Platz in der Geschichte" für die Deutschen aus Russland
58 Russlanddeutsche Kulturtage 2018
59 Bernd Fabritius und Johann Thießen im Detmolder Museum
60 Schlüsselübergabe für das Bayerische Kulturzentrum der Deutschen aus Russland in Nürnberg
61 Johann Thießen: „Ohne die Vertreter der christlichen Kirchen wären unsere Veranstaltungen um vieles ärmer."

Soziales, Integration

62 Der Sozialausschuss der LmDR: „Ruhestand war gestern, malochen bis zum Tode ist heute das Schicksal von immer mehr Rentnerinnen und Rentnern."
63 Herzlichen Dank an die Schutzengel der Landsmannschaft!
64 Multiplikatorenschulung für Haupt- und Ehrenamtliche in Nürnberg
64 Über 46.000 ehemalige deutsche Zwangsarbeiter beantragen finanzielle Anerkennungsleistung
65 Ehrenamtliche - Goldschätze unserer Zeit
66 Wie der Deutsche Bundestag über die Deutschen aus Russland und ihre Rentenansprüche debattiert
67 Altersarmut bei Spätaussiedlern bekämpfen!
67 Fremdrente Thema im Bundesrat
67 Spätaussiedlerrente soll überprüft werden
67 LmDR begrüßt Überprüfung der Spätaussiedlerrente

Bitte beachten:

Die Inhalte der Sammelbroschüre reichen von April 2017 bis Mai 2019. In diesem Zeitraum ist es in einer Reihe von Institutionen und Gliederungen zu personellen Veränderungen gekommen, auf die zumeist nicht gesondert hingewiesen wird. Die beiden wichtigsten Veränderungen seien daher einleitend genannt:

- Am 11. April 2018 löste Prof. Dr. Bernd Fabritius Dr. Günther Krings im Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ab.
- Im Juni 2018 trat Johann Thießen die Nachfolge des zurückgetretenen Bundesvorsitzenden der LmDR, Waldemar Eisenbraun, an und wurde bei der Bundesdelegiertenversammlung des Verbandes im Oktober 2018 in seinem Amt bestätigt.

68 Banater Schwaben, Deutsche aus Russland, Siebenbürger Sachsen: Resolution: Spätaussiedlerbenachteiligung im Rentenrecht beenden!
69 Spätaussiedlerrente: Bundeskanzlerin Merkel will Ausgleich durch Fondslösung
70 Rentengerechtigkeit für Spätaussiedler ist weiterhin drängendes Thema
70 Resolution „Spätaussiedlerbenachteiligung im Rentenrecht beenden!" stößt auf große Resonanz
71 Aussiedlerbeauftragter Fabritius; „Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie die Politik das Problem der Altersarmut bei Spätaussiedlern zerredet!"

Jugend

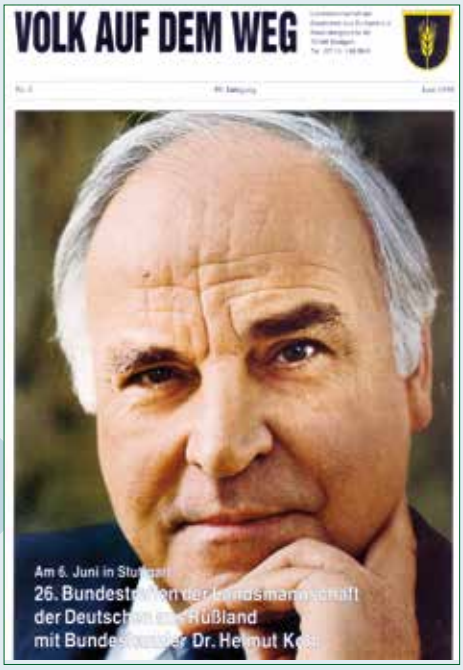
72 Multiplikatorenschulung der Jugend-LmDR Baden-Württemberg
73 Pädagogik auf der Straße
74 „Was tun gegen politische und religiöse Radikalisierung?"
75 Interview mit dem Bundesvorsitzenden der Jugend-LmDR, Walter Gauks
76 Sichert die Kinder- und Jugendarbeit die Zukunft unseres Verbandes?
77 Aufruf der Teilnehmer des III. Deutsch-Kasachischen Jugendforums
78 Darum bin ich bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
79 Multiplikatorenschulung der LmDR in Stuttgart
81 Jugend-LmDR bei der wissenschaftlich-praktischen Konferenz in Kasan
82 Jugend-LmDR wählt neuen Bundesvorstand
82 Multiplikatorenschulung der Jugend-LmDR in Berlin
83 Der Bundesvorstand der Jugend-LmDR stellt sich vor:
Valerie Cholodow: „Wir müssen öffener und innovativer werden!"
Alexander Deitner. „Wir müssen der Öffentlichkeit zeigen, dass wir da sind!"
Walter Frank: „Ich wünsche mir von unseren Leuten mehr Mut zur Offenheit, Zusammenarbeit zwischen den Generationen und eine stärkere politische Beteiligung"
87 Die Jugend-LmDR und Strukturentwicklung
89 Multiplikatorenschulung der LmDR-Jugendgruppe Niedersachsen in Nienburg

90 Beitrittserklärung
90 MBE-Stellen
91 Bücherangebot der Landsmannschaft

92 40 Jahre Patenschaft des Landes Baden-Württemberg über die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Zum Gedenken an Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl:

Die Deutschen aus Russland haben einen guten Freund verloren



Mit seinem Titelbild im Juni 1998 kündigte „Volk auf dem Weg“ den Auftritt des damaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl beim 26. Bundestreffen der LmDR in Stuttgart, für das er die Schirmherrschaft übernommen hatte, an.

Voller Trauer musste die Öffentlichkeit am 16. Juni 2017 die Nachricht vom Tod des Altbundeskanzlers Dr. Helmut Kohl (geb. am 3. April 1930 in Ludwigshafen am Rhein) zur Kenntnis nehmen.

Bleibende Verdienste

Ohne jeden Zweifel ist damit eine der größten politischen Persönlichkeiten Deutschlands und Europas nach langem, schwerem Leiden aus dem Leben gegangen.

Seine überregionale Karriere begann er 1969 im Alter von 39 Jahren als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident. Bereits 1976 erzielte er bei der Bundestagswahl als Spitzenkandidat von CDU und CSU das überragende Ergebnis von 48,6 Prozent, was aber nicht reichte, um die sozialliberale Regierung (SPD und FDP) unter Helmut Schmidt abzulösen, die auf 50,1 Prozent der Stimmen kam,

So dauerte es noch bis 1982, ehe er das Amt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland antreten konnte, das er anschließend länger als jeder andere, 16 Jahre bis 1998, inne hatte und mit bleibenden Inhalten füllte.

In Europa wird er als der Mann geehrt, der in entscheidendem Maße zur Realisierung der Europäischen Union beigetragen hat. In Deutschland wird er der Bundeskanzler bleiben, der 1989/90 zusammen mit Außenminister Dietrich Genscher das verwirklichte, was bis dahin kaum einer für möglich gehalten hatte – die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Freund der Deutschen aus Russland

Für die Deutschen aus Russland aber wird er als der Bundeskanzler in Erinnerung bleiben, dem sie in unschätzbarer Weise ihre Rückkehr in ihre Heimat Deutschland zu verdanken haben. In welchem Ausmaß Helmut Kohl zu diesem Prozess beigetragen hat, mögen Zahlen belegen: Durften in den 38 Jahren von 1950 bis 1987 insgesamt lediglich rund 110.000 Deutsche aus der damaligen Sowjetunion ausreisen, waren es in den elf Jahren von 1988 bis 1998 rund 1,67 Millionen.

Dass ihm dieser Erfolg nicht in den Schoß fiel, betonte Helmut Kohl in seiner 40-minütigen Rede beim 26. Bundestreffen der LmDR am 6. Juni 1998 in Stuttgart. Er verwies auf die oft zermürbenden Verhandlungen mit der sowjetischen Führung bei den Bemühungen um Ausreiseerleichterungen für die Deutschen in der Sowjetunion und sagte wörtlich:

> *„Der Kommunismus ist zusammengebrochen, der Ost-West-Konflikt gehört der Vergangenheit an. Für die Russlanddeutschen sind die Grenzen offen. Ein lang ersehnter Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Wir Deutschen haben die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit erreicht. Seither konnten auch Hunderttausende unserer Landsleute aus Russland nach Deutschland kommen.*

Keinen Zweifel ließ er in seiner Rede daran, dass er die Zuwanderung der Russlanddeutschen als Gewinn für die Bundesrepublik betrachte:

> *„Wir sind froh und dankbar dafür, dass Sie zu uns kommen konnten. Sie alle sind ein Gewinn für unser deutsches Vaterland! Sie helfen mit, Deutschland auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten.*
> *Gleichzeitig haben Sie sich die Liebe und Verbundenheit zur Heimat in einem Maße bewahrt, wie es auch für andere vorbildlich ist. Das gilt auch für die Werte und Tugenden, die das Denken und Handeln der Russlanddeutschen prägen. Es sind Werte und Tugenden, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unverzichtbar sind.“*

An die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland appellierte er mit den Worten:

> *„Ich bitte Sie, lassen Sie in Ihrem Engagement nicht nach! Helfen Sie den Russlanddeutschen, die zu uns kommen, auch weiterhin, ein wirkliches Zuhause in Deutschland zu finden! Und helfen Sie weiter mit, Partnerschaften zwischen der Bundesrepublik und den deutschen Siedlungsgebieten in Russland zu bauen.“*

Besser hätte man das Selbstverständnis der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland nicht auf den Punkt bringen können. Wir fühlen uns dieser Aufgabe verpflichtet und werden Dr. Helmut Kohl als großen Freund der Deutschen aus Russland in dankbarer Erinnerung behalten.

Waldemar Eisenbraun,
Bundesvorsitzender der LmDR

Helmut Kohl - ein überzeugter und überzeugender Europäer

Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl war ein überzeugter und überzeugender Verfechter der europäischen Idee. Er war auch Träger der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen. 1984 – zwei Jahre, nachdem er das höchste Regierungsamt in Deutschland übernommen hatte – wurde er mit der höchsten Auszeichnung der deutschen Heimatvertriebenen geehrt, weil er sich stets – auch schon als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident – an die Seite der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und ihrer Verbände gestellt hatte.

Unvergessen ist sein aufrichtiger Einsatz für die Interessen der in den Heimatgebieten verbliebenen Deutschen, sowohl vor als auch nach dem Fall des Eisernen Vorhanges. So haben es unzählige Aussiedler und Spätaussiedler – darunter auch ich – diesem Einsatz zu verdanken, dass sie nach Deutschland und damit in die Freiheit ausreisen und hier eine neue Heimat finden konnten. Die deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler werden Helmut Kohl stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Aus dem Nachruf von Dr. Bernd Fabritius,
Präsident des Bundes der Vertriebenen

Deutsche aus Russland in Wechselwirkung mit russischsprachigen Gruppen in Deutschland

Am 29. und 30. März 2017 fand in Berlin die von der Bundeszentrale für politische Bildung organisierte große Fachtagung „Aussiedlung – Beheimatung – Politische Teilhabe. Deutsche aus Russland in Wechselwirkung mit russischsprachigen Gruppen in Deutschland“ statt.

Die Veranstaltung hatte zum Ziel, Fragen von Beheimatung und Identität von russischsprachigen Gruppen in Deutschland sowie deren politische Teilhabe in den Mittelpunkt eines ergebnisorientierten Gesprächs zu stellen. Dabei lag der Fokus auf einer der größten Einwanderungsgruppen in der Bundesrepublik – den Deutschen aus Russland.

Beteiligt waren Organisationen der Deutschen aus Russland, jüdische Vereine, zahlreiche Vertreter der Politik und Wissenschaft, der Medien- und Kulturszene sowie religiöse Einrichtungen.

Unsere Bevölkerungsgruppe war durch die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, die Jugendorganisation der LmDR, den Hamburger Verein der Deutschen aus Russland, die Deutsche Jugend aus Russland, das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte, den Berliner Verein „Lyra“ u.a. bei der Tagung maßgeblich beteiligt.

Die Themenpalette des zweitägigen Kongresses reichte von historischen Kontexten und transnationalen Erfahrungen der Deutschen aus Russland bis hin zu aktuellen politischen Diskursen und Themen innerhalb der Volksgruppe in der Bundesrepublik. Der umstrittene „Fall Lisa“, die vermeintliche Nähe der Deutschen aus Russland zur AfD wegen des großen Zuzugs von muslimischen Flüchtlingen, die angebliche Vorliebe für russländische Massenmedien – auch diesen teilweise ungemütlichen Themen konnte bei der Tagung nicht ausgewichen werden.

Eines der wichtigen Probleme, das zur Sprache gebracht wurde, war die politische Partizipation der Deutschen aus Russland. Bei der Beantwortung der Frage, warum sich viele Deutsche aus Russland bisher sowohl von der russischen als auch der deutschen Politik deutlich distanzierten, griff der russlanddeutsche Bundestagsabgeordnete Heinrich Zertik auf die hindernisreiche Geschichte der Volksgruppe in der ehemaligen Sowjetunion zurück. Er berichtete von den Repressionen des 20. Jahrhunderts, die mit der Massendeportation ihren tragischen Höhepunkt erreichten. Das habe, so Zertik, zur Folge gehabt, dass die Deutschen in der Sowjetunion eine starke Abneigung gegenüber der Politik empfunden hätten und sich damit beschäftigen mussten, ihr neues Leben in den Verbannungsorten aufzubauen. „Blühende Landschaften entstanden in Kasachstan dank unserer Landsleute“, bemerkte Heinrich Zertik. Zudem habe es in den Jahren des Sowjetkommunismus keine Auswahl von Kandidaten bei politischen Wahlen gegeben: „Nur ein Kandidat, den man ankreuzen musste, stand auf dem Stimmzettel.“

Deutsche aus Russland und Russischsprachige werden nun von den deutschen Parteien neu entdeckt. Dieser Meinung schlossen sich generell zahlreiche Tagungsteilnehmer an.

„Bis zum ‚Fall Lisa‘ hat man Russischsprachige als eine nicht auffällige und nicht gefährliche Migrantengruppe empfunden“, meinte etwa Dr. Sergey Lagodinsky, Leiter der Referats EU/Nordamerika der Heinrich-Böll-Stiftung. Seither gebe es aber einige Veränderungen: Russischsprachige Wähler wollten jetzt mehr Zugehörigkeit. Das zwinge die Parteien dazu, diesen Wählern eine höhere Aufmerksamkeit zu schenken. Allerdings ließe sich gegenwärtig auch der allgemeine Wunsch der Bundesbürger feststellen, sich aktiver in die Politik einzumischen. Denn Deutschland verändere sich stark durch die Zuwanderung, und sogar Begriffe wie Nation und Heimat müssten neu definiert werden, so der Jurist und Publizist.

Endlich zu Hause?

Apropos Heimatgefühl: Ob die Deutschen aus Russland in Deutschland endlich ihre Heimat gefunden hätten, war ein weiteres großes Thema des Forums. Probleme der Identitätsfindung sind für unser „Wandervolk“ nach wie vor relevant. In Russland waren wir Deutsche, in Deutschland sind wir plötzlich zu Russen geworden – damit

Vor den Ausstellungstafeln der LmDR (von links): Ernst Strohmaier (stellvertretender Bundesvorsitzender der LmDR), Lilli Selski (Landesgruppe Berlin), Waldemar Eisenbraun (Bundesvorsitzender), Eugen Geptin (Zeitung „Aussiedlerbote“).

Mit rund 2,4 Millionen Menschen stellen die Russlanddeutschen, die seit 1950 als Aussiedler oder Spätaussiedler aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten nach Deutschland gekommen sind, die größte Einwanderergruppe, die die deutsche Gesellschaft seit der Zuwanderung der „Gastarbeiter“ aufgenommen hat.

Ebenfalls in engem zeitlichem Zusammenhang mit der Auflösung der Sowjetunion siedelten sich seit 1990 ca. 215.000 „Kontingentflüchtlinge“ mit jüdischem Hintergrund in Deutschland an.

Schließlich leben gut 230.000 Menschen in Deutschland, die ausschließlich einen russischen Pass besitzen.

(Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de)

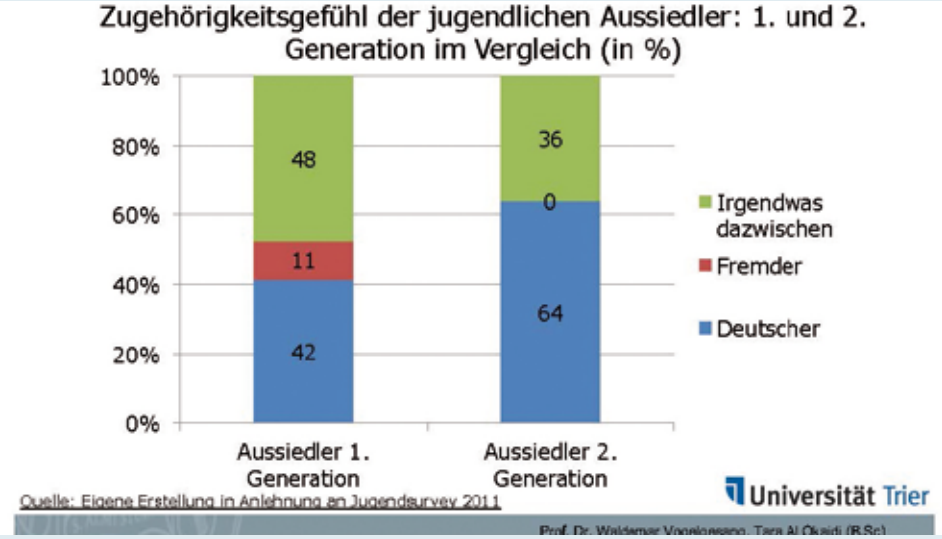
Von links: Der Geschichtswissenschaftler Dr. Viktor Krieger, der bekannte russlanddeutsche Autor Dr. Wendelin Mangold und die ehemalige Leiterin des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold, Dr. Katharina Neufeld, in einem der zahlreichen Workshops.

wurde wohl jeder Deutsche aus Russland konfrontiert.

Waldemar Eisenbraun, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, äußerte sich so zum Begriff „Beheimatung“: „Ich bin da beheimatet, wo ich mich nicht fremd fühlen muss und wo ich bereit bin, meine Zukunft aufzubauen. Wir Deutschen aus Russland haben diese Erfahrung machen müssen, die uns nachhaltig sensibilisiert hat.“ Und er versicherte den Teilnehmern der Tagung: „Wir sitzen nicht mehr auf gepackten Koffern. In Deutschland wollen wir angekommen sein und in dieser Gesellschaft wollen wir Wurzeln schlagen.“

Wird unsere Volksgruppe weiterwandern? Auf diese Frage antwortete Jun.-Prof. Dr. Jannis Panagiotidis (Universität Osnabrück) im Rahmen einer der vielen Podiumsdiskussionen der Tagung: „Es wird wohl immer einige Individuen geben, die sich nicht als Teil ihrer Familiengeschichte und ihrer Gruppe zugehörig fühlen und sich nicht entsprechend differenzieren. Sie werden zum Beispiel zum Studium nach Paris oder Amerika gehen. Aber dies wird nicht mehr im Sinne des ‚Volkes auf dem Weg‘ passieren.“

Die Studentin der Sozialwissenschaften an der Universität Trier, Tara Al Okaidi, präsentierte ihre Forschungen zur Identität, Integration und den Beheimatungsprozessen der Spätaussiedler. So verglich sie z.B. die Ergebnisse ihrer Umfragen zum Zugehörigkeitsgefühl von jugendlichen Spätaussiedlern: Demnach empfanden sich 2011 48 Prozent unserer Landsleute als Deutsche. Allerdings stieg die Zahl der „sich fremd Fühlenden“ von Null auf 2 Prozent. Bei den jungen Spätaussiedlern ist die Tendenz der erfolgreichen Beheimatung noch um einiges ausgeprägter *(siehe auch Tabelle)*: 64 Prozent der russlanddeutschen Jugendlichen der Zweitgeneration gaben an, sich als Deutsche zu fühlen (im Vergleich zu 42 Prozent der ersten Generation der Spätaussiedler).



Als nachweislich positiv bezeichnete die Integration der Deutschen aus Russland Hartmut Koschyk, Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. In seinen Ansprachen – auf der Tagung machte er keine Ausnahme – betont er stets, dass die Bundesregierung von einer Erfolgsgeschichte bei der Integration der Spätaussiedler sprechen könne: „Wir wissen um das deutliche Bekenntnis der Deutschen aus Russland zur deutschen Sprache, zur deutschen Kultur und um ihren starken Willen, als Deutsche unter Deutschen leben zu wollen.“

Ein Miteinander auf Augenhöhe

Nach der Tagung fasste Walter Gauks, Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der LmDR, seine Eindrücke zusammen: „Es war eine sehr wichtige Veranstaltung für uns alle. Vor allem deswegen, weil sie in einem Format durchgeführt wurde, das wir bisher so nicht kannten: Kompetente Vertreter russlanddeutscher und russischsprachiger Organisationen kamen in Berlin zusammen und konnten in der Form eines offenen Dialogs miteinander kommunizieren.“

Zum Abschluss Worte der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau, die landespolitisch viel mit Spätaussiedlern arbeitet und ihren Lösungsvorschlag für ein friedliches Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen in Deutschland vortrug: „Man muss sich auf Augenhöhe begegnen und man muss Vorurteile und gegenseitig Erlebtes sehr ernst nehmen.“

Lena Arent

Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Bundestag im Gespräch mit dem Bundesvorstand der LmDR

Auf Initiative der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau, fand am 18. Mai 2017 ein Gespräch zwischen Vertretern der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE und des Bundesvorstandes der LmDR statt.

Für die Fraktion DIE LINKE im Bundestag beteiligten sich am Gespräch neben Petra Pau der Fraktionsvorsitzende Dr. Dietmar Bartsch, der europapolitische Sprecher Andrej Hunko, der rentenpolitische Sprecher Matthias W. Birkwald und die kulturpolitische Sprecherin Sigrid Hupach. Für die LmDR sprachen ihr Bundesvorsitzender Waldemar Eisenbraun, der stellv. Bundesvorsitzende Ernst Strohmaier und Adolf Braun, Bundesvorstandsmitglied und Leiter des Sozialausschusses.

Oberstes Ziel war, sich gemeinsam über den Komplex „Rente“ zu verständigen. Eingangs fand dazu ein Austausch über die bestehenden Regelungen und daraus resultierende Probleme des Fremdrentengesetzes statt.

Im weiteren Gesprächsverlauf entwickelten sich das sinkende Rentenniveau sowie die damit einhergehende Altersarmut zu den hervorzuhebenden Kernthemen. Einigkeit bestand dabei in der Forderung nach Maßnahmen und Konzepten, die einer weiteren Absenkung des Rentenniveaus entgegenwirken. So wurde im Folgenden über den Ost-West-Ausgleich sowie das Rentenkonzept einer solidarischen Mindestrente von 1.050 Euro gesprochen. Zudem wurden die Stärkung der gesellschaftlichen Partizipation von Spätaussiedlern sowie des Ehrenamtes thematisiert.

VadW

Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit den Deutschen aus Russland

Am 17. Mai 2017 fand auf Einladung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen aus Russland im Bundeskanzleramt statt.

Das Einladungsschreiben beginnt mit den Sätzen: „Die Bedürfnisse und Interessen der Deutschen aus Russland liegen Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sehr am Herzen. Es ist ihr daher ein besonderes Anliegen, Vertreter der Deutschen aus Russland im Bundeskanzleramt zu einem Gespräch zu empfangen."

Der Bundestagsabgeordnete und berufener Referent unseres Verbandes für die politische Integration der Volksgruppe, Heinrich Zertik, begleitete die Vorbereitungen zu dem Treffen intensiv und brachte Vorschläge für den Teilnehmerkreis ein. Im Vorfeld wurden unter seiner Federführung die thematischen Beiträge unter den eingeladenen Repräsentanten abgestimmt.

Die LmDR wurde durch den Bundesvorsitzenden Waldemar Eisenbraun und Adolf Braun, Bundesvorstandsmitglied und Leiter des Sozialausschusses, vertreten. Für die Jugendorganisation unseres Verbandes sprach ihr Bundesvorsitzender Walter Gauks. Als berufene Referentin der Landsmannschaft für Bildung und Familie nahm Albina Nazarenus-Vetter am Gespräch mit der Bundeskanzlerin teil. Der Unternehmerverband der Landsmannschaft wurde durch Olesja Rudi und Arthur Steinhauer repräsentiert.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

In ihrer Ansprache betonte die Bundeskanzlerin, es sei ihr wichtig, die Interessen und Bedürfnisse der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion von den Betroffenen selbst zu erfahren. Im Gesprächsverlauf wurde darauf geachtet, dass alle Teilnehmer ihre Anliegen vorbringen konnten. Schwerpunktmäßig ging es um

- die Problematik der drohenden Altersarmut unter Aussiedlern,
- den Bedarf an nachholender Integration und politischer Bildung,
- die Förderung von Ehrenamt und Kulturarbeit,
- die Bedeutung des christlichen Glaubens,
- die Unterstützung von identitätsstiftenden Maßnahmen
- und die Ausweitung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation.

Thematisiert wurden auch die Nachfrage nach russischsprachigen Medien und die zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Herkunftsländern.

Nachstehend der Redebeitrag des Bundesvorsitzenden der LmDR, Waldemar Eisenbraun:

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
im Namen des Bundesvorstandes der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und aller anwesenden Landsleute danke ich Ihnen aufrichtig für den heutigen Empfang im Bundeskanzleramt.

Ihre Einladung werten wir als ein deutliches Zeichen Ihrer Wertschätzung einer gro-

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gespräches mit der Bundeskanzlerin (jeweils von links):
1. Reihe: Walter Gauks, Vorsitzender des Jugendverbandes der LmDR; Irene Neh, Vorsitzende des Vereins zur Integration der Zuwanderer im Kreis Paderborn Monolith; Eleonora Heinze, Bezirksverordnete in Steglitz-Zehlendorf; Waldemar Eisenbraun, Bundesvorsitzender der LmDR; Heinrich Zertik MdB; Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel; Olesja Rudi, Leiterin des Unternehmerverbands der LmDR; Albina Nazarenus-Vetter, Stadträtin in Frankfurt am Main; Dr. Heinrich Derksen, Leiter des Bibelseminars Bonn; Hartmut Koschyk, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten; Dr. Helene Friesen.
2. Reihe: Jakob Petker, Vorsitzender des Vereins Christliche Unternehmer; Adolf Braun, Bundesreferent für Soziales der LmDR; Arthur Steinhauer, Gründungsgesellschafter von MIX-Markt GmbH; Paul Derabin, Stadtverbandsvorsitzender der CDU Laatzen; Alexandra Dornhof, Bildungsreferentin der Deutschen Jugend aus Russland; Luise Rempel, Steuerberaterin.

Pressefoto: Bundesregierung / Sandra Steins

ßen Personengruppe, die völlig unverschuldet unter dem Sowjetregime leiden und unzählige Opfer erbringen musste. Dank der verantwortungsvollen und weitsichtigen Politik unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl bekamen diese Menschen die lang ersehnte Chance, in ihre historische Heimat zurückzukehren, um nach jahrzehntelangen Diskriminierungserfahrungen als Deutsche unter Deutschen leben zu können.

Die Deutschen aus Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben sich vorbildlich und beinahe „geräuschlos" in die deutsche Gesellschaft integriert. Ein herausragendes Beispiel dafür ist Heinrich Zertik, Mitglied des Deutschen Bundestages, dessen Vorfahren - wie die meisten meiner Landsleute - nach Kasachstan deportiert wurden. Lieber Heinrich, ich danke dir von Herzen für dein unermüdliches Engagement! Du bist eine Inspiration für viele unserer Landsleute, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren.

Einen besonderen Dank möchte ich Hartmut Koschyk, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, aussprechen. Es bestand und besteht eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit, für die ich Ihnen, Herr Koschyk, persönlich und im Namen des Verbandes sehr verbunden bin. Herr Koschyk hat immer einen großen Wert darauf gelegt, dass die Repräsentanten der Deutschen aus Russland in die Sitzungen der Regierungskommissionen für Angelegenheiten der deutschen Minderheiten in den Herkunftsländern eingebunden werden. Das muss auch nach dem September 2017 so bleiben.

Wie auch unser Verband hat sich Herr Koschyk gerade in den letzten Monaten vehement gegen verzerrende Darstellungen der Volksgruppe der Deutschen aus Russland in den Massenmedien eingesetzt, deren christliche Verwurzelung betont und dem Vorwurf, Handlanger des Kremls zu sein, widersprochen! Herr Koschyk war auch derjenige, der den Begriff „Integrationslotsen" in Bezug auf meine Landsleute geprägt hat.

Eine erfolgreiche Integration hängt von vielen Faktoren ab. Das wesentliche Merkmal jedoch ist und bleibt – meiner festen Überzeugung nach – die Eigeninitiative.

Gerade hinsichtlich dieser Eigenschaft gibt es unter den verschiedenen Zuwanderergruppen deutliche Unterschiede. Der Forschungsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aus dem Jahr 2013 belegt eindeutig, dass gerade die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion sich selbst – und nicht etwa den Staat oder die Regierung – in der Verantwortung sehen.

Diese eigenverantwortliche Mentalität meiner Landsleute und die vielfach nicht anerkannten Berufsabschlüsse haben dazu geführt, dass viele von ihnen ein Arbeitsverhältnis aufgenommen haben, das unter ihrer Qualifikation lag und ein spürbar geringeres Einkommen bedeutete. Für viele war es dennoch wichtig, nicht auf den Bezug von Leistungen aus den deutschen Sozialkassen angewiesen zu sein.

Ein geringeres Einkommen bedeutet geringe Beiträge u.a. zur Rentenversicherung und somit geringere Rentenbezüge. Zusätzlich verursacht die gesetzliche Deckelung der so genannten Entgeltpunkte, der zentralen Werteinheit in der gesetzlichen Rentenversicherung, weitere massive Einbußen für die Betroffenen. Die in einem Konjunkturpaket untergebrachten Rentenkürzungen für Spätaussiedler haben zur Folge, dass ein Teil der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion von Altersarmut betroffen oder akut gefährdet ist. Dabei handelt es sich überwiegend um Menschen, deren Kinder und Enkelkinder einen beachtlichen Beitrag für die deutschen Sozialkassen leisten. Und der Generationenvertrag greift bei dieser Personengruppe weiterhin!

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
ich appelliere an Sie, alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion vor der drohenden Altersarmut zu bewahren. Setzen Sie bitte Ihren Einfluss dafür ein, dass engagierte, gesetzestreue und loyale Bürger dieses Landes nicht länger bei den Rentenbezügen benachteiligt werden.

Pressemitteilung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.

Angekommen in der deutschen Politik?

Politische Partizipation der Deutschen aus Russland in der Aufnahmegesellschaft

Natalie Pawlik: „Ich möchte im deutschen Sozialsystem vieles verändern."

Lena Arent: *Frau Pawlik, viele Deutsche aus Russland, die sich politisch engagieren, neigen eher zur CDU bzw. CSU. Grund dafür ist die Dankbarkeit diesen Parteien gegenüber, weil gerade sie mit Bundeskanzler Helmut Kohl die Rückkehr unserer Landsleute in die Bundesrepublik Deutschland ermöglicht haben. Warum fiel Ihre Wahl auf die Sozialdemokraten?*

Natalie Pawlik: Mich hat die Idee von sozialem Aufstieg und sozialer Gerechtigkeit zur SPD gebracht. Bereits in der Schulzeit habe ich angefangen, mich politisch zu engagieren, in der Hessischen Landesschülervertretung.

Vieles, was im deutschen Bildungssystem schief und ungerecht läuft, habe ich selbst erleben müssen. Vom Sitzenbleiben auf Grund von sprachlichen Schwierigkeiten und der Querversetzung vom Gymnasium in die Realschule bis hin zu der Schwierigkeit, als erstes Kind in der Familie zu studieren. In meinem Freundeskreis ist es oft vorgekommen, dass Kinder, die aus Russland hergekommen sind, in der Schule zurückversetzt wurden. Nicht weil sie fachlich schlecht waren, sondern nur weil sie sprachliche Defizite hatten.

Im deutschen Schulsystem spielt die Herkunft eine große Rolle bei der Verteilung von Bildungs- und Aufstiegsschancen. Darin sah und sehe ich eine große Ungerechtigkeit. Ich finde, dass du unabhängig davon, wo du herkommst, die Möglichkeit bekommen sollst, an der Gesellschaft teilzuhaben und aufzusteigen. Dafür steht die Sozialdemokratie schon seit über 150 Jahren. Und dieses Ideal vom sozialen Aufstieg hat mich damals, als ich 14 Jahre alt war, von der SPD überzeugt.

Wie finden Sie die gegenwärtige deutsche Politik?

Wir haben eine soziale Schieflage in Deutschland. Es ist zwar sehr oft die Rede davon, dass wir eines der reichsten Länder der Welt sind und es uns so gut wie nie zuvor geht, ich persönlich kann dieses Gefühl nicht teilen. Einigen wenigen geht es tatsächlich sehr gut, doch nicht dem Großteil der Bevölkerung. Viele Menschen sind verunsichert und vertrauen immer weniger der Politik, sie haben Abstiegsängste.

Ungerecht finde ich z.B. die Verhältnisse im Berufsleben. Viele verdienen nicht nur zu wenig zum Leben, sie haben auch keine Sicherheit in ihrem Arbeitsleben. Befristete

Natalie Pawlik

wurde 1992 in Wostok, Russland, geboren. 1999 siedelte sie mit ihrer Familie nach Deutschland aus.

Sie machte ihr Fachabitur in Friedberg (Hessen) und erwarb den Bachelorabschluss in Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Seit 2016 studiert sie Gesellschaft und Kulturen der Moderne am Institut für Soziologie der Justus-Liebig-Universität Gießen.

2008 trat Natalie Pawlik erst den Jusos und dann der SPD bei. Seit 2011 ist sie Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Bad Nauheim und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion. Vom 2012 bis 2014 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD Bad Nauheim. Seit 2016 ist sie Kreistagsabgeordnete im Wetteraukreis und Bundestagskandidatin im Wahlkreis 177, Wetterau 1.

Arbeitsverträge und Leiharbeit, die eigentlich die Ausnahme sein sollten, sind Normalität geworden. Gerade aus der Perspektive von jungen Menschen sage ich: Es kann doch nicht sein, dass man bestens qualifiziert ist, Auslandserfahrung und Fremdsprachenkenntnisse vorweisen kann, am Ende aber trotzdem keine unbefristete Vollzeitbeschäftigung bekommt.

Wir brauchen mehr Sicherheit im Arbeitsleben und höhere Löhne. Vor allem aber auch eine entschlossene Investitionspolitik auf Bundesebene. Wir müssen Städte und Gemeinden wieder in die Lage versetzen, in den Wohnungsbau und die Infrastruktur investieren zu können. Dafür werde ich mich unter anderem einsetzen.

Wie schätzen Sie die politische Partizipation der Deutschen aus Russland ein?

Generell müssen Parteien viel transparenter werden und daran arbeiten, Menschen unterschiedlicher Herkunft für sich zu begeistern. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Parteien sehr darauf aus waren, dass Menschen zu ihnen kommen, statt die Freunde oder Nachbarn aktiv anzusprechen. Bei uns bieten wir als SPD offene Treffen an, zu denen jeder kommen kann und zu denen ich gerne auch Freunde und Bekannte einlade und mitbringe. In einer gemütlichen Atmosphäre wird dann über Politik und die Welt gesprochen, fernab von starrer Sitzungkultur, in der man lediglich die Tagesordnung abarbeitet.

Meiner Erfahrung nach sind Deutsche aus Russland eine sehr politische Gruppe, viele haben ihre Meinungen zu den unterschiedlichsten Themen und artikulieren diese gerne.

Sie möchten aber auch, dass man ihnen zuhört und sie ernst nimmt, egal wie unkonventionell manche Meinung auch erscheinen mag. Ich kann also nicht sagen, dass unsere Leute unpolitisch sind und an der Gesellschaft nicht teilhaben möchten. Das Problem sehe ich eher in den gegebenen Strukturen für politische Teilhabe und politische Bildung.

Kennen Sie viele Deutsche aus Russland, die in der SPD aktiv sind?

Man sieht es ja vielen unserer Landsleute gar nicht an, dass sie einen Migrationshintergrund haben. Es gibt keine äußeren Merkmale. Bei mir z. B. wundern sich die Menschen oft, dass ich aus Russland komme und meine Muttersprache Russisch ist.

Innerhalb der SPD waren es früher nur einige, von denen ich wusste, dass die einen russischsprachigen Hintergrund haben. Allerdings gibt es neue Bewegungen und Bestrebungen, die russischsprachigen Sozialdemokraten zusammenzubringen. Die SPD hat Deutsche aus Russland und Russischsprachige als Zielgruppe erkannt und möchte für diese Gruppe attraktiver werden.

Als russischsprachige Sozialdemokraten vernetzen wir uns verstärkt und werden immer zahlreicher. Insbesondere junge Menschen finden ihren Weg vermehrt in die SPD. Einige davon sind Deutsche aus Russland, andere haben keinen russlanddeutschen Hintergrund, sind aber russischsprachig. Wie zum Beispiel Dmitri Geidel aus Berlin, der wie ich für den Bundestag kandidiert. Im Landkreis München kandidiert Bela Bach, die ebenfalls russischsprachig ist, für den Bundestag.

Was möchten Sie im Rahmen Ihrer politischen Tätigkeit für Deutsche aus Russland in die Tat umsetzen?

Es gibt in der Bundesrepublik genug Probleme, die Deutsche aus Russland betreffen, zum Beispiel Weiterbildung oder Anerkennung von Abschlüssen. Ich kenne viele unserer Landsleute, die mit den besten Abschlüssen nach Deutschland kamen und, nur weil diese nicht anerkannt wurden, in Berufen unterhalb ihres Ausbildungsniveaus landeten.

Das ist ein sehr großes Problem. Wenn wir die Abschlüsse nicht anerkennen, vergeuden wir viel Potenzial. Wir haben eine Migrationsgesellschaft und müssen im Bereich Anerkennung von Abschlüssen, Weiterbildung und Umschulung noch sehr viel tun. Wenn etwa eine Frau in ihrem Herkunftsland eine Ausbildung als Erzieherin absolviert hat, sollte sie hier in kürzerer Zeit qualifiziert werden, um schnellstmöglich ihren Beruf in Deutschland ausüben zu können. Nicht dass sie dafür fünf Jahre lang die Schulbank drücken muss.

Viele Deutsche aus Russland betrifft ein weiteres großes Thema – die Rente. Und zwar in Bezug auf den Teil, den sie aus dem Ausland bekommen. Bei der Zusammenrechnung der Rente entstehen oft Probleme, und auf viele unserer Senioren wartet im Alter Armut.

Hinsichtlich künftiger Renten muss sich auch eine Menge bei den Beschäftigungsverhältnissen unserer Landsleute ändern. Viele von ihnen sind in der Leiharbeit untergekommen und wurden als „günstige" Arbeitskräfte angestellt, obwohl sie die gleiche Arbeit leisten wie die Stammbelegschaft. Und das über viele Jahre und Jahrzehnte. Selbstverständlich wirkt sich das negativ auf die Rente dieser Menschen aus.

Vieles im sozialen System Deutschlands würde ich gerne verändern. Weniger Bürokratie, mehr Orientierung an den Menschen, soziale Gerechtigkeit, gute Arbeitsbedingungen, Anerkennung von Arbeit – ich stehe leidenschaftlich dahinter. Diese Probleme sind sowohl für die Deutschen aus Russland als auch für andere deutsche Bürger relevant.

Wie kann man Deutsche aus Russland dazu aufrufen, am 24. September 2017 wählen zu gehen?

Vor allem muss man einen zielgruppengerechten Wahlkampf führen und Deutsche aus Russland konkret ansprechen. Da Sprache tatsächlich eine Barriere sein kann, werde ich meine Flyer und Inhalte auch in russischer Sprache verteilen. Durch diesen persönlichen Draht, durch die Sprache, habe ich die beste Möglichkeit, den Leuten nahe zu bringen, wählen zu gehen und sich in Entscheidungsprozessen einzubringen.

Frau Pawlik, herzlichen Dank für das Interview.

März 2018: Dr. Bernd Fabritius neuer Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen und des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, Dr. Bernd Fabritius (52), wird neuer Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Dr. Bernd Fabritius

Bernd Fabritius (CSU) tritt die Nachfolge des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Günther Krings an, der am 1. November 2017 dieses Amt übernommen hatte. Das Amt wurde 1988 geschaffen und ist dem BMI unterstellt.

In einer ersten Reaktion sagte er: „Diese wichtige Aufgabe ist für mich eine Herausforderung, der ich mich gerne stelle. Ich trete dabei in die großen Fußstapfen von etwa Horst Waffenschmidt, Dr. Christoph Bergner, Hartmut Koschyk oder auch Dr. Günter Krings und werde mit vollem Einsatz daran arbeiten, diese auszufüllen."

Der Münchner Jurist und Politologe war von 2013 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages, wo er sich als Vorsitzender des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestages, als ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe engagierte. Zudem vertrat er die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Bei der 19. Bundestagswahl am 24. September 2017 gelang Dr. Fabritius als Spitzenkandidat der Union der Vertriebenen und Aussiedler (UdV) der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag nicht.

VadW-Info (nach Pressemitteilungen)

Wahlverhalten der Deutschen aus Russland

Schätzungsweise sind 2,5 Millionen Deutsche aus Russland wahlberechtigt. Es wird viel spekuliert über ihre politischen Präferenzen – in Deutschland, aber auch im Ausland. Journalisten unterschiedlicher Medien versetzten die Analysten aus den etablierten Parteien in Deutschland in einen Schreckzustand durch die Häufigkeit der Publikationen zum Thema „Russlanddeutsche und AfD“ und dadurch, dass sie erhebliche Prozentzahlen von AfD-Wählern in unserer Volksgruppe sehen würden. „Was ist wirklich wahr?“, wurden immer wieder politisch Engagierte bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland gefragt.

Die Quintessenz der Antworten war: Alles Spekulationen. Es gibt keine Daten. Wir sehen keine Möglichkeit, diese Daten zu erheben.

Noch vor drei Jahren beklagte der Bundesvorstand der LmDR das Desinteresse der Wissenschaft an den Deutschen aus Russland und dass es kaum Studien zur Kausalität ihres politischen Verhaltens gibt. Das hat sich nun geändert. Die Publikationen der letzten drei Jahren unterstellten den Deutschen aus Russland ungeniert Rechtslastigkeit. Damit konnten wir nicht einverstanden sein. In unseren Ausführungen hatten wir uns an die Position von Jannis Panagiotidis gehalten. Er ist Junior-Professor für „Russlanddeutsche Migration und Integration“ an der Universität Osnabrück. Beim ARD-Faktenfinder äußerte er sich dahingehend, dass, soweit er es beurteilen könne, die AfD bei den Deutschen aus Russland schlicht und ergreifend keine Rolle spiele-

Der Bundesvorsitzende der LmDR, Waldemar Eisenbraun, sagte im Interview mit dem gleichen ARD-Faktenfinder, dass die politischen Präferenzen der Deutschen aus Russland sich kaum von jenen der Mehrheit der Bevölkerung unterscheiden würden. „Die Deutschen aus Russland haben einen eigeninitiativen, mühevollen und entbehrungsreichen Weg der Integration in die deutsche Gesellschaft hinter sich.“

Am 26. Februar 2018 strahlte die ARD einen Film namens „Deutschland – Heimat – Fremdes Land“ aus. Der ARD-Begleittext dazu: „Die ‚Story im Ersten´ begleitet Spätaussiedler aus der Ex-Sowjetunion: Viele wandten sich nach der Flüchtlingskrise deutschnationalen Parteien zu, Jüngere bekennen sich stolz zur russischen Herkunft.“ Paradox: Der gleiche Film setzt in die Welt: „14% der Russlanddeutschen haben die AfD gewählt.“ Ich stolperte nicht über die 14%, sondern fragte mich, woher die Filmregisseure diese Zahl haben konnten.

Nach Auskunft des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt Stuttgart und des Statistischen Amtes des Landes Baden-Württemberg wird das Wahlverhalten der Deutschen aus Russland nicht registriert. Selbst die Anzahl der Baden-Württemberger mit russlanddeutschem kulturellem Hintergrund konnte mir keiner sagen. Die in Deutschland geborenen Deutschen aus Russland werden nicht als solche geführt, wenn sie von ihren Eltern getrennt leben.

Ernst Strohmaier

Wer ist dann „Russlanddeutscher“, der für eine Statistik gut genug wäre? Die Antwort kennen nach eigenen Angaben die Forscher der Universitäten Duisburg-Essen und Köln. Die Forscher deklarieren ihre neulich erschienene Arbeit als „Die erste deutsche Migrantenwahlstudie (Immigrant German Election Study, IMGES): Sie basiert auf einem hochwertigen und aufwändigen Stichprobenverfahren und enthält eine ausreichend große Menge von Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit der zwei größten deutschen Migrantengruppen... (‚Deutschtürken und Russlanddeutsche‘).“

Insgesamt seien 489 Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion befragt worden. Man kommt in der Studie zu folgenden Ergebnissen:

„Nur noch 27% der Russlanddeutschen haben die CDU/CSU gewählt.

15 Prozent der Russlanddeutschen haben mit ihrer Zweitstimme für die AfD gestimmt. Die LINKE ist in beiden Gruppen stärker (Deutschtürken 16%, Russlanddeutsche 21%) als bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund (11%). Russlanddeutsche wählen besonders selten die GRÜNEN (8%).“ (SPD: 12%, FDP: 12%.)

Also, nach den Ergebnissen der Studie „IMGES“ sind die Deutschen aus Russland nicht rechtsradikal, sondern eher im linken Spektrum zu finden. Mit diesen Ergebnissen hatte keiner von uns gerechnet, daher kam die Frage auf: Woher hatten die Forscher ihre „russlanddeutschen“ Informanten für die Befragung?

Wir lesen in der Beschreibung der Methoden:

„Mithilfe eines onomastischen *(auf der Herkunft der Vor- und Nachnamen beruhenden)* Verfahrens wurde dann die Wahrscheinlichkeit bestimmt, dass eine Person … ein Deutscher, der mit hoher Wahrscheinlichkeit aus der ehemaligen Sowjetunion stammt‘, ist. … denn viele Russlanddeutsche haben ihre Vor- und Nachnamen ‚eingedeutscht‘ und sind somit nicht direkt als Personen aus dem russischen Sprachraum erkennbar. Mithilfe des onomastischen Verfahrens kann aber mit einer hohen Wahrscheinlichkeit durch die Kombination aus Vor- und Nachnamen die Herkunftsregion einer Person bestimmt werden – ‚Eugen‘ oder ‚Waldemar‘ sind z. B. für einheimische Deutsche sehr ungewöhnliche Vornamen, für Russlanddeutsche jedoch nicht.“

Auf Seite 11 der Studie ist zu erfahren, dass von 401 Personen, die Angaben gemacht hatten, 61 aus der Ukraine kommen.

Diese und weitere Indizien hatten mir gereicht, um festzustellen: Auch die Forscher aus Duisburg/Essen/Köln blicken in der Vielfalt der Zugewanderten aus den Ländern der ehemaligen SU nicht durch. Und so wird jeder Wissenschaftler Gefahr laufen, Klischees zu produzieren, bis begriffen wird, (ich zitiere Waldemar Eisenbraun), „... dass die politischen Präferenzen der Deutschen aus Russland sich kaum von jenen der Mehrheit der Bevölkerung unterscheiden würden“.

Seit weit über zwanzig Jahren lebt der größte Teil der Deutschen aus Russland in Deutschland. Hier geboren und jetzt schon erwachsen und selbständig ist eine ganze Generation der Volksgruppe. Sie interessieren sich mehr für die Belange, die in der Gesellschaft auf der Agenda stehen. Selbstverständlich sind das die Fragen der politischen Ordnung in den Bereichen Verkehr („Diesel“, „Straßenausbau“ – um nur einige Themen zu nennen), Gesundheitswesen („keine Zweiklassen-Gesundheitskassen“, „Pflegehilfe“), Sicherheit, Bildung, Regelung des Arbeitsmarktes usw.

Selbstverständlich gibt es auch Themen, die speziell die Deutschen aus Russland betreffen, etwa Rentenfragen und Anerkennungsverfahren.

Spezifisch für unsere Gruppe ist auch, dass wir die Pflege der Heimatkultur benötigen oder dass die Jugendkulturarbeit in das Gesamtgefüge der Kulturarbeit eingebettet wird. Wichtig ist auch der Ausbau der politischen Bildung. Politisch gesehen, sind noch viele Fragen im Bereich Seniorenversorgung offen.

Das alles sind politische Fragen, weil die Politik nichts anderes ist als Organisation des Lebens. Parteipolitisch gesehen, kann ich mir vorstellen, dass unsere Landsleute denen folgen, bei denen sie die Kompetenz zur Lösung ihrer Fragen sehen. Wer glaubt, den Deutschen aus Russland könne man ideologisch bedingtes Verhalten unterstellen, irrt sich. Die Deutschen aus Russland sind weder rechts noch links zu suchen. Sie stehen mitten im Leben. Sie lernen, arbeiten und leben hier und heute.

Ich würde mich sehr freuen, wenn diesem Schreiben weitere meiner Landsleute folgen würden.

„Es bleibt noch viel zu tun.“

Interview mit Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

***VadW:** Sehr geehrte Frau Ziegler-Raschdorf, als Landesbeauftragte der Hessischen Regierung kümmern Sie sich seit 2009 um Spätaussiedler und Heimatvertriebene. Was hat sich in Ihrem Aufgabenbereich in Bezug auf Deutsche aus Russland in diesen Jahren verändert?*

Margarete Ziegler-Raschdorf: Seit ich im Jahr 2009 durch den damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch zur Hessischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen wurde, hat sich das mit diesem Amt verbundene Aufgabenspektrum durchaus gewandelt.

Dazu hat insbesondere die zehnte Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) im Jahr 2013 beigetragen, für die ich mich als Landesbeauftragte und Mitglied im Bundesbeirat für Aussiedlerfragen – seinerzeit unter dem Vorsitz von Dr. Christoph Bergner – sehr eingesetzt habe.

Im Wege dieser Gesetzesänderung konnten wesentliche Erleichterungen bei der Familienzusammenführung durchgesetzt werden, in deren Folge die Zahl der in die Bundesrepublik kommenden Spätaussiedler kontinuierlich angestiegen ist – im letzten Jahr zum fünften Mal in Folge.

Im Rahmen meiner Tätigkeit unterstütze ich regelmäßig Familien bei der Nachholung ihrer Angehörigen durch Hinweise zum Verwaltungsverfahren und persönliche Intervention. Hilfestellung bei Ankunft und Eingliederung rücken also wieder verstärkt in den Vordergrund.

Viel erreicht haben wir für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler auch durch das 2012 wirksam gewordene Anerkennungsgesetz des Bundes hinsichtlich Schul- und Studienabschlüssen sowie beruflichen Qualifikationen.

Am 20. Dezember 2012 trat das Hessische Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (HBQFG) in Kraft. Dieses organisiert die Anerkennung zur Ausübung von landesrechtlich geregelten Berufen und bietet Fachkräften aus anderen Ländern auch in diesen Berufen die Möglichkeit, ein Anerkennungsverfahren zu durchlaufen. Auch wenn noch nicht alle Probleme ausgeräumt sind, hat sich die Situation für Spätaussiedler im Vergleich zum Beginn meiner Amtszeit damit deutlich verbessert.

Es bleibt jedenfalls noch viel zu tun, und ich werde mich auch weiterhin mit Nachdruck für die Anliegen der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler einsetzen.

Auch wenn mit ihrer Eingliederung manche Herausforderungen verbunden sind, liegen hierin auch zahlreiche Chancen. Mit ihren als Minderheit in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion und bei der Übersiedlung sowie ihrer Eingliederung einhergehenden persönlichen Erfahrungen können sie wichtige Impulsgeber für unsere offene Gesellschaft sein – nicht zuletzt auch aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit.

Das Gleiche gilt für die weiterhin bestehenden Kontakte in die Herkunftsstaaten. Hier kommt ihnen eine wichtige Brückenfunktion zu. Ihr besonderes und bewegtes Schicksal birgt ein unglaubliches Potential, das wir weitaus stärker nutzbar machen sollten.

Seit dem Jahr 2011 gibt es in Hessen den Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“, mit dem hervorragende Leistungen auf diesem Gebiet ausgezeichnet werden. Hervorheben möchte ich den „Landesgedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“, der seit dem Jahr 2014 in Hessen begangen wird. Ich habe großen Wert darauf gelegt, durch die Einbeziehung des Begriffs „Deportation“ das bittere Schicksal der Deutschen aus Russland anzuerkennen und besonders zu würdigen.

Die Hessische Landesregierung legt erklärtermaßen viel Wert auf die Förderung der kulturellen und sozialen Arbeit der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler. Welche Schwerpunkte werden in Hessen bspw. bei der Förderung der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes gesetzt?

Der Hessischen Landesregierung liegen die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler sehr am Herzen. Sie genießen im Land eine besondere Wertschätzung, und es wird viel unternommen, um ihren Anliegen sowie Bedürfnissen gerecht zu werden.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Pflege der Kultur der Deutschen aus Russland. Diese ist nicht nur ein Bestandteil des Kulturguts des gesamten deutschen Volkes, sondern vor allem auch wichtig für die Identität dieser Bevölkerungsgruppe. Erhalt und Weitergabe des Kulturgutes ist eine Aufgabe, zu der uns das Bundesvertriebenengesetz (§ 96 BVFG) fortwährend verpflichtet. Ich verstehe es daher als einen nie endenden Prozess.

Daneben stehen die sprachliche, berufliche und auch gesellschaftliche Eingliederung im Mittelpunkt unserer Anstrengungen. Dies gilt insbesondere für die Förderung der Jugend. Hierbei kann das Land auf wertvolle und verlässliche Partner wie die Deutsche Jugend aus Russland (DJR) setzen, die seit Jahrzehnten vorrangig in ehrenamtlicher Arbeit einen unschätzbaren Beitrag hierzu leistet. Auch ich persönlich arbeite eng und vertrauensvoll mit Verbänden wie der LmDR und der DJR zusammen. Ich bin überzeugt, dass wir unsere Ziele nur dann erreichen, wenn wir alle gemeinsam konstruktiv zusammenwirken.

Zur Person:

Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU), geb. 1951 in Fulda, drei Söhne. Studium der Rechtswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, 1981-1983 Rechtsanwältin. Ab 1992 Stadtverordnete in Fulda. 2004-2008 Mitglied des Hessischen Landtages, 2005-2008 Vorsitzende des Rechtsausschusses im Hessischen Landtag. 2005–2008 Mitglied im Richterwahlausschuss des Landes Hessen. Seit 2011 Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Familie und Jugend der Stadt Fulda. Seit März 2009 Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler.

Die LmDR setzt sich bereits seit Jahren für gerechte Rentenzahlungen an Spätaussiedler ein. Welche konkreten Schritte erscheinen Ihnen sinnvoll, um der bereits stattfindenden oder auch drohenden Altersarmut unter Spätaussiedlern entgegenzuwirken?

Der Ausgleich der Benachteiligung von Spätaussiedlern bei der Rente ist eines der vordringlichsten politischen Probleme. Aufgrund der in den 1990er Jahren vorgenommenen Begrenzungen der Renten von Spätaussiedlern sind viele von ihnen unmittelbar von Altersarmut bedroht. Die seinerzeit unabhängig von der Lebensleistung vorgenommenen Deckelungen waren nicht nur ungerecht, sie bergen auch große soziale Probleme, die sich nun immer deutlicher bemerkbar machen. Hier müssen dringend Lösungen gefunden werden, ehe sich die Lage noch weiter verschärft.

Meiner Ansicht nach sollte bei Spätaussiedlern ein Rentenniveau angestrebt werden, das mindestens 10 Prozent über der Grundsicherung liegt.

Eine Gesetzesinitiative des Landes Bayern im letzten Jahr hat im Bundesrat leider keine Mehrheit gefunden. Die neue CDU/SPD-Bundesregierung spricht sich im Koalitionsvertrag für eine Fondslösung zur Ab-

milderung von Härtefällen aus. Ob diese ausreicht, ist die Frage.

Mir wäre eine grundsätzliche Lösung lieber. Ich halte sie auch für finanzierbar, denn sowohl der Kreis der Betroffenen als auch die Rentenbezugsdauer sind zeitlich überschaubar. Der Nachteilsausgleich beschränkt sich auf die Renten älterer Spätaussiedler mit ihren aus den Herkunftsgebieten mitgebrachten Berufsbiographien und läuft damit mittelfristig aus. Ihre Nachkommen und jüngere Spätaussiedler zahlen selbst in die Rentenversicherung ein, beziehen keine Fremdrente mehr, sondern erwerben ihren eigenen Rentenanspruch in Deutschland.

Wie haben sich, wenn überhaupt, die Kriterien für die Anerkennung von Studienabschlüssen und Berufsqualifikationen der Spätaussiedler in Hessen verändert?

Viele Deutsche und nach Deutschland Zugewanderte haben im Ausland wertvolle berufliche Qualifikationen und Abschlüsse erworben, die wir hier bei uns dringend benötigen – Stichwort Fachkräftemangel.

Lange Zeit hatten sie von diesen Qualifikationen jedoch nicht allzu viel, da einheitliche Bewertungsverfahren und -maßstäbe fehlten. Dies änderte sich erst durch das bereits angesprochene Bundesgesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen, durch das wichtige Voraussetzungen für ihre erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt geschaffen wurden.

Hierdurch wurden erstmals einheitliche Beurteilungskriterien für die Feststellung der Gleichwertigkeit definiert, wie z.B. Inhalt und Dauer der Ausbildung, aber auch einschlägige Berufserfahrung. Für den Fall, dass eine im Ausland erworbene Qualifikation nicht mit einer solchen im Inland gleichgesetzt werden kann, besteht ein Rechtsanspruch auf Feststellung der Vergleichbarkeit innerhalb eines bestimmten Zeitraumes. Ebenso besteht ein Anspruch auf Bekanntgabe, ob etwas und was genau nachqualifiziert werden muss.

Da auch die Länder aufgefordert waren, eigene gesetzliche Regelungen schnellstmöglich auf den Weg zu bringen, hat das Land Hessen im Dezember 2012 ein Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen verabschiedet. Dadurch stehen inzwischen einheitliche Bewertungen zu beruflichen Auslandsqualifikationen zur Verfügung, und es ist für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern deutlich leichter, sich Klarheit über ihre mitgebrachten Qualifikationen zu verschaffen.

Laut Statistischem Bundesamt sind seit Inkrafttreten des Gesetzes bis einschließlich 2016 insgesamt 86.514 Anträge auf Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen gestellt worden – allein 23.028 davon im Jahr 2016.

Da hier lediglich Berufe erfasst werden, die – wie z.B. Ärzte oder Elektroniker – in die Zuständigkeit des Bundes fallen, nicht aber Berufe in Länderzuständigkeit, wie beispielsweise Lehrer oder Ingenieure, liegt die Gesamtzahl der Anerkennungsverfahren naturgemäß deutlich höher.

Bei den 2016 beschiedenen Verfahren wurde in 66,4 Prozent der Fälle eine volle und in 10,1 Prozent eine teilweise Gleichwertigkeit der mitgebrachten Qualifikation festgestellt. Bei 20,2 Prozent der Anträge wurde eine Ausgleichsmaßnahme zur Auflage gemacht. Lediglich 3,4 Prozent der Bescheide konnten keine Gleichwertigkeit feststellen. In diesen Zahlen und in der Klarheit bei den Vorgaben sehe ich einen großen Fortschritt.

Sehen Sie Defizite bei der politischen Teilhabe der Deutschen aus Russland in Hessen, und wie sollen diese ggf. reduziert werden?

Um die politische Partizipation von Deutschen aus Russland könnte es sicherlich besser bestellt sein, als dies gegenwärtig der Fall ist. Hier hat es in der Vergangenheit mancherlei Versäumnisse bei allen Beteiligten gegeben.

Auf der einen Seite haben die Deutschen aus Russland in ihrer Mehrzahl selbst nur wenige Anstrengungen unternommen, ihre Interessen über die Parteien in den politischen Betrieb einzubringen. Sie waren naturgemäß zunächst vorrangig damit beschäftigt, in der Bundesrepublik anzukommen und sich eine neue Existenz aufzubauen.

Nach den Erfahrungen mit einem autoritären politischen System im Herkunftsland haben sich viele Deutsche aus Russland von der Politik abgewandt und müssen Formen der gesellschaftlichen Teilhabe in Deutschland sozusagen erst „erlernen“ wie auch die Spielregeln der Demokratie, die ihnen bisweilen als „Chaos“ erscheinen mag.

Allerdings haben sich auch nur wenige Parteien darum bemüht, gezielt auf russlanddeutsche Bürgerinnen und Bürger zuzugehen und sie zu Mitgliedschaft und Kandidatur zu bewegen. Hier besteht deutlicher Nachholbedarf.

Wenngleich es einige wenige löbliche Ausnahmen gibt, sind die Deutschen aus Russland in den Parteien und vor allem in den Parlamenten sowie Räten deutlich unterrepräsentiert. Unter ihnen müsste ebenfalls stärker dafür geworben werden, mehr Interesse am politischen Tagesgeschehen und die Bereitschaft aufzubringen, sich daran zu beteiligen.

Insgesamt halte ich die gesellschaftliche, demokratische und politische Bildung bei Spätaussiedlern für einen Bereich, den wir weitaus stärker als bisher unterstützen sollten.

Wie werden die LmDR bzw. generell die Deutschen aus Russland bei der Gremienarbeit in Hessen berücksichtigt?

In Hessen gibt es mit dem Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung des Hessischen Landtags (UHW) einen parlamentarischen Ausschuss, der sich speziell und regelmäßig mit der Eingliederung von Spätaussiedlern befasst. Als Landesbeauftragte bin ich bei diesen Sitzungen anwesend und gebe einen Bericht.

Unmittelbar beteiligt sind die Deutschen aus Russland am Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen. Sowohl die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland als auch die Landsmannschaft der Wolgadeutschen und die Deutsche Jugend aus Russland entsenden jeweils Vertreter aus ihren Reihen in diesen Landesvertriebenenbeirat.

Einer von zwei Unterausschüssen des Beirats, der Eingliederungsausschuss, befasst sich unter dem derzeitigen Vorsitz des Vorsitzenden der Landesgruppe Hessen der LmDR, Johann Thießen, speziell mit Fragen der Eingliederung von Spätaussiedlern. Der Kulturausschuss als zweiter Unterausschuss beschäftigt sich mit Fragen der Kulturpflege.

Durch die Politik und mehrere Studien wird den Deutschen aus Russland eine beispielhaft gelungene Integration in der Bundesrepublik bescheinigt. In der Öffentlichkeit scheint diese Einschätzung dagegen nicht so recht angekommen zu sein. Wo sehen Sie da noch Nachholbedarf?

Die Eingliederungsleistung der Deutschen aus Russland kann gar nicht genug hervorgehoben werden. Was sie in dieser Hinsicht gesellschaftlich, wirtschaftlich und kulturell erbracht haben, ist wirklich bemerkenswert.

Tatsächlich müssten diese Erfolge jedoch viel mehr thematisiert werden. Da sich der Eingliederungsprozess eher still und eigeninitiativ vollzogen hat und die Deutschen aus Russland ansonsten wenig Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, blieben auch ihre Integrationserfolge von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt.

Auch hier sehe ich deutlichen Nachholbedarf. Wir brauchen eine weitreichende professionelle Öffentlichkeitsarbeit und vor allen Dingen endlich auch eine Vermittlung von Kenntnissen der Geschichte der Deutschen aus Russland im Schulunterricht. Diese ist überfällig, und es fehlen Materialien. Elektronische Lehrbücher bieten hier wertvolle Chancen.

Dennoch sehe ich bereits gute Ansätze, wie das hervorragend gestaltete Online-Magazin „Wir in Hessen“ der Deutschen Jugend aus Russland oder bei Veranstaltungen wie dem „Abend der Begegnung“ zwischen Einheimischen und Spätaussiedlern, wie ich ihn zuletzt Anfang März sehr beeindruckend in Sontra erleben durfte. In diese Richtung sollten noch mehr Anstrengungen unternommen werden.

Liebe Frau Ziegler-Raschdorf, vielen herzlichen Dank für das aufschlussreiche Interview.

Die Fragen stellte Nina Paulsen.

Politische Bildung als Zukunftsaufgabe

Offenes Forum für Deutsche aus Russland und russischsprachige Gruppen vom 2. bis 3. Mai 2018 in Köln

Offensichtlich wächst das Interesse der Deutschen aus Russland und russischsprachigen Gruppen in Deutschland an Politik und politischer Bildung. Nach wie vor aber bestehen zahlreiche Defizite bei der Erschließung der gesellschaftlichen Potenziale der Deutschen aus Russland und der korrekten Darstellung der Spätaussiedler in den deutschen Medien.

Im Jahr 2017 führte die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) bereits eine Fachtagung mit dem Titel **„Aussiedlung – Beheimatung – politische Teilhabe“** für russischsprachige Gruppen in Deutschland durch. Diese Tagung erfreute sich einer starken Nachfrage und wurde von den Deutschen aus Russland positiv aufgenommen.

Die Folgekonferenz in Köln, **„Perzeption – Partizipation – politische Bildung: Deutsche aus Russland und russischsprachige Gruppen“**, ging verstärkt der Frage nach, wie der aktuelle Stand der politischen Teilhabe der russischsprachigen Gruppen in Deutschland ist, und beschäftigte sich in offenen Diskursen und Gesprächen außerdem mit Themen wie den folgenden:

- mediale Darstellung der Deutschen aus Russland in Deutschland nach der Bundestagswahl,
- Angebote für Deutsche aus Russland in der parteipolitischen Landschaft,
- Bedeutung russischsprachiger Medien für Migranten aus dem postsowjetischen Raum
- und gesellschaftliche Teilhabe der einzelnen russischsprachigen Gruppen in Deutschland.

Es bedürfe einer klaren und deutlichen Differenzierung zwischen den russischsprachigen Gruppen, betonte in seinem Grußwort der neue Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, in seinem Grußwort: „Die Deutschen aus Russland unterscheiden sich von anderen Zuwanderungsgruppen aus der ehemaligen Sowjetunion in historischer wie in rechtlicher Hinsicht essentiell. Deshalb ist es nicht nur legitim, sondern auch geboten, speziell auf die Deutschen aus Russland zugeschnittene besondere Maßnahmen der Integration und der politischen Bildung zu schaffen.“

Allerdings könne nicht geleugnet werden, so Fabritius, dass es zwischen den genannten Gruppen viele Gemeinsamkeiten und Schnittmengen gibt, wie etwa die gemeinsame russische Sprachkompetenz, die emotionale Verbindung mit der alten Heimat sowie das gemeinsame, oft schwere Erbe eines Lebens in einer kommunistischen Diktatur.

Heiko Hendriks, der im Februar 2018 zum Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern in NRW ernannt wurde, stellte bereits am Anfang seiner Amtszeit fest, „wie falsch und verquer das Bild von denjenigen ist, die aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu uns gekommen sind – in der Öffentlichkeit, in der Bevölkerung, aber auch bei den Medien“. Und er rief zur Bekämpfung der entstandenen Situation auf: „Dagegen müssen wir uns gemeinsam stellen!“

Duisburg-Studie: CDU nach wie vor die stärkste Partei bei Deutschen aus Russland, Linkspartei mit überraschenden 21 % an zweiter Stelle.

Im Mittelpunkt des Eröffnungspodiums „Themen, Diskurse und Kontroversen nach der Bundestagswahl“ standen die Ergebnisse der gemeinsamen Forschungsarbeit der Universitäten Köln und Duisburg-Essen zum Wahlverhalten der Deutschen aus Russland im Vergleich zu „deutsch-türkischen“ Bürgern. Knapp 500 Deutsche mit sowjetischem oder postsowjetischem Hintergrund wurden zufällig ausgewählt und persönlich zu Hause nach der Bundestagswahl befragt.

Prof. Dr. Achim Goerres, Leiter der Studie, erklärte hierzu auf ***www.uni-due.de***: „In der Tat punktete die AfD bei den Russlanddeutschen stärker als bei den Wählern ohne Migrationshintergrund. Aber sie blieb als dritte Kraft hinter der Union und den Linken weit hinter den Erwartungen zurück, die medial geschürt wurden.“

Albina Nazarenus-Vetter, Vorsitzende des Aussiedlernetzwerks der CDU-Hessen und Bildungsreferentin der LmdR, schätzte die Ergebnisse der Studie in Duisburg als durchaus repräsentativ für ihre Landsleute ein: „Mich freut sehr, dass die Affinität zur AfD, die man uns unterstellt hat, sich nicht bestätigt hat. Die Diskussion gerade in den Medien kurz vor der Wahl hat viele unserer Landsleute einfach verunsichert, weil sie sich diskriminiert fühlten.“

Prof. Goerres sieht jedoch das Problem nicht in der Zuschreibung rechts-populistischer Ansichten, sondern in der geringen Wahlbeteiligung und mangelnden politischen Kenntnissen der Deutschen aus Russland: „Man macht sich um die falsche Dinge Sorgen, dass die Russlanddeutschen rechts sind. Das ist der falsche Befund. Aber die niedrige Wahlbeteiligung – das kann man durchaus problematisch sehen. Wir haben ja auch abgefragt, inwieweit die Wählerinnen und Wähler die Kandidaten kannten, inwieweit sie einschätzen konnten, welche Parteien links oder rechts sind. Ein sehr hoher Prozentsatz der Russlanddeutschen konnte das aber nicht einschätzen, sie wussten das einfach nicht. Und das in viel größerem Ausmaß als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund.“

Auf die Frage der Moderatorin Ella Schindler („Nürnberger Zeitung“), was Deutsche aus Russland von der deutschen Parteilandschaft denken und sich von den Parteien wünschen, antwortete der Bundesvorsitzende der LmDR, Waldemar Eisenbraun, es sei entscheidend, wie die Parteien oder Funktionäre auf einen zugingen und ob sie bestimmte Förderprogramme aufnähmen.

Das niedrige Interesse der Deutschen aus Russland an Politik begründete er damit, dass „man mit der Politik nicht vertraut ist. Denn man hat gelernt, Politik ist ein schmutziges und unehrliches Geschäft und man kann da eh nicht viel erreichen, da man von ganz unten anfangen muss.“

Aus Sicht von Dr. Dmitri Stratievski, stellvertretender Vorsitzender des Osteuropazentrums, Berlin, haben es mehrere politische Parteien nicht geschafft, Deutsche aus Russland und andere russischsprachige Gruppen richtig anzusprechen und ein offenes Ohr für sie zu haben. „Es geht meiner Erfahrung nach nicht um Themenkataloge, sondern um die richtige Ansprache. 2016 führten wir eine Umfrage im Internet mit einer einzigen Frage an die Russischsprachigen durch: Welche Themenbereiche interessieren Sie? Die Umfrage ist zwar nicht repräsentativ, aber es kamen folgende Antworten zustande: an erster Stelle Arbeit und Soziales, gefolgt von Bildung, Migration und Integration.“

Deutsche Parteien: „Wir haben die Deutschen aus Russland vernachlässigt."

Wie man Deutsche aus Russland richtig anspricht und für die politische Arbeit begeistert, war das Hauptthema des nächsten Podiums der Tagung. Vertreter aller im Bundestag repräsentierten Parteien – außer der AfD, deren Vertreter Albert Breininger zwar eingeladen wurde, aber nicht erschien – beantworteten die teilweise provokativen Fragen des Moderators Felix Riefer (bpb) und führten anschließend eine lebhafte Diskussion mit dem Publikum.

Die junge Deutsche aus Russland Natalie Pawlik, SPD, räumte ein, dass die Deutschen aus Russland von der SPD vernachlässigt wurden: „Ich gebe zu, dass die SPD Russlanddeutsche lange Zeit nicht als Zielgruppe bzw. spezifische Zielgruppe angesehen hat. Die Rentenpolitik, das Aufstiegsversprechen in der Bildung, die Anerkennung von Arbeit – das sind alles Themen, für die die SPD steht und die auch die Russlanddeutsche betreffen. Wir haben es aber nicht geschafft, diese Themen an diese Zielgruppe zu bringen.

Das Problem haben wir aber erkannt und versuchen jetzt, uns zu vernetzen und die richtige Ansprache für diese Zielgruppe zu organisieren. Und wenn man die Leute aktiv anspricht, wird man von ihnen auch unterstützt, und man schafft es, sie für Politik und für die SPD zu begeistern." Als Partei sei die SPD im Moment mit dem Aufbau einer Plattform für Deutsche aus Russland beschäftigt, um ihnen Möglichkeit zu geben, mitzumachen und mitzugestalten.

Ähnliches merkte auch Natalie Keller, Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen, an: „Wir sprechen die Spätaussiedler nicht speziell an, aber wir müssten tatsächlich gucken, dass wir diese Zielgruppe ins Visier nehmen."

Die FDP betrachte jeden Menschen als Individuum, das unterschiedliche Identifikationen habe, so die Vertreterin der Freien Demokraten, Katharina Schreiner. „Es ist unsere allgemeine Herangehensweise an Politik, dass wir zunächst nicht nach Geschlecht oder Herkunft unterscheiden. Deswegen verfolgen wir keine spezifische Politik, die auf die Deutschen aus Russland zugeschnitten ist", sagte sie. Die Partei habe sich bei der letzten Bundestagswahl vor allem um den Zuspruch der gesamten deutschen Bevölkerung kümmern müssen, um wieder in den Bundestag einzuziehen. Die Deutschen aus Russland seien dabei in den Hintergrund gerückt.

Dagegen wandte Bernd Fabritius, der auf dem Podium die Union der Vertriebenen und Aussiedler der CSU vertrat, ein: „Parteien müssen sich um die Interessen der Menschen, die sie vertreten wollen, kümmern. Spätaussiedler haben ganz klare partikulare Interessen. Und jede Partei wäre verpflichtet, sich auch um die Spätaussiedler zu kümmern."

Intensiver Konsum russischer Medien durch Deutsche aus Russland – ein Stereotyp von gestern?

Inwieweit Deutsche aus Russland sich von russischen Medien beeinflussen lassen, war das zentrale Thema des Podiums „Vertrautheit, Unterhaltung, Manipulation. Bedeutung russischsprachiger Medien für Migranten aus dem postsowjetischen Raum".

Ina Ruck, langjährige Leiterin des ARD-Studios in Moskau, antwortete auf die Frage, wie intensiv in Deutschland russisches Fernsehen geschaut werde: „Bevor ich beruflich in die USA ging, bemitleideten mich meine russischsprachigen Freunde deswegen sehr. Sie erzählten mir viele Geschichten, wie furchtbar doch dort alles ist. Da habe ich verstanden, dass ihre Quelle eher das russische Fernsehen als deutsche Medien war."

Andrey Gurkov (Deutsche Welle, Bonn), der für die Moderation des Podiums verantwortlich war, vertrat gleichfalls die Meinung, dass russisches Fernsehen in Deutschland ziemlich intensiv geschaut werde. Aber sind das schlicht Vermutungen, oder beruhen diese Klischees auf den Tatsachen?

Dr. Tatiana Golova vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien meinte dazu: „Ich habe mit vielen verschiedenen Migrantengruppen 2011 Studien durchgeführt, und es stellte sich heraus, dass Menschen der älteren Generation nach einer gewissen Vertrautheit suchen und Herkunftsmedien konsumieren. Deutsche aus Russland lesen zum Beispiel auch kasachische Nachrichtenseiten, um sich einerseits zu informieren, was in der Herkunftsregion passiert ist, und um andererseits auf Formen von kultureller Selbstvergewisserung zurückzugreifen.

Was die Angehörigen der zweiten Generation angeht, so verstehen sie sich explizit als Deutsche aus Russland. Sie beziehen sich zwar stark auf die russische Diasporagemeinschaft, aber das führt nicht dazu, dass sie sich über Diasporamedien definieren.

Außerdem gibt es eine dritte Gruppe, das sind die weltoffenen, weltorientierten Menschen, die sich als Europäer verstehen. Ihre Identität bezieht sich nicht auf die Herkunftskategorien. Sie konsumieren nicht nur deutsche oder russische, sondern auch zahlreiche internationale Medien."

Tamina Kutscher von der Internetplattform dekoder.org (Slogan: „Russland entschlüsseln") befasste sich mit der Frage, von welchen russischen Medien man denn spreche: „Natürlich gibt es diesen Einfluss seitens russischen Medien, aber wir dürfen einfach nicht pauschalisieren. In solchen Studien, von denen es viel zu wenige gibt, muss genau differenziert werden, welche russische Medien und welche Sendungen konsumiert werden. Denn es gibt auch viele unabhängige Medien im Internet und viele soziale Netzwerke, die ganz unterschiedlich genutzt werden."

Das Forum der Bundeszentrale für Politische war ausgesprochen inhaltsreich und informativ. Inwieweit die ausdiskutierten Ergebnisse den Weg in die Öffentlichkeit finden oder gar zu Handlungsanweisungen werden, bleibt abzuwarten.

Lena Arent

Bundesbeauftragter Fabritius trifft Johann Thießen

Intensiver Austausch mit dem neuen Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Am 2. Juni 2018 hat der Bundesvorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Johann Thießen zum Bundesvorsitzenden des Verbandes gewählt. Die vorzeitige Neuwahl war notwendig geworden, weil der bisherige Bundesvorsitzende Waldemar Eisenbraun zum 1. Juni 2018 zum Kulturreferenten für die Deutschen aus Russland im Freistaat Bayern bestellt worden war und den Bundesvorsitz deshalb zur Verfügung gestellt hatte.

Nur wenige Tage später traf sich der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, mit dem neuen Bundesvorsitzenden zu einem ersten Gespräch. Begleitet wurde Thießen von seiner Stellvertreterin Lilli Bischoff.

In dem intensiven wie freundschaftlichen Informations- und Gedankenaustausch wurden unter anderem die weitere Entwicklung der Landsmannschaft und ihre Anliegen erörtert. Besprochen wurden vor allem die Jugendarbeit und die Beratungstätigkeit der LmDR für Spätaussiedler sowie ihr Einsatz für eine verbesserte Altersversorgung der Deutschen aus Russland.

Der Bundesbeauftragte betonte die Bedeutung der Landsmannschaft als repräsentativste Selbstorganisation der Deutschen aus Russland und bewährten Ansprechpartner der Bundesregierung in allen Angelegenheiten der Aussiedler und Spätaussiedler, die aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammen, und sagte Thießen volle Unterstützung für das von ihm angekündigte Ziel einer verstärkten Vernetzung und Zusammenführung von Strukturen innerhalb des Personenkreises zu.

Er würdigte die positive Entwicklung der Landsmannschaft in den vergangenen Jahren, die eng mit dem ausgeschiedenen Bundesvorsitzenden Waldemar Eisenbraun verbunden sei, dem er Dank und Anerkennung für seine Leistung aussprach.

Pressemitteilung des BMI

„Spätaussiedler kämpfen sich durch“

Interview mit Dr. Jens Baumann, Beauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen:

Im Juni 2018 ernannte der sächsische Innenminister Roland Wöller Dr. Jens Baumann zum Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler in Sachsen. Im Interview mit „Volk auf dem Weg“ verriet der Ansprechpartner der Deutschen aus Russland im sechsgrößten Bundesland Deutschlands seine weitgehenden Pläne hinsichtlich unserer Volksgruppe und unseres Verbandes.

*VadW: **Sehr geehrter Herr Baumann, in einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst in Dresden sagten Sie „Von diesen Menschen kann man lernen.“ und meinten damit Vertriebene und Spätaussiedler. Wie können Spätaussiedler Ihrer Meinung nach unsere Gesellschaft bereichern?***

Jens Baumann: Schon bevor ich das Amt des Landesbeauftragten übernehmen durfte, habe ich mich das immer wieder gefragt, weil sowohl Vertriebene als auch Spätaussiedler den Anspruch stellen, dass man aus ihrer Geschichte etwas lernen könnte. Die Vertriebenen und Spätaussiedler in Sachsen bilden rund 8 % der gesamten Bevölkerung, und es sind Leute, die unser Land so mitgestalten, wie es eben jetzt aussieht. Wenn man herkommt und nichts in der Hand hat außer seinem Koffer und Wissen, so ist man bestrebt, schnell Teil der Gesellschaft zu werden, Arbeit und Freunde zu finden, sich neu zu beheimaten und seinen Kindern gute Entwicklungschancen zu ermöglichen. Deutsche aus Russland zeigen den anderen, dass man hier dazugehören kann, wenn man es will. Das bezieht sich nicht auf die Nationalität oder das Herkunftsland, sondern auf den Willen, mitzugestalten. Und dieser Willen ist bei den Deutschen aus Russland besonders groß.

Zurzeit organisiere ich beispielsweise landesweite Ausstellungen zu Themen, die in Sachsen in Schulen interessant sein könnten. So haben wir eine Ausstellung zum Thema „Integration durch Leistung“ ausgearbeitet, weil ich davon ausgegangen bin, dass man am besten dann dazugehören kann, wenn man sich selbst engagiert, wenn man Arbeit annimmt und am besten auch Arbeitsplätze selber schafft. Wenn man irgendwohin kommt, muss man sich darauf einstellen, dass man mit seiner eigenen Leistung die Gesellschaft bereichert, die Kultur und Sprache annimmt und sich gesellschaftlich wie auch wirtschaftlich integriert und engagiert. Sobald man das erreicht hat, ist man anerkanntes Mitglied der Gesellschaft.

Hartmut Koschyk, der ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, betonte stets die beispielhafte Integration der Deutschen aus Russland in Deutschland. Wie empfinden Sie die Integration der Spätaussiedler in Sachsen?

Für ein Interview mit unserer Zeitschrift „Vertriebene und Spätaussiedler in Sachsen“ wurde ich einmal gefragt, ob ich die Russlanddeutschen für gut integriert hielte. Nach den Menschen, die ich kenne, kann ich das nur bestätigen. Spätaussiedler sind ja freiwillig und gerne nach Deutschland gekommen. Sie stellten Anträge, setzten sie durch, besuchten Sprachkurse, suchten und nahmen Arbeit an, auch einfachere.

Ich kenne zum Beispiel Deutsche aus Russland, die früher Ingenieurberufe ausgeübt hatten und jetzt als Reinigungskräfte tätig sind, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt wurden. Auch Lehrer wurden hiesigen nicht gleichgestellt und arbeiten als Quereinsteiger. Die Spätaussiedler kämpfen sich einfach durch.

Ich persönlich habe noch keinen Deutschen aus Russland kennengelernt, der sich in Deutschland nicht wohl fühlt und wieder weg will. Die meisten von ihnen möchten integriert sein, und ich glaube, das ist ihnen gut gelungen.

Ich kenne auch ihre Kinder, die sich von einheimischen Kindern gar nicht unterscheiden. Meine große Tochter sagt zudem, dass Kinder von Spätaussiedlern in den Schulen gute Leistung erbringen wollen, weil sie wissen, dass ein sozialer Aufstieg in Deutschland vor allem über eine gute Bildung gelingt. Deutsche aus Russland wollen unmittelbar dazu gehören und bemühen sich um hohe Bildungsabschlüsse.

Auf der anderen Seite müsste man als Staat sehen, dass wir im Bereich der Anerkennung ausländischer Abschlüsse den Menschen das Leben leichter machen sollten. Da gibt es viele Lücken, und gerade bei meiner Klientel, die ja gerne dazugehören will, müssen diese beseitigt werden.

Was die ältere Generation angeht, gibt es erhebliche Probleme bei der Rentenregelung. Viele sind von Altersarmut bedroht, und wenn man Zusatzanträge stellen muss, macht man es den Spätaussiedlern unnötig schwer. Dann fühlen sie sich wie Menschen zweiter Klasse, und das darf eigentlich nicht sein.

Wie schätzen Sie die politische Partizipation der Spätaussiedler in Sachsen ein?

Gerade bei den Deutschen aus Russland, aber auch bei anderen Gruppen, ist sie nicht so stark ausgeprägt, wie es sein sollte. Man muss die Menschen nicht nur annehmen, ihnen nicht nur Sprachkurse anbieten, bei der Wohnungssuche helfen und Arbeitsplätze vermitteln, sondern sie auch insgesamt integrieren. Dazu gehört auch die politische Integration.

Zur Person:
Dr. Jens Baumann *(CDU; auf dem Bild bei einer Multiplikatorenschulung der LmDR am 17. November 2018 in Leipzig)*, geb. 1965 in Dresden. Geschieden, drei Kinder. Studium der Mathematik und Geografie auf Lehramt an der TU Dresden, 2005 Promotion zum Doktor der Geografie. Er ist Lehrbeauftragter an der TU Chemnitz und an der Hochschule Meißen sowie Gastdozent an der Universität Breslau. Seit 2005 Vorsitzender des Vereins für Denkmalpflege und Neues Bauen in Radebeul. Er ist Stadtrat in Radebeul und seit Juni 2018 Landesbeauftragter der sächsischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler.

Gerade bei größeren Gruppen muss es eine angemessene Repräsentanz geben. Diese darf nicht darin bestehen, dass nur einer auf der Liste steht und kämpfen muss. Die letzten Wahlen haben gezeigt, dass man die Spätaussiedler zu wenig beachtet hat, so dass sie ihre Gruppe gar nicht ausreichend repräsentieren konnten.

Der Deutsche aus Russland ist ein ganz normaler Deutscher, der sich mit seinen gesamten Kompetenzen in die deutsche Gesellschaft einbringen will. Man sollte aber mit dem gleichen Stolz darauf verweisen können, dass man als Gruppe nicht nur tolle Sportler oder Sänger hat, sondern auch erfolgreiche Politiker. Deutsche aus Russland haben Kompetenzen, die unsere Politik bereichern und erfolgreicher machen können.

Wo bestehen Ihrer Meinung nach Defizite bei der Integration der Deutschen aus Russland in Sachsen?

Das Bild der Gruppe ist bei vielen anderen Deutschen leider nicht so gut. Das hängt auch mit der Berichterstattung zusammen. Bilder lassen sich aber immer verbessern, indem man positive Beispiele bringt oder positiv berichtet.

Man muss auch akzeptieren, dass Deutsche aus Russland und auch Russen einfach anders sind. Sie sehen auch den Staat anders – sie wünschen sich einen starken

Staat, der mehr Grenzen zieht, als wir das hier gewohnt sind. Sobald jemand von den Russlanddeutschen oder Russischsprachigen etwas Anderes äußert, wird er generell erst mal als nicht so demokratiefähig oder noch nicht „so weit wie wir“ dargestellt. Ich glaube, man muss sich ab und zu einmal die Brille des Anderen aufsetzen und zu verstehen versuchen, warum er so handelt und warum er diese Meinung überhaupt äußert. Dann wäre schon sehr viel getan.

Die Deutschen aus Russland haben auch des Öfteren das Problem, dass sie in Russland nicht anerkannt waren als russische Bürger und hier bei uns als Russen wahrgenommen werden. Dagegen muss man angehen, zum Beispiel in den Kommunen, in den Schulen und weiter über eine ausgewogene Berücksichtigung ihrer Geschichte in den Lehrplänen. Und es muss gezeigt werden, dass man nur von dem Menschen und seinem Wirken ausgehen soll und nie von seiner Herkunft und seiner Muttersprache. Dies gilt im Übrigen für alle, die hier zuwandern.

Mit welchen russlanddeutschen Verbänden oder Organisationen in Sachsen haben Sie bereits Kontakt aufgenommen, mit welchen arbeiten Sie schon zusammen?

Kontakt besteht bislang nur zur sächsischen Landesgruppe der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Ich weiß, dass es viele andere Organisationen gibt, die teilweise andere Ziele verfolgen. Auf mich zumindest ist noch niemand zugekommen, und umgekehrt habe ich das bislang nicht forciert – so lange bin ich auch noch nicht im Amt. Ich versuche erst mal, die Landsmannschaft kennenzulernen, ihr Hilfe anzubieten und sie voranzubringen. Ich bin für die Spätaussiedler da, und die Spätaussiedler sind Deutsche, die sich hier in Deutschland integrieren wollen. Es gibt sehr viele russische Vereine hier, die die russische Kultur pflegen, aber das ist nicht in erster Linie meine Klientel. Mir geht es darum, die Deutschen aus Russland zu unterstützen und zu fördern.

Haben Sie konkrete Ziele, die Sie bei Ihrer Arbeit mit Spätaussiedlern und für Spätaussiedler umsetzen möchten?

Die erste Aufgabe war und ist, die Kontakte zu Spätaussiedlern in Sachsen zu vertiefen und mit ihnen ins Gespräch über ihre Anliegen und Ziele zu kommen, um dann daraus Projekte und Diskussionen zu entwickeln. Ich habe mir zudem vorgenommen, die Verbandsstruktur der LmDR zu unterstützen und zu festigen. Es muss eine stärkere Geschäftsstelle zustande kommen, in der die Betreuung der eigenen Klientel noch besser erfolgen kann. Das werden wir hoffentlich nächstes Jahr realisieren können.

Ein weiteres Ziel ist, dass die Deutschen aus Russland, die hier in Sachsen leben, selbst zu Wort kommen, zum Beispiel über eine eigene und auf sie zugeschnittene Ausstellung, mit der wir dann auch die Schulen und Kommunen unterstützen können. Wir kennen bereits die Ausstellung der LmDR, die bei uns gezeigt wird und begrüßenswert ist, mir schwebt aber vor, dass wir eine Ausstellung zur erfolgreichen Integration in Sachsen entwickeln und dabei auch die offenen Probleme nicht auslassen. Die Menschen werden in der Ausstellung sich selbst sowie die Regionen, in denen sie leben, wiederfinden können. Ich plane diese Ausstellung ab Mitte des Jahres 2019. Sie soll unter Beteiligung der LmDR zustande kommen.

Nicht zuletzt plane ich eine Art dauerhafter Einrichtung, in der sich jeder in Sachsen über die Gruppe informieren kann. Als Stichwort nenne ich eine Bildungs- und Begegnungsstätte.

Was wünschen Sie der LmDR oder geben ihr mit auf den Weg?

Eine ganze Menge! Zunächst, dass Ihr Verband ausreichend Mitglieder hat und in der Lage ist, sich selbst zu verjüngen. Ein Verein, auch wenn er stark ist, muss immer Nachwuchs haben, sonst erschöpft er sich, falls er nur aus älteren Leuten besteht und die junge Generation nicht anspricht. Neue Mitglieder müssen auch mitmachen können, also nicht nur als „Nummer“ durchlaufen. Ich bin gern bereit, mit der Landsmannschaft in Sachsen eine gemeinsame Strategie hierzu zu entwickeln.

Wichtig ist auch, dass der Verband möglichst alle Deutschen aus Russland vertritt. Natürlich ist das schwierig, man braucht aber definitiv eine große Gruppe, wenn man etwas erreichen will.

Eine Gesellschaft funktioniert dann gut, wenn man in der Lage ist, anzuerkennen, dass auch mal eine andere Meinung richtiger ist als die eigene und andere Probleme dem eigenen Problemempfinden übergeordnet sind. Viele jammern ja auf einem ausgesprochen hohen Niveau, wollen ihr vermeintliches Problem gelöst haben und sind ansonsten nicht bereit, sich gesellschaftlich zu beteiligen. Um das zu illustrieren: Ich bin Stadtrat in Radebeul; da gibt es Elterninitiativen für sichere Schulwege, aber sein eigenes Kind setzt man mit dem Auto gern im Halteverbot ab und belehrt zugleich andere, dass das für sie nicht geht.

Ich wünsche dem Verband auch eine dauerhafte finanzielle „Grundsicherung“. Ein bisschen eigenes Geld braucht man, um etwas ankurbeln zu können. Das ist nicht so einfach, das weiß ich, aber es wäre schön, wenn der Verband durch Spenden und Beiträge so gestellt wäre, dass er nicht bei jeder Maßnahme auf die Unterstützung des Staates angewiesen ist, weil ihn das sehr abhängig macht. Ich wünsche also dem Verband, handlungsfähig und stark genug zu bleiben, um sicher auf seinen eigenen Füßen stehen zu können.

Das Wichtigste ist aber, genügend Ideen und Mitstreiter zu haben: Wie will man wirken? Wie erreicht man andere? Was will man überhaupt erreichen? Dazu braucht es Austausch, Workshops und Kommunikationen mit anderen Vereinen.

Am Ende ist es wichtig, dass man etwas für die eigene Klientel und gleichzeitig für die Gesellschaft, in der man lebt, tut. Denn dann wird das Engagement einer Gruppe als insgesamt gesellschaftlich bereichernd wahrgenommen, auch von anderen Gruppen.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland macht auf jeden Fall eine tolle Arbeit, und diesen Verein werde ich tatkräftig unterstützen!

Herr Baumann, herzlichen Dank für das interessante Interview!

Das Interview führte Lena Arent.

Themen der Deutschen aus Russland im Fokus

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, hat den Vorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Johann Thießen, am 20. November 2018 zu einer Besprechung im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat empfangen.

Themen des intensiven Gesprächs waren aktuelle Anliegen der Deutschen aus Russland wie die Beseitigung von Benachteiligungen für Spätaussiedler im Rentenrecht, die nachholende Wiedereingliederung der Deutschen aus Russland in die bundesdeutsche Gesellschaft, die Förderung der Selbstverwaltung der Deutschen aus Russland, ihrer Jugend sowie der Strukturen der Selbstorganisation.

Der Beauftragte sprach bei dieser Gelegenheit eine Einladung an den gesamten neu gewählten Bundesvorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zur Fortsetzung des konstruktiven Dialoges in Berlin aus.

Pressemitteilung des BMI

Prof. Dr. Bernd Fabritius (rechts) mit dem Vorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Johann Thießen. Bild: BMI

Bernd Fabritius bleibt Präsident des Bundes der Vertriebenen Johann Thießen ins Präsidium gewählt

Bei der Bundesversammlung des BdV am 30. November 2018 in Berlin wurde Dr. Bernd Fabritius mit einem hervorragenden Ergebnis als Präsident wiedergewählt. Er erhielt 141 von 146 gültigen Stimmen; das sind 96,6%.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Stephan Grigat, Renate Holznagel, Christian Knauer, Stephan Mayer MdB, Siegbert Ortmann und Albrecht Schläger.

Zu weiteren Präsidialmitgliedern wurden gewählt: Raimund Haser MdL, Milan Horáček, Egon Primas MdL, Stephan Rauhut, Brunhilde Reitmeier-Zwick und der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Johann Thießen.

Wir gratulieren Johann Thießen ganz herzlich zu seiner Wahl!

In seiner Vorstellung bei der Bundesversammlung am 30. November 2018 brachte Fabritius zum Ausdruck: „Ich möchte mich weiter für die Pflege und den Erhalt des kulturellen Erbes der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler einsetzen.“ Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland sehe er als Brücke zu den im Ausland lebenden Deutschen und als treibende Kraft bei der Bewahrung ihrer Identität.

Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Dr. Maria Werthan, und der Präsident des Bauernverbandes der Vertriebenen, Christian Walter, gehören kraft Amtes dem Präsidium an.

Prof. Dr. Fabritius resümierte in seinem Arbeitsbericht nahezu sämtliche aktuellen vertriebenen- und aussiedlerpolitischen Themen. Er betonte, dass er die in diesem Jahr angestoßene Zukunftsdiskussion konstruktiv und unter Einbeziehung sämtlicher Mitgliedsverbände weiterführen wolle.

Die hohe Altersarmut bei Spätaussiedlern bezeichnete Fabritius als „soziale Ungerechtigkeit“ und mahnte Lösungen an. Außerdem ging er auf den Stellenwert des partizipativen Ansatzes in der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes ein. Zu beiden Themen wurden im Verlauf der Tagung Entschließungen gefasst.

Vor der Veranstaltung fand die feierliche Verleihung der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen an den ehemaligen Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland für Fragen der Spätaussiedler und Heimatvertriebenen, Kirchenpräsident i.R. Helge Klassohn, statt. Klassohn habe durch die Vermittlung zwischen den Perspektiven, durch das Hochhalten des Versöhnungsgedankens und durch seinen Glauben an die Freundschaft benachbarter Völker „erheblich dazu beigetragen, dass Heimatvertriebene und Spätaussiedler ihren Frieden mit sich selbst machen konnten“, würdigte Fabritius das Wirken des Geehrten.

Pressemitteilung
des Bundes der Vertriebenen

„Bei den Spätaussiedlern geht es mir vor allem um Wertschätzung und Gerechtigkeit.“

Interview mit Silvia Stierstorfer, Aussiedlerbeauftragte in Bayern

Im März 2018 wurde die bayerische Landtagsabgeordnete Silvia Stierstorfer von der Bayerischen Staatsregierung zur Landesbeauftragten für Aussiedler und Vertriebene berufen. Seitdem vertritt sie deren Belange und setzt sich für Spätaussiedler im Freistaat ein. Sie sieht sich als „Kümmerin“, wenn es um Themen wie beispielsweise die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen, um Altersarmut oder das Fremdrentengesetz geht.
Im nachstehenden Interview erfahren Sie, wie derzeit ihre Zusammenarbeit mit Spätaussiedlern in Bayern verläuft und welche Ziele sie für ihre Tätigkeit als Aussiedlerbeauftragte weiterhin anstrebt.

Von links: Silvia Stierstorfer mit Valentina Wudtke, Albina Baumann und Nelli Geger vom Vorstand der Landesgruppe Bayern der LmDR.
Bild: Geschäftsstelle der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung

***VadW:** Sehr geehrte Frau Stierstorfer, am 21. März 2018 wurden Sie vom bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder zur Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene ernannt. Wie entwickelt sich seither Ihre Tätigkeit in diesem Amt?*

Silvia Stierstorfer: Die Arbeit macht mir großen Spaß, vor allem weil ich in diesem Amt viel für die Menschen bewirken kann. Zum einen erhalte ich Bürgerbriefe und Eingaben und versuche dann, den Menschen bei ihren konkreten Anliegen zu helfen. Zum anderen bin ich viel unterwegs, halte Reden, spreche Grußworte, nehme an Podiumsdiskussionen teil oder rede auch ganz einfach mit den Leuten. Das ist für mich auch persönlich ein großer Gewinn.

Dabei versuche ich, den Menschen die Anerkennung und Wertschätzung, die sie für ihre großartigen Leistungen bei ihrer Eingliederung in unsere Gesellschaft, für Bayerns Wiederaufbau und Wohlstand und für ihre Vorreiterrolle bei der Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten verdienen, zu vermitteln.

Ich bin die „Kümmerin“, sozusagen die Bürgerbeauftragte für Vertriebene und Aussiedler. Gleichzeitig habe ich aber auch einen Beratungsauftrag für die Staatsregierung, speise die Anliegen der Betroffenen in die politische Debatte ein und entwickle Ideen und Initiativen, was wir noch besser machen können.

Zudem führe ich zahlreiche Gespräche, mit den Landsmannschaften und Verbänden, mit Vertretern der Wissenschaft, mit Stiftungen und Bildungseinrichtungen, mit den Generalkonsuln der Länder, aus denen Deutsche vertrieben oder ausgesiedelt wurden, und natürlich auch mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bund und anderen Bundesländern.

Gibt es für Sie persönlich besondere Themen, um die es Ihnen bei Spätaussiedlern geht?
Bei den Spätaussiedlern geht es mir vor allem um Wertschätzung und Gerechtigkeit. Ich möchte erreichen, dass die Deutschen, die aus der ehemaligen Sowjetunion, aber auch aus Siebenbürgen, dem Banat oder Oberschlesien erst nach der Wiedervereinigung zu uns gekommen sind, bei der Rentenbemessung genauso behandelt werden wie jeder andere Deutsche. Das gleiche gilt auch für die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen. Hier gibt es noch immer eine Gerechtigkeitslücke, die wir dringend schließen müssen. Bayern wird in dieser Frage nicht nachlassen.

Außerdem bin ich der Ansicht, dass wir in der Gesellschaft noch deutlicher machen müssen, dass – wie unser Ministerpräsident Dr. Söder richtig gesagt hat – die Aussiedler „Deutsche und keine Migranten" sind. Ich ärgere mich immer wieder, wie wenig viele Leute im Land über die Spätaussiedler, ihre Geschichte und ihre Kultur wissen. Auch ihr Leiden wird oft ausgeblendet, und sie werden gerne in eine – rechte – Ecke gerückt, in die sie nicht hingehören.

Zu welchen Organisationen der Deutschen aus Russland haben Sie gegenwärtig Kontakt in Bayern und wie verläuft Ihre Zusammenarbeit? Was halten Sie von der Arbeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Bayern?
Mein Ansprechpartner unter den Russlanddeutschen ist zunächst einmal die Landsmannschaft. Sie ist mein wichtigster Partner und für mich auch der legitime Vertreter ihrer Landsleute. Aus meiner Sicht leistet sie eine sehr gute Arbeit und erhält nun auch mit dem Kulturzentrum für die Volksgruppe in Nürnberg ein Forum, in dem sie ihre Ideen, Projekte und Initiativen noch besser umsetzen kann als vorher.

Sehr beeindruckt bin ich auch von ihrer Kulturpflege und ihrer Jugendarbeit. Hier wird der Grundstein dafür gelegt, sich erfolgreich als Deutsche in unsere Gesellschaft einzugliedern und zugleich die eigene, besondere „regionale" Identität zu wahren.

Wie schätzen Sie die politische Partizipation der Deutschen aus Russland in Bayern ein? Wie empfinden Sie grundsätzlich deren Integration im Freistaat und wo bestehen Ihrer Meinung nach noch Defizite bei der Eingliederung der Spätaussiedler in die deutsche Gesellschaft?
Die Deutschen aus Russland haben sich hervorragend in Bayern eingegliedert. Sie gehören einfach dazu und sind eine echte Bereicherung. Dazu trägt sicherlich auch bei, dass für sie ihr Bekenntnis zu Deutschland obenan steht und sie – anders als manche andere zugewanderte Volksgruppe – keinen Zweifel daran lassen, wem ihre Loyalität gebührt. Das zeigt sich auch im Gebrauch der deutschen Sprache und dass man gar kein Interesse hat, auch in Russisch angesprochen zu werden.

In der veröffentlichten Meinung wird immer wieder beklagt, dass die Deutschen aus Russland so konservativ seien; ich finde aber, dass das kein Makel ist – im Gegenteil.

Auf welche Ihrer Leistungen für Spätaussiedler können Sie jetzt schon stolz sein?
Das zu beurteilen, ist sicher noch zu früh. Ich bin noch nicht einmal ein Jahr im Amt und habe noch eine volle Legislaturperiode als Beauftragte vor mir.

Worauf ich aber schon heute stolz bin, ist, dass ich das Vertrauen vieler Spätaussiedler – und gerade auch Deutscher aus Russland – gewonnen habe, dass sie mich als ihre Ansprechpartnerin und „Kümmerin" sehen. Und ich bin sehr dankbar, dass ich quasi von Anfang an direkt dabei bin, wenn das Kulturzentrum für die Deutschen aus Russland in Nürnberg seine Arbeit aufnimmt.

Welche Pläne schmieden Sie für Ihre weitere Tätigkeit als Beauftragte für Aussiedler und Vertriebene in Bayern?
Ich habe viel vor in den nächsten gut viereinhalb Jahren. Ich möchte sicherstellen, dass die Aussiedler und Vertriebenen überall in unserer Gesellschaft die Anerkennung und Fairness erfahren, die sie verdienen. Außerdem ist mir sehr wichtig, dass das Kulturerbe und die Geschichte der Deutschen aus dem Osten in unserem kollektiven Gedächtnis bewahrt bleiben, dass junge Leute wieder mehr darüber erfahren und dadurch motiviert werden, nach ihren eigenen Wurzeln zu suchen.

Dazu kann unser Schulunterricht einen Beitrag leisten, aber auch Zeitzeugen, von denen es zumindest unter den Aussiedlern aus Russland und Rumänien noch sehr viele gibt.

Und ich wünsche mir, dass die Vertriebenen und Aussiedler auch bei uns endlich als Brückenbauer Richtung Osten wahrgenommen werden. Denn dort gelten sie schon längst nicht mehr als vermeintliche „Revanchisten", sondern als Türöffner für eine engere Zusammenarbeit, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch.

Was würden Sie unserem Verein mit auf den Weg geben?
Machen Sie weiter so! Sie sind auf einem guten Weg.

Das Interview führte Lena Arent.

Steigende Tendenz beim Zuzug von Spätaussiedlern

2018 fanden 7.126 Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen Aufnahme in Deutschland. Damit setzt sich der Trend der leicht steigenden Spätaussiedlerzahlen weiter fort.

Gestiegen ist auch die Zahl der Aufnahmeanträge, um 1.480 auf 14.705.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, erklärte dazu: „Im Jahr 2018 hat die Bundesrepublik 7.126 Landsleute als Spätaussiedler und Familienangehörige in Deutschland begrüßt. Damit wurden meine persönlichen Erwartungen von 7.000 Neuankünften sogar noch übertroffen.

Unsere Solidarität mit den Spätaussiedlern und ihren Familien gilt auch für die Zukunft. Ich freue mich auf jeden, der in seiner historischen Heimat Deutschland ankommt."

Im Einzelnen zeigten sich folgende Entwicklungen:

Aussiedlerzahlen 2009 bis 2018:

2009	3.360
2010	2.350
2011	2.148
2012	1.820
2013	2.429
2014	5.649
2015	6.118
2016	6.558
2017	7.059
2018	7.126

Herkunftsländer 2018

Armenien	16
Aserbaidschan	14
Georgien	22
Kasachstan	2.292
Kirgistan	120
Litauen	1
Moldau	86
Russland	3.496
Tadschikistan	4
Turkmenistan	22
Ukraine	873
Usbekistan	57
Weißrussland	109
Polen	10
Rumänien	2
ehemalige CSFR	1

Heiko Hendriks:

„Geschichte der Deutschen aus Russland muss auch in den Schulbüchern Platz finden.“

Gespräch mit dem Aussiedlerbeauftragten in Nordrhein-Westfalen, Heiko Hendriks, über die Bilanz seiner einjährigen Arbeit im Amt, seine Einschätzung der politischen Teilhabe der Deutschen aus Russland sowie neue Projekte für Spätaussiedler in Nordrhein-Westfalen:

„Volk auf dem Weg“: Sehr geehrter Herr Hendriks, Ihre Arbeit als nordrhein-westfälischer Beauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern haben Sie im Februar 2018 aufgenommen. Wenn Sie die Bilanz Ihrer Arbeit ziehen, was hat sich seither in Ihrer mit den Deutschen aus Russland verbundenen Tätigkeit verändert?

Heiko Hendriks: Das erste Jahr meiner Tätigkeit war natürlich geprägt durch zahlreiche Kennenlerntermine und Vor-Ort-Besuche, um mir ein Bild von der vielfältigen Community der Aussiedler und Spätaussiedler in Nordrhein-Westfalen zu machen. Ich habe mich sehr über den positiven Zuspruch der vielen Menschen, denen ich begegnet bin, gefreut.

Mittlerweile besteht ein sehr enger und guter Draht zu den Deutschen aus Russland in NRW – insbesondere zu denen, die sich organisiert haben –, und ich glaube, dass wir eine vertrauensvolle Basis für die weitere gemeinsame Arbeit im Sinne der Spätaussiedler gebildet haben.

Worauf legen Sie besonderen Wert bei Ihrer Arbeit mit Spätaussiedlern?

Auf das direkte Gespräch und dies sowohl mit den Funktionären der organisierten Spätaussiedler als auch, wann immer sich die Gelegenheit bietet, mit denjenigen – und dies sage ich im positiven Sinne – die auffällig unauffällig hier in Nordrhein-Westfalen leben, ohne sich in Interessengruppen organisiert zu haben.

Die Deutschen aus Russland seien eine Bereicherung für das Land Nordrhein-Westfalen, sagten Sie beim Jahresabschluss 2018 der Landesgruppe NRW der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Hattingen. Wie kommen Spätaussiedler Ihrer Meinung nach der nordrhein-westfälischen Gesellschaft zugute?

Dies kann ich, so glaube ich, relativ schnell auf den Punkt bringen: Sie tragen mit ihrer positiven Einstellung zu unserem Staat, ihrer hohen Bereitschaft, sich ehrenamtlich für Dritte zu engagieren, sowie ihrem Fleiß, insbesondere auch im Beruf, entscheidend dazu bei, dass das gesellschaftliche Miteinander bei uns in NRW so bleibt, wie es ist, nämlich gut.

Zu Ihrem Arbeitsfeld gehören unter anderem Kontaktpflege und Zusammenarbeit mit Institutionen und Organisationen der Aussiedler und Spätaussiedler, auch auf Bundesebene und in anderen deutschen Bundesländern. Mit welchen russlanddeutschen Strukturen in NRW und über dessen Grenzen hinaus pflegen Sie dauerhaft gute Beziehungen?

Ich glaube, uns bzw. mir ist es im ersten Jahr ganz gut gelungen, mit allen wesentlichen Akteuren der russlanddeutschen Community hier in NRW nicht nur ins Gespräch zu kommen, sondern auch das ein oder andere in die Wege zu leiten.

Namentlich zu nennen sind hier beispielhaft die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, aber natürlich auch die Vereinigung zur Integration von russlanddeutschen Aussiedlern e.V., der Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e.V., das Forum der Russlanddeutschen in Essen oder auch die Verantwortlichen unseres Museums der russlanddeutschen Kulturgeschichte in Detmold.

Und dass in unserem Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, dem ich vorstehe, die Deutschen aus Russland die größte soziologische Gruppe stellen, macht deutlich, dass auch auf dieser Ebene ein kontinuierlicher Austausch stattfindet.

Bei verschiedenen Anlässen habe ich mich natürlich auch mit Vertreterinnen und Vertretern auf Bundesebene, von der LmDR seien hier Johann Thießen und Waldemar Eisenbraun genannt, ausgetauscht. Dass die Landesregierung auch Wert auf den Kontakt zur deutschen Minderheit in Russland legt, zeigt die Tatsache, dass Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen sich bei Ihrem Besuch Anfang April 2019 in Moskau auch mit Olga Martens, Leiterin des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur, trifft, die ich ebenfalls schon hier in NRW kennengelernt habe.

Große Bundesländer wie etwa Bayern und Hessen stellen den Spätaussiedlern erhebliche finanzielle Fördermittel zur Verfügung. Beabsichtigt auch das Land Nordrhein-Westfalen in absehbarer Zukunft die Bereitstellung von Geldmitteln für die Integration der Deutschen aus Russland?

Nordrhein-Westfalen fördert bereits die Arbeit der Verbände und die Integration der Deutschen aus Russland auf vielfältige Weise. Lediglich eine institutionelle Förderung gibt es nicht, wie wir dies zum Beispiel bei unseren beiden Patenlandsmannschaften der Siebenbürger Sachsen und der Oberschlesier hier in NRW machen. Es werden aber sehr umfangreich Projekte, zum Beispiel über §96 BVFG oder die Fördermöglichkeiten für Migrantenselbstorganisationen, vom Land großzügig finanziell unterstützt, um nur einmal zwei Beispiele zu nennen.

Heiko Hendriks

wurde am 22. Februar 1966 in Duisburg geboren. Studium der Sozialwissenschaften, Psychologie und Pädagogik an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg mit Diplom-Abschluss.
Freiberufliche Tätigkeit in der Erwachsenenbildung; seit 1995 selbständiger Unternehmensberater und Personaltrainer. Seit 1994 Stadtverordneter im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr. Seit 1997 Mitglied des Landesvorstandes der OMV – Union der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU NRW und seit 2013 deren Landesvorsitzender.
Vom Januar 2014 bis Mai 2017 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen. Seit 1. Februar 2018 Beauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern in Nordrhein-Westfalen.

Quelle: www.mkw.nrw/heiko-hendriks

In Ihrer Ansprache beim „Tag der neuen Heimat“ am 1. Februar 2019 in Düsseldorf machten Sie deutlich, dass es „ein stetiger Auftrag von Politik und Gesellschaft ist, an die geschichtlichen Fakten rund um die Vertreibung und Aussiedlung deutscher und deutschstämmiger Frauen und Männer zu erinnern“. Wie finden Sie die Idee und das konkrete Bestreben mehrerer russlanddeutscher Organisationen, darunter auch unserer Landsmannschaft, die Geschichte der Russlanddeutschen in die schulischen Lehrbücher weiterer Bundesländer aufzunehmen, wie das beispielsweise in Hessen bereits der Fall ist?

Ich halte dies für absolut notwendig, denn ohne die Kenntnis geschichtlicher Fakten kann man bestimmte Zusammenhänge schlicht und einfach nicht verstehen. Und meine Erfahrung ist, auch hier in Nordrhein-Westfalen, dass leider viele Menschen

überhaupt nichts oder nur sehr wenig über die Geschichte der Russlanddeutschen wissen und damit z.B. auch nicht verstehen, warum sich ein Deutscher aus Russland ärgert, wenn er nach der Ankunft in der Kommune zuallererst an die Ausländerbehörde verwiesen wird.

Durch mangelndes Wissen werden letztendlich auch Stereotype bedient, und das kann eigentlich niemand wollen. Aus diesem Grund habe ich ein sehr konstruktives Gespräch mit der NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer geführt und dafür geworben, dass unser Schulministerium die gute Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer zu Flucht, Vertreibung und Aussiedlung aus dem Jahr 2009 neu auflegt und bewirbt sowie das m-book zur russlanddeutschen Kulturgeschichte für den Schulunterricht empfiehlt.

Dass die Geschichte der Deutschen aus Russland in den Schulbüchern Platz haben muss, versteht sich für mich von selbst.

Deutsche aus Russland haben sich aufgrund der autoritären sowjetischen Herrschaft in ihren Herkunftsländern von der Politik abgewandt. Wie empfinden Sie die derzeitige politische Partizipation der Spätaussiedler in Nordrhein-Westfalen?

Die Aussage, dass sich die Deutschen aus Russland von der Politik abgewandt haben, halte ich für zu undifferenziert. Ich bin bei Pauschalisierungen immer sehr vorsichtig.

Nach meiner Erfahrung ist die politische Partizipation der Spätaussiedler in NRW viel besser als ihr Ruf. Mein Eindruck hier in NRW ist, dass Deutsche aus Russland sehr interessiert am politischen Geschehen sind und sich aktiv in politische Diskussionen einbringen. Viele engagieren sich auch in kirchlichen Vereinen oder in politiknahen Verbänden und nehmen dadurch eine aktive Rolle in der gesellschaftlichen und politischen Partizipation wahr. Wir sehen, dass das Interesse der Deutschen aus Russland an Politik sehr hoch ist, allein an der Beteiligung am Projekt der Otto-Benecke-Stiftung zur inter- und intrakulturellen Bildung, welche auch politische Bildung umfasst.

Aber selbstverständlich muss man genauer hinsehen, und es gibt hier ebenfalls – wie in der restlichen nordrhein-westfälischen Gesellschaft auch – unterschiedliche Entwicklungen, die von Faktoren wie soziale Herkunft, Bildungsniveau etc. abhängen.

Unser aller Anliegen muss es sein, diejenigen, die sich dann doch abgewendet haben, mit zielgruppen- und kulturspezifischen Angeboten wieder von unserem Land und unserem politischen System zu überzeugen. Übrigens: Die Wahlbeteiligung der Deutschen aus Russland unterscheidet sich nicht von der übrigen Bevölkerung. Lediglich das parteipolitische Engagement ist leider bisher sehr gering, und dies spielt natürlich in unserer Parteiendemokratie eine große Rolle.

Wo bestehen Ihres Erachtens noch Defizite bei der Eingliederung der Spätaussiedler in die deutsche Gesellschaft? Wie könnte hier das Land Nordrhein-Westfalen unterstützend eingreifen?

Das von mir bereits angesprochene positive auffällige Unauffällige darf nicht dazu führen, dass man sich zu sehr zurückhält, zum Beispiel in Bezug auf Engagement in Verbänden und Parteien, in denen Themen außerhalb der eigenen Geschichte im Vordergrund stehen.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Dies gilt auch für die Spätaussiedler. Somit sind wir alle gut beraten – und dies tun wir ja auch –, durch politische Bildung und Partizipationsprojekte auch die Deutschen aus Russland generationsübergreifend zu animieren, sich noch mehr in unser demokratisches System, insbesondere auch in die Parteien, und somit in unsere Gesellschaft einzubringen.

Was sind Ihre weiteren Pläne in Bezug auf die Deutschen aus Russland in NRW?

Grundsätzlich gilt für mich natürlich, dass ich weiterhin Ansprechpartner für die Deutschen aus Russland sein und mich als Fürsprecher für ihre berechtigten Anliegen aktiv einsetzen möchte. Außerdem bin ich gespannt auf die Kulturveranstaltungen, Seminare und Workshops, die die Deutschen aus Russland in NRW 2019 wieder auf die Beine stellen, und werde daran natürlich gerne wieder teilnehmen und meinen Beitrag leisten.

Darüber hinaus begleiten wir momentan das gemeinsam von VIRA und der Otto-Benecke-Stiftung durchgeführte „Modellprojekt zur Erprobung von Angeboten inter- und intrakultureller Bildung in nordrhein-westfälischen Organisationen der Deutschen aus Russland“. Themen wie Identität, Medien und Partizipation sollen dabei von russlanddeutschen Vereinigungen in neuen Bildungsformaten ausprobiert werden.

Was würden Sie der LmDR mit auf den Weg geben?

Ich habe die Landsmannschaft und auch die vielen anderen Vereine weitgehend als dynamisch und engagiert wahrgenommen. Es gelingt den Deutschen aus Russland sehr gut, ihre Kultur generationenübergreifend zu pflegen und Angebote zu entwickeln, die sowohl Jung als auch Alt ansprechen und verbinden. Dies ist für mich entscheidend, wenn es darum geht, das Kulturgut der deutschen Aussiedler und Spätaussiedler aus Russland in die Zukunft zu tragen.

Insofern wünsche ich mir, dass die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland den eingeschlagenen Weg fortsetzt und vielleicht noch mehr die Arbeit ihrer regional agierenden Gruppen für ihre Breitenwirkung in der NRW-Öffentlichkeit hervorhebt – denn auch für die LmDR gilt: Tue Gutes und rede darüber.

Das Interview führte Lena Arent.

Heiko Hendriks (in der Mitte mit heller Krawatte) im Dezember 2018 bei einem Bildungsseminar der Landesgruppe NRW der LmDR in Hattingen, Rechts der Vorsitzende der Landesgruppe, Dietmar Schulmeister.

„Heimat im Herzen, Heimat in Deutschland“

Dialogforum des Bundesinnenministeriums für Deutsche aus Russland

Heimat im Herzen, Heimat in Deutschland“ – so hieß das Forum des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, das am 4. Juni 2019 in Berlin russlanddeutsche Akteure aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Jugend, Bildung und Sport versammelte. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen der kulturelle und gesellschaftliche Gewinn für die Bundesrepublik Deutschland durch die Aufnahme der Deutschen aus Russland sowie die Erfolgsgeschichte ihrer Beheimatung in Deutschland. Bei dem gut fünf Stunden dauernden Forum ergaben sich für die Teilnehmer viele Gelegenheiten, mit Vertretern der Politik ins Gespräch zu kommen und neue Anstöße für weitere Wechselwirkungen zu geben.

In seiner Rede unterstich der Bundesvorsitzende der LmDR, Johann Thießen, die bedeutende Rolle der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland bei den Beheimatungsprozessen der Spätaussiedler: „Die Sehnsucht nach einer Heimat als Ort, an dem sie in Frieden leben und dauerhaft bleiben konnten, war für die Deutschen aus Russland immer ein Antriebsmoment. Dies war so bei ihrer Auswanderung im 18. Jahrhundert, dann nach ihrer Vertreibung aus ihren Siedlungen durch Josef Stalin und schließlich bei der Rückkehr in das Land der Vorfahren. Hier nun wollten sie endlich ankommen und eine Heimat finden. Bei der Landsmannschaft fanden sie Halt und Orientierung in dieser schwierigen Zeit. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland wurde daher mit ihren zahlreichen ehrenamtlichen Helfern für viele zum Lotsen und zur festen Stütze.“

Thießen sprach in seiner Rede auch das gegenwärtig drängendste Problem im Spätaussiedlerbereich an – die Beseitigung von erheblichen Benachteiligungen im Rentenbereich. Unabhängig von Berufsbiographie und Lebensleistung drohe den Deutschen aus Russland eine Rente auf dem Niveau der Grundsicherung. Verständlicherweise führe das zu Zukunftsängsten und einem tief sitzenden Gefühl der Ungerechtigkeit. „Weder wurde bei den Rentenkürzungen das anerkannte Kriegsfolgenschicksal der Deutschen aus Russland berücksichtigt, noch spielte der Umstand eine Rolle, dass ihre Zuwanderung finanziell ein Gewinn für die Rentenkasse war und ist“, so der Bundesvorsitzende. Er freue sich allerdings sehr darüber, dass dieses soziale Problem nun angegangen wird: „Am 15. Februar dieses Jahres hat der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, die Regelungen zur Rentenzahlung bei Spätaussiedlern zu überprüfen. Dies ist ein ganz wichtiger Schritt.“

Johann Thießen, Bundesvorsitzender der LmDR, bei seiner Rede auf dem Forum. Foto: BMI.

Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, äußerte als Ehrengast des Forums seine außerordentliche Freude darüber, dass die Deutschen aus Russland in so großer Zahl zu der Veranstaltung gekommen seien, und führte in seiner Rede aus:

„Wir haben Sie heute in das Bundesinnenministerium als Landsleute eingeladen und wollen damit verdeutlichen, dass Sie hier im Ministerium eine starke Stimme haben. Wir sind heute nicht nur im Innen-, sondern auch im Heimatministerium, und wir definieren Heimat so: Heimat ist ein Land, eine Region oder eine Gemeinde, wo man sich geborgen und zu Hause fühlt und wo man das Gefühl hat, angenommen zu sein. Ich sage immer: Es gibt nicht nur eine Heimat, die alles komplett ausschließt. Wir leben von einer Vielfalt. Und

Teilnehmer des Dialogforums des BMI am 4. Juni 2019 in Berlin. Foto: BMI.

es ist immer bedauerlich, wenn man seine Heimat aufgrund historischer schlimmer Prozesse verliert.

Aber wir legen Wert darauf, dass Sie hier bei uns im Vaterland Deutschland eine neue Heimat gefunden haben. Wir tun alles, was in unseren Kräften steht, damit Sie sich hier wohl und geborgen fühlen, damit die Probleme, die Sie bewegen, angepackt und gelöst werden."

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, äußerte seine feste Überzeugung, dass Spätaussiedler selbstverständlich zur deutschen Gesellschaft gehören. „Sowohl ‚Dialog' als auch ‚Forum' sind Begriffe, die Austausch auf Augenhöhe voraussetzen, und genauso wollen wir heute miteinander sprechen. Solche Veranstaltungen helfen uns allen, unseren ‚Entscheidungskompass' neu zu justieren und am Puls der wichtigen Themen und Probleme zu bleiben, die Sie alle bewegen. Die Deutschen aus Russland sind ohne Zweifel eine relevante gesellschaftliche Gruppe, die jedes Jahr größer wird. Ich bin absolut sicher, dass die hier geborenen Kinder – von Eltern, die die Aufnahmebescheide bekommen haben – selbstverständlich zu diesem Personenkreis gehören", betonte Fabritius in seinem Grußwort.

In der ersten Podiumsdiskussion des Forums diskutierten der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, Stephan Mayer MdB, Albina Nazarenus-Vetter, stellvertretende Bundesvorsitzende der LmDR, der Historiker Dr. Alfred Eisfeld und die Kulturbotschafterin der Jugend-LmDR, Helena Goldt, über die Frage „Deutsche aus Russland – kultureller und gesellschaftlicher Gewinn der deutschen Gesellschaft". Beim zweiten Podium wurden durch Dr. Bernd Fabritius, Angelina Hübner, ehemalige Volleyballnationalspielerin und neunfache deutsche Volleyballerin des Jahres mit russlanddeutschen Wurzeln, den Fotografen und Autor Eugen Litwinow sowie die Vorsitzende der Jugend-LmDR Niedersachsen, Valerie Cholodow, die Themen Erfahrungsberichte und erfolgreiche Beheimatungsstrategien der Deutschen aus Russland behandelt.

Die musikalische Umrahmung des Dialogforums übernahm Helena Goldt mit Liedern des Komponisten aus Königsberg, Werner Richard Heymann, „Ein Freund, ein guter Freund" und „Irgendwo auf der Welt", sowie dem deutschen Volkslied „Es führt über den Main eine Brücke von Stein" und „Ein Lied geht um die Welt" von Hans May.

Moderiert hat die Veranstaltung die Journalistin Anke Plättner.

Lena Arent

Editha Westmann:

„Wir haben es über die Jahre versäumt, die von den Deutschen aus Russland mitgebrachten schulischen und beruflichen Qualifikationen zu nutzen."

Am 6. März 2018 hat die niedersächsische Landesregierung Editha Westmann zur Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen. Welche Projekte für Deutsche aus Russland sie derzeit in Niedersachsen plant und welche besonderen Begabungen ihrer Meinung nach die Spätaussiedler auszeichnen, erzählte uns Editha Westmann im folgenden Interview.

*VadW: **Sehr geehrte Frau Westmann, wie entwickelt sich Ihre Arbeit in Ihrem Amt als Landesbeauftragte seit März 2018?***

Editha Westmann: Ich blicke auf ein spannendes und ereignisreiches Jahr zurück. Mit der Unterstützung meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem Verbindungsbüro konnte ich bereits einige Projekte auf den Weg bringen.

Die zahlreichen Gespräche mit den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften machen deutlich, dass es gut und wichtig war, in Niedersachsen wieder eine eigene Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zu berufen.

Um welche Themen geht es Ihnen bei Ihrer Arbeit mit Spätaussiedlern?

Ich setze mich nach wie vor nachdrücklich für mehr Gerechtigkeit bei der Fremdrente ein. Es war mir sehr wichtig, dass Niedersachsen den entsprechenden Antrag aus Bayern zur Fremdrente im Bundesrat unterstützt. Das ist mir durch viele Gespräche und politische Initiativen gelungen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Jugendarbeit. Hier sind interessante Projekte mit jungen Deutschen aus Russland geplant. Zurzeit läuft ein Film-Workshop, bei dem junge Einheimische und Spätaussiedler lernen, wie filmische Dokumentationen und Interviews aufgezeichnet werden.

Editha Westmann mit der niedersächsischen Jugendgruppe der LmDR beim Tag der Niedersachsen am 16. Juni 2019.

Mit welchen russlanddeutschen Organisationen außer der LmDR kooperieren Sie oder haben Sie bereits Kontakt in Niedersachsen? Was halten Sie von der Arbeit der Landesgruppe Niedersachsen der LmDR?

Wir sind dabei, ein breites Netzwerk aufzubauen, um möglichst viele Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zu erreichen. Dabei ist mir eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, insbesondere mit der niedersächsischen Landesvorsitzenden Frau Bischoff und dem Bundesvorsitzenden Herrn Thießen, sehr wichtig. Regelmäßige Gespräche und gemeinsame Veranstaltungen mit der Landsmannschaft stärken den Zusammenhalt und bringen mir persönlich sehr viel Freude.

Mitglieder der Landsmannschaft können selbstverständlich bei unseren Projekten, die auf diese Gruppe ausgerichtet sind, dabei sein. Ich hoffe sehr, dass die Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft stetig wächst.

Außerdem gibt es ein erstes Projekt mit dem Tolstoi Hilfs- und Kulturwerk Hannover e. V. im Rahmen unseres Landesfestes

„Tag der Niedersachsen“ in Wilhelmshaven. In dem Verein sind unter anderem zahlreiche Spätaussiedler aktiv.

Trotz lebenslanger Leistung sind die Deutschen aus Russland in der Rentenfrage leider immer noch nicht mit den Einheimischen gleichgestellt. Dabei sind, wie der Aussiedlerbeauftragte Prof. Dr. Fabritius, beim diesjährigen Jahresempfang des BDV anmerkte, „lediglich 6,8 % der Spätaussiedler bei der Aufnahme älter als 65“. Welche Position nehmen Sie bezüglich der aktuellen Rentensituation der Spätaussiedler ein?

Es ist für mich eine große Ungerechtigkeit, dass die Fremdrente im Laufe der Jahre nicht angeglichen wurde. Da ich viele ältere Deutsche aus Russland, die eine Fremdrente beziehen, persönlich kenne, weiß ich um die schwierige Situation, in der sich die Betroffenen befinden. Nicht selten muss der Lebensunterhalt bis ins hohe Alter durch Nebentätigkeiten finanziert werden. Ich finde es schlimm, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Alter unverschuldet in die Armut rutschen.

Ich erwarte, dass die Kolleginnen und Kollegen im Bundestag ein deutliches Zeichen setzen und die Leistungen in der Fremdrente entsprechend der Lebensleistung der Spätaussiedler anheben.

Die Geschichte der Deutschen aus Russland wird in den niedersächsischen Schulen nicht thematisiert, was wiederum zum Entstehen von Vorurteilen gegenüber Spätaussiedlern beiträgt. Sehen Sie in Niedersachsen – außer der durchaus bekannten Wanderausstellung der LmDR, „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“, – weitere Möglichkeiten, die Bevölkerung über unsere Geschichte aufzuklären?

Es ist ein wichtiger Bestandteil meiner Arbeit, die Geschichte und damit das Schicksal unserer Spätaussiedler in das Bewusstsein der einheimischen Bevölkerung zu bringen. Gemeinsame Projekte mit Spätaussiedlern und Einheimischen tragen dazu bei, dass Vorurteile abgebaut werden.

Im Museum des Grenzdurchgangslagers Friedland haben die Deutschen aus Russland ihren festen Platz bekommen. Dort in Friedland, das noch heute für tausende Aussiedler und Spätaussiedler das Tor zur Freiheit ist, finden vom Land geförderte Veranstaltungen wie das interkulturelle Sportfest, die Gedenkfeier zum 28. August 1941 oder die stimmungsvolle Weihnachtsfeier statt.

Es muss uns gemeinsam gelingen, noch mehr Politiker und Personen des öffentlichen Lebens für diese Veranstaltungen zu gewinnen. Dabei möchte ich der Landmannschaft sehr gerne behilflich sein.

Welche Fördermöglichkeiten für Spätaussiedler gibt es gegenwärtig seitens der niedersächsischen Landesregierung?

Die Niedersächsische Landesregierung ist sich der Verantwortung gegenüber den hier lebenden Aussiedlern und Spätaussiedlern bewusst.

So fördert Niedersachsen zahlreiche Projekte der Landsmannschaft. Mit dem Haushalt 2019 hat die Landsmannschaft erstmals auch eine institutionelle Förderung in Höhe von 30.000 Euro für ihre Geschäftsstelle erhalten. Damit soll die erfolgreiche Arbeit der Landsmannschaft gestärkt werden, denn unsere Aussiedler und Spätaussiedler haben stets einen erheblichen Beitrag zu der positiven Entwicklung unseres Landes geleistet.

Wie schätzen Sie die politische Partizipation und die gesellschaftliche Eingliederung der Deutschen aus Russland in Niedersachsen ein?

Zahlreiche Kommunen in Niedersachsen haben vom Zuzug der Aussiedler profitiert und tun das auch weiterhin. Doch die Umsiedlung war und ist nicht leicht. Die deutsche Sprache muss intensiv erlernt werden, die einheimische Kultur wirkt oft fremd und verwirrend. Trotz aller Vorfreude auf das neue Leben stellt sich oft Heimweh ein. Die Frage nach der eigenen Identität steht nicht selten im Raum. Wer hier eintrifft, ist noch lange nicht angekommen.

Und doch ist für die meisten Aussiedler und Spätaussiedler die Wiedereingliederung in die einheimische Bevölkerung gut verlaufen. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass wir es über viele Jahre versäumt haben, die von den Deutschen aus Russland mitgebrachten schulischen und beruflichen Qualifikationen zu nutzen. Das hat dazu geführt, dass viele Aussiedler und Spätaussiedler Arbeitsstellen weit unter ihrer Qualifikation bekommen haben.

Wir müssen dringend dafür sorgen, dass die Nachqualifikationen rascher und unbürokratischer erfolgen. Es ist unerlässlich, dass wir uns insbesondere um die bei uns neu ankommenden Spätaussiedler kümmern.

Ich betone in Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft immer wieder die Vorteile, die die Deutschen aus Russland durch ihre Grundeinstellung, ihre Qualifikation, ihre Kultur und ihre Mehrsprachigkeit in ein Unternehmen einfließen lassen können. Besondere Begabungen im Sport, in musischen und künstlerischen Bereichen zeichnen die Deutschen aus Russland oft aus. Das ist eine echte Bereicherung für uns und das wird mittlerweile von vielen Einheimischen sehr geschätzt.

Ich wünsche mir, dass die Deutschen aus Russland beherzter auf die Einheimischen zugehen, sich öffnen und gesellschaftliche und politische Teilhabe einfordern. Wann immer sich für mich die Gelegenheit ergibt, spreche ich insbesondere den jungen Deutschen aus Russland Mut zu, um sich politisch einzubringen. Ich werbe aber auch in meiner Partei dafür, aufgeschlossen auf die Spätaussiedler zuzugehen.

Welche Pläne haben Sie in Bezug auf die Deutschen aus Russland in Niedersachsen?

Zur Person:

Geboren wurde **Editha Westmann** am 10. Dezember 1963 in Seesen (Niedersachsen). Seit 2003 ist sie Mitglied des Niedersächsischen Landtages (CDU), seit 2015 Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen des BdV, seit 2018 niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. Editha Westmann ist verheiratet, hat eine Tochter und zwei Söhne und ist evangelisch.

Natürlich möchte ich in erster Linie eine Rentengerechtigkeit für unsere Spätaussiedler erreichen. Außerdem möchte ich ihre Wiedereingliederung in die einheimische Gesellschaft weiter verbessern. Das ist im Hinblick auf die 2019 zu erwartenden 7.000 umsiedelnden Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen eine wichtige Aufgabe. Ich werde mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln die einheimische Gesellschaft, Politik, Kirchen, Verbände und Wirtschaft für die berechtigten Anliegen der Spätaussiedler sensibilisieren. Dabei sehe ich mich in einer Art Brückenfunktion zwischen den Spätaussiedlern und den genannten Akteuren.

Was würden Sie unserem Verein mit auf den Weg geben?

Die Landsmannschaft hat unzählige Landsleute bei der Wiedereingliederung in die einheimische Gesellschaft unterstützt und tut das immer noch. Dieses fast ausschließlich ehrenamtliche Engagement verdient großen Respekt und Anerkennung. Dafür danke ich Ihnen von Herzen.

Ich möchte Ihnen aber auch Mut machen, sich noch stärker mit den aktuellen gesellschaftspolitischen Themen in Deutschland und natürlich auch in Niedersachsen auseinanderzusetzten, die nicht nur die Deutschen aus Russland betreffen. Mischen Sie sich ein – kritisch, konstruktiv und zukunftsorientiert! Das Vertrauen in unsere Demokratie ist Garant für ein friedliches und freiheitliches Miteinander.

Ich freue mich sehr auf eine weiterhin harmonische und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland!

Das Interview führte Lena Arent.

„Ich finde, die Spätaussiedler haben Großartiges geleistet.“

Interview mit der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping

Anlässlich der Ernennung der Landesgruppe Sachsen der LmDR durch die Sächsische Landesregierung zum „Dachverband der sächsischen Spätaussiedler“ veröffentlichen wir das nachstehende Interview mit der Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping (SPD). Die Fragen stellte die Landesgruppe Sachsen der LmDR.

LG Sachsen: Im vergangenen Jahr wurde ein Beauftragter für Vertriebene und (Spät-)Aussiedler im Freistaat Sachsen eingesetzt. Welche Rolle und Verantwortung sehen Sie in Ihrem Geschäftsbereich für Gleichstellung und Integration für diese Personengruppe?

Petra Köpping: Wir haben hier in unserem kleinen, aber wichtigen Geschäftsbereich eine ganz besonders große Verantwortung. Und wir arbeiten sehr gern mit Ihnen zusammen. Bis jetzt zählen wir ca. 150.000 (Spät-)Aussiedler in Sachsen, deren überwiegende Zahl aus den Nachfolgestaaten der UdSSR gekommen ist. Diese Gruppe stellt damit etwa die Hälfte der in Sachsen lebenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Und gleichzeitig sind sie eine besondere Gruppe, da sie Deutsche sind und sie ein gemeinsames Kriegs- und Kriegsfolgeschicksal teilt.

Man muss rückblickend feststellen, dass wir in Sachsen einen gewissen Nachholbedarf in der Integrationspolitik haben, da die Integration bis Ende 2014 als Politikfeld überhaupt keine Rolle gespielt hat. Erst mit der Einrichtung meines Geschäftsbereichs Ende 2014 begann in Sachsen eine tatsächliche, aktive Integrationspolitik.

Während sich mein Geschäftsbereich organisatorisch im Aufbau befand, haben wir beispielsweise sofort mit der Erstellung von Förderprogrammen begonnen. Dabei war mir immer wichtig, dass neben der großen Zahl von geflüchteten Menschen eben auch all diejenigen „Nicht-Asylsuchenden“ davon profitieren, die ebenfalls vor Teilhabebarrieren stehen. Denn um nichts anderes geht es in der Integrationspolitik: um die Ermöglichung von möglichst gleicher Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben.

Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen den Migrantengruppen (Spät-)Aussiedler und neue Zuwanderer?

Ich habe hier zunächst eine gewisse abwartende Skepsis bei den (Spät-)Aussiedlern erlebt: Wie werden die geflüchteten Menschen hier in Empfang genommen? Welche Zuwendungen und Leistungen erhalten sie? Das waren die Fragen, die viele (Spät-)Aussiedler offensichtlich erst mal für sich selbst beantworten und gewichten wollten. Und das völlig zu Recht. Denn die Willkommenskultur, die wir jetzt praktizieren, hat es bisher nicht gegeben. Auch den Spätaussiedlern gegenüber waren die Menschen und die Verwaltung in diesem Land nicht immer aufgeschlossen.

Gleichzeitig sah ich sehr viele Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die sich eben gerade aufgrund ihrer eigenen Erfahrung überaus engagiert gezeigt haben und vielleicht an vielen Stellen die viel besseren „Integrationshelfer“ waren, wenn es um das Ankommen und Orientieren in Deutschland und Sachsen ging. Dafür bin ich all diesen Engagierten überaus dankbar!

Wie empfinden Sie die Integration der (Spät-)Aussiedler in Sachsen?

Ich finde, die Menschen haben Großartiges geleistet. Ich empfinde sie als angekommen und gut integriert. Und diese Leistung ist umso höher einzuschätzen, als sie ohne größere staatliche Unterstützung und ohne die genannte Willkommenskultur erbracht worden ist.

Spätaussiedler haben noch einmal einen ganz besonderen Blick auf Ihre jetzige Heimat. In Zukunft sollten wir diese Perspektive noch einmal viel stärker wahrnehmen und annehmen – denn sie hilft uns hier Geborenen manchmal etwas besser, uns selbst in einer Zeit des ständigen Wandels zu verorten.

Wie schätzen Sie die politische Partizipation der (Spät-)Aussiedler im Freistaat Sachsen ein?

Da möchte ich ganz klar sagen: Getrauen Sie sich mehr! Für viele der (Spät-)Aussiedler waren verständlicherweise erst einmal andere Themen wichtig, z.B. der Aufbau eines Lebens in der jetzigen Heimat. Aber die Politik benötigt dringend die starken Stimmen der einzelnen Gesellschaftsgruppen. Ich habe in Sachsen die Gründung eines Dachverbandes der Migrantenorganisationen unterstützt und treffe mich regelmäßig mit den Mitgliedern. Wir hegen hier ein kleines Pflänzchen politischer Partizipation, und ich hoffe, dass wir bald sehr viel mehr davon haben.

Die unterschiedlichen Gruppen müssen ihre Interessen nicht nur auf breiter gesellschaftlicher Ebene vertreten, die politische Ebene gehört für mich zwingend auch dazu. Seien Sie politisch und mischen Sie sich ein. Als Ministerin freue ich mich auf Partner, die mit mir auf Augenhöhe diskutieren und unser Zusammenleben verbessern wollen.

Worauf sollte derzeit das politische Hauptaugenmerk für die (Spät-)Aussiedler gelegt werden?

Das sind für mich im Wesentlichen vier Punkte: der Abbau von Rentenungerechtigkeit, die Verhinderung von Altersarmut, Maßnahmen zur Beschleunigung der Anerkennung mitgebrachter Berufsabschlüsse sowie die stärkere Einflussnahme auf ehrenamtliches und politisches Engagement in den demokratischen Organisationen und Parteien.

Zur Person:

Petra Köpping (SPD), geb. am 12. Juni 1958 in Nordhausen, Thüringen, ist seit 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags und seit 2014 Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration.

Welche Ziele und Maßnahmen der Arbeit ihres Geschäftsbereichs sollen die Integration der (Spät-)Aussiedler vervollkommnen?

Es war nicht nur meine Idee, sondern es bleibt auch mein Ziel, einen starken Dachverband der (Spät-)Aussiedler in Sachsen unter Führung der Selbstorganisation der (Spät-)Aussiedler sowie der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland als Interessenvertretung und Hilfsorganisation sowie Ansprechpartner der Sächsischen Staatsregierung zu etablieren und zu fördern. Wir sind hierzu in guten Gesprächen, und ich würde mich freuen, wenn uns der erste große Startschuss noch in diesem Jahr gelingt. Denn ehrlich gesagt: Es wird Zeit dafür – und wenn Sie bislang niemand dabei unterstützt hat, so mache ich das jetzt sehr gern!

Was geben Sie der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland mit auf den Weg?

Seien Sie politisch. Mischen Sie sich ein. Seien Sie gern kritisch – und machen Sie aus Ihrer besonderen Erfahrung heraus die guten Vorschläge, die wir brauchen, um einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt in Sachsen zu schaffen. Wer sich das zum Ziel setzt, hat mit mir immer eine enge Partnerin an seiner Seite!

BÜCHERANGEBOT DER LANDSMANNSCHAFT

HEIMATBÜCHER

- 1954, Gesamtübersicht über das Russlanddeutschtum
- 1955, Geschichte, Kultur, Wolgagebiet
- 1956, Odessa, Geschichte, Kultur u.a.
- 1957, Saporoshje, Großliebenthal u.a.
- 1958, Dnjepropetrowsk, Kronau, Orloff u.a.
- 1959, Sibirien, Mittelasien, Wolhynien u.a.
- 1960, Krim, großes Auswanderungsverzeichnis u.a.
- 1961, Kaukasus, Wirtschaft, Kultur u.a.
- 1962, Wolhynien, städtisches Deutschtum u.a.
- 1963, Russlanddeutsche in Übersee
- 1964, Sibirien, Wolga, Kirchen, Schulen u.a.
- 1966, Aussiedlung und die Vertreibung
- 1967/68, Hof und Haus, Kultur

(Preis je Heimatbuch 8,- Euro)

- 1969-72, Joseph Schnurr, „Die Kirchen und das religiöse Leben der Rußlanddeutschen“,
  Katholischer Teil ..... 23,- Euro
  Evangelischer Teil ..... 19,- Euro
- 1973-81, Hungersnot, Deportation u.a. ..... 11,- Euro
- 1982-84, mit Karte der ASSR der Wolgadeutschen ..... 12,- Euro

- 1985-89, Geschichte, Literatur, Aktuelles
- 1990/91, Krieg und Frieden, Rückkehr
- 1992-94, Deportation, Ausreise, 284 S.
- 1995/96, Heimat Deutschland, Trudarmee, 336 S.
- 1997/98, Deportation, Jugenderinnerungen, 340 S.
- 2000, I. Teil, Geschichte der Volksgruppe, Heimat
- 2000, II. Teil, Geschichte der Volksgruppe, Heimat
- 2003, Opfer des Terrors, Erinnerungen, Lebensbilder
- 2004, Repressionen, Deportation, Trudarmee
- 2005, Kultur, Repressionen, Autonomiebewegung
- 2006, Geschichte der Volksgruppe, Persönlichkeiten, Kultur
- 2007/08, Geschichte der Volksgruppe, Kirche, Kultur
- Sonderband „Von der Autonomiegründung zur Verbannung und Entrechtung“, A. Eisfeld (Herausgeber), 292 S.
- 2014, Geschichte und Kulturgeschichte, Wiederbelebung
- 2017, Literatur. Kaukasus. Deportation

(Preis je Heimatbuch 10,- Euro)

GEDICHTE

- J. Warkentin, „Rußlanddeutsche Berlin-Sonette“ ..... 5,- Euro
- W. Mangold, „Rund um das Leben“ ..... 7,- Euro
- Nelly Wacker, „Es eilen die Tage“ ..... 7,- Euro
- A. Brettmann, „Stimmen des Herzens“ ..... 10,- Euro

WEITERE LITERATUR

- V. Aul, „Das Manifest der Zarin“ ..... 5,- Euro
- Dr. E. Biedlingmaier, „Ahnenbuch von Katharinenfeld in Georgien, Kaukasus, Chronik der Familien“,
- ermäßigter Preis ..... 60,- Euro
- Bosch/Lingor, „Entstehung, Entwicklung und Auflösung der deutschen Kolonien am Schwarzen Meer“ ..... 7,- Euro
- N. Däs, „Alle Spuren sind verweht. Rußlanddeutsche Frauen in der Verbannung“ ..... 10,- Euro
- N. Däs, „Der Schlittschuhclown“ ..... 8,- Euro
- N. Däs, „Laßt die Jugend sprechen“ ..... 5,- Euro
- N. Däs, „Rußlanddeutsche Pioniere im Urwald“ ..... 9,- Euro
- „Nelly Däs – Chronistin der Deutschen aus Russland“ ..... 12,- Euro
- N. Däs, „Kochbuch der Deutschen aus Russland“ ..... 10,- Euro
- N. Däs, „Emilie, Herrin auf Christiansfeld“ ..... 9,90 Euro
- N. Däs, „Wölfe und Sonnenblumen“ ..... 10,- Euro
- „Die Deutschen im Prikamje. XX. Jahrhundert“, drei Bände ..... 29,- Euro
- F. Dortmann, „Olga von der Wolga“, Lieder im Volkston ..... 12,- Euro
- Peter Dück, „Kasachstan – Faszination des Unbekannten“, Bildband ..... 9,90 Euro
- H. Gehann, „Schwänke und Scherzlieder“ ..... 6,- Euro
- O. Geilfuß, „Für alle Kinder“, Kinderlieder ..... 5,- Euro
- O. Geilfuß, „Klaviersonate“ ..... 6,- Euro
- V. Harsch, „Aus der Lebensbeichte meiner Mutter“ ..... 4,- Euro
- V. Heinz, „In der Sackgasse“ ..... 13,- Euro
- W. Hermann, „Das fremde Land in dir“ ..... 7,- Euro
- E. Imherr, „Verschollene Heimat an der Wolga“ ..... 10,- Euro
- J. und H. Kampen, „Heimat und Diaspora“, Geschichte der Landsmannschaft ..... 8,- Euro
- R. Keil, „Rußland-Deutsche Autoren, 1964-1990“ ..... 7,- Euro
- W. Mangold, „Rußlanddeutsche Literatur“ ..... 7,- Euro
- I. Melcher, „Kurze Prosa“ ..... 3,- Euro
- G. Orthmann, „Otto Flath, Leben und Werk“ ..... 5,- Euro
- Rosalia Prozel, „Weißer Tee“ ..... 5,- Euro
- J. Schnurr, „Aus Küche und Keller“ ..... 2,- Euro
- M. Schumm, „Sketche und Kurzgeschichten“ ..... 3,- Euro
- I. Walker, „Fatma“ – eine historische Lebensgeschichte aus dem Kaukasus ..... 10,- Euro
- J. Warkentin, „Geschichte der rußlanddeutschen Literatur“ ..... 8,- Euro
- D. Weigum, „Damals auf der Krim“ ..... 6,- Euro
- Sammelband, „Viktor Heinz, Leben und Werk“ ..... 10.- Euro
- Liederbuch, „Deutsche Volkslieder aus Russland“ ..... 10,- Euro
- CD Nr. 1, „Bei uns, ihr Leit, ist Hochzeit heit“ ..... 10,- Euro
- CD Nr. 2, „Ai, ai, was ist die Welt so schön“ ..... 10,- Euro
- CD Nr. 3, „Tanz mit mir, Mädchen von der Wolga. Deutsche Volkslieder aus Russland“ ..... 10,- Euro

Bestellungen bitte an:
Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V., Raitelsbergstr. 49, 70188 Stuttgart, Telefon: 0711-16659-22, E-Mail: Versand@LmDR.de

Bestellen Sie online: http://Shop.LmDR.de

„Zukunft braucht Vergangenheit“

Zentrale Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Friedland

Wie schon in den Vorjahren fand auch 2017 die zentrale Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland auf dem Gelände des Grenzdurchgangslagers Friedland statt. Die Feier am 9. September war dem 75. Jahrestag der Massenmobilisierung von russlanddeutschen Frauen und Männern in die Zwangsarbeitslager der Sowjetunion gewidmet und stand unter dem Leitwort „Zukunft braucht Vergangenheit“.

Demokratische Werte

Nach dem Eröffnungsgebet des Friedländer Pastors Thomas Harms konnte die Vorsitzende der veranstaltenden Landesgruppe Niedersachsen und stellv. Bundesvorsitzende, Lilli Bischoff, zahlreiche Ehrengäste begrüßen, darunter den Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Bernd Busemann, den niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius, der die Schirmherrschaft übernommen hatte, und Fritz Güntzler MdB.

Nach einem Überblick über die geschichtlichen Ereignissen, die dazu führten, dass aus einer über Jahrzehnte weit voneinander getrennt lebenden Volksgruppe durch Deportation und Arbeitsarmee eine Schicksalsgemeinschaft wurde, ging sie auf Einseitigkeiten in der Berichterstattung der Medien über Deutsche aus Russland ein, die diese in einem schiefen Licht erscheinen ließen:

„Glaubt man den Berichten, sind die Deutschen aus Russland in ihrer großen Mehrzahl fremdenfeindlich, AfD-hörig und die 5. Kolonne Putins in der Bundesrepublik.

Diese Berichte stützen sich bestenfalls auf einige bedauernswerte Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem sattsam bekannten ‚Fall Lisa‘ oder auf Aussagen einiger selbst ernannter Führer der Deutschen aus Russland. Auf die Partei Einheit etwa, die Wahlergebnisse von unter 0,1 Prozent eingefahren hat, oder auf skandalöse rechtsradikale Äußerungen eines Heinrich Groth, der niemanden außer sich selbst vertritt. Wir wissen das und werden das in unserer Macht Stehende tun, um die breite Öffentlichkeit aufzuklären.

Wir als Landsmannschaft stützen uns dagegen bei unserem Vorgehen auf offizielle Untersuchungsergebnisse, die ohne Ausnahme den Deutschen aus Russland eine hohe Integrationsbereitschaft, vorbildliche Integrationsergebnisse und ein hohes Maß an Loyalität gegenüber dem demokratischen System in Deutschland und den damit verbundenen Werten bescheinigen.“

Keine Diffamierung der Deutschen aus Russland

Landtagspräsident Bernd Busemann schloss sich den Worten Lilli Bischoffs an und verwahrte sich gegen die Behauptung, Deutsche aus Russland seien Anhänger rechtsradikaler Strömungen. Vielmehr seien sie die am besten integrierte Gruppe von Zuwanderern. Er dankte in diesem Zusammenhang der LmDR, die mit ihrer klaren Stellungnahme im „Fall Lisa“ dazu beigetragen habe, das negative Bild in den Medien zurechtzurücken. Dabei habe sich erneut gezeigt, wie wichtig die Arbeit des Verbandes auch im 67. Jahr seines Bestehens ist.

Innenminister Boris Pistorius betonte, dass mit der Gedenkfeier der LmDR in Friedland alljährlich an eine der dunkelsten Episoden der gemeinsamen deutschen Geschichte erinnert werde. Das Grenzdurchgangslager Friedland sei als Veranstaltungsort in besonderem Maße geeignet, da es

Bernd Busemann

einen bedeutenden Teil der deutschen Erinnerungskultur und der russlanddeutschen Geschichte repräsentiere.

Deutlich wurde der Innenminister auch, als er auf die angebliche Nähe der LmDR zur AfD zu sprechen kam: „Das ist eine Diffamierung, die Sie sich nicht gefallen lassen dürfen!“ Stolz könne die Landsmannschaft dagegen darauf sein, dass sie mit Aktionen wie der Partnerschaft ihrer Landesgruppe Niedersachsen mit der Region Tjumen eine Brücke in eine zufriedenstellende Zukunft schlage.

In seinem Grußwort nahm der Bundestagsabgeordnete Fritz Güntzler Bezug auf das Motto des Tages: „Keine Zukunft lässt sich vernünftig gestalten, wenn man die Vergangenheit nicht kennt.“ Daher sei es beispielsweise zu bedauern, dass die russlanddeutsche Geschichte in den Schulbüchern nicht behandelt werde. Der LmDR komme

Ehrengäste und Aktive der LmDR zu Beginn der Gedenkfeier.

Traditionelles Gedenken vor der Friedlandglocke.

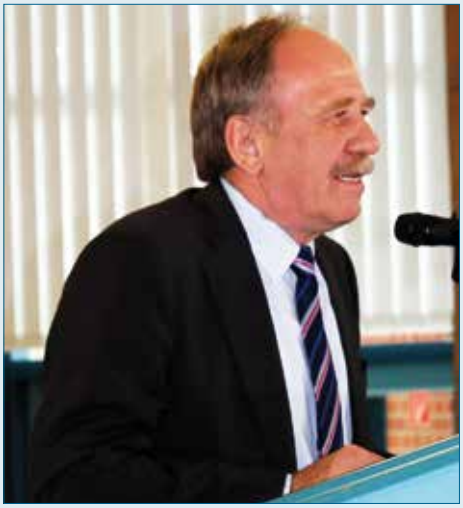
ein besonderes Verdienst durch ihren Beitrag zur Völkerverständigung zu.

Ein weiteres Grußwort sprach die stellvertretende Landrätin des Landkreises Göttingen, Maria Gerl-Plein. Sie nahm Bezug auf einen Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog – „Aus der Geschichte lernen zu wollen, bedeutet auch die Entschlossenheit, oder zumindest die Bereitschaft, ‚es' in Gegenwart und Zukunft besser zu machen, sich seinen Aufgaben also nicht um kurzfristiger Effekte willen und aus augenblicklichen Affekten heraus zu stellen." – und bedauerte, dass große Teile der Menschheit so wenig aus der Geschichte gelernt hätten, wie Flucht, Vertreibung und Ausgrenzung in der Gegenwart zeigten.

Vergangenheit heißt auch Erinnerung

Johann Thießen, stellv. Bundesvorsitzender der LmDR, widmete seine Ansprache in großen Teilen der Geschichte der Russlanddeutschen und fasste seine Ausführungen abschließend zusammen:

„Vergangenheit heißt auch Erinnerung und die Möglichkeit, sich öffentlich mit der eigenen Geschichte und derjenigen der neuen-alten Heimat auseinanderzusetzen. Ohne Kenntnis der Geschichte ist ein Verständnis der Gegenwart und der Zukunft kaum möglich. Für die Deutschen aus Russland, die im Laufe von Generationen Entwurzelung und



Johann Thießen

Heimatverlust mehrfach erlebt haben, ist es identitätsstiftend und existenziell wichtig, die eigene Geschichte zu kennen.

Auch für die Aufnahmegesellschaft ist die Kenntnis der historischen Zusammenhänge, die zur massenhaften Auswanderung der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion geführt haben, eine Voraussetzung für eine höhere Akzeptanz und ein besseres Verständnis der hier lebenden Deutschen aus Russland oder anderer Zuwanderergruppen mit vergleichbarer Geschichte.

‚Zukunft braucht Vergangenheit.' Vergangenheit und Zukunft sind auch die wichtigsten Standbeine der landsmannschaftlichen Arbeit bundesweit und der Identität der Russlanddeutschen, die ihre Gegenwart und Zukunft in Deutschland sehen."

Abgeschlossen wurde die Gedenkfeier mit der Totenehrung, gehalten vom Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz für die Seelsorge an den deutschen Katholiken aus Russland und den anderen GUS-Staaten, Monsignore Dr. Alexander Hoffmann, sowie Kranzniederlegungen vor der Friedlandglocke und dem Heimkehrerdenkmal auf dem Friedlandberg mit Andachten, die von Pastor Thomas Harms und Monsignore Dr. Alexander Hoffmann gehalten wurden.

Würdiges Rahmenprogramm

Ungewöhnlich umfangreich war das beeindruckende und würdige Rahmenprogramm der Gedenkfeier. Außer den Solisten Johann Rohr, Alexandra-Emilia Jurk und Alex Piljuk beteiligten sich daran landsmannschaftliche Chöre aus Hannover, Klingenthal, Osnabrück, Osterode/Lerbach und Wolfsburg. Nach dem offiziellen Tel konnten die zahlreichen Besucher bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde ein eher lockeres Kulturprogramm genießen.

VaDW

Festveranstaltung „200 Jahre Auswanderung von Deutschen in den Kaukasus“

Blick in den gut besetzten Saal bei der Jubiläumsfeier in Bad Cannstatt.

Der Kursaal von Stuttgart-Bad Cannstatt war am 26. August 2017 Schauplatz der Festveranstaltung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zum 200-jährigen Auswanderungsjubiläum von Deutschen in den Südkaukasus. Rund 300 Gäste waren gekommen und sorgten für den würdigen Rahmen einer gelungenen Feier.

Im Vorfeld der Veranstaltung hatten die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle der LmDR eine Ausstellung zur Geschichte der Kaukasusdeutschen mit dazu gehörender Broschüre vorbereitet. Darin wurde unter anderem der Begriff „Kaukasusdeutsche“ definiert:

„Unter dem Begriff ‚Deutsche im Kaukasus‘ bzw. ‚Kaukasusdeutsche‘ sind deutsche Siedler im Nord- und Südkaukasus zu verstehen, die jedoch keine homogene Bevölkerungsgruppe darstellten.
In den Südkaukasus wanderten schwäbische Siedler aus Württemberg seit 1816/1817 aus. Die Besiedlung des Nordkaukasus erfolgte ebenfalls seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, hauptsächlich durch deutsche Kolonisten aus dem Wolga- und Schwarzmeergebiet sowie aus Bessarabien. Die ursprünglichen Siedlungsgebiete der Kaukasusdeutschen lagen fast ausschließlich in den heutigen Republiken Georgien und Aserbaidschan; nur wenige lebten in Armenien.“

Der Ehrenvorsitzende der LmDR, Adolf Fetsch, brachte in seiner Begrüßungsansprache seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die Landsmannschaft in den letzten Monaten für zahlreiche Publikationen gesorgt hat, die sich mit der Geschichte und Kultur der Kaukasusdeutschen befassen. Einer Gruppe von Russlanddeutschen, die oft allzu leicht angesichts der zahlenmäßig stärkeren Gruppen der Wolgadeutschen und Schwarzmeerdeutschen vergessen werde.

Die Kaukasusdeutschen gehörten, so Fetsch, in besonderem Maße zu den Russlanddeutschen, die nach der Rückkehr in das Land ihrer Vorfahren ihren ersehnten Wohnsitz mit Vorliebe in Baden-Württemberg nahmen. Hier wurde ihre Mundart gesprochen, die sie über beinahe zwei Jahrhunderte gepflegt hatten, hier waren die Menschen, die ihrer Mentalität am nächsten waren, und hier wohnten bereits viele ihrer Verwandten, von denen sie lange getrennt waren.

Frank Krohmer bedankte sich als Vertreter der Kaukasusdeutschen bei allen Mitwirkenden, dass „unser Traum, mein Traum, den wir schon seit langer Zeit gehegt und geträumt haben, mit der Festveranstaltung in Bad Cannstatt in Erfüllung gegangen ist“, und schilderte mit bewegenden Worten seine besondere Beziehung zur Geschichte, zum Schicksal und zur Kultur seiner Landsleute aus dem Kaukasus.

Nach weiteren Ansprachen von Otto Hauser, Honorarkonsul der Republik Aserbaidschan, und Minsterialdirigent Herbert Hellstern vom Innenministerium Baden-Württemberg hielt VadW-Redakteurin Nina Paulsen, illustriert durch zahlreiche Bil-

Das Modell einer „Ulmer Schachtel“ gehörte zu den wertvollen Ausstellungsstücken, die bei der Feier zu sehen waren.

Honorarkonsul Otto Hauser (links) und Waldemar Eisenbraun bei ihren Ansprachen in Bad Cannstatt.

der auf Großleinwand, einen fundierten Vortrag zur Geschichte der Kaukasusdeutschen von der Auswanderung zu Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Auflösung ihrer Siedlungen und der Deportation nach Kasachstan 1941.

Waldemar Eisenbraun, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland nahm in seiner Festrede verstärkt Stellung zu aktuellen Problemen der Volksgruppe in der Bundesrepublik, die nicht zuletzt mit Vereinnahmungsversuchen durch neue politische Strömungen zusammenhängen. Vorwürfen einer angeblichen Rechtslastigkeit setzte er das eindeutige Bekenntnis zur demokratischen Struktur der Bundesrepublik entgegen.

Durchaus als Aufruf zu verstehen war seine Aussage: „Wir müssen präsent sein mit allen unseren positiven Eigenschaften und dürfen uns nicht alles gefallen lassen." Und zur anstehenden Bundestagswahl sagte er: „Wir sind so viele, dass wir durchaus Einfluss nehmen können."

Eine ausgesprochene Bereicherung der Feier waren die Exponate, die zahlreiche Kaukasusdeutsche mit in den Kursaal gebracht hatten – Bücher, Dokumente, Bilder und Modelle.

Mit deutschen und kaukasischen Stücken sorgte das Trio mit Mark Johnston (Violine), Viaceslav Kiselev (Violoncello) und Alexander Reitenbach (Klavier) für den anspruchsvollen kulturellen Rahmen.

VadW

Stuttgart-Bad Cannstatt:

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland gedenkt den Opfern des Sowjetregimes

Im Rahmen ihrer Feier am 26. August 2017 zum 200-jährigen Auswanderungsjubiläum von Deutschen in den Kaukasus im Kursaal von Stuttgart-Bad Cannstatt gedachte die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland vor dem dortigen Vertriebenendenkmal der Opfer des Sowjetregimes.

Symbol und tragischer Höhepunkt der Verfolgung der Deutschen in der Sowjetunion ist der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941, „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen".

Ohne jeden Grund wurden darin die Deutschen des Landes zwei Monate nach dem Überfall von Hitler-Deutschland auf die Sowjetunion Stalins der Kollaboration mit dem Aggressor beschuldigt und binnen weniger Wochen in die unwirtlichsten Regionen der Sowjetunion deportiert, wo Kälte, Hunger, unmenschliche Zwangsarbeit in den Lagern der so genannten Arbeitsarmee und Tod auf sie warteten.

In dem Erlass waren zwar nur die Deutschen im Wolgagebiet genannt, von den Vertreibungsmaßnahmen waren letztendlich aber alle Deutschen in die Sowjetunion betroffen, ganz gleich, ob sie an der Wolga, in der Ukraine, im Kaukasus oder anderen Siedlungsgebieten lebten.

Wie die Redner in ihren Ansprachen bei der Jubiläumsfeier betonten, hatten die Unterdrückung und Verfolgung bereits vor dem Erlass von 1941 begonnen und waren auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht zu Ende. Nimmt man alle gegen sie gerichteten Maßnahmen des Sowjetregimes zusammen, so kamen nach einer eher vorsichtigen Schätzung im Zeitraum von 1917 bis 1948 etwa 480.000 deutsche Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer vorzeitig ums Leben. Sie wurden erschossen, sie erfroren, verhungerten, starben an Entkräftung und Krankheiten aller Art.

Allein in den Jahren 1937 und 1938 des „Roten Terrors" wurden gegen völlig unschuldige Deutsche in der Sowjetunion 55.000 Todesurteile verhängt. Im Kaukasus beispielsweise wurden zehn Prozent der dortigen Bevölkerung hingerichtet.

Bis zum heutigen Tage, auch darauf wiesen die Redner hin, steht eine faktische Rehabilitierung der russlanddeutschen Volksgruppe durch Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion aus.

Pressemitteilung der LmDR

Foto: Gedenken vor dem Vertriebenendenkmal im Kurpark von Stuttgart Bad-Cannstatt.

„Den Zusammenhalt weiter stärken“

Multiplikatorenschulung der LmDR zur Förderung des Ehrenamtes

Gruppenbild der Teilnehmer nach getaner Arbeit.

Den Zusammenhalt nicht verlieren, sondern weiter stärken“, stimmte der Bundesvorsitzende der LmDR, Waldemar Eisenbraun, die zahlreich erschienenen Teilnehmer auf die Tagung „WIR statt ICH – interner Zusammenhalt“ in seiner Begrüßung ein.

Über 80 ehrenamtliche Multiplikatoren der LmDR und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle folgten der Einladung des Bundesvorstandes zu der zweitägigen Schulung am 18. und 19. November 2017 im Parkhotel Kolpinghaus Fulda und machten sie so zur bedeutendsten Fortbildungsveranstaltung des Verbandes in den letzten Jahren. Die LmDR lebt vom Ehrenamt. Und so hatte man bei den Vorträgen, Diskussionen und der Gruppenarbeit insbesondere folgende Ziele im Blick:

- **das Ehrenamt attraktiver gestalten;**
- **ehrenamtlich Aktive unterstützen und motivieren;**
- **die Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen intensivieren;**
- **Konflikt- und Stresssituationen bewältigen.**

Zusammenhalt in kulturgeschichtlicher Identität – Kulturprojekte verstärkt in den Vordergrund stellen

Im Mittelpunkt der Multiplikatorenschulung standen dementsprechend Themen, die der ehrenamtlichen Arbeit neue Aussichten und Ausrichtungen verschaffen können. Dazu gehört eine umfangreiche Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit, die in den Ortsgliederungen der Landsmannschaft stattfindet und das positive Erscheinungsbild der Deutschen aus Russland fördert.

Neue Impulse in dieser Hinsicht lieferte der Kulturwissenschaftler Kornelius Ens, Leiter des Museums für russlanddeutsche Geschichte Detmold.

In den vergangenen Monaten veranstaltete das Detmolder Museum eine Reihe von Ausstellungen und Tagungen, die sich intensiv mit ausgewählten Themen der russlanddeutschen Kulturgeschichte beschäftigten.

Dazu gehören die erweiterte Dauerausstellung „Verfolgte Kirche – Verbotene Bibel. 1918-1988“, die Sonderausstellung „Deportation in der russlanddeutschen Literatur. Verbote! Vergangen. Vergessen?“, die Sonderausstellung „Eine Reise in die Zukunft“ und die wissenschaftliche Tagung „Diktatur und Exil. Diktaturerfahrungen der Russlanddeutschen in vergleichender Perspektive“, die im November 2017 stattgefunden hat.

Kornelius Ens

Außerdem erarbeitete das Museum eine Neuauflage des Imagematerials u.a. im Bereich der Museumspädagogik. Dazu gehören die Erstellung eines digitalen Ausstellungsführers (dreisprachig) oder die Sonderausstellung in Form von Plakaten zum Thema „Kommunismus in seiner Zeit“. Das Engagement des Museums in den Sozialnetzen (Facebook, Twitter, YouTube, Instagram) dient der modernen Kommunikation.

Des Weiteren hat sich die Arbeitsgemeinschaft „Familienforschung“ etabliert. Auch eine digitale Bestandsverwaltung in Form von Inventarisierung und Bestandsforschung wurde vorgenommen;. Seine Funktion und seine Aufgaben als Leiter des neu geschaffenen Kulturreferats für Russlanddeutsche, das am Detmolder Museum angesiedelt ist, stellte der seit dem 1. November 2017 amtierende Edwin Warkentin vor.

Brückenfunktion – grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Partnerverbänden

Ein bedeutendes Arbeitsfeld der LmDR ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit russlanddeutschen Organisationen in den Herkunftsländern.

Als „wichtigen Baustein unserer Arbeit“ bezeichnete Lilli Bischoff, stellvertretende Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende in Niedersachsen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der LmDR im Allgemeinen und der Landesgruppe Niedersachsen im Besonderen. Seit 2007 pflegt die Landesgruppe Partnerschaftsbeziehungen mit dem „Gebietszentrum für Bildung, Methodik und deutsche Kultur Tjumen“ und seit 2013 mit der „Gemeinnützigen Gesellschaft der Russlanddeutschen ‚Wiedergeburt‘“ der Stadt Perm.

Die Partnerschaften zwischen der LmDR in Niedersachsen und den russlanddeutschen Organisationen in Tjumen und Perm sind in die inzwischen seit 25 Jahren bestehenden Partnerschaften des Landes Niedersachsen mit den Regionen Tjumen und Perm eingebunden und markieren die Brückenfunktion der Deutschen aus Russland.

Olga Kazakov, die sechs Jahre bei der Assoziation der gesellschaftlichen Vereinigungen der Deutschen Kasachstans „Wiedergeburt“ tätig war, berichtete über ihre Erfahrungen im Bereich „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ in Kasachstan. Die LmDR pflegt seit Jahren gute Kontakte zu

Lilli Bischoff

Olga Kazakov

den Deutschen in Kasachstan, mehrere gemeinsame Projekte wurden erfolgreich umgesetzt. Man könnte jedoch noch viel mehr erreichen, betonte Olga Kazakov. Vor allem in den Bereichen

- **Soziales** (Organisation von Fortbildungskursen),
- **Jugend** (Sprachassistenten für Sprachcamps und Workshops für Laientheater sind gefragt),
- **Sprachförderung** (Organisation von Weiterbildungen für die Sprachkursleiter),
- **Bildung** (Organisation von Weiterbildungen für die Lehrer der Vorschulzentren),
- und **Kultur** (Teilnahme von Künstlern aus Kasachstan an Veranstaltungen in Deutschland)

Im Hinblick auf den Zusammenhalt soll es vor allem darum gehen, dass unsere Landsleute in Deutschland und den Herkunftsgebieten ihre Kräfte bündeln, um zusammen die gemeinsamen Ziele zu erreichen. „Eines der Ziele der grenzüberschreitenden Partnerschaften ist das Schlagen von Brücken, wodurch das Netzwerk der Russlanddeutschen ausgeweitet und gestärkt wird“, so Olga Kazakov über die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Mediale Integration – „Die Zeit ist günstig, die Deutschen aus Russland als Volksgruppe zu stärken“

Tatjana Schmalz (Humboldt-Universität Berlin) referierte über „Die mediale Integration der Deutschen aus Russland“ und somit über ein Konzept, das die integrative Wirkung von Massenmedien auf ethnische Minderheiten beschreibt. Der Vortrag der jungen Deutschen aus Russland basierte auf dem Thema ihrer Masterarbeit „Zur medialen Integration der Russlanddeutschen nach dem Fall Lisa im Jahr 2016“.

Insgesamt veröffentlichten alle ausgewählten Medienangebote zwischen Januar 2016 und Juni 2017 (der Zeitraum zwischen Beginn und juristischem Abschluss des „Falls Lisa“) knapp 600 einschlägige Artikel.

Tatjana Schmalz kam zu der Schlussfolgerung, dass die insgesamt sporadische massenmediale Behandlung der Deutschen aus Russland ihrem Ansehen weniger schadet als die Qualität der Berichterstattung bundesdeutscher Medien.

Leider habe sich die mediale Ausgrenzung der Deutschen aus Russland auch im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2017 fortgesetzt, wobei hier die alles überlagernde Erzählung wie folgt laute: „Die Russlanddeutschen wählten aus Dankbarkeit für Altkanzler Helmut Kohl jahrzehntelang die Unionsparteien CDU/CSU. Doch die traditionelle Aussiedlerpartei ist der konservati-

Tatjana Schmalz

ven Wählergruppe nicht mehr konservativ genug. Sie verliert die Russlanddeutschen an die AfD, die vor allem mit ihrer russlandfreundlichen Position punktet.“

Positiv sei allerdings zu bewerten, dass nicht alle Medienberichte die Deutschen aus Russland dermaßen verallgemeinernd darstellten.

Der „Fall Lisa“ markiere eine Zäsur, so die Referentin, die weiter ausführte: „Zäsur meint keinen Bruch in der insgesamt erfolgreichen Integrationsgeschichte der Deutschen aus Russland. Die Zäsur besteht in der geradezu explodierten Präsenz unserer Landsleute in den Medien. Zwischen dem Ende der 1990er Jahre, als die massenhafte Repatriierung der Russlanddeutschen zum Erliegen kam, und dem ‚Fall Lisa‘ wurde unsere Volksgruppe öffentlich kaum wahrgenommen. Wir galten als ‚auffällig unauffällig‘. Doch nun hinterfragen bundesdeutsche Massenmedien die lautlosen Integrationserfolge.“

Doch wie ist der Stand der medialen Integration der Deutschen aus Russland? Dieser Bereich sei ebenso wie das Thema „Russlanddeutsche als Objekt von Medieninhalten“ erforscht. Es existierten keinerlei belastbaren Daten zur Beteiligung der Deutschen aus Russland an der Medienproduktion.

„Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland durchläuft zurzeit einen Generationenwechsel. Alle hier Anwesenden blicken voller Erwartung in die Zukunft. Die Zeit ist günstig, um die Deutschen als Russland als Volksgruppe zu stärken. Deutschland versteht sich zunehmend als Einwanderungsland und fördert kulturelle Vielfalt. Vielfalt mit strukturellen Grenzen, also interkulturelle Integration. Bedienen wir uns doch der modernen Massenmedien, um die unterschiedlich stark ‚angekommenen‘ Landsleute miteinander zu vernetzen und deren interkulturelle mediale Integration zu fördern“, so Tatjana Schmalz abschließend.

Jugend-LmDR – der Jugend Image schaffen und Stimme verleihen

Unter dem Motto „Was wollen wir ernten und welche Saat brauchen wir dazu“ stellte Walter Gauks, Vorsitzender der Jugendorganisation der Landsmannschaft – Jugend-LmDR –, die Jugendorganisation vor, die sich in den letzten Jahren strukturell und inhaltlich etabliert hat. So sind Landesverbände in Bayern, NRW und Baden-Württemberg entstanden. Zu den Aktivitäten gehören vor allem Projekte im kulturellen und gesellschaftlich-politischen Bereich.

Hervorzuheben ist das Projekt „Der Jugend Image schaffen“, das von der Jugend-LmDR vom 1. Januar 2015 bis 31. August 2017 umgesetzt wurde. Im Mittelpunkt der Projektaktivitäten standen Ziele wie Erzeugung positiver Resonanz in Öffentlichkeit und Medien durch Aktionen und Initiativen, Stärkung der Kompetenzen der Zugewanderten, gleichberechtigte Teilhabe Zugewanderter am gesellschaftlichen und politischen Leben und Verbesserung der wechselseitigen Akzeptanz von Zuwanderer- und Aufnahmebevölkerung.

Im Rahmen des Projekts wurden zahlreiche Maßnahmen ins Leben gerufen und umgesetzt, darunter:

- Familien- und Jugendfestival „Wir – Gemeinsam“ mit über 500 Teilnehmern;
- Gesellschaftspolitisches Forum „Im Dialog mit Deutschen aus Russland“;
- Festival „Kultur-Brücke“;
- Jugend- und Bildungsforen;
- Gespräche und Treffen mit Politikern;

Helena Goldt, Kulturbotschafterin der Jugend-LmDR. Im Hintergrund der Bundesvorsitzende der Jugend-LmDR, Walter Gauks.

- Treffen der aktiven Jugend in Berlin, Köln, Stuttgart, Bremen, Kassel, Düsseldorf, Bad Kissingen, Hannover, Hamburg, Kaliningrad und vielen anderen Städten;
- Durchführung von musikalisch-literarischen Abenden und Filmvorführungen mit Jugendlichen;
- Teilnahme am Petersburger Dialog 2016 und am Wirtschaftsforum in Brüssel;
- Ausbildung aktiver Jugendlichen zu Multiplikatoren u.v.m.

Außerdem wurden im Rahmen des Projekts mehrere Maßnahmen mitorganisiert oder unterstützt. Dazu gehörten:

- Unterstützung des Jugend- und Kulturaustausches zum Thema „Auf den Spuren der Deutschen in Sibirien“;
- Pressekonferenz der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zum „Fall Lisa“ im Februar 2016;
- Mitorganisation der Tagung „Ohne Gedenken keine Zukunft – 75 Jahre Deportation der Russlanddeutschen“;
- Durchführung der russlanddeutschen Kulturtage in Baden-Württemberg;
- Unterstützung bei der Organisation eines Kinder- und Jugendfestes in Berlin.

Unter der Leitung der VadW-Redakteurin Lena Arent wurde die Jugendredaktion der Jugend-LmDR aufgebaut, zu deren Hauptzielen die Berichterstattung über die Jugend-LmDR gehörte. Insgesamt wurden in der Zeit von Anfang 2015 bis Mitte 2017 allein für “Volk auf dem Weg“ mehr als 100 Artikel, darunter zahlreiche Berichte, Reportagen, Porträts und Interviews, produziert.

In Zusammenarbeit mit Aktiven der Jugend-LmDR erstellte das Redaktionsteam die Homepage *www.jugend-lmdr.de* und die Facebook-Seite *www.facebook.com/jugend.lmdr*

Für ihr beispielhaftes Engagement überreichte Walter Gauks Ehrenurkunden an Lena Arent, Katharina Martin-Virolainen und Helena Goldt (Kulturbotschafterin der Jugend-LmDR), Alexander Korneev und Philipp Kirchner.

Gruppenarbeit unter dem Motto „WIR statt ICH – interner Zusammenhalt“

Auch in anderen Gruppen machten sich die Teilnehmer Gedanken, wie man den internen Zusammenhalt stärken kann. Valeri Cholodow und Ivan Lemisev stellten die Diskussionsergebnisse der Gruppe „Jugend“ vor, die sich in folgenden Schwerpunkten artikulierten:

- Umstrukturierung der Jugendorganisation hin zum eingetragenen Verein;
- Zusammenarbeit mit Jugendlichen mit unterschiedlichem Hintergrund;
- zusammen mit den Ortsgliederungen der LmDR und anderen Akteuren der Jugendarbeit Netzwerke aufbauen;
- Anreize für Jugendliche schaffen.

Für die Gruppe „Soziales“ sprach Otto Engel, der die Aufmerksamkeit der Versammlung darauf lenkte, dass die neu ankommenden Spätaussiedler an manchen Orten Schwierigkeiten haben, sich bei Behörden durchzusetzen. Nikolaj Martens berichtete über die Bedeutung verschiedener Verbandsversicherungen für Ehrenamtliche.

Albina Nazarenus-Vetter, Sprecherin der Gruppe „Projekte“, erläuterte, wie die Projektbeantragung verläuft und welche Anforderungen man beachten sollte.

Albina Nazarenus-Vetter und Alexander Martjan fassten die Ergebnisse der Arbeit in ihren Gruppen zusammen.

Alexander Martjan (Gruppe „Organisation“) wies darauf hin, dass eine systematische interne Kommunikation für den Zusammenhalt innerhalb des Vereins von großer Bedeutung ist.

Gut informierte Mitstreiter fühlten sich, so Martjan, zusätzlich motiviert. Dabei erscheint es sinnvoll, dass die Bundesebene in verbandlichen Angelegenheiten in erster Linie die Landegruppen informiert und diese dann ihrerseits die regionalen Gruppen auf dem Laufenden halten.

Die Teilnehmer sprachen sich dafür aus, die regionalen Berichte und Ankündigungen auch auf der Internetseite der Landsmannschaft zu veröffentlichen, um einen größeren Personenkreis zu erreichen.

VadW, Bilder: Eugen Schlegel

Teilnehmerinnen der Multiplikatorenschulung in Nürnberg.

Vereins- und Projektmanagement auf der Tagesordnung

Multiplikatorenschulung der LmDR in Nürnberg

MitarbeiterInnen der LmDR aus den Bundesländern Baden-Württemberg (mit der Vorsitzenden Leontine Wacker), Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz (mit der Vorsitzenden Valentina Dederer) beteiligten sich an der Multiplikatorenschulung der LmDR, die zum Thema „Vereins- und Projektmanagement“ am 9. und 10. Juni 2018 in der Frankenmetropole Nürnberg stattfand. Viele vertraute Gesichter waren darunter, aber auch neue Kräfte, die mit ihrem Einsatz die landsmannschaftliche Arbeit bereichern.

Zusätzlich durften die stellvertretende Bundesvorsitzende Lilli Bischoff und der Vorsitzende der Jugend-LmDR, Walter Gauks, begrüßt werden.

Geleitet wurde die Tagung vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ernst Strohmaier, der sich in seinem aufschlussreichen Referat mit grundsätzlichen Fragen des Projektmanagements auseinandersetzte. Dazu gehörten Fördermöglichkeiten und das richtige Verstehen von Ausschreibungen ebenso wie Eckpunkte eines Projektantrages und Ausschlusskriterien. Für das kommende Jahr benannte Strohmaier als Themenschwerpunkte:

- Stärkung der Kompetenz von Zugewanderten;
- gleichberechtigte Teilhabe;
- wechselseitige Akzeptanz;
- Kriminalitäts- und Gewaltprävention.

Im einleitenden Vortrag hatte Albina Baumann, Vorsitzende der Ortsgruppen Kitzingen und Würzburg und Mitglied des bayerischen Landesvorstandes, die einzelnen Phasen der Teambildung geschildert, die sich über die Einzelschritte Auflösung, Orientierung, Konfrontation, Kooperation und Wachstum vollzieht. Sie nahm dabei auch Bezug auf die aktuelle Situation der LmDR, die sich nach dem Rücktritt des Bundesvorsitzenden Waldemar Eisenbraun in einer Phase der Neuorientierung befindet.

Albina Baumann

Mit dem umfangreichen und höchst komplexen Thema der neuen Datenschutzverordnung setzte sich Bundesgeschäftsführerin Rita Heidebrecht auseinander. Die neuen Bestimmungen verlangen einen erheblich sorgsameren Umgang mit persönlichen Daten und werden auch weiterhin Thema bei landsmannschaftlichen Schulungen sein.

VadW-Redakteur Hans Kampen befasste sich mit der Pressearbeit und den Publikationen des Verbandes. Zu Beginn seines Vortrages legte er Wert auf die Feststellung, dass die LmDR ihre breit gestreute Öffentlichkeitsarbeit trotz eines Mitgliederbeitrages leistet, der weit unter dem vergleichbarer Organisationen liegt...

Zum Anschluss des ersten Tages warb der Projektleiter der landsmannschaftlichen Wanderausstellung, Jakob Fischer, für eine verstärkte Einbeziehung der Orts- und Kreisgruppen in die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes.

VadW,
Bilder: Alexander Stelz-Haag

Rita Heidebrecht

„Opfer von Diktatoren, die sich zu Herren über Leben und Tod aufschwingen.“

Zentrale Gedenkfeier der LmDR zum 11. Mal im Grenzdurchgangslager Friedland

Zukunft braucht Vergangenheit“ - so lautete erneut das Motto der zentralen Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, die am 1. September 2018 unter der Schirmherrschaft des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil zum 11. Mal seit 2007 in Friedland durchgeführt wurde.

Der Ministerpräsident konnte zwar nicht persönlich an der Gedenkfeier teilnehmen, wandte sich aber mit einer Videobotschaft an die zahlreich erschienenen Gäste.

Die Organisation hatte ein weiteres Mal die Mannschaft um die Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen und stellvertretende Bundesvorsitzende der LmDR, **Lilli Bischoff**, übernommen.

Diese konnte in ihrer Begrüßungsrede eine ungewöhnlich hohe Anzahl von Ehrengästen begrüßen, darunter Vertreter aller Fraktionen des Niedersächsischen Landtages, von Organisationen, die sich für die Anliegen der Deutschen aus Russland stark machen, und Persönlichkeiten, die seit Jahren in engem Kontakt mit der Landesgruppe Niedersachsen stehen. Dazu gehörten aber auch Mitglieder der Delegation aus der Partnerregion der Landesgruppe, Perm, und eine Reisegruppe aus Bayern, die sich mit dem Kulturreferenten der Landesgruppe Bayern, Waldemar Eisenbraun, auf den Weg nach Niedersachsen gemacht hatte.

Eingangs trugen junge Mitglieder der LmDR Kerzen in den Saal, mit denen an das Unrecht der Deportation der Russlanddeutschen erinnert werden sollte und an die Hunderttausenden unserer Landsleute, die unter Stalin zu unschuldigen Opfern der Diktatur wurden.

Und eine Kerze stehe, so Lilli Bischoff, für die Hoffnung, dass kein Volk, kein Mensch mehr solchen unmenschlichen Qualen ausgesetzt werde. „Als Opfer von Diktatoren, die sich zu Herren über Leben und Tod aufschwingen.“

Kranzniederlegung an der Friedlandglocke durch Dr. Bernd Fabritius und Lilli Bischoff.

In seiner Festrede betonte der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, **Boris Pistorius**, nach einer Würdigung der russlanddeutschen Geschichte von Verfolgung und Vertreibung: „Eine Veranstaltung wie die heutige dient nicht nur der Erinnerung, sie soll auch gesellschaftliche Solidarität mit den Russlanddeutschen zeigen. Wir in Niedersachsen möchten die Russlanddeutschen weiterhin dabei unterstützen, ihre kulturelle Identität zu entdecken, zu wahren und weiterzutragen, denn sie sind uns eine Bereicherung in der Gesellschaft.“

Und weiter führte er aus: „Es liegt in der eigenen Geschichte begründet, warum sich die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland heute so stark für eine grenzüberschreitende Völkerverständigung einsetzt. Sie können auf beiden Seiten, sowohl in Deutschland als auch in ihren Herkunftsländern, für Dialog und kulturellen Austausch werben und damit das wechselseitige Verständnis fördern.“

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, **Thomas Oppermann**, unterstrich in seinem Grußwort die Bedeutung des Grenzdurchgangslagers: „Friedland hat für lange Zeit das Ende von Flucht und Vertreibung, aber auch den Beginn von Freiheit bedeutet – auch für die Russlanddeutschen. Ihr Schicksal spiegelt alle Höhen und Tiefen einer Migrationsgeschichte wider.“

Lebhaften Applaus erntete der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, **Dr. Bernd Fabritius**, für seine Aussage: „Die Deutschen aus Russland, die als Spätaussiedler zu uns kommen, haben nicht nur ein Recht auf Aufnahme, sondern auch auf unsere Solidarität. Das haben auch Sie, Herr Minister Pistorius, bestätigt und den Spätaussiedlern heute zugerufen: ‚Wir zählen auf Sie!‘ Ja, auf Spätaussiedler kann man zählen, diese lassen sich in die Pflicht nehmen! Sie sind nach Deutschland gekommen, haben mit angepackt, die Ärmel hochgekrem-

Gedenken vor der Friedlandglocke.

pelt. Trotzdem lassen wir sie auch Solidarität vermissen."

Zu dieser mangelnden Solidarität zähle auch, so Fabritius, die Benachteiligung von Deutschen aus Russland durch die Regelungen des Fremdrentengesetzes: „Es gibt auch Ungerechtigkeiten. Zu diesen gehört, dass Deutsche aus Russland unabhängig von ihrer konkreten Lebensarbeitsleistung überproportional von Altersarmut betroffen sind. Dass sie ihre eigene, durch harte Arbeit erworbene Alterssicherung heute wegen der Aussiedlung nicht mehr zur Verfügung haben und für die Zeit vor der Aussiedlung nicht in das deutsche Alterssicherungssystem einzahlen konnten, ist unmittelbarer Ausfluss ihres Verfolgungsschicksals in der früheren Sowjetunion."

Weitere Grußworte sprachen **Frank Oesterhelweg**, Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages, und **Natalja Machuga**, Leiterin der Perm-Delegation. (*Zum Grußwort des Bundesvorsitzenden der LmDR, **Johann Thießen**, siehe nachstehenden Beitrag.)*

Das Eröffnungsgebet sprach Pastor **Thomas Harms**, Friedland, die Totenehrung **Josef Messmer,** Seelsorger für die Deutschen aus Russland im Bistum Augsburg und Vorsitzender des St. Clemens Werkes. Für den musikalischen Rahmen der Feierstunde sorgten die Chöre „Heimatmelodie" (Hannover) und „Klingenthal" (Osterode), der Frauenchor Badenhausen und die Solistin Mariella Gauks

Am Mahnmal auf dem Friedlandberg.

Abgeschlossen wurde die Gedenkfeier traditionsgemäß mit Andachten und Kranzniederlegungen vor der Friedlandglocke und dem Mahnmal auf dem Friedlandberg.

VadW

100 Jahre Deutsche Wolgarepublik - eine kritische Würdigung

Auszüge aus der Rede des Bundesvorsitzenden der LmDR, Johann Thießen, bei der Gedenkfeier in Friedland

Als Untertitel der Feier haben wir diesmal den 100. Jahrestag der Gründung der Deutschen Autonomie an der Wolga gewählt.

In den ersten Jahren nach Gründung der Autonomie setzte sich der wirtschaftliche und kulturelle Aufschwung des Wolgagebiets in ungeahntem Ausmaß fort. Wirtschaftlich war das Gebiet führend in der gesamten Sowjetunion, es kam zur Gründung von deutschen Bildungs- und Forschungseinrichtungen, von Buch- und Zeitungsverlagen, von deutschen Theatern und anderen Manifestationen der Hochkultur.

Daran wurde anlässlich der Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag der Deutschen Autonomie an der Wolga ausführlich berichtet. Zu Recht! Und so weit, so gut.

Betrachtet man jedoch die tatsächlichen Vorgänge in der Wolgarepublik, muss dieses allzu positive Bild deutlich ergänzt und korrigiert werden.

Dazu eine erschreckende Statistik zu Beginn: 1939, also zwei Jahre vor der Deportation der Wolgadeutschen und ihrer Verbringung in die Zwangsarbeitslager der stalinistischen Diktatur, war die Bevölkerungszahl der Wolgarepublik von 453.000 im Jahr 1920 um 86.000 auf 367.000 zurückgegangen.

Schuld daran waren gnadenlose Lebensmitteleintreibungen mit einer verheerenden Hungerkatastrophe Anfang der 1920er Jahre als Folge. Allein die Wolgadeutschen hatten in diesen Jahren 100.000 Todesopfer zu beklagen. Auf die Zwangskollektivierung zu Beginn der 1930er Jahre folgte eine weitere Hungerkatastrophe mit etwa 45.000 wolgadeutschen Todesopfern.

Weniger stark als die übrigen Deutschen in der Sowjetunion waren die Wolgadeutschen vom stalinistischen Terror der Jahre 1937 und 1938 betroffen. 55.000 Russlanddeutsche wurden damals in Schauprozessen ohne jeden Grund zum Tode verurteilt, darunter einige tausend Wolgadeutsche.

Das einseitig positive Bild, das viele auch heute noch mit der Deutschen Wolgarepublik verbinden, mag an ihrer Instrumentalisierung durch den sowjetischen Partei- und Staatsapparat liegen. Die Massenmedien des Landes bejubelten ihren Beitrag zum „Aufbau des Sozialismus" – eines Sozialismus, der in Wirklichkeit nichts Anderes war als die sowjetische Spielart des Nationalsozialismus des Dritten Reiches.

Um den Schein der Gleichberechtigung der Wolgadeutschen mit den anderen Völkerschaften der Sowjetunion aufrechtzuerhalten, fanden noch am 26. Juni 1938 Wahlen in den Obersten Sowjet der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen statt, und es wurde die Regierung der Republik mit dem Vorsitzenden Alexander Heckmann bestätigt.

Wie scheinheilig dieses Verfahren war, zeigte sich bereits drei Jahre später, als alle diese gewählten Abgeordneten wie ihre Landsleute deportiert und in Zwangsarbeitslager gesteckt wurden.

Nostalgie in Bezug auf die Geschichte und Wirklichkeit der Wolgadeutschen Republik ist also nach unserer Auffassung nur in äußerst beschränktem Ausmaß angebracht.

Realistisch gesehen, dürfen wir in der Tat stolz sein auf das, was die Wolgadeutschen in ihrer Autonomen Republik, der nur wenige Jahre vergönnt waren, geleistet haben. Stolz auf ihre Geistlichen, Gelehrten, Kulturschaffenden und Politiker.

Mit tiefer Trauer müssen wir jedoch feststellen, dass all diese Menschen, herausragende Persönlichkeiten ebenso wie einfache Menschen, von den sowjetischen Machthabern der Weltöffentlichkeit wie Marionetten vorgeführt wurden, um zu kaschieren, was in der Sowjetunion wirklich geschah.

Bundesdelegiertenversammlung in Fulda

Johann Thießen zum Bundesvorsitzenden gewählt

Gut 90 Delegierte kamen am 13. und 14. Oktober 2018 in Fulda (Hessen) zusammen, um im Rahmen ihrer alle drei Jahre stattfindenden Bundesdelegiertenversammlung einen neuen Bundesvorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu wählen und die Weichen für eine Fortführung der erfolgreichen Arbeit zu stellen.

Der neue Bundesvorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (von links nach rechts): Walter Gauks, Lilli Bischoff, Dietmar Schulmeister, Johann Thießen (Bundesvorsitzender), Ewald Oster, Albina Nazarenus-Vetter und Valentina Dederer.

Berichte

Nach der Wahl des ehemaligen Bundesvorsitzenden der LmDR, Waldemar Eisenbraun, zum Versammlungsleiter fasste der amtierende Bundesvorsitzende Johann Thießen, dessen ausführlicher schriftlicher Bericht den Delegierten vorlag, die wichtigsten landsmannschaftlichen Ereignisse der vorangegangenen Monate zusammen.

Insbesondere ging er auf die Ergebnisse der letzten Deutsch-Kasachischen Regierungskommission und der wissenschaftlich-praktischen Konferenz der Deutschen aus Russland in Kasan ein, bei der die LmDR ihre Rolle als Partner der Bundesregierung bei grenzüberschreitenden Maßnahmen ein weiteres Mal unter Beweis stellen konnte.

Diese wichtige Rolle werde der LmDR, so Thießen, auch künftig bei Problemen für Spätaussiedler im Sozialbereich mit dem zentralen Thema der drohenden Altersarmut für zahlreiche Landsleute zufallen. Ausdrücklich dankte er dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, der sich gerade in dieser Angelegenheit mit seinem ganzen Fachwissen engagiere.

Trotz rückläufiger Mitgliederzahlen und damit einhergehenden sinkenden Mitteln aus Mitgliedsbeiträgen konnte die Bundesgeschäftsführerin Rita Heidebrecht auf einen ausgeglichenen Haushalt der LmDR verweisen. Zu verdanken sei das nicht zuletzt der ungebrochenen Spendenbereitschaft der Mitglieder des Verbandes und großzügigen Spenden des Unternehmens Monolith.

Erheblich ausgebaut wurden die Aktivitäten der LmDR und ihrer Bundesgeschäftsstelle im Bereich der Projektarbeit mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den meisten Bundesländern. Nachholbedarf besteht in den neuen Bundesländern, wo jedoch für die nächsten Jahre vermehrt Schulungen geplant sind.

Neuwahlen

Nach den Berichten wurde **Johann Thießen** (Hessen), der das Amt nach dem Rücktritt seines Vorgängers Waldemar Eisenbraun seit Juni 2018 innegehabt hatte, mit knapper Mehrheit zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Er setzte sich mit 47 zu 42 Stimmen gegen seinen Herausforderer **Ernst Strohmaier** (Baden-Württemberg) durch.

Zu weiteren Bundesvorstandsmitgliedern wurden gewählt:

- **Lilli Bischoff** (Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen);
- **Dietmar Schulmeister** (Vorsitzender der Landesgruppe NRW);
- **Ewald Oster** (Vorsitzender der Landesgruppe Bayern);
- **Valentina Dederer** (Vorsitzende der Landesgruppe Rheinland-Pfalz);
- **Albina Nazarenus-Vetter** (Mitglied des Vorstandes der Landesgruppe Hessen);
- **Walter Gauks** (Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland).

Die TeilnehmerInnen der Bundesdelegiertenversammlung.

In der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland sind deutlich mehr Frauen aktiv als in vergleichbaren Organisationen, wie dieses Gruppenbild der Teilnehmerinnen der Bundesdelegiertenversammlung deutlich macht.

Zusätzlich wurden die Mitglieder der Verbandsausschüsse der Landsmannschaft gewählt:

Bundesschiedskommission:
- **Alexander Moor** (Niedersachsen);
- **Waldemar Held** (Baden-Württemberg);
- **Alexander Walz** (Hessen);
- **Georg Schmalz** (Nachrücker; Rheinland-Pfalz).

Ehrenausschuss:
- **Lilia Sonnenfeld** (Baden-Württemberg);
- **Otto Engel** (NRW);
- **Marianna Neumann** (Niedersachsen);
- **Irma Meder** (Nachrückerin; NRW).

Prüfungskommission:
- **Alla Weber** (NRW);
- **Natalie Paschenko** (Hessen);
- **Ernst Strohmaier** (Baden-Württemberg);
- **Lilly Gessler** (Nachrückerin; Baden-Württemberg).

Änderungen

Nach den ausführlichen Diskussionen über eine neue Satzung der LmDR bei den letzten Bundesdelegiertenversammlungen wurden diesmal nur geringfügige Änderungen beschlossen.

Neben der Verschiebung eines Unterparagrafen wurde gemäß Vorgaben des Finanzamtes aus dem Wortlaut des „§2 Gemeinnützigkeit, Abs. 1“, „Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts ‚Steuerbegünstigte Zwecke‘ der Abgabenordnung.“, der Begriff „mildtätige“ gestrichen.

Ebenfalls beschlossen wurde, dass Schüler, Auszubildende und Studenten künftig die Möglichkeit haben, zu einem erheblich reduzierten Mitgliedsbeitrag (12 statt 30 Euro) der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland beizutreten.

Und schließlich beauftragten die Teilnehmer den Bundesvorstand, die Machbarkeit einer Änderung des Delegiertenschlüssels für die Bundesdelegiertenversammlung zu prüfen.

Schlussworte

Abschließend gratulierte Johann Thießen den Geburtstagskindern unter den Delegierten, Marianna Neumann und Svetlana Gauks, und dankte Waldemar Eisenbraun für seine Arbeit als Bundesvorsitzender in den vergangenen Jahren.

Walter Gauks blickte auf die Herausforderung bei der Neustrukturierung der Jugendarbeit der LmDR in den vergangenen fünf Jahren zurück und dankte für die Unterstützung, die er in diesen Jahren erfahren habe.

Beachtenswert der Vorschlag von Alla Weber, die sich angesichts der großen Anzahl von aktiven Frauen in der LmDR für die Schaffung des Amtes einer Frauenbeauftragten des Verbandes einsetzte.

Für den bewegenden Abschluss sorgte die Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg, Leontine Wacker, die all diejenigen dankend erwähnte, auf deren Unterstützung sie in den beinahe 40 Jahren ihres landsmannschaftlichen Engagements bauen konnte. Und jeder im Saal stimmte ihr zu, als sie sagte: „Ich zahle die 30 Euro Mitgliedsbeitrag gerne, denn ohne die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland wäre ich nicht in Deutschland.“

Ein kultureller Höhepunkt

der Bundesdelegiertenversammlung war das von Jakob Fischer moderierte spontane Konzert mit zahlreichen Mitwirkenden aus dem Kreis der Delegierten, bei dem sich die Teilnehmer am Abend des ersten Sitzungstages nach getaner Arbeit entspannten.

VadW, Bilder: Ilja Fedoseev

Gratulation des Bundesbeauftragten

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, gratulierte Johann Thießen zu seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden der LmDR.

Dabei betonte er die Bedeutung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland einerseits als Interessenvertretung für die Anliegen der Deutschen aus Russland selbst, andererseits aber auch für die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und als Brücke zu den Heimatverbliebenen:

„Der Landsmannschaft ist es bislang stets aufs Beste gelungen, Brückenbauer, Vermittler, Interessenvertretung und Ansprechpartner gleichermaßen zu sein. Ich freue mich weiterhin auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit und wünsche dem neu gewählten Vorstand viel Erfolg.“

BMI

Multiplikatorenschulung in Leipzig

Gute Impulse zur erfolgreichen Vereinsarbeit

Ein positives Zeichen für die Arbeit der Landesgruppe Sachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland: Nach der Berufung von Dr. Jens Baumann zum Landesbeauftragten für Vertriebene und Aussiedler in Sachsen im Juni dieses Jahres organisierte nun die Bundesgeschäftsstelle der LmDR eine lang ersehnte Multiplikatorenschulung im Freistaat. „Vereins- und Projektmanagement Ost" – so lautete das Thema des zweitägigen Seminars am 17. und 18. November 2018 in Leipzig, das Mitglieder unserer ostdeutschen Gliederungen versammelte.

TeilnehmerInnen der Multiplikatorenschulung in Leipzig mit dem Bundesvorsitzenden der LmdR, Johann Thießen (in der Mitte im dunklen Anzug.).

Bei der Multiplikatorenschulung wurden Themen behandelt, die für jedwede Vereinsarbeit unerlässlich sind, darunter:

- Grundlagen erfolgreicher Vereinsarbeit (Referenten: **Johann Thießen**, Bundesvorsitzender der LmDR, und **Florian Braun**, Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen);
- Grundsicherung, berufliche Anerkennung und Anerkennung der Hochschulabschlüsse (**Martina Kusch** vom Jobcenter Chemnitz);
- Rahmenbedingungen für die Arbeit der LmDR in Sachsen (**Dr. Jens Baumann**, sächsischer Landesbeauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler);
- Projektbeantragung: Fördermöglichkeiten, Ausschlusskriterien, Auswertung etc. (Projektleiter **Peter Hilkes**);
- Öffentlichkeitsarbeit im Verein (**Dietmar Schulmeister**, stellvertretender Bundesvorsitzender).

Johann Thießen begrüßte die aus den „neuen" Bundesländern angereisten Teilnehmer und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dies möge nicht die letzte Multiplikatorenschulung der Landsmannschaft in Sachsen sein.

Nach der allgemeinen Vorstellungsrunde berichtete er über die am 13. und 14. Oktober 2018 stattgefundene Bundesdelegiertenversammlung, über die Zusammensetzung des neuen Vorstandes und die Festlegung seiner Ausschüsse.

Anschließend ergriffen die Teilnehmer der Schulung das Wort und stellten der Bundesgeschäftsführerin Rita Heidebrecht die Frage, nach welchen Kriterien die Bundesgeschäftsstelle Projekte an Landesgruppen verteile. Die Antwort war eindeutig: Nicht die Bundesgeschäftsstelle der LmDR entscheidet über die Vergabe von Projekten, sondern ausschließlich das Bundesinnenministerium und das ihm unterstellte Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Bundesgeschäftsstelle habe keinen Einfluss auf die Vergabe von Projekten, so Rita Heidebrecht.

Martina Kusch erläuterte den aktuellen Stand in Sachen Grundsicherung, berufliche Anerkennung und Anerkennung von Hochschulabschlüssen in Sachsen. Sie verdeutlichte, dass es reglementierte und nicht reglementierte Berufe in Deutschland gebe. Für die Ausübung eines reglementierten Berufs müssten die entsprechende Qualifikationen vorhanden sein. Beispielsweise bei Ärzten sei das der Fall, bei einem nicht reglementierten Beruf wie Maurer seien Nachweise der Berufsqualifikation nicht erforderlich.

Von der Projektidee bis hin zur Abrechnung des Projekts – der erfahrene Projektleiter Peter Hilkes gab einen ausführlichen Einblick in das Thema Projektbeantragung. Vor der Antragstellung sollte man demnach eine gründliche Bedarfsanalyse und Recherche zu Fragen wie den folgenden durchführen:

- Was gibt es bereits zum Inhalt meiner Projektidee?
- Bin ich allein damit oder gibt es Kooperationsmöglichkeiten?
- Welche Ressourcen habe ich?
- Was an Wissen brauche ich noch?
- Wo genau will ich meine Projektidee verwirklichen?
- Habe ich überhaupt Zeit für das Projekt?

Einen hohen Stellenwert habe auch die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen eines Projektes, und sie müsse bereits im Voraus sehr gut überlegt werden.

Der Ehrengast der Veranstaltung, Dr. Jens Baumann, referierte zum Thema Rahmenbedingungen, die für die Arbeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in

Jens Baumann

Sachsen notwendig sind. Als Ansprechpartner für die Spätaussiedler in Sachsen sei er gerne bereit, Deutsche aus Russland bei der Projektbeantragung gerade im Kulturbereich zu unterstützen.

Außerdem teilte er seine Pläne hinsichtlich der LmDR in Sachsen mit. So habe er vor, eine auf Spätaussiedler in Sachsen zugeschnittene Ausstellung zu entwickeln.

Dietmar Schulmeister, stellvertretender Bundesvorsitzender der LmDR, thematisierte die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in einem Verein. Vereine und Organisationen seien Teile der pluralistischen Gesellschaft, die nicht isoliert existierten, und so sei die Öffentlichkeitsarbeit das „bewusste, geplante und dauernde Bemühen, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen in die eigene Sache in der Öffentlichkeit aufzubauen und zu pflegen."

Laut Schulmeister besteht eine gute Öffentlichkeitsarbeit aus den Bausteinen Planen, Recherchieren, Umsetzen, Kontrollieren und zu guter Letzt Archivieren.

Die Veranstaltung wurde aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat gefördert.

Lena Arent

Besondere Verantwortung für Russlanddeutsche

22. Deutsch-Russische Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen

Rund 9,5 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt sind für 2017 zur Unterstützung der in der Russischen Föderation lebenden Russlanddeutschen vorgesehen. Das sind rund 100.000 Euro mehr als im zurückliegenden Jahr. Die russische Seite hat rund 147,5 Millionen Rubel (rund 2,3 Millionen Euro) bereitgestellt und für 2017 rund 150 Millionen Rubel (rund 2,4 Millionen Euro) für Unterstützungsleistungen eingeplant.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse der 22. Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen, die vom 22. bis 24. Mai 2017 in Bayreuth, Bayern, tagte.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland war vertreten durch ihren Bundesvorsitzenden Waldemar Eisenbraun und den Vorsitzenden ihrer Jugendorganisation, Walter Gauks.

Am Mittwoch unterzeichneten die beiden Vorsitzenden, der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, und der Leiter der Föderalen Agentur für Nationalitätenangelegenheiten, Minister Igor Barinow, in den Räumen der Regierung von Oberfranken ein entsprechendes Abkommen.

Drei Tage lang wurde internationale Politik in Bayreuth gemacht. So begrüßten bei der Sitzung beide Seiten den Fortgang der im zurückliegenden Jahr wieder aufgenommenen Arbeit an einem neuen Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der russischen Regierung zur Förderung der Russlanddeutschen in der Russischen Föderation.

Teilnehmer der Sitzung der Regierungskommission(von links): Walter Gauks, Vorsitzender der Jugend-LmDR, Waldemar Eisenbraun, Bundesvorsitzender der LmDR, der russische Minister Igor Barinow, Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk, Heinrich Zertik MdB und Galina Ortmann.

Hartmut Koschyk und Minister Barinow zeigten sich erfreut darüber, dass zeitgleich zur Kommissionssitzung das zweite Kultur- und Geschäftsforum der Russlanddeutschen in den Räumen der Industrie- und Handelskammer in Bayreuth stattfand. Das Programm habe dabei von 500 Jahren Reformation über deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen bis zu sozialem Engagement von Unternehmen gereicht.

Koschyk stellte heraus, dass die Bundesregierung der historisch bedingten besonderen Verantwortung Deutschlands für die Deutschen in ihren Herkunftsgebieten auch künftig gerecht und diese im Rahmen des finanziell Möglichen weiterhin unterstützen werde. Er würdigte die hier seit mehr als 20 Jahren bestehende enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der russischen Regierung, auch wenn nicht immer Übereinstimmung in allen Fragen erzielt werden konnte und die gesamtpolitische Situation Verhandlungen mitunter erschwere. Beide Seiten versicherten, ihre Zusammenarbeit im Interesse der gemeinsamen Verantwortung für die Russlanddeutschen fortsetzen zu wollen.

Stephan Herbert Fuchs
(Pressemitteilung Hartmut Koschyk)

Intensive Beratungen zur Situation der deutschen Sprache in Kasachstan

Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission für die ethnischen Deutschen in Astana

Bereits zum 15. Mal tagte am 11. Juli 2017 die Deutsch-Kasachische Regierungskommission, die sich mit den Angelegenheiten der ethnischen Deutschen in Kasachstan befasst.

Die Sitzung wurde von Hartmut Koschyk MdB, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, und dem Stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Kasachstan, Roman Vassilenko, geleitet. Der deutschen Delegation gehörten auch die Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Karin Strenz, sowie der aus Kasachstan stammende Bundestagsabgeordnete Heinrich Zertik an. Die Landmannschaft der Deutschen aus Russland war vertreten durch ihren Bundesvorsitzenden Waldemar Eisenbraun und den Vorsitzenden der Jugend-LmDR, Walter Gauks.

Die Sitzung war nur eine von zahlreichen Veranstaltungen mit deutscher Beteiligung im Zusammenhang mit der EXPO 2017 und dem deutschen Nationentag am 12. Juli 2017 in Astana.

Hartmut Koschyk: „Ich freue mich sehr, dass ich in diesem Jahr nicht nur mit meinem Ko-Vorsitzenden, Herrn Vize-Außenminister Vassilenko, die Deutsch-Kasachische Regierungskommission leiten durfte, sondern auch die Gelegenheit zum Besuch der zum ersten Mal in Zentralasien stattfindenden EXPO hatte. Besonders beeindruckt hat mich die Präsentation der Kasachstandeutschen im Rahmen des deutschen Nationentages, der heute von Herrn Bundespräsident Steinmeier eröffnet wurde."

Die Beratungen verliefen in einer angenehmen Arbeitsatmosphäre und verdeutlichten das gemeinsame Interesse beider Länder, den Bürgern deutscher Herkunft Kasachstans eine dauerhafte Lebensperspektive in Kasachstan bieten zu können. Die deutsche Seite unterstützt die deutsche Minderheit in Kasachstan durch eine finanzielle Förderung von etwa 1,7 Millionen Euro jährlich. Die Arbeit erfolgt in verschiedenen Arbeitsfeldern, die u.a. die Bewahrung der deutschen sprachlichen und kulturellen Identität, die Einbeziehung der Jugend und die soziale Unterstützung der bedürftigen deutschstämmigen Bevölkerung zum Ziel haben.

Die Kommission befasste sich auch mit der Situation der Selbstorganisation und begrüßte die Wahl einer neuen Interimsvorsitzenden. Sie dankte dem bisherigen Vorsitzenden Alexander Dederer für seine geleistete Arbeit und die Verdienste um die ethnischen Deutschen Kasachstans und ermunterte die Assoziation der gesellschaftlichen Vereinigungen der Deutschen Kasachstans, AgVDK, auf dem Weg der Konsolidierung weiter voranzuschreiten und sich eine neue zukunftsfeste Organisationsstruktur zu geben.

Die Teilnehmer der Regierungskommission. **Quelle: BMI**

Erneut war die Rolle der deutschen Sprache in Kasachstan zentrales Thema der Kommissionssitzung. In den letzten Jahren ist die deutsche Sprache immer weiter zugunsten der englischen, russischen und kasachischen Sprache zurückgedrängt worden. Daher hatte die Regierungskommission in ihrer 14. Sitzung empfohlen, vor dem Hintergrund der Bedeutung des deutschen Sprachunterrichts für die Kasachstandeutschen sowie für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen eine Arbeitsgruppe zur Popularisierung der deutschen Sprache einzusetzen.

Die Kommission zeigte sich sehr erfreut über die Zusicherung des kasachischen Bildungsministers, in die neuen Lehrplänen eine Sonderregelung aufzunehmen, wonach die Schulen des Partnerschulnetzwerks mit verstärktem Deutschunterricht (so genannte PASCH-Schulen) Deutsch künftig als reguläres Schulfach mit fünf Wochenstunden unterrichten dürfen.

Hartmut Koschyk: „Es ist ein beeindruckender Erfolg der Arbeitsgruppe, dass das Bildungsministerium der Republik Kasachstan eine Ausnahmeregelung schaffen wird, die im Sprachbereich nur für Deutsch und die Pasch-Schulen vorgesehen ist. Dies ist auch der Hartnäckigkeit der AgVDK zu verdanken, die stets auf die Wichtigkeit des deutschen Sprachunterrichts hingewiesen hat."

Thomas Helm, der Leiter des Länderbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kasachstan, stellte der Kommission den Sachstand einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Kasachischen Universität erarbeiteten Studie zum Zusammenleben ethnischer Gruppen in Kasachstan vor. Die Kommission äußerte großes Interesse an den Ergebnissen dieser Studie, die Erkenntnisse zur Lebenssituation der Kasachstandeutschen und Angehöriger anderer Nationalitäten bringen wird.

Zum Ausklang der Regierungskommission überreichte Hartmut Koschyk Roman Vassilenko ein Exemplar des Buches „Geschichte und Kultur der Deutschen in Kasachstan". Das umfangreiche Werk, das mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums des Innern vom Göttinger Arbeitskreises in Zusammenarbeit mit der Selbstorganisation herausgegeben wurde, gibt erstmals einen Gesamtüberblick über die Geschichte der Kasachstandeutschen.

www.koschyk.de

Teilnehmer der 12. Sitzung der Deutsch-Kirgisischen Regierungskommission am 21. September 2017 in Berlin. 6. von rechts der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, links daneben der Vize-Außenminister der Kirgisischen Republik, Emil Khakiev. Für die LmDR waren ein weiteres Mal ihr Bundesvorsitzender Waldemar Eisenbraun (5. von rechts) und der Vorsitzende der Jugendorganisation, Walter Gauks (2. von rechts), dabei.

10 Jahre Partnerschaft: Landesgruppe Niedersachsen – Gebietszentrum für deutsche Kultur Tjumen

Im Rahmen einer Projektwoche vom 1. bis 7. September 2017 der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Partnerschaft zwischen dem Land Niedersachsen und der Region Tjumen sowie des 10-jährigen Jubiläums der Partnerschaft zwischen der Landesgruppe und dem „Gebietszentrum für Bildung, Methodik und deutsche Kultur Tjumen" weilte eine Delegation aus dem Gebiet Tjumen mit Natalia Matschuga (Leiterin des Gebietszentrums) in Niedersachsen

Die Gastgeber mit der Landesvorsitzenden Lilli Bischoff hatten auch diesmal ein umfangreiches Aufenthaltsprogramm vorbereitet. Dazu gehörten ein Besuch des Landesmuseums Hannover, ein Altstadtbummel und die Besichtigung der Sehenswürdigkeiten Hannovers. Bleibende Eindrücke hinterließen das VW-Museum und das Phäno-Museum in Wolfsburg sowie die Führungen durch das Grenzdurchgangslager und das Museum Friedland. Beim Ausflug nach Göttingen besichtigten die Gäste das Alte Rathaus und erlebten eine Führung durch das Stadtzentrum. Auch eine Schifffahrt von Minden bis zur Porta Westfalica auf dem Weser-Kanal stand auf dem Programm, ebenso das Bückeburger Schloss mit Besichtigung zahlreicher Exponate zur Geschichte des Landes.

Im Landtag wurden die Gäste aus Tjumen vom Vizepräsidenten des Niedersächsischen Landtags, Klaus-Peter Bachmann, begrüßt. Beim Empfang mit Vertretern der Niedersächsischen Regierung standen 25 Jahre Partnerschaft zwischen Niedersachsen und der Region Tjumen sowie zehn Jahre Partnerschaft zwischen der Landesgruppe Niedersachsen und dem „Gebietszentrum für Bildung, Methodik und deutsche Kultur Tjumen" im Mittelpunkt. Der Festakt wurde durch Auftritte der Gesangsgruppe aus Russland, einer Kulturgruppe aus Braunschweig und eines Kinderchors aus Hannover umrahmt.

Gäste aus Russland und Aktive der Landesgruppe Niedersachsen im Landtag mit Klaus-Peter Bachmann (Mitte) und Lilli Bischoff (6. von rechts).

Die Partnerschaft

zwischen der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und dem „Gebietszentrum für Bildung, Methodik und deutsche Kultur Tjumen" besteht seit 2007. Durch gegenseitige Besuche und Beteiligung an wichtigen Veranstaltungen beiderseits wird sie mit Leben gefüllt.
So waren Vertreter der Russlanddeutschen aus dem Gebiet Tjumen mehrfach bei der zentralen Gedenkveranstaltung der LmDR in Friedland, und Vertreter der Landesgruppe Niedersachsen besuchten immer wieder die Region Tjumen, mit im Gepäck Infobroschüren, Bücher, Gedenk- und Jubiläumspublikationen der LmDR sowie anderes Material zur Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen.

In ihrer Begrüßungsrede würdigte Lilli Bischoff die Bedeutung der Partnerschaft der Landesgruppe Niedersachsen mit dem Tjumener Gebietszentrum:

„Die Partnerschaft der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland mit dem von Natalia Matschuga geleiteten ‚Gebietszentrum für Bildung, Methodik und deutsche Kultur Tjumen' im Süden Westsibiriens begann 2007 mit der Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens in Moskau.

Seither haben sich beide Seiten erfolgreich bemüht, das Abkommen mit Leben zu erfüllen. Die Landesgruppe Niedersachsen mit ihren zahlreichen Untergliederungen hat ihre Gäste aus dem Gebiet Tjumen mit ebensolcher Herzlichkeit willkommen geheißen, wie wir selbst dort empfangen wurden.

Nicht zuletzt haben wir uns darüber gefreut, dass wir immer wieder Kulturgruppen aus Tjumen begrüßen durften, die unsere Veranstaltungen bereicherten, sei es bei Jubiläen oder den zentralen Gedenkfeiern der Landsmannschaft im Grenzdurchgangslager Friedland."

Den Höhepunkt der Projekttage bildete der 35. Tag der Niedersachsen in Wolfsburg. Die niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, stellte gemeinsam mit ihrem Team aus der Niedersächsischen Staatskanzlei ihre ehrenamtliche Arbeit vor und führte zahlreiche informative Gespräche. Ein wichtiger Teil des Tages waren Treffen mit Politikern und Vertretern der niedersächsischen Regierung.

Die Delegation aus Russland beteiligte sich zusammen mit der LmDR, die durch Künstler aus den Ortsgruppen Hannover, Wolfsburg, Braunschweig, Nienburg und Gifhorn vertreten war, aktiv am Kulturprogramm des Festes.

VadW

Im Vordergrund von links: Natalia Matschuga, Doris Schröder-Köpf, Boris Pistorius und Lilli Bischoff.

Deutsche aus Russland leisten wichtige Volksdiplomatie in schwieriger Zeit

Um die deutsch-russischen Beziehungen ist es derzeit nicht gut bestellt. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und der anhaltende Konflikt im Osten der Ukraine lassen keine kurzfristige Entspannung erwarten. An den gegenwärtigen Spannungen zwischen beiden Ländern tragen die Russlanddeutschen besonders schwer.

In Deutschland leben rund 2,5 Millionen Deutsche aus der ehem. Sowjetunion. In Russland selbst kann man bis heute von ca. 500.000 Deutschen ausgehen. In Kasachstan schätzt man die Zahl der dort lebenden Deutschen auf knapp 200.000 Personen. Selbst in Usbekistan, Kirgistan, Armenien und Georgien existieren bis heute kleinere deutsche Minderheiten.

In Deutschland unterstellen viele den Russlanddeutschen eine pauschale AfD-Nähe, oder man sieht in ihnen Parteigänger Putins. In Russland verdächtigen nationalistische Kräfte die dort lebenden Deutschen als Einflussagenten Merkels.

In dieser schwierigen Lage bemühen sich die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Deutschland unter ihrem Vorsitzenden Waldemar Eisenbraun und die Führung der im Internationalen Verband der Deutschen Kultur zusammengeschlossen Deutschen in Russland unter der Leitung von Heinrich und Olga Martens, nicht vollends zwischen alle Stühle zu geraten und vor allem auf zivilgesellschaftlicher Ebene eine wichtige Brückenfunktion auszuüben.

Das gilt für den „Petersburger Dialog", das derzeit wichtigste deutsch-russische Dialogforum, in dem die Russlanddeutschen aus beiden Ländern aktiv mitwirken. Das gilt für zahlreiche Partnerschaftsprojekte, vor allem auch im Jugendbereich, die die Russlanddeutschen in beiden Ländern mit Unterstützung des Bundesministeriums des Innern durchführen. Das gilt auch für die Deutsch-Russische Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen, die nach jahrelanger Unterbrechung 2016 im sibirischen Omsk und 2017 im fränkischen Bayreuth unter aktiver Beteiligung der Russlanddeutschen aus beiden Ländern mit sehr konkreten Ergebnissen tagte.

Kürzlich fand auf Initiative der Deutschen in Russland unter Beteiligung ranghoher russischer Offizieller in Moskau eine internationale Konferenz zum Thema „Volksdiplomatie" statt, bei der auch die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zahlreich und aktiv vertreten war.

Dabei wurde deutlich, dass man von politischer Seite beider Länder die wichtige Brückenfunktion der Russlanddeutschen angesichts der schwierigen deutsch-russischen Beziehungen erkannt hat und sie gerne als „Eisbrecher" nutzen möchte. Das gilt nicht nur im politischen Bereich, sondern gerade auch auf den Feldern Wirtschaft, Kultur und Kirchen.

Da trifft es sich gut, dass zeitgleich zur nächsten Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen im Herbst 2018 in Königsberg/Kaliningrad ein Deutsch-Russisches Forum zu Fragen der Wirtschaft und Kultur stattfinden soll.

Das Königsberger Gebiet eignet sich hierfür sehr gut, konnte doch der Streit um das dortige Deutsch-Russische Haus beigelegt und eine strukturelle und inhaltliche Neuausrichtung vorgenommen werden. Man kann jedenfalls den Verantwortlichen der Russlanddeutschen in Deutschland und Russland für diese Art von „Volksdiplomatie" in schwieriger Zeit nur dankbar sein.

Hartmut Koschyk, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten 2014 bis 2017, Vorsitzender der Stiftungsrates der Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland".

Doch Schulterklopfen allein reicht nicht aus. Vielmehr bedarf es der Ermutigung und Unterstützung, damit die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Deutschland und der Internationale Verband der Deutschen Kultur in Russland ihre wichtige Brücken- und Dialogfunktion auch weiterhin engagiert wahrnehmen können.

Hartmut Koschyk

LmDR und Deutsch-Kasachische Regierungskommission

Wie schon seit Jahren nahmen auch diesmal die Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und der Jugend-LmDR, Johann Thießen und Walter Gauks, an der Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission teil. Die Sitzungen finden abwechselnd in Deutschland und Kasachstan statt.

Im Rahmen der Sitzung berichtete Walter Gauks von den durchgeführten und geplanten Aktivitäten mit den Deutschen in Kasachstan.

Im Vorfeld der Regierungskommission fand ein Planungsgespräch mit dem Geschäftsführer der Organisation „Wiedergeburt", Dmitrij Redler, der Verantwortlichen für die Partnerschaft mit der LmDR, Olga Stein, der Vertreterin der Jugend der Deutschen in Kasachstan, Maria Borisevitsch, und Olesja Klimenko, Hauptredakteurin der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", statt. Von der Landsmannschaft nahmen an dem Treffen Walter Gauks und Olga Kazakov (Projektabwicklung der LmDR) teil.

Im vergangenen Jahr wurde die Zusammenarbeit der Landsmannschaft mit der Republik Kasachstan ausgebaut und gefestigt. Die Veränderungen und die Neuorganisation der Vereinigung der Deutschen in Kasachstan haben neue Impulse und Pläne für die Entwicklung der Partnerschaft zwischen der LmDR und der „Wiedergeburt" in Kasachstan mit sich gebracht. Die Partnerschaft erstreckt sich auf die Bereiche Kultur, Soziales, Jugend, Sprache und Bildung.

Die Zusammenarbeit der LmDR im Bereich der grenzüberschreitenden Partnerschaft basiert auf den festen Strukturen, die der Bundesvorstand in den letzten Jahren aufgebaut hat.

So sind vom Bundesvorstand Lilli Bischoff für den Erwachsenenbereich und Walter Gauks für den Jugendbereich verantwortlich. Die Vorsitzende der Landesgruppe Rheinland-Pfalz, Valentina Dederer, wirkt im Ausschuss für bilaterale Zusammenarbeit mit. Die Bundesgeschäftsstelle der LmDR sorgt für die professionelle Abwicklung der Projekte, Olga Haas im Erwachsenenbereich und Olga Kazakov im Jugendbereich.

Der Bundesvorstand, der Ausschuss für bilaterale Zusammenarbeit und die Bundesgeschäftsstelle freuen sich auf die Ideen und Vorschläge aus den Landes- und Ortsgruppen der LmDR für das kommende Jahr!

Wir danken dem BMI, der GIZ und unseren Partnern in Kasachstan herzlich für das ausgesprochene Vertrauen und freuen uns auf die Fortsetzung der erfolgreichen Partnerschaft auch im nächsten Jahr.

Walter Gauks

„Freundschaft über die Grenzen“ – Projekttage mit Partnern aus Perm in Niedersachsen

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Partnerschaft zwischen dem Land Niedersachsen und der russischen Region Perm sowie des 5-jährigen Bestehens der Partnerschaft zwischen der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und der Partnerorganisation „Gemeinnützige Gesellschaft der Russlanddeutschen ‚Wiedergeburt‘“ der Stadt Perm veranstaltete die Landesgruppe Niedersachsen Projekttage mit einem umfangreichen Programm. In diesem Rahmen weilte vom 31. August bis 5. September 2018 eine Delegation mit 16 Personen aus den Gebieten Perm und Tjumen in Niedersachsen.

Gefördert wurden die Projekttage von der Landesregierung Niedersachsen, für die Organisation und Betreuung der Gäste aus Russland sorgten der Vorstand der Landesgruppe Niedersachsen der LmDR mit der Vorsitzenden Lilli Bischoff und ehrenamtliche Helfer.

Die Gäste aus Perm mit Prof. Dr. Bernd Fabritius (vorne, 5. von links), Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, und der Vorsitzenden der Landesgruppe Niedersachsen der LmDR, Lilli Bischoff (vorne 4. von links), in Friedland.

Zu Beginn des Aufenthaltes beteiligten sich die Landsleute aus Perm an der Zentralen Gedenkfeier der LmDR in Friedland. Nach der Gedenkfeier und den Kranzniederlegungen an der Friedlandglocke und am Heimkehrermahnmal besuchten sie das Friedlandmuseum, in dem u.a. Aussiedlerschicksale anschaulich mit Fotos und Dokumenten festgehalten sind.

Außerdem gehörten zum Programm die Besichtigung einer Sonderausstellung im Landesmuseum und der Herrenhäuser Gärten in Hannover, ein Ausflug in das Hannoversche Rathaus und eine Führung durch das Volkswagen-Werk in Hannover. Im Niedersächsischen Landtag wurde die Gruppe von Uwe Schünemann, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, empfangen.

In Gifhorn besuchten die Permer das Mühlenmuseum und hatten ein Treffen mit Bürgermeister Matthias Nerlich. Nach dem Empfang im Rathaus ging es zum Glockenpalast in Gifhorn; den Grundstein dafür hatte 1996 der frühere Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, der auch die Schirmherrschaft über das imposante Gebäude übernahm, gelegt. Das Gebäude bildet mit der „Europäischen Freiheitsglocke“ ein historisches Ensemble. Die Glocke mit den Porträts von Michail Gorbatschow, George Bush sen., Helmut Kohl und Gyula Horn *(ehemaliger ungarischer Ministerpräsident, der 1989 durch die Öffnung des Eisernen Vorhangs bekannt wurde)* erinnert an die Teilung Deutschlands und Europas und den friedlichen Fall des Eisernen Vorhangs.

Im Anschluss organisierte der Vorstand der Ortsgruppe Gifhorn ein Arbeitstreffen zwischen Mitgliedern der LmDR und den Gästen aus Russland.

Zum Höhepunkt des Aufenthalts der Permer gehörte ein Empfang unter dem Motto „Freundschaft über die Grenzen“ am 4. September in der ev.-luth. Michaelis-Kirchengemeinde Hannover, zu dem der Landesvorstand der LmDR zahlreiche Politiker sowie Vertreter befreundeter Vereine und Organisationen einlud.

Der Empfang anlässlich der beiden Partnerschaftsjubiläen wurde von Lilli Bischoff eröffnet. Grußworte von deutscher Seite sprachen der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius, der Hannoveraner Bürgermeister Thomas Hermann, Frank Oesterhelweg, Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages, Doris Schröder-Köpf, Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Editha Westmann, Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, und Heino Wiese, Honorarkonsul der Russischen Föderation in Hannover.

Von russischer Seite sprach Natalja Matschuga, Projektmanagerin des Internationalen Verbandes für deutsche Kultur im Uralgebiet und Vorsitzende des „Gebietszentrums für Bildung, Methodik und deutsche Kultur Tjumen“, mit dem die Landesgruppe Niedersachsen seit elf Jahren enge partnerschaftliche Kontakte pflegt. Ebenso wie die Redner davor betonte sie die Bedeutung von gemeinsamer internationaler Jugendarbeit, von Jugend-. Kultur- und Fachkräfteaustausch.

Lilli Bischoff (links) und Tatjana Laut nach der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung.

Ein Grußwort sprach auch Anastasija Subbotina, Leiterin der Abteilung für nationale und konfessionelle Beziehungen beim Departement für innere Politik der Gouverneursverwaltung der Region Perm. Mit ihr war zum ersten Mal eine Vertreterin der Stadtverwaltung dabei – ein deutliches Zeichen eines vertieften Interesses der Kommunalpolitik an einer weiteren positiven Entwicklung der Partnerschaft.

Vor der Eröffnung des Buffets unterzeichneten Lilli Bischoff und Tatjana Laut, Vorsitzende der Permer Organisation „Wiedergeburt“, eine Absichtserklärung zur weiteren Kooperation der Vereine. „In dieser Partnerschaft sehen sich die Russlanddeutschen auf beiden Seiten als Brücke zwischen Niedersachsen und Perm. Deshalb ist die Partnerschaft auch ein Mittel zur Festigung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern“, betonte Lilli Bischoff.

Für die Bibliothek des Landtages überreichte Tatjana Laut das Buch „Brauchtum der Ural-Deutschen im Kalenderkreis“ von Dmitrij Waimann, einem jungen Wissenschaftler aus Perm.

Für die musikalische Umrahmung sorgten die Chöre der Ortsgruppe Hannover der LmDR sowie die Gäste aus Perm.

VadW, Landesgruppe Niedersachsen,
Fotos: Landesgruppe Niedersachsen

Offenburg – Syktywkar: Seit elf Jahren partnerschaftliche Beziehungen trotz aller Schwierigkeiten

Auf Einladung der deutschen national-kulturellen Autonomie (NKA) der Republik Komi, mit der die Kreis- und Ortsgruppe Offenburg/Ortenaukreis der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland seit elf Jahren intensive partnerschaftliche Beziehungen pflegt, nahm eine Delegation aus Offenburg 2018 an den Feierlichkeiten zum 97-jährigen Bestehen der Republik Komi teil. Die Kreis- und Ortsgruppe der LmDR wurde von Georg Stößel, Initiator und Organisator der Partnerschaft, und aktiven Mitgliedern der Ortsgruppe, Viktor Loos, Elvira Tissen, Ludmila Bohn und dem Jugendlichen Rafael Salahov, vertreten.

Nach dem Treffen mit der Administration der Stadt Syktywkar (4. von rechts: Elena Semeikina, stellvertretende Leiterin der Administration; 5. von rechts: Georg Stößel, Leiter der Offenburger Delegation).

Foto: Elvira Tissen und Rafael Salahov.

Das Programm unseres Aufenthalts war sehr umfangreich. Bereits am ersten Tag nach der Ankunft fand im „Haus der Völkerfreundschaft der Republik Komi“ ein Treffen mit Galina Gabuschewa, Ministerin für nationale Beziehungen der Republik Komi, und Aktivisten der deutschen national-kulturellen Autonomie der Republik Komi statt.

Bei dem Treffen wurde an viele interessante Begegnungen in Offenburg erinnert, insbesondere beim Offenburger Internationalen Fest, an denen die Ministerin sich vor einigen Jahren selbst beteiligte. Ebenso wurden Möglichkeiten der Weiterentwicklung der partnerschaftlichen Beziehungen besprochen. Gleich im Anschluss erlebten wir die feierliche Eröffnung des 4. Allrussischen Festivals der nationalen und nichtolympischen Sportarten im Zentralstadion der Stadt Syktywkar mit.

Am nächsten Tag nahmen wir an den Feierlichkeiten zum 97-jährigen Bestehen der Republik Komi auf dem Stefanowsker Platz teil, wo Georg Stößel eine Begrüßungsrede hielt, Ludmila Bohn mit ihrem Soloauftritt in deutscher Sprache das Kulturprogramm des multikulturellen Ethnofestivals „Dialog der Kultur: nördliche Vielfarbigkeit“ bereicherte und Rafael Salahov und Elvira Tissen in deutscher Trachtenkleidung glänzten. An diesem Tag wurden viele aufschlussreiche Gespräche geführt und neue Kontakte geknüpft.

Eine besondere Bedeutung hatte für uns die feierliche Eröffnung des Ehrenkreuzes für die Zwangsarbeiter in der Siedlung Pods unter Teilnahme der Administration des Kreises Koigorodok und der Siedlung Pods sowie von anderen Vertretern der munizipalen und öffentlichen Einrichtungen, die als Ergebnis der 15. ethnografischen Expedition von Jugendlichen durch die Orte der Zwangsarbeit mit Sondersiedlungen der Russlanddeutschen zustande kam.

Jeder von uns hat Verwandte und Bekannte, die dieses tragische Schicksal der als Sondersiedler bezeichneten Trudarmisten durchleben mussten. Viele von ihnen kamen wegen der unmenschlichen Bedingungen ums Leben.

Ebenso emotional war die Kundgebung am jährlich hier veranstalteten Gedenktag zur Erinnerung an den rechtswidrigen Erlass „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen“ vom 28. August 1941. Auch unsere Delegation durfte dazu ihre Meinung äußern, und uns wurde die Ehre zuteil, die Friedensglocke anzuschlagen.

Im Komi-Kulturzentrum der Stadt Syktywkar wurde unsere Delegation von der Administration von Syktywkar offiziell empfangen. Bei dem Empfang wurden in sehr freundlicher Atmosphäre von beiden Seiten zuerst die Städte Syktywkar und Offenburg präsentiert und dann die weiteren Perspektiven der partnerschaftlichen Beziehungen im kulturellen und öffentlichen Bereich auf kommunaler Ebene besprochen. Danach fand eine Führung durch das Kulturzentrum statt, bei der den Gästen anschaulich über die Sitten und Trachten der Republik Komi berichtet wurde.

Wir erlebten auch vieles andere:

- ein Treffen mit aktiven Jugendlichen der deutschen NKA der Republik Komi, in dessen Rahmen ein Meinungsaustausch über die Jugendarbeit stattfand und ein Quiz zur Geschichte der Russlanddeutschen durchgeführt wurde, bei dem sich beide Seiten überdurchschnittlich gut schlugen;
- ein Besuch des Chores „Edelstein“ in Maksakowka, der bei uns in Offenburg vor einigen Jahren zu Besuch war und mit dem uns eine langjährige Freundschaft verbindet;
- die Eröffnung der Ausstellung „Jugor“ im Hotel, die dem 15-jährigen Jubiläum der Durchführung der erwähnten ethnografischen Expeditionen der Jugendlichen gewidmet war;
- eine Exkursion in das Dorf Prigorodny, wo wir zum ersten Mal sahen, wie Gemüse und Blumen ganzjährig ohne Erde angebaut werden.

Alle offiziellen Treffen und Besprechungen und auch die vielen geknüpften zwischenmenschlichen Kontakte unterstrichen erneut die Rolle der Russlanddeutschen als Vermittler von wirtschaftlichen, kulturellen und partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland.

Über diese wichtige Rolle wurde auch bei der internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz „Volksdiplomatie. Partnerschaft der gesellschaftlichen Organisationen“ gesprochen, die im Februar des Jahres in Moskau stattfand und bei der die Partnerschaft zwischen der NKA der Republik Komi und der Kreis- und Ortsgruppe Offenburg/Ortenaukreis der LmDR sehr gelobt wurde.

Insbesondere bedankt sich unsere Delegation bei der Stadtverwaltung Offenburg und der Offenburger Bürgerstiftung St. Andreas für die geleistete finanzielle Förderung, ohne die der Besuch nicht möglich gewesen wäre. Das unterstrichen wir bei den offiziellen Treffen und Begegnungen und auch bei vielen Zeitungs- und Fernsehinterviews immer wieder.

Um die Partnerschaft mit der deutschen national-kulturellen Autonomie der Republik Komi weiterhin aufrecht erhalten und pflegen zu können, ist die Kreis- und Ortsgruppe Offenburg/Ortenaukreis für jede Unterstützung dankbar.

Georg Stößel, Vorsitzender der Kreis- und Ortsgruppe Offenburg/Ortenaukreis der LmDR, Mitglied des Integrationsbeirats der Stadt Offenburg

Sprachcamps im Sommer 2018 in Kasachstan:

Jugend-LmDR entsendet Sprachassistenten

Während meiner Tätigkeit als Koordinatorin des Projekts „Grenzüberschreitende Partnerschaft mit Kasachstan“ seit dem 1. Februar 2018 habe ich viele interessante Dinge erleben können. In dieser kurzen Zeitspanne konnte die Jugendorganisation der LmDR fünf Sprachassistenten nach Kasachstan entsenden. Hier habe ich die wichtigsten Stichpunkte unserer Arbeit skizziert:

Was verstehen wir unter der Bezeichnung „Sprachmittler oder Sprachassistent in einem Jugendcamp“?

Im Rahmen des Programms der Förderung deutscher Minderheiten finden in Kasachstan jedes Jahr Jugend- oder Kindersprachlager statt. Sprachmittler oder -assistenten unterstützen für die Dauer des Sprachcamps die einheimischen Lehrer beim Deutschunterricht und führen unterschiedliche Aktivitäten in deutscher Sprache durch. Die muttersprachliche Beherrschung der deutschen Sprache zählt zu den Hauptbedingungen, eigene Initiative, Einsatzfreude und natürlich Unterrichtspraxis sind wünschenswert.

Wer konnte teilnehmen?

Es fanden Ausschreibungen statt, da die Camps an zwei Orten in Kasachstan organisiert wurden. Die Ausschreibungen wurden über unsere Facebook-Seite veröffentlicht,

Olga Kazakov koordiniert das Projekt der Jugend-LmDR, „Grenzüberschreitende Partnerschaft mit Kasachstan“.

und es stand jedem frei, sich zu bewerben. Die Kriterien für die Teilnahme wurden vom Partner in Kasachstan vorgegeben.

Wo fanden die Sprachcamps statt und warum?

Das erste Sprachcamp fand in Pawlodar statt, da hat eine Sprachassistentin aktiv mitgeholfen. Dort profitierten die Kinder und Pädagogen von der Sprachmittlerin Christina Henke, die nicht nur eine Muttersprachlerin ist, sondern auch eine ausgebildete Lehrerin.

Das zweite Sprachcamp fand in Burabai statt. Der Ort liegt im Norden Kasachstans und wird auch als „Perle Kasachstans“ oder „die kasachische Schweiz“ bezeichnet. Dort konnten vier Sprachmittler die Kompetenzen der Teilnehmer u.a. im Sprachbereich. stärken. Hier hatte jeder der Sprachassistenten seine Aufgabe und seinen Leitungsbereich: Eugenia Arestov war verantwortlich für den Media-Workshop, Tobias-Martin Unger für Sport, Jennifer Maierle für die Abendveranstaltungen und Anton Hauer für den Theaterworkshop.

Zwei Monate vor der Ausschreibung in Deutschland mussten die regionalen Gesellschaften in Kasachstan um die Durchführung eines Sprachcamps „kämpfen“. Das beste inhaltliche und auch wirtschaftliche Projekt durfte das Sprachcamp organisieren.

Warum macht die Jugend-LmDR mit?

In erster Linie trägt die Teilnahme zur individuellen Weiterentwicklung eines jeden Bewerbers bei. Es ist wichtig für die Jugendlichen, Kontakte zu pflegen und durch solche Projekte die Geschichte der Russlanddeutschen für zukünftige Generationen zu sichern und ein authentisches Deutschlandbild zu vermitteln. Der gegenseitige Austausch basiert nicht nur auf der kommunikativen Ebene, sondern beinhaltet auch den kulturellen und ganzheitlichen Austausch.

Olga Kazakov

LmDR bei der 23. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen

Am 25. und 26. September 2018 fand in Kaliningrad (bis 1946 Königsberg) die 23. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen statt. Den Vorsitz teilten sich der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Prof. Dr. Bernd Fabritius, und der Leiter der Föderalen Agentur für Nationalitätenangelegenheiten, Minister Igor Barinow.

An der Sitzung der Regierungskommission nahmen von russischer Seite Vertreter des Außenministeriums und des Kulturministeriums Russlands, der staatlichen Behörden mehrerer Regionen, in denen Russlanddeutsche leben, sowie der Selbstorganisation der Russlanddeutschen teil. Von deutscher Seite waren Vertreter des BMI, des Bundesverwaltungsamtes, der Deutschen Botschaft in Russland, des Generalkonsulats in Kaliningrad, des Jugend- und Studentenverbandes der Deutschen aus Russland, der Hanns-Seidel-Stiftung und der Organisation „Baden-Württemberg International“ dabei.

Beide Seiten brachten ihre Absicht zum Ausdruck, das erreichte Niveau der konstruktiven Zusammenarbeit konsequent weiterzuentwickeln und dabei besondere Aufmerksamkeit auf die folgenden Schwerpunkte zu richten:

- die ethnokulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Russlanddeutschen;
- die Entwicklung von Partnerschaften gesellschaftlicher Organisationen der Russlanddeutschen in Deutschland und Russland im Kontext der Kooperation der Zivilgesellschaften beider Länder;
- die gemeinsame Beteiligung an der Umsetzung deutsch-russischer Projekte zugunsten der Russlanddeutschen als untrennbarer Bestandteil der deutsch-russischen Zusammenarbeit.

Die beiden Co-Vorsitzenden, Prof. Dr. Fabritius (links) und Minister Barinow, mit den unterzeichneten Protokollen der Kommissionssitzung.

Lilli Bischoff: Grenzüberschreitende Partnerschaftsaktivitäten der LmDR in Niedersachsen in die Landespartnerschaften eingebunden

Die LmDR war bei der Regierungskommission vertreten durch Lilli Bischoff, Mitglied des Bundesvorstandes und zuständig für die grenzüberschreitende Partnerschaftstätigkeit des Bundesverbandes.

Sie berichtete über die Partnerschaftsaktivitäten einiger Ortsgliederungen der LmDR, die im Rahmen der „Grenzüberschreitenden Partnerschaftsarbeit der russlanddeutschen Dachverbände“ entstanden sind und eine langjährige Tradition haben.

So pflegt die Landesgruppe Niedersachsen Partnerschaftsbeziehungen mit dem „Gebietszentrum für Bildung, Methodik und deutsche Kultur Tjumen“ und der „Gemeinnützigen Gesellschaft der Russlanddeutschen ‚Wiedergeburt‘“ der Stadt Perm. Die Kreis- und Ortsgruppe Offenburg unterhält seit elf Jahren intensive partnerschaftliche Beziehungen mit der deutschen national-kulturellen Autonomie der Republik Komi. Und die Kreis- und Ortsgruppe Stuttgart hat die Partnerschaft mit dem deutschen Regionalzentrum „Hoffnung“ in Samara wieder belebt. Gute Resonanz hatte auch das Engagement von sechs Sprachassistenten von der Leibniz Universität Hannover in den Sommercamps in Russland.

Die LmDR befasst sich mit grenzüberschreitenden Maßnahmen ganz im Sinne ihrer Satzung, die ihr neben der Verantwortung für die Deutschen aus Russland in Deutschland auch die Sorge für die Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion vorschreibt. Seit ihrer Gründung vor über 60 Jahren fühlt sich die Landsmannschaft den Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion verbunden.

Lilli Bischoff (5. von rechts) mit TeilnehmerInnen der Deutsch-Russischen Regierungskommission.

Die „Zusammenarbeit mit allen landsmannschaftlichen Vereinigungen der Deutschen aus Russland im In- und Ausland“ und die „Förderung der sprachlichen, kulturell-ethnischen und religiösen Identität der Deutschen in den ehemaligen Sowjetrepubliken“ sind auch in der Satzung der Landsmannschaft festgeschrieben. Über die grenzüberschreitende Projektarbeit bildet die LmDR eine Brücke zur Heimat der Russlanddeutschen in ihren Herkunftsorten.

Seit Jahrzehnten bemüht sich die LmDR, vor allem durch humanitäre Aktionen und den Versand der Verbandszeitung „Volk auf dem Weg“ sowie anderer Publikationen, diese Bindung aufrechtzuerhalten. Ihre Ansprechpartner in den Nachfolgestaaten der UdSSR waren und bleiben deutschsprachige Zeitungen, „Wiedergeburt“-Organisationen, deutsche Begegnungszentren und christliche Gemeinden. Auch die russlanddeutschen Organisationen in Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion sehen die LmDR als wichtigsten Partner für die zukünftige Zusammenarbeit.

Als besonders förderlich haben sich in der Vergangenheit Kontakte zwischen Ortsgruppen der LmDR und regionalen Verbänden der Russlanddeutschen in der ehemaligen Sowjetunion erwiesen.

VadW

Bernd Fabritius: „Die Russlanddeutschen tragen wesentlich zum Dialog zwischen Russland und Deutschland bei.“

Im sibirischen Barnaul, Hauptstadt der Altairegion, und der Kurstadt Belokuricha fand vom 13. bis 19. November 2018 das 15. Forum der Russlanddeutschen „Selbstorganisation und Entwicklung“ statt.

Das alle zwei Jahre einberufene Forum brachte Leiter und Aktive russlanddeutscher Organisationen aus mehr als 50 Regionen Russlands und Partnerorganisationen aus Kasachstan, Kirgisien, Moldawien, Usbekistan und Deutschland sowie russlanddeutsche Wissenschaftler, Künstler und Autoren zusammen.

An der Eröffnung des Forums in Barnaul nahmen Vertreter der Föderalen Agentur für Nationalitätenangelegenheiten, der Gouverneur der Region Altai, Viktor Tomenko, sowie führende Vertreter russlanddeutscher Selbstorganisationen in Russland teil. Die deutsche Seite war durch Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der deutschen Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Mitarbeiter des Innenministeriums und des Deutschen Generalkonsulats Nowosibirsk vertreten.

„Die Russlanddeutschen tragen wesentlich zum Dialog zwischen Russland und Deutschland bei, und ich bin überzeugt, dass die bestehenden Beziehungen ausgebaut und gestärkt werden sollten. Das Forum ist eine großartige Gelegenheit, um die Vielfalt der Aktivitäten der Russlanddeutschen vorzustellen“, sagte Bernd Fabritius in seinem Grußwort.

Im Mittelpunkt des Forums standen unter anderem folgende Themen:

- Erfahrungen der Selbstorganisation der Russlanddeutschen als Faktor für die weitere Entwicklung und Konsolidierung;
- deutsch-russische Kultur- und Geschäftszentren als innovative Form der internationalen Entwicklung;
- Sprach- und Kulturmosaik als Basis für Begegnungszentren der Russlanddeutschen.

Organisatoren des Forums sind der Internationale Verband der Deutschen Kultur und die Regionale Nationale Kulturautonomie der Russlanddeutschen im Altai in Zusammenarbeit mit der Föderalen Nationalen Kulturautonomie der Russlanddeutschen und dem Jugendring der Russlanddeutschen.

Quelle: www.rusdeutsch.eu

Vertreter der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland mit der Regierungskommission in Kasachstan und Kirgisistan

Die Teilnehmer der 17. Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der ethnischen Deutschen im kasachischen Außenministerium in Nur-Sultan.

Auf Einladung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Prof. Dr. Bernd Fabritius, haben der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Johann Thießen, sowie die stellvertretende Bundesvorsitzende der Jugendorganisation der LmDR, Katharina Martin, vom 13. bis 21. Mai 2019 als Mitglieder der Regierungskommission an einer Reise durch Kirgisistan und Kasachstan teilgenommen.

In Zentralasien leben heute noch viele Deutsche sowie ihre Nachkommen. In Kirgisistan beläuft sich die Zahl der ethnisch Deutschen auf ca. 8.000, in Kasachstan sind es fast 180.000.

Auf dem Programm standen nicht nur Gespräche mit Vertretern der Partnerorganisationen und der Politik, sondern auch Begegnungen mit dort lebenden Deutschen, die bis heute die deutsche Kultur sowie die deutsche Sprache und Geschichte der Deutschen pflegen. Ziel des Austausches mit den Vertretern der deutschen Minderheiten war die Vertiefung und Optimierung der Zusammenarbeit mit den regionalen Partnerorganisationen.

Als Repräsentanten der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, die auch die Interessen der Deutschen aus Kasachstan und Kirgisistan in Deutschland vertritt, haben Johann Thießen und Katharina Martin viele Gespräche mit den dortigen Bewohnern geführt, um sich nicht nur ein Bild vom Leben der Deutschen in Zentralasien zu machen, sondern auch um gleichzeitig festzustellen, wo die einzelnen Schwerpunkte und Bedürfnisse der Projektpartner in Kirgisistan und Kasachstan liegen, damit entsprechende Maßnahmen für die Zukunft ausgearbeitet werden können.

Bisher wurden mit Kasachstan mehrere Projekte in den Bereichen Jugend, Kultur, Soziales, Bildung und Sprachförderung erfolgreich durchgeführt. Mit Kirgisistan werden in diesem Jahr einige Projekte im Bereich Soziales und Sprachförderung umgesetzt.

Die Reise der deutschen Delegation begann in Bischkek, wo sie von Valerij Dill, dem Vorsitzenden des Volksrates der Deutschen der Kirgisischen Republik, empfangen wurde. Am selben Abend wurde Valerij Dill mit dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet, das ihm die deutsche Botschafterin in Kirgisistan, Monika Iwersen überreichte. Valerij Dill setzt sich seit über dreißig Jahren für die Angelegenheiten der Deutschen in Kirgisistan ein, was von seinen langjährigen Kollegen bei der Verleihungszeremonie mehrfach bestätigt und gewürdigt wurde.

Johann Thießen gratulierte Valerie Dill zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.

Am zweiten Tag standen Besichtigungen des Deutsch-Kirgisischen Hauses in Bischkek und des Deutschen Hauses in Kant auf dem Programm.

Im Deutsch-Kirgisischen Haus in Bischkek berichtete die Projektleiterin Julija Gert über die Tätigkeit der einzelnen Arbeitsbereiche. Anschließend gab es Gespräche mit den an-

Katharina Martin, Prof. Dr. Bernd Fabritius (Mitte) und Johann Thießen bei der Regierungskommission in Nur-Sultan.

Sowohl bei der 13. Sitzung der deutsch- kirgisischen Regierungskommission am 16. Mai 2019 am Issyk-Kul-See als auch bei der 17. Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission am 20. Mai 2019 in Nur-Sultan (früher Astana) wurde klar, dass die Anliegen unserer Landsleute sowohl hüben als auch drüben nach wie vor ernst genommen werden.

Gemeinsam mit der Bundesgeschäftsführerin der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Katharina Martin, habe ich an beiden Sitzungen teilgenommen. Am Rande der Sitzungen waren wir angenehm überrascht vom breit angelegten kulturellen Leben, das von den Deutschen in beiden Ländern nach wie vor gepflegt wird - und natürlich vom herzlichen Empfang, der uns jeweils bereitet wurde.

Johann Thießen,
Bundesvorsitzender der LmDR

wesenden Gästen. Besonders beeindruckt und vor allem bedrückt haben die Lebensberichte der deutschen Frauen älterer Generation, die aus eigenen Erfahrungen über die schwere Nachkriegszeit erzählten.

In Kant gab es neben der Präsentation der dortigen Arbeit tänzerische Darbietungen der Kindertanzgruppe „Smile“, die nicht nur deutsche, sondern auch kirgisische und moderne Tänze im Programm hatten.

Im Anschluss an die Begegnungen mit den Vertreten der deutschen Minderheit in Bischkek und Kant fuhren wir zum See Issyk-Kul. Dort fand am 16. Mai die 13. Sitzung der deutsch-kirgisischen Regierungskommission statt.

Nach ausführlichen Berichten von beiden Seiten und einer gründlichen Abstimmung über die Zusammenarbeit für das Jahr 2020 wurde das entsprechende Kommuniqué vom Vize-Außenminister Azizbek Madmarow und Dr. Bernd Fabritius unterzeichnet.

Am 17. Mai ging die Reise weiter nach Kasachstan, in die Hauptstadt Nur-Sultan[1]. Empfangen wurden die Delegation dort von Dr. Albert Rau, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Vereinigung der Deutschen in Kasachstan „Wiedergeburt“, sowie weiteren Projektpartnern wie Olga Stein (Berufsinformationszentrum), Dimitri Redler (Geschäftsführer von „Wiedergeburt“), Maria Borisewitsch (Vorsitzende des Verbandes der deutschen Jugend Kasachstans), der Vertreterin der Deutschen Botschaft, Valentina Goldmann, sowie weiteren Partnern und Vertretern der deutschen Minderheit in Kasachstan.

Bereits am selben Tag begannen die Gespräche mit den Projektpartnern der Stiftung „Wiedergeburt“ aus Nur-Sultan und Almaty. Im Verlauf der weiteren Tage besuchte die deutsche Delegation unter anderem das Exekutivbüro der Stiftung „Wiedergeburt“, in dem eine Präsentation ihrer Arbeit gezeigt wurde.

Ein Highlight war der Besuch des Jugendtheaterfestivals „Theater. Deutsch. Jugend“. Die Vertreter der deutschen Delegation durften nicht nur bei der Preisverleihung dabei sein, sondern konnten sich auch über die Aufführung des Siegertheaterstückes freuen.

Freundlicher Empfang im Deutsch-Kirgisischen Haus.

Im Haus der Freundschaft boten die Vertreter der deutschen Minderheit ein vielfältiges Konzert. Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren sangen Lieder auf Deutsch und tanzten deutsche Folklore, was bei der deutschen Delegation und den anderen Gästen im Saal für viel Begeisterung und tosenden Applaus sorgte.

Eine gedrückte Stimmung erzeugte die Besichtigung der Gedenkstätte in Aqmol, des ehemaligen Frauenarbeitslagers „Alzhir“, in dem früher die Ehefrauen der sogenannten Volksverräter inhaftiert wurden. Am Gedenkstein für die Frauen und Kinder, die in diesem Lager leiden und ihr Leben lassen musste, legte Dr. Bernd Fabritius im Namen der Bundesregierung einen Kranz nieder.

Am 20. Mai fand im Außenministerium der Republik Kasachstan in Nur-Sultan die 17. Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission statt. Auf dem Programm standen Berichte der bisher umgesetzten Maßnahmen sowie Projekte für das laufende Jahr.

Am Ende des Tages unterzeichneten der stellvertretende Außenminister der Republik Kasachstan, Roman Wassilenko, und Dr. Bernd Fabritius das entsprechende Kommuniqué, in dem zentrale Aspekte der weiteren Zusammenarbeit verankert wurden.

Während dieser eindrucksvollen Reise mit vielen Begegnungen und Gesprächen mit Vertretern der deutschen Minderheiten in Kirgisistan und Kasachstan sind viele neue Kontakte und Ideen für zukünftige gemeinsame Projekte entstanden. Das wird die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern – unter anderem dank der ausgezeichneten Arbeit, die im Vorfeld insbesondere im Bereich der Jugend geleistet wurde – in der Zukunft noch weiter vertiefen und ausweiten.

Katharina Martin

1 Von 1998 bis 2019 hieß die Stadt Astana. Ihren heutigen Namen erhielt die Stadt im März 2019 zu Ehren des langjährigen Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew. (Wikipedia)

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. Der Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich 30 € in den alten und 27 € in den neuen Bundesländern. Spätaussiedler zahlen 15 € in den ersten drei Jahren ihres Aufenthaltes in Deutschland. 12 € für Studenten, Schüler und Auszubildende (die Verbandszeitschrift „Volk auf dem Weg“ wird diesen nur in digitaler Form zugestellt). Die Verbandszeitschrift „Volk auf dem Weg“ ist im Mitgliedsbeitrag enthalten und wird mir als Mitglied unaufgefordert und ohne weitere Kosten zugestellt. Die Beendigung der Mitgliedschaft erfolgt schriftlich zum Ende eines Kalenderjahres. Eine Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten ist einzuhalten. In anderen Fällen verlängert sich die Mitgliedschaft um ein weiteres Kalenderjahr.

Name, Vorname: .....

Geburtsdatum: ..... Einreisedatum: .....

Anschrift: .....

.....

E-Mail: ..... Telefon: .....

☐ Ich vertrete eine juristische Person (z. B. Firma / Verein) ☐ Ich bin Schüler/in, Student/in, Auszubildende/r

☐ Ich möchte als Firma / Verein freiwillig einen höheren Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____€ pro Jahr bezahlen
(Der höhere Beitragsanteil kann jederzeit widerrufen werden.)

Datum, Ort, Unterschrift .....

SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich die LmDR widerruflich, den Mitgliedsbeitrag mittels Lastschrift (Einzugsauftrag) von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der LmDR auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Der reguläre Beitragseinzug erfolgt jährlich am 14. Januar oder am darauffolgenden Bankarbeitstag. Unsere Gläubiger-Identifikationsnummer lautet: **DE 54 ZZZ 000 012 607 73**. Ihre Mandatsreferenz (= Mitgliedsnummer) wird Ihnen nach Beitritt mitgeteilt.

Kontoinhaber: .....

Kreditinstitut: .....

IBAN: .....

BIC: ..... Datum, Ort, Unterschrift .....

Datenschutzerklärung

Ich willige ein, dass die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. (LmDR e. V.) als verantwortliche Organisation die in der Beitrittserklärung erhobenen personenbezogenen Daten, wie Name, Vorname, Geburtsdatum, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Bankverbindung, zum Zwecke der Mitgliederverwaltung, des Beitragseinzuges und der Übermittlung von Vereinsinformationen benutzt.

Eine Übermittlung von Teilen dieser Daten an die jeweiligen Gliederungen findet nur im Rahmen der in der Satzung festgelegten Zwecke statt. Diese Datenübermittlungen sind notwendig zum Zweck der Mitgliederverwaltung, der Organisation von Veranstaltungen und der Einwerbung von öffentlichen Fördermitteln.

Die Lieferung der Vereinszeitschrift „Volk auf dem Weg“ erfolgt durch die Deutsche Post; zu diesem Zweck übermitteln wir der Druckerei Ihre Daten, wie Name, Vorname und Adresse.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft werden die personenbezogenen Daten gelöscht, soweit sie nicht entsprechend den steuerrechtlichen Vorgaben aufbewahrt werden müssen.

Neben dem Recht auf Auskunft bezüglich der zu seiner Person bei der verantwortlichen Organisation (LmDR e.V.) gespeicherten Daten hat jedes Mitglied im Rahmen der Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung das Recht, der Speicherung von Daten, die nicht im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben für bestimmte Zeiträume vorgehalten werden müssen, für die Zukunft zu widersprechen. Ferner hat das Mitglied im Falle von fehlerhaften Daten ein Korrekturrecht.

Datum, Ort, Unterschrift .....

MBE – Migrationsberatung: Beratung und Begleitung von Neuzugewanderten – im Alter ab 27 Jahren mit einem dauerhaften Aufenthalt in Deutschland – vor, während und nach einem Integrationskurs.

MBE
Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

Gefördert durch:

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Ihre Ansprechpartner:

MBE BAD HOMBURG
Benzstr. 9, 61352 Bad Homburg
(06172) 88690-20 (0159) 04007227 (Mobil)
(06172) 88690-29 V.Nissen@LmDR.de

MBE BERLIN
Bürgerhaus Südspitze, Marchwitzastr. 24-26, 12861 Berlin
(030) 72621534-2 (030) 72621534-9
E.Tschursina@LmDR.de

MBE DRESDEN
LmDR e. V., Pfotenhauerstr. 22/0104, 01307 Dresden
(0351) 3114127 (0351) 45264514 B.Matthes@LmDR.de

MBE GROSS-GERAU
Landratsamt Groß Gerau, Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß Gerau
(06152) 978968-2 (06152) 978968-0
L.Starkloff@LmDR.de A.Fritzler@LmDR.de

MBE HANNOVER
Königswortherstr. 2, 30167 Hannover
(0511) 3748466 S.Judin@LmDR.de

MBE KARLSRUHE
LmDR e. V., Scheffelstr. 54, 76135 Karlsruhe
(0721) 89338385 A.Kastalion@LmDR.de
A.Scheifel@LmDR.de

MBE MÜNCHEN
Schwanthaler Str. 80, 80336 München
(089) 44141905 (089) 44141906 I.Haase@LmDR.de
(089) 44141907 (089) 20006762 E.Ivanov@LmDR.de
(089) 59068688 (089) 20002156 E.Adler@LmDR.de

MBE NEUSTADT
LmDR e. V., Amalienstr. 13, 67434 Neustadt/Weinstraße
(06321) 9375273 (06321) 480171
A.Hempel-Jungmann@LmDR.de

MBE REGENSBURG
Maierhoferstr. 1, 93047 Regensburg
(0941) 59983880 (0941) 59983883
N.Rutz@LmDR.de Y.Wiegel@LmDR.de

MBE STUTTGART
Raitelsbergstr. 49, 70188 Stuttgart
(0711) 16659-19 L.Yakovleva@LmDR.de
(0711) 16659-21 V.Rodnyansky@LmDR.de
(0711) 16659-86

Mehr Infos unter: http://mbe.LmDR.de

Tatjana Schmalz

Das Vermächtnis des Falls Lisa

Russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler in den Massenmedien und als Faktor im Bundestagswahlkampf 2017 [1]

Im November 2017 lud mich die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. als Referentin zur Multiplikatorenschulung in Fulda ein. Zu Beginn meines Vortrags über die mediale Integration unserer Volksgruppe verlas ich den Titel meiner Masterarbeit *(siehe oben)* – beim Stichwort „Fall Lisa" stöhnte der Saal auf. Könne man dieses marginale Vorkommnis nicht endlich auf sich beruhen lassen?

Noch nicht. Denn die Vergewaltigungslüge der russlanddeutschen Schülerin Lisa F. aus Berlin-Marzahn hatte weite Kreise gezogen und ein diplomatisches Gewitter zwischen den damaligen deutschen und russischen Außenministern Frank-Walter Steinmeier und Sergej Lawrow ausgelöst. Auch wurde ein türkeistämmiger Mann (23) wegen schweren sexuellen Missbrauchs der Minderjährigen Lisa (Straftat im Herbst 2015) verurteilt. Der strafrechtliche Aspekt des Falls Lisa ist abgeschlossen, doch sein eigentliches Vermächtnis besteht seither im öffentlichkeitswirksamen Umgang mit einer ganzen Bevölkerungsgruppe, den Deutschen aus Russland.

Fremddarstellungen der Deutschen aus Russland

Zwischen Januar 2016 und Juni 2017 erschienen in den führenden überregionalen TV- und Online-Nachrichtenmedien Deutschlands und Russlands jeweils knapp 300 Beiträge zum Fall Lisa. Darin ging es wiederholt um die bundesweit rund 15.000 „russlanddeutschen" Demonstranten „gegen sexuelle Gewalt von Migranten und Flüchtlingen gegen Frauen und Kinder" im Januar 2016.

Die Bezeichnung „Russlanddeutsche" (russ. Российские немцы) meint jedoch anstatt der Deutschen aus Russland – den Deutschstämmigen, die im Zuge des (Spät-)Aussiedleraufnahmeverfahrens in ihre „historische Heimat" Deutschland repatriiert wurden – die heterogene Gruppe aller post-sowjetischen Migranten in Deutschland.

Die synonymisch verwendete Bezeichnung als „russischsprachige Diaspora" ist in Russlands Massenmedien insofern positiv besetzt, als dass man damit Empathie und Solidarität gegenüber den ehemaligen Landsleuten ausdrückt. Der eigentlichen russlanddeutschen Personengruppe widmete sich ein Prozent aller russländischen[2] Medienbeiträge, während es in bundesdeutschen Medien zehn Prozent aller untersuchten Beiträge waren.

Deutschlands Medien wiederholten oft einen Satz, der pietätlos mit der Selbstwahrnehmung russlanddeutscher (Spät-)Aussiedler als genuine Deutsche umgeht und zugleich das eklatante Unwissen über die Deportations- und Diskriminierungsgeschichte von Deutschen in der germanophoben UdSSR offenlegt: ***„Russlanddeutsche demonstrieren gegen ‚Ausländergewalt'."***

Die Anführungszeichen in diesem Aussagesatz lenken die Aufmerksamkeit vom Kompositum „Ausländer-Gewalt" zurück auf das erste Kompositum „Russland-Deutsche" und suggerieren so die rhetorische Frage, ob Deutsche aus Russland nicht ebenfalls Ausländer seien. Da an den Protestaktionen auch PEGIDA-Anhänger teilnahmen, unterstellt man den vermeintlich russlandloyalen Russlanddeutschen seither paradoxerweise die Nähe zum nationalistischen Milieu und eine parteipolitische Präferenz für die AfD.

Die wertkonservative Personengruppe habe aus Dankbarkeit gegenüber der Repatriierungspolitik von Altkanzler Helmut Kohl seit den 1990ern traditionell die CDU/CSU gewählt, doch die Modernisierung bzw. Liberalisierung der Unionsparteien und deren Politik im Ukrainekrieg und der Flüchtlingskrise habe eine Wählerwanderung verursacht, so das mediale Narrativ vom enttäuschten und abtrünnigen Heimkehrer.

Die untersuchten bundesdeutschen Nachrichtenberichterstatter meinen, die Russlanddeutschen hätten sich vom russischsprachigen Fernsehen manipulieren lassen und seien zum Spielball im russländischen Cyberkrieg geworden. In diesem neuartigen Informationskrieg sei der ***Fall Lisa*** ein vom Kreml inszenierter Probelauf zur Manipulation der öffentlichen Meinung im Bundestagswahlkampf 2017 gewesen.

Die Russlanddeutschen werden medial segregiert, denn man zeigt sie kollektiv als Bewohner einer vermeintlichen Parallelwelt und als „Putins fünfte Kolonne". Dieser Illoyalitäts-Vorwurf ist eine Farce der Geschichte, nachdem die eigentliche Tragödie sich infolge der kollektiven Denunziation als faschistische Kollaborateure ab 1941 in der UdSSR abspielte.

Fremddarstellungen der Deutschen aus Russland

Auf die beschriebenen massenmedialen Fremddarstellungen, Russlands Solidarisierung und Deutschlands Distanzierung, reagierten zwei russlanddeutsche Organisationen mit ihren Selbstdarstellungen. Dabei konstruieren sie für ihre Volksgruppe jeweils einen politischen Mythos, also ein identitätsstiftendes Sinn- und Ordnungsnarrativ mit dem Anspruch auf Konsensfähigkeit für eine Personengruppe.

Der selbst erklärte ideologische Nachfolger der sowjetdeutschen Autonomiebewegung „Wiedergeburt" und Organisator der Demonstrationen im Januar 2016, der ***Internationale Konvent der Russland-Deutschen e.V.*** (IKRD, Vorsitzender Heinrich Groth), inszeniert die integrationswilligen Russlanddeutschen als Opfer der bundesdeutschen Gesetzgebung, sozial degradiert zu „Deutschen zweiter Klasse".

Schlimmer als das gruppenspezifische Leiden sei aber die drohende Islamisierung der gesamten BRD durch den massenhaften Flüchtlingszuzug. Die einzige Rettung bestünde im Bundestagswahlsieg 2017 in der nationalkonservativen AfD.

Zur Dekonstruktion des Opfer-Narrativs des IKRD habe ich im Juli 2017 auf einer Konferenz an der Universität Hamburg referiert, mit einem Videomitschnitt unter: *https://lecture2go.uni-hamburg.de/l2go/-/get/v/21874*

Tatjana Schmalz

(*1994 in Irkutsk) kam mit ihrer Familie 1996 nach Deutschland. Sie wuchs in Herford (NRW) auf, machte dort ihr Abitur im Sommer 2012 und zog zum Studium nach Berlin.
An der Humboldt-Universität zu Berlin absolvierte sie im Herbst 2015 den Bachelor of Arts in Russisch mit einer Forschungsarbeit zur slawischen Folklore in zeitgenössischen Trickfilmmärchen. Im Dezember 2017 absolvierte sie den Master of Arts in Slawistik mit einer Arbeit zur medialen Integration der Russlanddeutschen nach dem Fall Lisa im Jahr 2016.
Ab Februar 2018 ist sie sechs Monate lang Stipendiatin der Humboldt-Universität zu Berlin und forscht für ihr Promotionsprojekt. Darin geht es um die hypothetische Neukonzeption der bundesdeutschen Erinnerungspraxis mithilfe des Neo-Eurasismus nach Aleksandr Dugin am Beispiel der Volksgruppe der Deutschen aus Russland.

---

1 *Der Aufsatz resümiert die Masterarbeit der Autorin „Zur medialen Integration der Russlanddeutschen nach dem Fall Lisa im Jahr 2016" (Note 1,1 im Dezember 2017).*

2 ***Russländisch*** *(russ. российский) meint die geographisch-administrative Zugehörigkeit, in Abgrenzung zu* ***Russisch*** *(russ. русский) als ethnische Zugehörigkeit.*

Ein für die Mehrheit der Russlanddeutschen weitaus ansprechenderes Narrativ entwirft die älteste, größte und einzige politisch anerkannte Interessenvertretung der Volksgruppe, die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. Demzufolge bestünde das Problem in der ausbleibenden öffentlichen Anerkennung für deren Integrations- (bzw. Assimilations-)Erfolge.

Dieser Erkenntnis folgt ein Mobilisierungsaufruf: Angehörige der Volksgruppe sollten die gesellschaftspolitischen Partizipationsangebote wie Ehrenamt und Wahlbeteiligung sowohl individuell als auch kollektiv stärker nutzen. Die öffentliche Präsenz würde im positiven Sinne gesteigert und böte ein bedeutsames Gegengewicht zu ihrer auf Aktivitäten marginaler Splittergruppen wie dem IKRD basierenden medialen Verzerrung als Problemgruppe.

Meine Studie sollte aufzeigen, dass die russlanddeutschen Selbstdarstellungen sich vollständig von ihren Fremddarstellungen abgrenzen und eine intermediäre, hybride Identität der Volksgruppe konstruieren. Der IKRD zeigt durch seine Nähe zur nationalkonservativen AfD eine Überidentifikation mit einem imaginierten „Deutschtum". Die LmDR dagegen stärkt das Selbstbewusstsein der Deutschen aus Russland als heterogene Volksgruppe, die mit zahlreichen Leistungsträgern einen integrativen Teil der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft bilde.

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen:

Multiplikatorenschulung „Mein Beitrag zur Demokratie"

Im Rahmen der Seminarreihe 2017 zur politischen Bildung veranstaltete die Landesgruppe NRW der LmDR am 2. Dezember eine Multiplikatorenschulung. Gefördert durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, fand das Seminar im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf statt.

Zu den Themen der Schulung, bei der auch die Vorstandsmitglieder der Landesgruppe NRW vertreten waren, gehörte unter anderem „Deutsche aus Russland im Fokus. Mein Beitrag zur Demokratie. Wie verschaffe ich mir Gehör?".

Eröffnet und moderiert wurde die Veranstaltung vom Vorsitzenden der Landesgruppe, Dietmar Schulmeister, und der Projektverantwortlichen Ella Kühl.

Teilnehmer der Multiplikatorenschulung in Düsseldorf mit dem Vorsitzenden der Landesgruppe NRW der Landsmannschaft, Dietmar Schulmeister (rechts).

Aspekte der deutschen Demokratie

Darauf folgte ein Referat von Dr. Toralf Stark, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen, der sich aktuell intensiv mit politischer Wahl- und Partizipationsforschung mit Blick auf gesellschaftliche Minderheiten und Migrationsgruppen beschäftigt. In seinen wissenschaftlichen Ausführungen sprach er wesentliche Aspekte der deutschen Demokratie an.

Angefangen mit den Begrifflichkeiten „Bürger / Volk, völkisch / Nation", leitete Dr. Stark eine impulsive Diskussion ein, bei der weitere Begriffe fielen wie „Patriotismus" und „Nationalismus". Diese wurden von dem Referenten aufgegriffen und anhand einer Studie behandelt, die sich mit Fragen wie „Stolz darauf sein, Deutscher oder Europäer zu sein" oder „Vertrauen in die Mitmenschen" und den daraus resultierenden Einstellungen der Bürger zur Politik befasste. Überraschend für die Teilnehmer war das Ergebnis der Studie, das eine scheiternde Solidarität in der deutschen Gesellschaft belegt.

Als Nächstes erläuterte Dr. Stark den nicht einfachen Weg, den ein Gesetz in der Bundesrepublik von der Konzeption bis zur Verabschiedung durchlaufen muss.

Als Fazit unterstrich der Referent die Tatsache, dass nur 36 Prozent der Bürger in Deutschland den politischen Parteien und Akteuren volles Vertrauen entgegenbringen und die deutsche Demokratie angesichts der aktuellen politischen Lage in einer Krise steckt.

Medien im gesellschaftlichen Diskurs

Nach der Mittagspause befasste sich die Schulung mit weiteren Themen wie „Medien und deren Rolle im gesellschaftlichen Diskurs". Dazu hatte der Vorstand der Landesgruppe den Journalisten Andrey Gurkov als weiteren Referenten eingeladen.

In seinem Vortrag präsentierte er die Ergebnisse einer in diesem Jahr durchgeführten Umfrage der Körber-Stiftung. Darin sollten die Befragten die Frage beantworten, ob es Aufgabe der Medien sei, die Arbeit der Regierung zu unterstützen. Verglichen wurden die Ergebnisse in Russland und Deutschland. Dabei bejahten 76 Prozent der russischen Bevölkerung diese Frage, während 54 Prozent der Deutschen die gleiche Frage verneinten.

Darauf erläuterte Gurkov die unmittelbaren Aufgaben der Medien und ging auf die Besonderheiten der deutschen Medien ein. Außerdem listete er die Grundprinzipien des deutschen Journalismus auf und erklärte, wie Fakenews (Falschmeldungen) entstehen können.

Abschließend interessierte die Seminarteilnehmer die Frage, wie man als Verband die Medienarbeit am besten organisieren sollte. Darauf hatte Andrey Gurkov nützliche Tipps parat.

Rolle der Deutschen aus Russland

Als letzter Punkt standen auf dem Tagesprogramm die aktuellen politischen Herausforderungen für die Deutschen aus Russland.

Vorab berichtete Dietmar Schulmeister über die Arbeit des nordrhein-westfälischen Landesvorstandes im zu Ende gehenden Jahr. Dazu hatte er eine Liste mit den Terminen zusammengestellt, die vom Vorstand im Laufe des Jahres wahrgenommen wurden.

Anschließend behandelte er die Rolle der Deutschen aus Russland im NRW-Landtagswahlkampf und im Bundestagswahlkampf 2017 ein. Außerdem präsentierte er die aktuelle Stellung der LmDR zu Themen der Deutschen aus Russland in der deutschen Gegenwartspolitik. Dabei befasste er sich mit jeder Partei, die die Belange der Deutschen aus Russland in ihr Programm aufgenommen hat.

Silvana Schindel,
stellvertretende Vorsitzende
der Landesgruppe NRW

Auf ein Wort[1]

Am 26. Februar 2018 strahlte die ARD den Beitrag „Deutschland – Heimat – Fremdes Land" aus, der heftige Reaktionen und andauernde Diskussionen vor allem innerhalb unserer Volksgruppe ausgelöst hat. Gerade deshalb ist es mir wichtig, hier die Sichtweise einer Person zu veröffentlichen, die nicht dem Personenkreis unserer Landsleute angehört. Dabei unterstütze ich die Aussagen von Carola Jürchott uneingeschränkt.

Waldemar Eisenbraun

Deutschland – Heimat – fremdes Land

Ist es wirklich so fremd – und, wenn ja, haben Sendungen wie diese aus der Reihe „Die Story im Ersten" nicht vielleicht auch einen Anteil daran?

Nach dem aufmerksamen (und mehrmaligen) Anschauen dieses Beitrags bin ich wieder einmal entsetzt, mit wie vielen Klischees dort gearbeitet wurde. Und ich fange ausnahmsweise nicht mit der sprachlichen Kritik an, dass man nach mehr als 25 Jahren des Zusammenlebens endlich aufhören sollte, Deutsche aus Russland als „Deutschrussen" zu bezeichnen (oder eben das entsprechende, ebenso wenig zutreffende Adjektiv zu verwenden).

Auch dass man, wenn man sich nie mit der Thematik befasst hat, den Eindruck gewinnen konnte, die Russlanddeutschen hätten schon immer beispielsweise in Sibirien gelebt, spricht leider für eine gehörige Portion Ignoranz der Geschichte unserer Mitmenschen gegenüber.

Wie viele derjenigen, die hier geboren sind und keinerlei Bezug zu Russland haben, wissen denn, was unter dem Begriff „Trudarmee" zu verstehen ist, für den es immerhin das deutsche Äquivalent „Arbeitsarmee" gibt, das zumindest etwas Licht ins Dunkel der Geschichte bringt? Sicher, der Erlass vom 28. August 1941 war kurz im Bild; eine Erklärung, was er für die Russlanddeutschen wirklich bedeutete, fehlte jedoch. Das sind allerdings Kritikpunkte, die nicht neu sind und die sich mit etwas Geschichtsinteresse und Einfühlungsvermögen ausräumen lassen.

Aber zu der Bemerkung „Russlands staatliche Medien unterstützen destabilisierende Kampagnen" in der Bildmitte mit A. Reiser ausgerechnet jemanden zu zeigen, der sich immer für Integration und im „Fall Lisa" sehr für Besonnenheit eingesetzt hat und dafür gerade aus den Reihen der Scharfmacher hüben wie drüben einiges einstecken musste, finde ich regelrecht verwerflich. (Auch darüber wurde damals übrigens im öffentlich-rechtlichen Fernsehen berichtet, und mit etwas mehr Recherche hätte man darauf kommen können, wen man da im Bild hat und dass nicht jeder, dem russische Medien ein Mikrofon ins Gesicht halten, unbedingt auch deren Ansichten vertritt.)

Des Weiteren war davon die Rede, dass die Zustimmung der Russlanddeutschen für die AfD in den letzten drei Jahren stark gestiegen sei (wie – die Wahlergebnisse zeigen es – auch im Rest der Bevölkerung). Danach kam der theatralische Satz: „Wer die Gründe sucht, muss nach Russland!" Wohin muss man dann gehen, um die Gründe dafür zu suchen, dass die AfD leider auch ansonsten immer mehr an Boden gewonnen hat?

Außerdem wurde herausgestellt, dass es in russlanddeutschen Familien einen Generationenkonflikt gibt. Gibt es den in "einheimischen" Familien nicht? Das wäre mir gänzlich neu! Dass es zum Glück auch viele russlanddeutsche Christen gibt, die sich sehr für ein harmonisches Miteinander vieler Kulturen und eine liberale Gesellschaft einsetzen, kam meines Erachtens in dem Beitrag viel zu wenig zum Tragen.

Leider ist er nicht der erste seiner Art, und auch vor der Wahl wurden schon in einem Beitrag der ARD ähnliche Klischees über die russlanddeutsche Community verbreitet.

Was bezweckt der Sender damit? Die einerseits gepriesene Integration dieser Bevölkerungsgruppe quasi durch die Hintertür wieder in Abrede zu stellen? Menschen zu diffamieren, die es ohnehin (wie auch die Kommentare unter diesem Beitrag zeigen) schwerer haben, als vollwertige deutsche Staatsbürger akzeptiert zu werden?

Carola Jürchott

Von einem gebührenfinanzierten Sender erwarte ich, ehrlich gesagt, mehr Objektivität und eine bessere Recherche. Dass die immer wieder eingeblendeten Zwischentitel stellenweise auch noch fehlerhaft ins Russische übersetzt waren, rundet dieses Bild meines Erachtens noch ab.

Was bleibt, ist die Hoffnung, dass sich irgendwann (möglichst bald!) zur Abwechslung auch Journalisten finden, die über die Deutschen aus Russland berichten, die sich politisch, kulturell und sozial für eine demokratische Gesellschaft engagieren und sich auch jenseits (oder eher diesseits) der AfD Heimatliebe, Familiensinn und Freude an Traditionen (alles Werte, die übrigens im Rest der deutschen Bevölkerung durchaus ebenfalls anzutreffen sind) bewahren. Immerhin machen sie – man höre und staune – offensichtlich 86% dieser Bevölkerungsgruppe aus.

Carola Jürchott

1 „Auf ein Wort" ist das in jeder Ausgabe der Vereinszeitschrift der LmDR, „Volk auf dem Weg", veröffentlichte Vorwort, zumeist geschrieben vom Bundesvorsitzenden, zuweilen aber auch von anderen Personen.

Stellungnahme der LmDR zur „Essener Tafel"

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist empört über die Vorgehensweise der Essener Tafel in Bezug auf Hilfebedürftige im September 2017 und darüber, wie die Deutschen aus Russland in diesem Zusammenhang stigmatisiert werden.

Spiegel ONLINE zitiert den Leiter der Essener Tafel, Jörg Sartor, mit den Worten: „Die deutsche Oma oder die allein erziehende deutsche Mutter haben sich bei uns zuletzt nicht mehr wohlgefühlt..." Unter den Syrern und Russlanddeutschen gebe es „ein Nehmer-Gen", so Sartor.

Die Annahme, unter den 60 Personen mit einem ausländischen Pass gäbe es viele Russlanddeutsche, kann so nicht stimmen. Alle Deutschen aus Russland (das ist die zutreffende Bezeichnung!) erwerben auf Grundlage des §116 des Grundgesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit nach der Rückkehr in ihre historische Heimat. Zuvor musste jeder einzelne (Spät)Aussiedler ein langwieriges und staatlich organisiertes Aufnahmeverfahren mit einem Nachweis der Deutschkennnisse durchlaufen. Die rechtliche Grundlage hierzu bildet das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz.

Insofern sind mit „Die deutsche Oma oder die allein erziehende deutsche Mutter" per Definition auch die Deutschen aus Russland gemeint.

Als legitimer Interessenvertreter der Deutschen aus Russland und den anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion warnen wir eindringlich vor der Stigmatisierung einer großen Bevölkerungsgruppe, der über drei Millionen Personen zugerechnet werden und die nachweislich als gut integriert und gesetzestreu gilt.

Aus aktuellem Anlass machen wir die Politik und die Gesellschaft erneut darauf aufmerksam, dass besonders die ältere Generation der Deutschen aus Russland im Bereich der Rentenbezüge massiv benachteiligt ist, was unvermeidlich zur Altersarmut führt. Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf seitens der Gesetzgebung!

Prinzipien der landsmannschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit[1]

Wer glaubt, wir hätten mit der Anpassung des landsmannschaftlichen Leben an die rasante Entwicklung der deutschen Gesellschaft schon genug Innovationen erlebt, wird in diesem Jahr *(2018)* erneut einige Überraschungen erleben.

Wir haben es in Deutschland mit einem gesellschaftlichen Wertewandel zu tun, den Einzelne, zunehmend unsere Landsleute, nicht mehr nachvollziehen können. Besonders große Sorge bereitet uns dabei die Sprunghaftigkeit der Werteentwicklung, was vielen konservativ eingestellten Deutschen aus Russland unnatürlich vorkommt.

Wir haben feststellen müssen, dass es nicht mehr hilft, in tradierten Bahnen zu denken. Deswegen brauchen wir innerhalb der Landsmannschaft eine Werte-Diskussion.

Und es müsste jedem deutlich werden, dass dies ein Prozess sein wird, der Jahre dauert, aber heute schon in Angriff genommen werden muss.

Es muss uns gelingen, den Deutschen aus Russland das Gefühl zu geben, gebraucht zu werden und Teil der Gemeinschaft zu sein.

Um Globalprojekte wie Werte-Diskussionen bei den Deutschen aus Russland anzukurbeln, müssen mehrere Schritte unternommen werden: im Rahmen der politischen Bildung, durch Strukturaufbau und -verbesserung unter gleichzeitiger Ermöglichung von Teilhabe.

Die LmDR hat eine Reihe von Baustellen, um die wir uns kümmern müssen, damit wir mit den gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt halten können. Das bedarf einer großen Anstrengung der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter unseres Verbandes.

Leider häufen sich auch bei der Landsmannschaft Ereignissee, die uns zusätzliche Sorgen und Arbeit bereiten.

Mit Schreiben vom 22. Mai 2018 gab Waldemar Eisenbraun die Niederlegung seines Amtes des Bundesvorsitzenden der LmDR e. V. mit sofortiger Wirkung bekannt. Die Gründe lägen im privaten Bereich. Bei der nächsten Bundesvorstandssitzung Anfang Juni wird die/der neue Bundesvorsitzende nach § 10, P. 3, der landsmannschaftlich Satzung gewählt werden. *(Wortlaut: „Scheidet der Bundesvorsitzende vorzeitig aus, so wählt der Bundesvorstand aus seiner Mitte einen Bundesvorsitzenden für den Rest der Legislaturperiode mit einfacher Mehrheit der an der Sitzung teilnehmenden Vorstandsmitglieder.)* Er/Sie wird die Aufgaben bis zur Bundesdelegiertenversammlung im Oktober 2018 wahrnehmen .

Natürlich werden wir uns den bevorstehenden Herausforderungen stellen. Nachstehend haben wir einige zurzeit wichtige Aufgaben definiert, und wir laden alle Mitglieder der LmDR dazu ein, an der Diskussion teilzunehmen. Hier unsere Thesen:

1. Wie sollte die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit der Landsmannschaft besser organisiert werden?

Bedauerlicherweise haben wir es bislang nicht gelernt, themenorientiert die Politik anzusprechen. Trotz der vielen Termine – sei es bei Kommunalpolitikern, Landtagsvertretern oder auch der wichtigsten Person im Kanzleramt – ist es uns bislang nicht gelungen, ein taktisches Vorgehen auszuarbeiten, um den Gesprächsort mit klar vereinbarten Ergebnissen zu verlassen. Das muss geändert werden.

Große Hoffnungen verbinden wir mit dem neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius. Er kommt selbst aus einem Aussiedlerverband, kennt die Probleme und hat konkrete Lösungsvorschläge.

Das jeweilige Anliegen sollte verbandsintern ausdiskutiert und die Thesen bekannt gegeben werden. Nach Abstimmung mit der Basis sollten die Thesen in die Untergliederungen gehen, damit die Problematik breit angelegt bei der Politik ankommt.

2. Wie gehen wir mit Belangen anderer Gruppen um?

Unsere Volksgruppe heißt „Deutsche aus Russland“. Die Themen, die uns betreffen, haben einen speziellen Charakter. Jegliche Vorschläge und Versuche, Gemeinsamkeiten bei der Problemlage zu suchen und ein gemeinsames Vorgehen zu initiieren, können die Lösungen unserer Probleme in eine Sackgasse führen. Ein treffendes Beispiel ist die Rentenfrage.

Dennoch ist es wichtig, dass unsere deutsche Volksgruppe sehr am friedlichen und freundschaftlichen Zusammenleben mit allen Migrantengruppen in Deutschland interessiert ist.

3. Können wir die Politiker beim Wort nehmen?

Es gibt politische Parteien, die den besonderen Weg der Deutschen aus Russland nicht erkannt haben beziehungsweise nicht anerkennen wollen.

Diese Parteien sollten auch damit rechnen, dass das Interesse an einer Zusammenarbeit seitens der meisten Deutschen aus Russland nur gering sein wird. In Fällen von Versprochenem und doch nicht Eingehaltenem wird ähnlich verfahren.

4. Ist es sinnvoll, die deutsche Öffentlichkeit über unsere Geschichte aufzuklären?

Die Deutschen aus Russland rücken zunehmend in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Ohne die Kausalität des Themas zu begreifen, werden aus der Mottenkiste des „Qualitätsfreien Journalismus“ Redewendungen geholt, die bereits in den 1990er Jahren des vorigen Jahrhunderts keine Berechtigung hatten, wie etwa: „Mitgenommene Generation“, „...nach Verlassen der Heimat nicht das Deutschland vorgefunden, wie man sich das vorgestellt hatte“ usw. Aber auch die Politik ist nicht imstande, richtige Entscheidungen zu treffen, ohne die Kausalität der Lage und des Handels der Deutschen aus Russland zu begreifen. Das Wissen über die Deutschen aus Russland und ihre Geschichte wurde nicht in der Schule vermittelt, wurde nicht objektiv über die Medien in die Gesellschaft transferiert. Das macht unsere Volksgruppe angreifbar.

Unsere Landsleute haben erfolgreich ihre soziale, sprachliche, schulische und berufliche Integration abgeschlossen. Dafür danken wir der älteren Generation. Jetzt ist die Zeit der jüngeren Generationen gekommen. Sie stehen fester in diesem Leben, was sie ihrer guten Ausbildung zu verdanken haben. Sie haben bessere Kenntnisse und mehr Wissen über die gesellschaftlichen Entwicklungen.

Es sollte unsere Aufgabe sein, an die Jüngeren das Wissen über die Geschichte, das Leben und die Vorstellungen unserer Volksgruppe weiterzugeben, damit sie die Empathie entwickeln, die nötig ist, um unsere Anliegen in die Gesellschaft zu tragen.

Der Bundesvorstand
der Landsmannschaft
der Deutschen aus Russland e. V.

1 Veröffentlicht unter „Auf ein Wort“ in der Juni-Ausgabe 2018 von „Volk auf dem Weg“.

Zusammenhalten – Zukunft gestalten!

„Jeder von uns kann etwas tun!“

Interview mit der Kommunikationsberaterin und Journalistin Irina Peter

***VadW:** Was hat Sie dazu bewogen, neben Ihrer Arbeit als Kommunikationsberaterin als Journalistin tätig zu sein?*

Irina Peter: Da ich aus dem Marketing komme, ist mir bewusst, wie viel Macht Journalismus hat. Journalisten sind niemals neutral. Das sind auch Menschen mit einer Meinung. Am Tenor ihrer Texte kann man zum Beispiel die politische Gesinnung erkennen.

Ich nutze die Kommunikation, um mich für mehr Demokratie und Aufklärung zu engagieren, u.a. auch für die Aufklärung über die Geschichte der Deutschen aus Russland.

Für mich ist Journalismus ein Mittel, um gehört zu werden. Ich fand den Bereich schon immer spannend. Während des Studiums habe ich ehrenamtlich für regionale Zeitungen geschrieben und Praktika gemacht. Auch bei meiner Tätigkeit als PR-Beraterin habe ich viele Texte verfasst.

Mein Interesse für den Journalismus war für einige Zeit eingeschlafen – bis zur Bundestagswahl 2017. Damals war ich schockiert über die mediale Berichterstattung über die Deutschen aus Russland. Mir war das zu einseitig, also habe ich beschlossen ein paar Texte als Gegengewicht zu schreiben.

Wie waren die Rückmeldungen zu Ihren Beiträgen?

Sehr positiv. Mit meinen Beiträgen wollte ich Menschen erreichen und sie zum Nachdenken bringen. Meine Texte spiegeln meine Meinung wider, und ich stehe zu dieser Meinung. Ich bin bereit, in den Dialog zu treten.

Ganz spannend finde ich, wenn Menschen sich nach dem Lesen meiner Texte öffnen und mir persönliche Dinge erzählen, etwa dass ihre Großeltern Vertriebene waren oder ihre Eltern selbst Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion sind. So kommt man miteinander ins Gespräch und lernt Menschen kennen, die eine ähnliche Geschichte haben.

Ich bin der Überzeugung, dass jeder Einzelne von uns etwas dafür tun kann, dass sich das Bild der Deutschen aus Russland in der Gesellschaft verbessert. Man muss kein großer Politiker oder Unternehmer sein, um Gedanken anzustoßen. Es beginnt schon mit einem Gespräch zwischen zwei Menschen. Wenn ich auch nur einen Menschen erreicht habe – das ist für mich bereits ein Erfolg!

Wie definieren Sie sich selbst?

Ich definiere mich als Russlanddeutsche und stelle immer wieder fest, dass es zwischen den Generationen wesentliche Unterschiede gibt. Ich interviewe viele ältere Deutsche aus Russland, und wenn ich sie frage, wer sie sind, antworten sie immer: „Ich bin Deutsche/Deutscher.“

Das zieht sich durch eine komplette Generation. Sie kennen es nicht anders, denn drüben waren sie die „Nemzy“.

Wenn ich meinen Bruder frage, wer er ist, dann antwortet er: „Was für eine Frage? Ich bin Deutscher und Europäer.“

Ich bin ebenfalls Deutsche, aber ich spüre trotzdem diese feinen Unterschiede. Ich merke immer wieder, dass ich ein wenig anders bin als die Deutschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, die keine Migrationsgeschichte haben. Anders zu sein ist für mich aber nicht schlimm, sondern eher eine Bereicherung.

Ich bin stolz auf meine Familie, vor allem auf meine Großeltern. Sie haben unter der Kommunistischen Partei extrem schwierige Zeiten überstanden und überlebt, obwohl alles dagegen sprach. Und es ist immer wieder schön, Menschen zu treffen, die ähnlich fühlen.

Werden Sie als Deutsche wahrgenommen oder haben Sie auch schon mal andere Erfahrungen gemacht?

Ehrlich gesagt, habe ich mich noch nie damit beschäftigt, wie mich andere wahrnehmen. Wahrscheinlich, weil ich noch nie das Gefühl hatte, nicht dazu zu gehören. Klar scherzen meine Freunde manchmal auch, wenn es um vermeintlich typisch russische oder kasachische Sachen geht, aber das bleibt alles im Rahmen des Humors.

Die meisten Menschen nehmen mich als Deutsche wahr. Weil ich mich ja kaum unterscheide! Höchstens beim Namen. Da kommt schon mal eine Nachfrage, ob ich aus dem Osten komme. Meine Freunde wissen teilweise nicht, wer die Russlanddeutschen sind. Sie nehmen mich in erster Linie als Mensch wahr. Die Herkunft steht nicht im Vordergrund.

Einige unserer Landsleute haben den Glauben daran verloren, dass sich je etwas ändern wird. Denken Sie auch so, oder sollten wir weiter für ein besseres, ein gerechteres Bild der Deutschen aus Russland in der Gesellschaft kämpfen?

Es ist ganz wichtig, nicht zu resignieren! Viele Deutsche aus Russland sind enttäuscht, das kann ich gut verstehen. Sie sind der Meinung, dass die Medien sowieso nur schlecht über uns schreiben werden oder dass die Nachbarn einen sowieso immer als Russen ansehen werden.

Es ist ein großes Problem unter den Deutschen aus Russland, dass sie oft das Gefühl haben, sie erreichen ohnehin nichts. Vor allem die Generation meiner Eltern hat Demütigung, Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren.

Als wir 1992 nach Deutschland kamen, wurden die Abschlüsse meiner Eltern nicht anerkannt – und das ist Demütigung! Viele Deutsche aus Russland haben zahlreiche schlechte Erfahrungen gemacht, aber sie trauen sich teilweise nicht, darüber zu sprechen. Weil es zu sehr schmerzt oder weil es ihnen peinlich ist. Aber das ist ein Teil unserer Geschichte. Und die russlanddeutsche Geschichte ist ein Teil der deutschen Geschichte.

Wenn ich mit meinen Freunden, die als Lehrer arbeiten, darüber spreche, erzählen sie mir oft, dass die russlanddeutsche Geschichte in schulischen Geschichtsbücher nicht zu finden ist. Nach so vielen Jahren im Land sind wir immer noch zu unbekannt.

Wer weiß schon etwas über die Deutschen aus Russland? **Wir** müssen darüber sprechen! Wer soll es sonst tun, wenn nicht wir?

Das Problem ist, dass wir eine sehr heterogene Gruppe sind. Aus diesem Grund weiß die Gesellschaft nicht, in welche Schublade sie uns stecken soll. Dieses Unwissen trägt dazu bei, dass wir oft in falschen Schubladen landen. Viele von uns wissen ja schon selbst nicht, wo sie sich einordnen sollen.

Um etwas dagegen zu tun, müssen wir mehr darüber reden und viel präsenter sein. Unsere Landsleute sind unterrepräsentiert – in Parteien oder im Vereinswesen. Wir müssen sichtbarer werden. Es müssen nicht gleich große Projekte oder ein Zeitungsartikel sein – oft reicht ein einfaches Gespräch. Mit kleinen Schritten erreichen wir mehr.

Liebe Irina,
vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg weiterhin!

Irina Peter

wurde 1983 in Astana, Kasachstan, geboren und lebt seit 1992 in Deutschland. Sie studierte Literaturwissenschaften und arbeitet derzeit als selbständige Kommunikationsberaterin in Mannheim. Als freie Journalistin setzt sie sich für ein ausgewogenes Bild der Deutschen aus Russland in den Medien ein.

Das mediale Bild der Deutschen aus Russland

Das mediale Bild der Deutschen aus Russland hat sich in letzter Zeit zu einem Thema mit bitteren Nachgeschmack entwickelt. Immer mehr Landsleute überlegen sich Strategien und möchten aktiv diesen Entwicklungen entgegenwirken.

Nachstehend berichten drei Mitglieder der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland über ihre Strategien, die Zusammenarbeit mit den Medien sowie schlechte und gute Erfahrungen in der medialen Landschaft.

Nelli Geger, Vorsitzende der Jugend-LmDR Bayern:

Für eine erfolgreiche Jugendarbeit ist eine gute Zusammenarbeit mit den örtlichen Zeitungen und ein guter Auftritt in sozialen Netzwerken wie z.B. Facebook von großer Bedeutung.

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, für ein gutes Image zu sorgen und uns von der besten Seite zu zeigen. Wir führen viele attraktive Aktionen durch und wollen natürlich, dass man davon spricht.

Bei uns haben wir zu den „Nürnberger Nachrichten“ einen guten Kontakt. Wir werden von den örtlichen Medien bei unserer Arbeit unterstützt und begleitet. Dafür sind wir sehr dankbar. Die regionale Presse berichtet regelmäßig über unsere Veranstaltungen.

Uns ist bewusst, dass wir allein nicht das gesamte Bild der Deutschen aus Russland ins Positive verändern können, aber wir können immerhin einen kleinen Beitrag dazu leisten.

Nach den Geschehnissen der letzten Monate und Jahre, als die Deutschen aus Russland in der Presse oft in ein negatives Bild gerückt wurden, wird es schwierig sein, unser Image von einem Tag auf den anderen zu verändern. Aber gar nichts zu tun, wäre auch falsch. Wir sollten uns weniger insgeheim aufregen, sondern lieber mehr tun.

Wir versuchen das mit unseren Aktionen und Veranstaltungen im Bereich der Kultur und Bildung. Unsere Angebote richten sich übrigens an alle - nicht nur an Deutsche aus Russland. Wir wollen mit Menschen auch direkt in Kontakt treten und zeigen, wer und wie wir wirklich sind. Das ist unsere Strategie.

Olga Held, Sozialreferentin und Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit der Ortsgruppe Lahr (Baden-Württemberg):

Wenn wir das mediale Bild der Deutschen aus Russland verbessern möchten, müssen wir uns öffnen und mit den Medien in Dialog treten. Momentan sieht es so aus, dass wir uns ständig nur beklagen und beschweren. Doch das findet nur in unseren eigenen Kreisen statt!

Was bringt das? Wir dürfen uns auch nach außen aufregen, dann wird vielleicht einiges deutlicher. Wir leben in einem freien Land und dürfen unsere Meinung frei äußern. Aber wir ergreifen so selten diese Gelegenheit!

Wir beschweren uns immer über das Desinteresse der Einheimischen, dabei wissen teilweise nicht einmal unsere Kinder oder Enkel etwas über unsere Geschichte. Man muss wirklich nicht immer alles den Einheimischen in die Schuhe schieben. An vielem sind wir selber schuld - wir, die Deutschen aus Russland. Weil wir nichts tun, sogar dann, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet.

Wir, die Vertreter der Ortsgruppe Lahr, bemühen uns momentan sehr stark, das Bild der Deutschen aus Russland in der regionalen Presse zu verbessern. Es sind jedoch immer wieder die gleichen, die diese Bemühungen unterstützen, und immer wieder die gleichen, die zu Wort kommen.

Wir klagen darüber, dass man uns nicht versteht oder nicht kennt, aber wenn die Gelegenheit kommt, etwas zu verändern, ziehen wir uns zurück. Wer geht schon an die Presse und redet klare Worte? Es gibt für alles Ausreden. Wenn wir die Gelegenheit, etwas zu verändern, nicht ergreifen, dürfen wir uns auch nicht beschweren.

Bei uns in Lahr gab es im Vorfeld der Landesgartenschau einen Artikel, der für viel Aufregung unter unseren Landsleuten sorgte. Bei dieser Geschichte habe ich wieder einmal festgestellt: Wie gut, dass wir die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland haben! Mitglieder unseres Verbandes waren die einzigen, die angemessen darauf reagierten und qualifiziert darüber berichteten.

Doch man muss auch sagen, dass nach diesem Vorfall die örtliche Presse uns entgegenkam: Die Journalisten blockten nicht ab, sondern nahmen unsere Sorgen ernst.

Wir müssen zusammenhalten und den Dialog suchen, dann sind wir stärker und können tatsächlich etwas bewirken.

Roman Friedrich, Vorsitzender der Jugend-LmDR Nordrhein-Westfalen:

Wie hart das auch klingen mag: Am aktuellen Zustand sind wir teilweise selbst schuld. Wenn wir unser mediales Bild und unser Image verbessern möchten, müssen wir selbst aktiv etwas dafür tun und nicht immer nur abwarten, bis jemand das für uns erledigt.

Unsere Öffentlichkeitsarbeit lässt momentan zu wünschen übrig. Wenn wir die mediale Landschaft betrachten, werden wir feststellen, dass grundsätzlich mehr Negatives als Positives berichtet wird. Also müssen wir stärker an die Öffentlichkeit gehen. Wir sollten nicht nur Gutes tun, sondern auch darüber reden und es nach außen tragen.

Da ist vor allem die Jugend gefragt! Die junge Generation kennt sich viel besser mit sozialen Netzwerken und den ganzen Tricks der Öffentlichkeitsarbeit aus. Die Leute müssen geschult werden, und es bedarf auch der Unterstützung von Fachleuten. Die Arbeit sollte professioneller gestaltet werden. Bei uns basiert momentan vieles auf dem Ehrenamt, doch in manchen Bereichen würden wir mehr erreichen, wenn wir Profis ans Werk lassen. Wir brauchen neue Projekte, die gefördert und von Fachleuten umgesetzt werden.

Es gibt bereits viele Wege und Mittel, doch die werden von uns kaum genutzt. Des Weiteren müssen wir aktiver an der Entstehung von neuen medialen Ressourcen mitwirken, die wir selbst mitgestalten können. Wir müssen uns stärker vernetzen, zuverlässige Kooperationspartner suchen und innovative Projekte entwickeln, die uns weiterbringen. Dann können wir in Zukunft mehr erreichen.

„Das ehrenamtliche Engagement der Frauen soll gewürdigt werden“

Interview mit Albina Baumann, Frauenbeauftragte der LmdR

Sehr geehrte Frau Baumann, im Februar 2019 wurden Sie vom Bundesvorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zur Frauenbeauftragten des Verbandes ernannt. Wie empfanden Sie die Nachricht, dass Sie für dieses Amt vorgeschlagen wurden?

Erst mal war ich überrascht – warum ich? –, dann habe ich gründlich überlegt, ob ich der Sache gewachsen bin. Dafür habe ich mir viel Zeit gelassen und genau abgewogen. Nach Gesprächen mit Kolleginnen aus dem bayerischen Landesvorstand und Bundesvorstandsmitgliedern habe ich schließlich zugesagt.

War es Ihrer Meinung nach überhaupt notwendig, dieses Amt in unserem Verband zu schaffen?

Ich glaube, ja, denn es gibt eine ganze Reihe von Gründen: Frauen und Familien benötigen in Fragen Chancengleichheit Beratung und Unterstützung in besonderen und schwierigen Lebenslagen, auch im Hinblick auf die schwere Last in der Kriegs- und Nachkriegszeit sowie die Situation bei der Rückkehr nach Deutschland.

Das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement der Frauen im Vereinsleben soll außerdem besser herausgearbeitet, gewürdigt und gestärkt werden. Und schließlich sollen die Interessen der (Spät-)Aussiedlerinnen und ihrer Familienangehörigen gegenüber der Öffentlichkeit und Politik vertreten werden.

Erzählen Sie bitte Näheres zu den Zielen Ihrer Tätigkeit. Welche Aufgaben haben jetzt Vorrang für Sie?

Es gibt zahlreiche Bereiche, in denen wir unseren Frauen unter die Arme greifen sollten. Dazu gehören Anerkennung von Berufsabschlüssen, Gleichstellung von Frauen im Berufsleben, Unterstützung alleinerziehender Mütter und von Seniorinnen sowie die Würdigung und Stärkung des ehrenamtlichen und bürgerlichen Engagements im Vereinsleben. Nicht zu vernachlässigen ist auch unser Kulturgut.

Als Allererstes wird allerdings eine Struktur auf der Ebene der Landesgruppen der LmDR geschaffen, die auf die örtlichen Gliederungen ausstrahlen soll. In den einzelnen Orten werden Ansprechpartner und Kontaktpersonen als Verbindungsglieder zu Gleichstellungsbeauftragten, Frauenhäusern, Behörden und zur Polizei aufgebaut, auf die die betroffenen Frauen direkt zugehen können.

Die Arbeit mit dem Netzwerk habe ich bereits begonnen. Die ersten Kontakte wurden geknüpft, sowohl innerhalb der Landsmannschaft als auch in den jeweiligen Kommunen. Dazu gehören Frauenplenen und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Schweinfurt und des Landkreises Würzburg.

Eine weitere dringende und wichtige Aufgabe, der ich mich parallel widmen möchte, ist Gewalt gegen Frauen. Jede vierte Frau in Deutschland erlebt mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Partnerschaftsgewalt. Betroffen sind Frauen aller gesellschaftlichen und sozialen Schichten. Laut Statistik suchten nur 20 Prozent der Betroffenen nach Unterstützung.

Bei unseren russlanddeutschen Frauen dürften es noch weniger sein. Im Unterschied zu Vorfällen in deutschen Familien wissen unsere Frauen kaum, an wen sie sich wenden können. Außerdem wirkt sich die Sozialisation in der Sowjetunion sehr stark auf das Verhalten aus. Ganz nach dem Motto „Man kehrt den Dreck nicht vor die Tür“ geben die wenigsten zu – selbst wenn die Polizei von den Nachbarn gerufen wird –, Opfer von Gewalt zu sein.

Es ist hier schon mal wichtig, Hilfesuchende auf Unterstützungsmöglichkeiten hinzuweisen. Dazu gehört z.B. das Hilfetelefon **08000-116 016 „Gewalt gegen Frauen“** – Unterstützung für Frauen in Not –, unter dem sich auch Angehörige, Freundinnen und Freunde melden können.

Den Hilfesuchenden stehen Beraterinnen vertraulich zur Seite, sie vermitteln bei Bedarf Unterstützungsangebote, etwa eine Frauenberatungsstelle oder ein Frauenhaus in der Nähe. Die telefonische Beratung erfolgt mehrsprachig – unter anderem auch auf Russisch – und ist für Frauen mit Behinderung und geringen Deutschkenntnissen zugänglich.

Derzeit gehören dem siebenköpfigen Bundesvorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland drei Frauen an, was auf eine positive Tendenz verweist, da im vorigen Bundesvorstand lediglich eine Frau vertreten war, Was würden Sie von der Idee halten, eine Frauenquote in unserem Bundesvorstand einzuführen?

Im Bundesvorstand haben wir zwar mehr Männer, aber in den Vorständen der Landes- sowie Orts- und Kreisgruppen überwiegen Frauen in führenden Positionen. Russlanddeutsche Frauen sind auf allen Ebenen sehr gut in die ehrenamtliche Arbeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland eingebunden.

Das Interview führte Lena Arent.

Albina Baumann

wurde 1961 in Karaganda, Kasachstan, geboren. 1976 siedelte sie mit ihrer Familie nach Deutschland um. Sie absolvierte Ausbildungen zur Bürokauffrau, Callcenter-Agentin und später zur Interkulturellen Trainerin und Coacherin und arbeitete in diesen Berufen.

Seit Februar 2009 ist sie aktives Mitglied der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Im November 2011 gründete sie die Ortsgruppe Kitzingen, deren Vorsitz sie bis 2018 innehatte. 2015 bis 2018 kam der Vorsitz der Orts- und Kreisgruppe Würzburg dazu. Seit 2017 ist sie stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe Bayern und seit 2018 Vorsitzende der fusionierten Orts- und Kreisgruppe Würzburg-Kitzingen.

Albina Baumann engagiert sich außerdem im Bezirk Unterfranken des Bundes der Vertriebenen, von 2013 bis 2017 als Vorstandsmitglied und seit 2017 als Vorsitzende.

Derzeit lebt sie in Volkach, Bayern, und ist selbständige Interkulturelle Beraterin, Trainerin und Coacherin mit Schwerpunkt Russland und russischsprachige Migranten in Deutschland.

„Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“

Die Wanderausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Die Wanderausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart) war von April 2017 bis Mai 2019 in 107 Orten in allen Bundesländern zu sehen, in einigen Orten auch mehrfach, so dass insgesamt 169 Stationen (in Rathäusern, Schulen, Bildungseinrichtungen etc.) zusammenkamen. Dabei konnten die Projektleiter Jakob Fischer, Ilja Fedoseev, Eugen Schlegel (bis Ende 2018) und Dr. Eugen Eichelberg (ab 2019) etwa 80.000 Besucher erreichen, darunter im Rahmen des „Unterrichtsprojektes Migration und Integration in Deutschland“ etwa 35.000 Kinder und Jugendliche.

Das Unterrichtsprojekt im Rahmen der Wanderausstellung versucht in erster Linie, junge Menschen über die Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland aufzuklären. Deshalb werden an verschiedenen Schulen zwei bis drei Projekttage zum Thema „Migration und Integration in Deutschland“ durchgeführt.

Teilnehmer sind meistens Klassen der Jahrgangsstufen 8 bis 12 an Gymnasien, Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie Klassen in Berufsschulen, Fachschulen, Berufs- und Fachoberschulen. Eine Veranstaltung dauert zwei bis drei Unterrichtsstunden pro Klasse.

Die Tafeln der Wanderausstellung

- 1: Titel
- 2: Schicksalsweg der Russlanddeutschen
- 3: Deutsche wandern nach Russland aus
- 4: Familie Alexander Schwindt aus Morgentau/Wolgagebiet
- 5: Familie Jakob Wedel
- 6: Familie Wilhelm Biedlingmaier aus Katharinenfeld/Kaukasus
- 7: Familie Meta Pflugfelder-Baun aus dem Schwarzmeergebiet
- 8: Leistungen der Deutschen in Russland - Wirtschaftliche Blüte
- 9: Kultureller Aufschwung - Verkehrung ins Gegenteil
- 10: Der Weg in die Katastrophe
- 11: 1937/38 - Jahre des „Großen Terrors“
- 12: Deportation
- 13 und 14: „Trudarmee“ - Zwangsarbeitslager
- 15: Verbannung auf „ewige Zeiten“ - Sonderkommandantur
- 16: Eine Bilanz des Schreckens
- 17: Kulturelle Wiederbelebung
- 18: Teilrehabiltiierung - Autonomiebestrebungen - Die Tore öffnen sich
- 19: Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung
- 20: Integration der Deutschen aus Russland - Zahlen, Daten, Fakten

Mit freundlicher Unterstützung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und gefördert als Projekt über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, präsentiert von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Gefördert durch:

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Zuständig für die acht parallel laufenden Exemplare der Ausstellung sind die Projektleiter der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, **Jakob Fischer, Ilja Fedoseev und Dr. Eugen Eichelberg, die Sie unter den Telefonnummern 0711-166590 bzw. 0171-4034329 (Jakob Fischer) oder der E-Mail-Adresse J.Fischer@LmDR.de** erreichen können.

Bei allen Eröffnungs- und Abschlussveranstaltungen der Ausstellung und bei Begegnungstagen führen die Projektleiter in die Ausstellung ein, präsentieren Filme auf Großleinwand und halten Vorträge zum Thema „Geschichte und Kultur der Deutschen in Russland und ihre Integration in Deutschland“. Sie organisieren nach Vereinbarung auch Führungen für Gruppen und Schulklassen.

Der Eintritt zu allen Veranstaltungen im Rahmen der Ausstellung ist frei.

Stationen der Wanderausstellung April 2017 - Mai 2019

Baden-Württemberg
Crailsheim, Bad Urach, Ellwangen, Giengen, Heidelberg (3 Stationen), Heidenheim (3), Künzelsau (4), Lahr, Langenau, Leimen, Mannheim, Neubulach, Pforzheim (2), Stockach, Stuttgart (6), Ulm (2), Wertheim.

Bayern
Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg (6), Bayreuth (2), Burgkunstadt, Donauwörth (2), Fürth, Geretsried (2), Ingolstadt, Landsberg am Lech, Memmingen, München (2), Mellrichstadt, Naila, Nördlingen (4), Nürnberg (2), Schweinfurt (2), Stockstadt, Straubing (2), Würzburg (4).

Berlin (8).

Brandenburg
Guben.

Bremen.

Hamburg.

Hessen
Braunfels, Frankenberg, Fritzlar, Groß-Gerau. Grünberg, Korbach, Sontra, Viernheim, Wiesbaden.

Mecklenburg-Vorpommern
Güstrow (2), Rostock, Waren (Müritz; 2).

Niedersachsen
Bad Wulmstorf, Braunschweig, Celle (3), Cuxhaven, Georgsmarienhütte, Gifhorn, Hankensbüttel, Hannover, Haren, Hildesheim, Osnabrück, Osterholz-Scharmbeck, Osterode, Rauderfehn (2), Wolfsburg.

Nordrhein-Westfalen
Bergheim, Detmold (3), Harsewinkel (2), Herne (2), Jülich (2), Lage, Netphen, Paderborn (3), Senden, Siegen, Soest, Warendorf, Witten.

Rheinland-Pfalz
Bad Ems (2), Haßloch, Kaisersesch, Landau, Landstuhl, Nickenich, Pirmasens, Rheinzabern, Simmern, Worms.

Saarland
Mandelbachtal.

Sachsen
Chemnitz (3), Glauchau, Leipzig, Markkleeburg, Pirna.

Sachsen-Anhalt
Dessau-Roßlau, Halle (Saale), Hohenmölsen, Weißenfels, Wittenberg (4).

Schleswig-Holstein
Glückstadt (2), Itzehoe, Lübeck, Neumünster (3).

Thüringen
Rudolstadt (3).

Projektleiter Jakob Fischer (2. von links) mit Ausstellungsbesuchern in Fritzlar, Hessen.

- Tafel 21: Integriert und erfolgreich - Kultur und Unterhaltung
- 22: Integriert und erfolgreich - Sport
- 23 und 24: Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. - Arbeitsschwerpunkte

Organisation

Jede Wanderausstellung wird von den Projektleitern selbst organisiert. Dazu gehört die Kontaktaufnahme zu Schulen, Stadt- und Kreisverwaltungen, Kirchengemeinden, Banken, Sparkassen, Bibliotheken und anderen Ausstellungsorten.

Wichtig für die Zusammenarbeit ist die Bereitschaft der Gastgeber, die Wanderausstellung in ihren Räumlichkeiten kostenlos aufzustellen und der Bevölkerung zugänglich zu machen. Bei der Organisationsarbeit sind Vorbereitungsgespräche erforderlich, die mit den Gastgebern geführt werden und in die auch die Orts- und Kreisgruppen der Landsmannschaft eingebunden werden.

Präsentation

Bei den Ausstellungseröffnungen und Begleitveranstaltungen sowie beim Schulunterrichtsprojekt wurden mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation, eines Vortrages und einer Führung die Geschichte und Integrationsproblematik der Deutschen aus Russland erläutert. Offizielle Vertreter von Landkreisen, Städten und Gemeinden, von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Schulen sowie Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Landtage beteiligten sich an den Eröffnungsveranstaltungen.

Begleitveranstaltungen

Regelmäßig wurden im Rahmen der Wanderausstellung Begegnungsveranstaltungen mit Vorträgen, Führungen durch die Ausstellung und Kulturprogramm durchgeführt. Das diente dem gegenseitigen Kennenlernen von einheimischer Bevölkerung und Deutschen aus Russland. Eine ganze Reihe von russlanddeutschen und einheimischen Kultur- und Musikgruppen, Chöre, Kultur- und Sportvereine sowie Solisten nahmen daran teil. So konnten Menschen aufeinander zugehen, miteinander reden und ihre Ängste und Vorurteile abbauen.

Zusammenfassung

Die Veranstaltungen im Rahmen der Wanderausstellung haben auch in den letzten Jahren die Öffentlichkeit erfolgreich über die Geschichte der Deutschen aus Russland informiert. Der Bedarf an Informationen und Aufklärung über das Schicksal der Deutschen in Russland sowie die Integration der russlanddeutschen Spätaussiedler in Deutschland ist nach wie vor groß.

Die Landsmannschaft ist Träger dieses einzigartigen Projektes, das dank der Unterstützung durch das BMI und der Förderung über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins wesentlich stärkt und auch bundesweit bekannt macht.

Jakob Fischer

Reaktionen auf die Wanderausstellung und das Unterrichtsprojekt der LmDR

An zahlreichen Ausstellungsorten berichteten lokale oder überregionale Medien bzw. an der Organisation Beteiligte über die Wanderausstellung und das Unterrichtsprojekt der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Form von Zeitungsartikeln, Radio- und Fernsehreportagen oder auf Internetseiten der gastgebenden Stadt- und Kreisverwaltungen sowie Schulen. Nachstehend eine kleine Auswahl:

Bergheim, NRW:

Die Integration der Deutschen aus Russland in die bundesrepublikanische Gesellschaft ist eine Erfolgsgeschichte.

Eine Vielzahl der nicht zugewanderten Deutschen weiß jedoch wenig über die Geschichte der deutschen Spätaussiedler aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Beginnend im 18. Jahrhundert bis in die heutigen Tage gibt es eine interessante historische Entwicklung, der die Ausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“ nachspürt.

Kurzweilig, aber auch nachdenklich führte der Projektleiter Jakob Fischer das Publikum in die Themenkomplexe der Ausstellung ein, die von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland präsentiert und vom BMI gefördert wird.

Focus-Online

Cuxhaven, Niedersachsen:

„Gut informierte Menschen haben keine Vorurteile“, davon ist Jakob Fischer überzeugt. Damit werde auch dem Hass der Nährboden entzogen.

Als einer von drei Referenten reist er kreuz und quer durch Deutschland, ..., um Aufklärungsarbeit zu betreiben über die Hintergründe, Ursachen und das Gelingen von Migration und Integration in Deutschland.

Die Eröffnung vor einer Klasse der Fachoberschule Wirtschaft begleiteten am Mittwoch auch Schulleiter Rüdiger Koenemann und Lehrer Hagen Friedrichs. Jakob Fischer, selber als Spätaussiedler nach Deutschland gekommen, befragte gleich mal sie und einige Schülerinnen und Schüler nach der Herkunft ihrer Familien. Hierbei und anhand der Statistik der Berufsbildenden Schulen (BBS) wurde deutlich, dass das Thema Migration für die Schule, aber auch die gesamte Gesellschaft allgegenwärtig ist. Immerhin sind die BBS pädagogische Heimat für Jugendliche aus fast 50 Nationen.

Die Ausstellung thematisiert vor allem die Hintergründe der vor rund 250 Jahren beginnenden deutschen Auswanderungswelle nach Russland, die folgenden Diskriminierungen und Deportationen und die Welle des Rückmarschs mit ihrem Höhepunkt vor rund 20 Jahren.

Im Großen und Ganzen seien die Deutschen aus Russland gut angekommen und hätten sich integriert, meinte Jakob Fischer und nannte auch das Beispiel zahlreicher Prominenter wie etwa die Sängerin Helene Fischer. Voraussetzung dafür sei die Bereitschaft, das deutsche Rechts- und Sozialsystem anzuerkennen und die Sprache zu lernen.

„Cuxhavener Nachrichten", Maren Reese-Winne

Lahr, Baden-Württemberg

„Die Mehrheit hat die Integration geschafft", stellte Jakob Fischer ... bei der Ausstellungseröffnung fest. Er gehe von 15.000 Deutschen aus Russland in Lahr aus, viele davon bereits Nachfahren der ersten Spätaussiedler.

„Wir können sehr froh sein, dass wir die Russlanddeutschen haben", stellte Andreas May, Integrationsbeauftragter der Stadt Lahr, in seinem Grußwort fest. Die lokale Wirtschaft und gerade auch der Sport würden bis heute von der Energie der Deutschen aus Russland profitieren. Im Gespräch mit unserer Redaktion drückte May seinen Wunsch aus, „dass gerade Russlanddeutsche mit ihrer Vertreibungserfahrung auf Flüchtlinge zugehen."

Mit historischen Fotos, Karten und kleinen Filmausschnitten führte Fischer durch den Abend. Elend, Not und Kriege in der Heimat sowie die Versprechungen russischer Herrscher hätten seit dem 18. Jahrhundert viele Deutsche bewogen, in das Russische Reich auszuwandern, berichtete Fischer.

Er legte Wert darauf, über die Unterdrückung der Russlanddeutschen im 20. Jahrhundert zu berichten. „Erzählen Sie den jungen Menschen bitte, wie es wirklich war", appellierte er an seine älteren Landsleute, die Deportation und Zwangsarbeit erlebt haben.

Sein Ziel sei es jedoch auch, gerade in Schulen humorvoll mit dem einen oder anderen Vorurteil über Spätaussiedler aufzuräumen.

„Lahrer Zeitung", Marco Armbruster

Celle, Niedersachsen

Zu einer Begegnung und zur Präsentation der Ausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart" waren SchülerInnen und Eltern am 28. Januar 2019 ins Hölty-Gymnasium Celle eingeladen. Referent war Jakob Fischer, der sich vormittags in drei Vorträgen mit den sechsten bis zwölften Klassen über ihre eigenen Familiengeschichten austauschte und Fragen der SchülerInnen beantwortete.

Auf dem Hölty gibt es nach Zählungen der Fachobfrau für Russisch, Daniela Bunkenburg, ungefähr 58 SchülerInnen russlanddeutschen Hintergrunds. „Wir stellen fest, dass immer mehr SchülerInnen Russisch lernen möchten", so Bunkenburg.

„Was verbindet die Menschen? Welche Hoffnungen hatten die Spätaussiedler aus Russland in Deutschland?", waren einige der Fragen, die Fischer mit den Zuhörern diskutierte. Mit seiner Vortragsreihe an über 200 Schulen in Deutschland möchte er Aufklärungsarbeit über die russlanddeutsche Geschichte leisten.

„Hier am Hölty-Gymnasium Celle sind die Kinder schon gut informiert. Ich habe ganz andere Schulen erlebt, in denen der Informationsfluss von russlanddeutschen Familien nicht aufrechterhalten wurde", lobte der ehemalige stellvertretende Theaterdirektor des Deutschen Theaters aus Temirtau-Almaty in Kasachstan die Aufklärungsarbeit vor Ort. Ebenso bat Fischer die Großeltern und Eltern, ihren Kindern die damalige Situation der Spätaussiedler nach dem Zweiten Weltkrieg näherzubringen.

Bild und Bericht: Jan-Patrick Biedermann

Jakob Fischer bei der Präsentation der Wanderausstellung in Celle, Niedersachsen

Eröffnung der Wanderausstellung in Georgsmarienhütte (von links): Lilli Rogolowski, Vorsitzende der Orts- und Kreisgruppe Osnabrück der LmDR, Projektleiter Jakob Fischer, Lilli Bischoff, Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen der LmDR, und Bürgermeister Ansgar Pohlmann.

Georgsmarienhütte, Niedersachsen

Mit heiteren Volksliedern begann am 30. Januar 2019 im Rathaus Georgsmarienhütte die Eröffnung der Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart".

Bürgermeister Ansgar Pohlmann würdigte das ehrenamtliche Engagement in der Sache. „Wir sind eine Stadt, die sich den Anspruch stellt, mit der Migration kein Problem zu haben, weil wir diese seit Jahrzehnten aktiv leben. Wir nennen das Integration, und das hat mit der Geschichte unserer Stadt zu tun. Eine Eisenhüttenstadt, in die Menschen seit 170 Jahren und auch heute noch ziehen", erklärte Pohlmann.

Als weitere Ehrengäste waren Lilli Rogolowski, Vorsitzende der Orts- und Kreisgruppe Osnabrück der LmDR, und Lilli Bischoff, Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen, anwesend und hoben die erfolgreiche Integration hervor. Wichtig sei, dass man als Volk wieder in der Heimat angekommen sei.

Bild und Bericht: Michael Goran, „Neue Osnabrücker Zeitung"

Rudolstadt, Thüringen

Die Lehrerin Sibylle Gerber schreibt über das Schulunterrichtsprojekt Migration und Integration im Rahmen der Wanderausstellung am 7. Februar 2019 am Gymnasium Fridericianum in Rudolstadt:

Oft wird behauptet, dass die Jugend von heute kein Interesse an Politik und Geschichte hat - dass dieses Vorurteil nicht stimmt, zeigte der Tag der Gesellschaftswissenschaften am 7. Februar an unserer Schule. In gleich zwei Veranstaltungen hörten unsere Schüler interessiert zu, stellten Fragen und informierten sich zu Themen aus Geschichte, Gegenwart und Zukunft.

Für die Klassen 9 und 10 fand ein Schulunterrichtsprojekt unter der Leitung von Jakob Fischer zum Thema „Migration und Integration am Beispiel der Deutschen aus Russland" statt. Begleitet wurde dieses Projekt durch die Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart. Die Schüler unserer Klassenstufe 10, Hanna Matz, Leoni Fischer, Clemens Pohl und Jakob Breternitz, schrieben dazu auf der Homepage des Gymnasiums:

„Mit einem zweistündigen Vortrag erzählte Herr Fischer den Schülern und Schülerinnen der Klassenstufen 9 und 10 die Geschichte seiner und vieler weiterer Familien, die vor fast drei Jahrhunderten nach Russland auswanderten, um dort ein neues, besseres Leben zu beginnen.

Mit viel Hingabe berichtete er von den schweren Schicksalen, die die Deutschen in Russland während der beiden Weltkriege und

in der Sowjetunion erleiden mussten. Auch die Erfahrungen seiner Familie schilderte er in diesem Zusammenhang eindrücklich. Zusätzlich war er in Begleitung dreier russlanddeutscher Frauen aus Rudolstadt, die ebenfalls von den Erlebnissen ihrer Familien erzählten.

Von Herrn Fischer haben wir erfahren, dass dieses Thema in Russland totgeschwiegen wird. Wichtig sind Menschen wie Jakob Fischer, die das Ganze miterlebt haben und bereit sind, ihre Erfahrungen mit uns zu teilen.

Heutzutage wird den Russlanddeutschen immer noch mit vielen Vorurteilen begegnet, die endlich aus der Welt geschafft werden sollten. Trotz vieler Vorurteile und Hindernisse haben es viele Russlanddeutsche weit gebracht.

Abschließend kann man sagen, dass Herr Fischer uns durch seine Präsentation die Lage der Russlanddeutschen früher und heute näher vor Augen geführt hat. Er hat uns einen großen und wichtigen Teil der deutschen und russischen Geschichte, der oft in Vergessenheit gerät, nahegebracht. Uns ist bewusst geworden, dass sich die heutige Jugend viel stärker mit der damaligen Zeit, die sowohl Deutschland als auch Russland stark geprägt hat, beschäftigen sollte.

Ein Satz von Herrn Fischer ist uns besonders im Gedächtnis geblieben. „In Russland waren wir die Deutschen und in Deutschland sind wir die Russen."

Bei der Ausstellungseröffnung in Paderborn (von links): Landrat Manfred Müller, Projektleiter Jakob Fischer, Nina Wiebel (Monolith) Irene Meh (Monolith), Heinrich Zertik, Tatjana Wind (Monolith) und Projektleiter Dr. Eugen Eichelberg.

Foto: Kreis Paderborn, Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Meike Delang.

Aufmerksame Zuhörer bei der Ausstellungseröffnung in Geretsried.

Geretsried (Bayern):

Rund 40 Besucher folgten am 21. Februar 2019 der Einladung des Trägervereins Jugend- und Sozialarbeit in den Quartierstreff am Steiner Ring in Geretsried.

Dass die Eröffnung der Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart" an keinem geeigneteren Ort hätte stattfinden können, betonte Bürgermeister Michael Müller in seiner Grußansprache. „Geretsried ist ein gutes Beispiel dafür, wie Integration gelingen kann", sagte der Rathauschef.

Gerade im südlichsten Ortsteil Stein fanden viele Deutsche aus Russland in den vergangenen Jahrzehnten eine neue Heimat. So wie Irina Pfaffenrod, die vor 22 Jahren nach Geretsried übersiedelte und mittlerweile im ganzen Stadtteil bekannt ist. „Am Anfang war es schwer, aber jetzt mag ich diese bunte Stadt", erklärte sie bei der Ausstellungseröffnung.

Bild und Bericht: Peter Herrmann, www.merkur.de

Paderborn, Nordrhein-Westfalen

„Die Spätaussiedler, die vor allem in den 90er-Jahren zu uns kamen, waren sehr wertvoll für den Kreis Paderborn. Da kamen Facharbeiter, die mit Fleiß und dem Willen mitzuwirken angepackt haben und einen großen Anteil daran hatten, dass unsere Region einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt hat", sagte Landrat Manfred Müller bei der Eröffnung der Ausstellung am 11. April 2019 im Paderborner Kreishaus.

Er wünscht sich, dass neben den Besuchern des Kreishauses auch viele Schulklassen die Ausstellung besichtigen, um mehr über die Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen zu erfahren und gegenseitige Vorurteile abzubauen.

„Am Ende ist nur wichtig, dass wir uns gegenseitig in die Augen schauen und sagen: Hier ist unsere Heimat!", betonte Heinrich Zertik, der als erster Deutscher aus Russland als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag gewählt wurde.

www.eder-dampfradio.de

Soest, Nordrhein-Westfalen

Die Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart" bot im Hubertus-Schwartz-Berufskolleg Ansatzpunkte, ein Kapitel der Zeitgeschichte in den Blick zu rücken.

Das Thema Vertreibungen während des Zweiten Weltkrieges und in den Jahren danach werde, so Projektleiter Jakob Fischer", in den Schulen kaum behandelt. Doch die aktuelle Kriegs- und Flüchtlingslage in der Welt zeige, wie wichtig es sei, aus der Vergangenheit zu lernen. Die Vergangenheit sei ein Teil der Gegenwart - und auch der Zukunft. Das lernten die Schüler bei dem Projekt.

„Denn nur wenn ich weiß, woher ich komme, weiß ich auch, wohin ich gehe. Die Geschichte muss man kennen, aus ihr kann man etwas Grundsätzliches ersehen, was uns nachdenklich macht und unser Verständnis weckt", sagte Antonina Domke, Öffentlichkeitsbeaufragte des Soester Kultur- und Geschichtsvereins der Deutschen aus Russland „Kultur A-Z".

Etwa 400 Schülerinnen und Schüler bekamen die Geschichte der Russlanddeutschen auf unterschiedliche Weise erklärt. Zum einen traten die beiden Projektleiter Jakob Fischer und Dr. Eugen Eichelberg als kompetente Lehrer auf, zum anderen diente die Wanderausstellung mit ihren Infotafeln als zusätzliches Unterrichtsmaterial.

Ganz oben steht die Frage; Wie funktioniert eine gelungene Integration? Sie ist keine Einbahnstraße, darin waren sich alle einig. Und man sollte sich nicht mit gegenseitigen Vorurteilen begegnen. „Auch in Soest spricht die Statistik Bände: Fast jeder Vierte hat hier einen Migrationshintergrund, das heißt, er ist entweder selbst zugewandert oder hat solche Eltern", so Antonina Domke.

Spätestens nach dieser Erkenntnis sollte jedem Soester klar sein: Nur gemeinsam kann man eine friedliche und auch erfolgreiche Zukunft aufbauen. „Miteinander statt übereinander zu reden, klappt in den vergangenen Jahren schon viel besser", fügte Antonina Domke hinzu.

Heyke Köppelmann

Multiplikatoren und Fachleute unter sich

Multiplikatorenschulung der LmDR zum Projektmanagement in Rudersberg

Vereins- und Projektmanagement - Nachhaltigkeit" lautete das Thema einer Multiplikatorenschulung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, die unter der Leitung des Vorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg der LmDR, Ernst Strohmaier, am 6. und 7. Juli 2019 in der Rems-Murr-Gemeinde Rudersberg stattfand.

Die Veranstaltung wurde gefördert vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Unter den TeilnehmerInnen der Schulung aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz waren auch die beiden Projektkoordinatorinnen der Bundesgeschäftsstelle der LmDR in Stuttgart, Kristina Zerr und Tatiana Tichonenko, die ihre Kenntnisse und Erfahrungen aus erster Hand weitergeben konnten.

Ernst Strohmaier legte als Hauptreferent eingangs besonderen Wert auf Formalien, ohne deren Einhaltung eine Projektbeantragung ohne Aussicht auf Erfolg ist. Die Einhaltung von Terminen gehört ebenso dazu wie das genaue Studium der von der jeweiligen Einrichtung vorgegebenen Projektinhalte, die Prüfung der eigenen Vorstellungen (förderfähig - ja, nein) ebenso wie die möglichst objektive Einschätzung der eigenen Möglichkeiten.

Schematisch lässt sich das, so Strohmaier, anhand eines Ablaufschemas bei der Projektbeantragung und -durchführung darstellen:

- **I. Input:** Was kann an haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern geboten werden, welche Mittel, Kenntnisse und Erfahrungen sind vorhanden. Hinzu kommt die kurz- und mittelfristige sowie langfristige Wirkungen des Projekts.
- **II. Durchführung:** Fundierte Hinweise auf geplante Aktivitäten und Maßnahmen (Schulungen, Workshops, Unterricht, Sozialberatung und -betreuung und vieles mehr).
- **III. Output:** Dazu gehören Kriterien der Zielerreichung, z.B. erworbene Kompetenzen, Steigerung kommunikativer Fähigkeiten oder Angstbeseitigung,

Gute und einträchtige Stimmung unter den TeilnehmerInnen auch in den Arbeitspausen.

Die Referentin Alina Rudi vor der Tafel mit Fragen und Vorschlägen der TeilnehmerInnen.

Unter den TeilnehmerInnen waren auch Lilia Sonnenfeld (Landesgruppe Baden-Württemberg der LmDR) und Georg Schmalz (Rheinland-Pfalz).

Um die Aussichten auf Genehmigung von spätaussiedlerbezogenen Projekten zu steigern, hat sich die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in den letzten Monaten gemeinsam mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, erfolgreich darum bemüht, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Einrichtung eines Referats für Spätaussiedler zu erreichen.

Nützliche Informationen zur Abrechnung und Verwaltung von Projekten hatte die Projektleiterin bei der „Deutschen Jugend aus Russland", Alina Rudi, mitgebracht.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Schulung von einem regen Erfahrungsaustausch der Teilnehmenden geprägt war. Und dass im Laufe der Veranstaltung zwei Teilnehmerinnen der LmDR beigetreten sind, soll nicht unerwähnt bleiben. Herzlich willkommen!

VadW

„Neuzugewanderte stärken“

Projekt mit breitgefächertem Angebot

Neuzugewanderte stärken“ – so lautet der Titel des Projektes, welches im Zeitraum von August 2016 bis Juli 2019 in der KULTSchule im Berliner Bezirk Lichtenberg durchgeführt wurde. Das Projekt wurde vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert.

„Die zielgerichtete Arbeit zeichnete das Projekt aus. Wir konnten Hilfesuchenden konkrete Lösungen anbieten, Ehrenamtliche gewinnen, Multiplikatoren stärken und schulen sowie Strukturen schaffen, in denen sich die Neuzugewanderten eingebracht haben“, so fasst Projektleiter Alexander Korneev das auslaufende Projekt zusammen. Ziele des Projektes waren:

Aufbau einer ständigen, niederschwelligen Anlaufstelle

In der Anlaufstelle, die von der Jugend-LmDR in Kooperation mit dem in Berlin-Lichtenberg ansässigen Verein Lyra e. V. betrieben wurde, bekamen die Neuzugewanderten einen Überblick über die Regel- und Projektangebote im Bezirk.

Die niederschwellige Einrichtung wurde sehr gut angenommen. Dort wurden Anliegen von Neuzugewanderten erfasst und Hilfestellungen angeboten. Dabei unterschieden sich deren Themen in vielen Bereichen wie Wohnen oder Soziales kaum von denen anderer Gruppen. Insbesondere von Deutschen aus Russland werden immer wieder zwei Punkte angesprochen:

- Altersarmut
- und der Wunsch nach Unterstützung bei der Teilhabe am politischen Leben.

Gesellschaftliche und soziale Teilhabe der Neuzugewanderten

Durch die erfolgreichen Projektmaßnahmen, wie dem mittlerweile über die Berliner Grenzen hinaus bekannten Familienfestival „wir gemeinsam!“, konnten die Neuzugewanderten am gesellschaftlichen Leben aktiv teilhaben und dieses positiv und gemeinschaftlich mitgestalten. Ihre Einbeziehung in die örtlichen Projekte und Angebote in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren und Einrichtungen ermöglichte es, das Zusammenleben positiv zu gestalten und Vorurteile durch gemeinsame Aktivitäten abzubauen.

Aktive im Rahmen des Projektes „Neuzugewanderte stärken“.

Insbesondere kulturelle Veranstaltungen erwiesen sich als Brückenbauer und sensibilisierten für kulturelle Vielfalt. Im Rahmen des Projektes konnten die Teilnehmer so persönliche Beziehungen aufbauen, die auch über die Projektlaufdauer hinaus eine Fortführung der Aktivitäten ermöglichen.

Hilfe zur Selbsthilfe

Durch monatliche Informationsveranstaltungen konnten interessierte Bürger und Neuzugewanderte das Projekt kennenlernen und sich einbringen. In die Veranstaltungen wurden Referenten und Projektpartner einbezogen, die sich über ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus der Integrationsarbeit mit den Teilnehmenden austauschten.

Ein wichtiger Baustein des Projektes waren Multiplikatorenschulungen mit fachkundigen Referenten zu relevanten Themen. Hier wurde der Grundstein gelegt, dass Neuzugewanderte in Zukunft als „Lotsen“ selbständig Orientierungshilfe leisten können und als „Verstärker von innen“ zusätzlich zur Nutzung der Integrationsangebote motivieren. Diese sehr effektiven Angebote auf einer nachhaltigen Schiene weiterzuentwickeln, wird eine wichtige Aufgabe für die Ehrenamtlichen sein.

Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich innerhalb des Projektes war die Betreuung und Unterstützung junger Initiativen von Neuzugewanderten. Alexander Korneev fasst diese Aufgabe wie folgt zusammen: „Viele Migranten wollen sich gesellschaftlich einbringen. Es gab zahlreiche Herausforderungen, wenn es darum ging, Anliegen von Neuzugewanderten bei örtlichen Entscheidungsträgern vorzubringen. Viele Fragen galt es, in den unterschiedlichen Bereichen des Projektes zu behandeln:

- Welche Stellen sind zuständig?
- Wie kann ich Projekte realisieren?
- Wie gewinne ich Ehrenamtliche und wie bewerbe ich meine Maßnahmen?
- Wie kann man selbst bei Entscheidungen mitwirken?

Gemeinsam mit den Zugewanderten konnten wir die Fragen nacheinander bearbeiten, Unklarheiten entwirren, Initiativen fördern und die Teilnehmer bei ihren ersten Schritten begleiten.

Ich bin froh, dass es innerhalb des Projektes so viele ehrenamtliche Helfer gab, die jede Menge Freizeit und Herzblut in die Integrationsarbeit investiert haben.“

Über die geschaffenen „Lotsenstrukturen“ – bestehend aus Ehrenamtlichen, Multiplikatoren und Sprachmittlern – konnte das Projekt eine nachhaltige Breitenwirkung erzeugen. Die durch die erfolgreiche Projektarbeit entstandene Vernetzung von Vereinen und Initiativen von Menschen mit Migrationshintergrund bietet zahlreiche Möglichkeiten, die Herausforderungen in der Integrationsarbeit unter Einbeziehung der Zugewanderten zu meistern.

Als besonders wichtig hat sich hier der Faktor „Bildung“ erwiesen: Je besser die Zugewanderten ihre neue Lebenswelt kennen, umso eher ergreifen sie die Initiative, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Daher waren Vernetzungstreffen, Schulungen und Informationsveranstaltungen zentrale Bestandteile der Maßnahmen.

Zum Abschluss des Projektes und als Dank der Projektleitung wurden die aktiven Zugewanderten, die Projekt- und Kooperationspartner sowie die Ehrenamtlichen und Multiplikatoren zu einem bunten Sommerfest in der KULTSchule eingeladen.

Alexander Korneev

LmDR: Strategieseminar zur Struktur- und Verbandsentwicklung

Seit Oktober letzten Jahres läuft bei der LmDR ein Projekt zur Struktur- und Verbandsentwicklung, das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat gefördert wird. Ziel des Projektes ist, die Strukturen des Verbandes zu stärken und somit die Nachhaltigkeit und Zukunft der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu sichern.

Seit fast 70 Jahren kümmert sich die LmDR professionell um die Belange der Deutschen aus Russland und vertritt ihre Interessen nach außen. Dabei ist es wichtig, mit politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Zeit Schritt halten zu können, was die LmDR und ihre Akteure nicht selten vor Herausforderungen stellt. Damit sich der Verband selbstbewusst diesen Herausforderungen stellen kann, sind im Rahmen des Projektes unterschiedliche Maßnahmen vorgesehen, um nicht nur die Strukturen zu stabilisieren und zu stärken, sondern auch die einzelnen Akteure zu qualifizieren und die Arbeit im Allgemeinen noch weiter zu professionalisieren.

Um eine klar definierte Ausrichtung festzulegen, traf sich am 27. April 2019 in Fulda der Bundesvorstand der LmDR mit den Landesvorsitzenden und Vertretern der Bundesgeschäftsstelle. Die Strategieveranstaltung sollte dazu dienen, die Bedarfe festzustellen und Lösungsansätze mit entsprechenden Maßnahmen und Methoden herauszuarbeiten.

Begleitet wurde die Veranstaltung von Rimma Kadyrbayeva und Julia Schmidt vom IMAP-Institut, die im Laufe des Projektes der LmDR als Beraterinnen zur Seite stehen. Sie haben die Bundesgeschäftsstelle bei den Vorbereitungen unterstützt und an den Inhalten des Seminars mitgearbeitet.

Die Veranstaltung wurde mit einem Grußwort des Bundesvorsitzenden der LmDR, Johann Thießen, eingeleitet, der die Bedeutung des Projektes für die Arbeit der LmDR betonte. Danach berichtete die Geschäftsführerin Rita Heidebrecht über den Hintergrund des Projektes zur Struktur- und Verbandsentwicklung und beleuchtete zur Verdeutlichung die Aufgaben der Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart. Anschließend präsentierte Katharina Martin, die als Geschäftsführerin im Rahmen des Projektes tätig ist, die Oberziele und Inhalte der Struktur- und Verbandsentwicklung.

Nach der Einführung stellten Rimma Kadyrbayeva und Julia Schmidt die Ergebnisse der Umfrage vor, die sie im Vorfeld den Landesvorsitzenden zugeschickt hatten, um ein klares Bild vom Profil der Landsmannschaft der Deutschen aus Russlan vor Augen führen zu können:

- Womit beschäftigen sich die einzelnen Landesgruppen?
- Was sind die konkreten Aktivitäten?
- Was ist besonders gut ausgebaut?
- Was eher weniger?
- Was bedeutet die Landsmannschaft für jeden persönlich?

In Kleingruppen wurden unterschiedliche Aspekte der gegenwärtigen landsmannschaftlichen Arbeit diskutiert. Darüber hinaus wurde über Definition und Festlegung einzelner Begriffe und Aufgaben gesprochen. Verbandsprofil, Kompetenzen, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerk und Lobby, Jugend, interkulturelle Öffnung sowie Nachhaltigkeit standen auf der Liste. Des Weiteren wurden Kompetenzen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten diskutiert.

In einer abschließenden Runde wurden für die „Lücken" Lösungsansätze erarbeitet. Dazu hatten sich die Teilnehmenden in drei Gruppen aufgeteilt – Bundesvorstand, Landesvorsitzende und Geschäftsstelle -, um je nach Ebene die Erfordernisse festzustellen und eigene Lösungsansätze entwickeln zu können.

Dank der professionellen Leitung der Workshops durch Rimma Kadyrbayeva und Julia Schmidt konnten viele Inhalte und zielgerichtete Ergebnisse ausgearbeitet werden. Nun muss anhand dieser Ergebnisse ein „Fahrplan" entwickelt werden, der den Landes-, Kreis- und Ortsgruppen, den Ehrenamtlichen und Multiplikatoren der LmDR als Orientierung dienen soll.

Am Ende des Seminars bedankte sich Johann Thießen bei den Teilnehmern. Rimma Kadyrbayeva und Julia Schmidt sprach er ein großes Lob und einen Dank für die professionelle Leitung der Veranstaltung aus, was von allen Anwesenden bestätigt und unterstützt wurde.

Nun werden entsprechend den entwickelten Lösungsansätzen und festgestellten Bedarfen Maßnahmen und Methoden ausgearbeitet, die eine positive Entwicklung herbeiführen sollen. Um die geplanten Maßnahmen umsetzen zu können, müssen sämtliche Beteiligten an einem Strang ziehen. Der Austausch zwischen den einzelnen Ebenen muss gewährleistet sein und kann noch weiter intensiviert werden. Das vorhandene Wissen sollte multipliziert, Kenntnisse vertieft und Fähigkeiten ausgebaut werden.

Erfolgreiche Projekte können als Beispiele für andere Kreis-, Orts- und Landesgruppen dienen. Daher ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Ebenen der LmDR für ein Gelingen des Projektes unabdingbar. Ganz getreu dem landsmannschaftlichen Motto: Zusammenhalten – Zukunft gestalten!

Katharina Martin

Teilnehmer des Strategieseminars (von links): die Bundesvorstandsmitglieder Dietmar Schulmeister, Ewald Oster, Lilli Bischoff, Johann Thießen, Valentina Dederer und Albina Nazerenus-Vetter, die Vorsitzende der Landesgruppe Bremen, Frieda Banik, und der stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg, Viktor Neubauer.

Neuer Impuls zugunsten von Aussiedlern

Bericht der Bundesregierung zum Kulturerbe der Deutschen im östlichen Europa

Das Bundeskabinett hat am 14. Juni 2017 den von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB, vorgelegten „Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in den Jahren 2015 und 2016“ beschlossen.

Der Bericht erläutert die Förderakzente der Bundesregierung und stellt die Arbeit der vom Bund dauerhaft geförderten Museen, Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen vor.

Demnach wurden für die Förderung von Archiven, Museen und Bibliotheken, von Wissenschaft und Forschung sowie von Projekten der kulturellen Vermittlung in diesem Zeitraum insgesamt 43,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit wurde die entsprechende Vereinbarung des Koalitionsvertrags erfüllt.

Die neu justierte Förderkonzeption wird nun Schritt für Schritt umgesetzt. Dafür stehen ab diesem Jahr zusätzliche Mittel in Höhe von ca. 1 Mio. Euro jährlich zur Verfügung. Damit werden die Mittel für die Forschung, die museale Arbeit und die Kulturvermittlung deutlich erhöht. Darüber hinaus wird die Projektförderung – vor allem für grenzübergreifende Projekte – verstärkt.

Staatsministerin Monika Grütters erklärte: „Es ist ein großes erinnerungspolitisches Anliegen der Bundesregierung, gerade der Vielstimmigkeit der Erinnerungen an das jahrhundertealte deutsche Kulturerbe im östlichen Europa mehr Gehör zu verschaffen. So unterstützen wir unter anderem Archive, Museen, Forschungsinstitute, Bibliotheken und Juniorprofessuren und finanzieren eine Vielzahl von Projekten mit Partnern aus dem östlichen Europa.

Auch grenzüberschreitende zivilgesellschaftliche Initiativen konnten sich entfalten. Immer mehr, auch junge Menschen beginnen seitdem, sich für die vielschichtige Geschichte zu interessieren, die oft genug auch ihre eigene Familie betrifft.

Das kulturelle Erbe, das uns mit unseren östlichen Nachbarn verbindet, hat sich damit zu einer – deutschen wie auch europäischen – Identität stiftenden Kraft entwickelt.“

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, begrüßte den Bericht und hob dabei insbesondere hervor, dass die in Deutschland lebenden Aussiedler und Spätaussiedler sowie die deutschen Minderheiten im östlichen Europa deutlich stärkere Berücksichtigung finden. Er führte aus: „Die vom Bundeskabinett im Februar 2016 verabschiedete Weiterentwicklung der Förderkonzeption nach § 96 Bundesvertriebenengesetz zeigt bereits jetzt erste Erfolge!

Staatsministerin Monika Grütters

Das ist ein erfreulicher neuer Impuls zugunsten der Aussiedler in Deutschland und der deutschen Minderheiten im östlichen Europa.“

Zu den Verbesserungen der Weiterentwicklung gehören unter anderem die Bundesförderung für das Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold sowie die Schaffung von zusätzlichen Kulturreferentenstellen für die Oberschlesier, die Siebenbürger Sachsen und die Deutschen aus Russland.

Quelle: www.koschyk.de

100 Jahre Deutsche Autonomie an der Wolga

Kalender 2018 der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Der Kalender 2018 der LmDR war dem 100. Jahrestag der Gründung der Deutschen Autonomie an der Wolga gewidmet.

Der damalige Bundesvorsitzende der LmDR, Waldemar Eisenbraun, schreibt in seinem Vorwort: „Wie schon im vergangenen Jahr haben wir auch diesmal einen Kalender zusammengestellt, der sich mit einem zentralen Thema der russlanddeutschen Geschichte befasst. War der Jahreskalender 2017 dem 200. Jahrestag der Auswanderung von Deutschen in den Kaukasus gewidmet, so haben wir diesmal den 100. Jahrestag der Gründung der Deutschen Autonomie an der Wolga zum Anlass genommen, an eine der bekanntesten und zugleich zwiespältigsten Perioden unserer Geschichte zu erinnern.“

Der Komplexität des Themas angemessen, beginnt der Kalender mit einem differenzierten Überblick über die Geschichte der Wolgadeutschen Republik, zusammengestellt von Dr. Viktor Krieger. Die einzelnen Monatsseiten zeigen vor allem die Vielfalt der wolgadeutschen Kultur, ohne dabei die geschichtlichen Entwicklungen zu vernachlässigen, die den Hoffnungen der Wolgadeutschen, als gleichberechtigte Bürger der Sowjetunion anerkannt zu werden, ein Ende bereiteten.

Gleichberechtigte Bürger der Sowjetunion bzw. ihrer Nachfolgestaaten waren die Russlanddeutschen auch Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht. Grund für die meisten, das Land, für das sie und ihre Vorfahren so viel geleistet hatten und das sie so stiefmütterlich behandelte, zu verlassen. Und sie warten weiterhin darauf, dass die Russische Föderation als Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion sie nicht nur formal von den Vorwürfen der Sabotage und der Kollaboration mit Nazi-Deutschland freispricht, die ihnen im Erlass vom 28. August 1941 gemacht wurden...

Die schönste Sprache der Welt

Der lang ersehnte Frühling ist wieder da. Tagsüber wärmt die Sonne, die Abende sind länger, es duftet wundervoll nach Flieder und die Welt um uns herum erwacht aus ihrem Winterschlaf. Draußen sind wieder fröhliche Kinderstimmen zu hören, auf den Balkonen blühen erste Blumen und die Straße wird wieder heller, bunter, lebendiger.

Auf der alten Holzbank zwischen den Häusern treffen sich jeden Abend ältere Damen. Von den Bewohnern der Straße werden sie *„die russischen Omis“* genannt. Sie kommen zusammen, wenn die Sonne sich am Horizont der Erde nähert. Dann sitzen sie bis in die Dämmerung hinein, reden, tuscheln, lachen, klagen.

Wenn man an ihnen jedoch vorbei geht, stellt man fest, dass die *„russischen Omis“* komischerweise gar kein Russisch sprechen. Zumindest nicht durchgehend. Womöglich würde der eine oder andere sie gar nicht verstehen. Es ist ein alter deutscher Dialekt, in dem sie sich unterhalten. Versetzt mit russischen oder ukrainischen Wörtern, weil sie dafür keine Bezeichnung auf Deutsch kennen.

Wenn die *„russischen Omis“* bei Anbruch der Dunkelheit heim gehen, kommt um die Ecke eine Gruppe Jugendlicher. Von den Bewohnern der Straße werden sie *„die jungen Russen“* genannt. Sie machen es sich auf derselben Bank gemütlich und wollen noch ein bisschen quatschen, bevor auch sie nach Hause müssen.

Wenn man ihnen aber zuhört, stellt man fest, dass sie ja gar kein Russisch sprechen. Zumindest nicht durchgehend. Sie reden deutsch mit einem leichten Anhauch von schwäbischem Dialekt. Hin und wieder schieben sie russische Wörter ein, etwas verzerrt, falsch betont oder als russisches Wort kaum noch erkennbar. Auf der Musikbox, die sie auf der alten Holzbank abgestellt haben, läuft russische Musik, die sich mit deutschem Rap abwechselt.

Die Nacht bricht an, und die alte Kirchenglocke erinnert die Jugendlichen daran, dass auch nun für sie die Zeit gekommen ist. Es wird still auf der alten Holzbank.

Nachts schleichen kaum hörbar die Katzen durch das Gebüsch. Sie sprechen weder deutsch noch russisch oder ukrainisch. Katzen haben ihre eigene Sprache. Für uns Menschen leider – oder zum Glück – nicht verständlich.

Wenn die Kirchenglocke morgens früh die Bewohner der Straße aus dem Schlaf läutet, sieht man auf der alten Holzbank ein paar Männer mittleren Alters in blauen Arbeitshosen sitzen. Die Bewohner der Straße nennen sie *„die Russen“*.

Herr Albrecht, Herr Hammerschmied und Herr Eisner sitzen auf der Bank, wie jeden Morgen, rauchen ihre Zigarette, schlürfen gemütlich ihren Kaffee aus der Thermotasse und warten, bis Herr Bechtle sie abholt. Sie machen nämlich eine Fahrgemeinschaft unter Kollegen, und diese Woche ist Waldemar dran.

Die Männer genießen die morgendliche Ruhe und reden halblaut, weil sie Rücksicht auf die noch schlafenden Bewohner nehmen möchten. Wenn man ihnen zuhört, stellt man fest, dass sie tatsächlich Russisch reden, versetzt mit deutschen Wörtern wie *„Ersatzteile“*, *„Termin“* oder *„Versicherung“*. Um die Ecke kommt ein Auto, und mit einem fröhlichen *„Morgen!“* steigen die Herren ein und fahren zur Frühschicht davon.

Zwei Stunden später strömen an der alten Holzbank die Schulkinder vorbei. Sie werden von den Bewohnern der Straße auch so genannt, *„die Schulkinder“*. Da weiß man nicht, welches die Kinder von Deutschen, Türken oder Deutschen aus Russland sind. Wenn sie in die Schule strömen, sehen sie alle gleich aus.

Wenn man ihnen zuhört, stellt man fest, dass sie alle deutsch miteinander reden. Sie zwitschern mit den Vögeln um die Wette, lachen, kichern, schlendern verträumt auf dem Gehweg oder machen Faxen auf der Fahrbahn. Einige Kinder lassen sich auf der alten Holzbank nieder und warten auf ihre Kameraden. Und wenn diese um die Ecke kommen, rufen sie sich ein freudiges *„Hallo!“* zu.

Vormittags wird die Straße von den Frauen beherrscht. Auf der Höhe der alten Holzbank treffen sich zufällig drei junge Damen Mitte, Ende zwanzig, die von den Bewohnern der Straße *„die Russinnen“* genannt werden.

Die Erste hat gerade ihr Kind in den Kindergarten gebracht, die Zweite geht zur Arbeit ins Büro, die Dritte hat auf dem Rückweg von der Schule noch was beim Bäcker besorgt.

Alina, Helene und Erika, jede in ihrem Alltagsstress unterwegs, nehmen sich jedoch fünf Minuten Zeit und sinken tratschend auf die Holzbank. Wenn man ihnen zuhört, stellt man fest, dass sie deutsch reden. Und dann russisch. Und dann wieder deutsch. Oder beides gleichzeitig. Es ist ein Mischmasch aus beiden Sprachen, der wohl nur für unsere Landsleute zu verstehen wäre.

So flammen in den russischen Passagen Worte auf wie *„Kindergarten“*, *„Kehrwoche“* oder *„Urlaubsantrag“*. Und während sie deutsch reden, regen sie sich auf, dass der Mann die *„Kalitka“* auf der *„Datscha“* nicht richtig zugemacht hat und das Kind fast hinausgelaufen wäre. Oder dass die *„Piroschki“* mit *„Kapusta“* nach dem Rezept der Oma den Kindern gar nicht geschmeckt haben. Oder dass der Chef gestern wieder einmal so ein unmöglicher *„Baran“* war.

Katharina Martin-Virolainen

Dann springt eine von ihnen auf, verabschiedet sich hastig mit *„Also, dawajte… Tschüss! Wam noch schönen Tag!“* und eilt davon. Die beiden anderen bleiben noch gemütlich sitzen.

Wenn ich diesem Trubel aus dem Fenster zuschaue, möchte ich manchmal die alte Holzbank sein. Einfach nur dastehen und diesen Menschen lauschen. Ihnen und ihrer Sprache. Ob Hochdeutsch, alter deutscher Dialekt, mit deutschen Wörtern versetztes Russisch, mit russischen oder ukrainischen Wörtern versetztes Deutsch, ein kaum verständlicher Mischmasch aus beidem. Verzerrt, verdreht, falsch betont, falsch ausgesprochen, grammatikalisch total inkorrekt. Wie auch immer.

Es ist die Sprache meiner Landsleute. So vielfältig und facettenreich. Ständig im Wandel und in sich drin so verschieden. Die Sprache, die mir das Herz aufgehen lässt. Die mich spüren lässt, dass auch ich irgendwohin gehöre und meinen Platz auf der Welt habe. Die mich mit diesen Menschen verbindet und vereint. Weil wir uns nicht nur eine Sprache teilen, sondern auch eine Geschichte und ein Schicksal. Deshalb können nur wir diese Sprache nicht nur verstehen, sondern auch fühlen. Und deshalb ist das für mich, egal in welcher Form, wie komisch, seltsam oder falsch sie auch sein mag, die schönste Sprache der Welt.

Katharina Martin-Virolainen

Teil der gesamtdeutschen Geschichte

Interview mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder (CSU)

Herr Dr. Söder, Sie sind seit etwa 20 Jahren Mitglied der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Was waren beziehungsweise sind Ihre Beweggründe dafür?

Einige meiner Bekannten und Freunde sind Deutsche, die in Russland geboren wurden. Mit meiner Mitgliedschaft wollte ich ein Zeichen setzen, dass ich mich verbunden fühle und mich für ihre Belange einsetze. Das habe ich dann ja auch in meiner ersten Regierungserklärung sofort umgesetzt.

Bereits mehrfach haben Sie deutlich gemacht, dass Sie die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion als Landsleute und nicht als Migranten betrachten. Warum?

Heimatvertriebene und Aussiedler sind Deutsche, die nach Deutschland kommen und mit dem Verlust ihrer Heimat einen sehr hohen Preis gezahlt haben. Wir leben im selben Kulturkreis und teilen dieselben Wertvorstellungen. Wir haben dieselben Wurzeln, wir haben eine gemeinsame Geschichte und pflegen dieselben Traditionen. Deutsche aus der Sowjetunion sind Deutsche – allein der Geburtsort liegt zufällig in einem anderen Land.

Die Menschen, die derzeit zu uns kommen, als Asylbewerber und Flüchtlinge, stammen dagegen aus einem ganz anderen Kulturkreis. Sie müssen sich in unserem christlich-abendländischen Wertesystem erst orientieren.

Durch Ihr langjähriges Engagement in Nürnberg und darüber hinaus haben Sie viele Deutsche aus Russland und Ihre Biographien kennen gelernt. Mit welchen, drei bis fünf, Eigenschaften würden Sie diese Personengruppe beschreiben?

Im Laufe der Jahre habe ich viele von Ihnen auch näher kennen gelernt. Jeder Mensch ist natürlich ein Individuum. Wenn Sie mich nach Charaktereigenschaften fragen, so würde ich Bodenständigkeit und Werteverbundenheit nennen. Und Zielstrebigkeit und Fleiß. Unter den Russlanddeutschen sind mir zahlreiche vielversprechende sportliche Talente begegnet, und für Mathematik und Kunst haben viele auch eine große Begabung.

Mit Ihrem Amtsantritt wurde im Freistaat Bayern erstmalig eine Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene berufen. Welche Aufgabe soll dieses Amt erfüllen und welche Kompetenzen und Befugnisse sind damit verbunden?

Sylvia Stierstorfer ist als Beauftragte der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene in erster Linie direkte Ansprechpartnerin. Sie wird sich gezielt und unbürokratisch um die Belange und die besonderen Anliegen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler kümmern.

Dr. Markus Söder

Angesiedelt ist die Beauftragte im Sozialministerium von Kerstin Schreyer. Beide – die Sozialministerin und Sylvia Stierstorfer – sind ein starkes Team für die Deutschen aus Russland.

Als Bayerischer Ministerpräsident haben Sie in Ihrer ersten Regierungserklärung zugesagt, ein Kulturzentrum für die Deutschen aus Russland entstehen zu lassen, was bundesweit ein Novum ist. Welche Dimensionen soll diese Einrichtung bekommen und welche Ressourcen werden bereitgestellt, um einen professionellen und dauerhaften Betrieb des Kulturzentrums zu ermöglichen?

Mir ist das Thema wichtig, deshalb habe ich dieses Kulturzentrum bereits in meine erste Regierungserklärung aufgenommen. Wir haben in enger Abstimmung mit der LmDR bereits ein erstes Konzept für das Kulturzentrum entworfen, das den „Zusammenhalt durch Begegnung“ in den Vordergrund stellt.

So vereint das neue Kulturzentrum drei Funktionen unter einem Dach: Es soll ein landesweites Kompetenzzentrum für die Geschichte und Kultur der Deutschen aus Russland sein, eine zentrale Anlaufstelle für die Kulturarbeit und eine Begegnungsstätte zur Förderung von Kontakten zwischen Deutschen aus Russland und der einheimischen Bevölkerung.

Unser Fahrplan ist nun, das Konzept der Öffentlichkeit vorzustellen und mit den Betroffenen zu diskutieren und fortzuschreiben. Ziel ist, die endgültige Konzeption und hoffentlich auch den passenden Standort nach der Sommerpause im September zu präsentieren.

Die Geschichte der Deutschen in und aus Russland ist ein Teil der gesamtdeutschen Geschichte. Allerdings wird diese an den bayerischen Schulen nicht unterrichtet. Welche Lösungsvorschläge haben Sie in diesem Zusammenhang?

Da haben Sie Recht. Zweifelsohne ist das ein bedeutender Teil der gesamtdeutschen und insbesondere auch der bayerischen Geschichte. Daher wird die Geschichte der Deutschen in und aus Russland durchaus an den Schulen in Bayern – v. a. im Geschichtsunterricht – unter vielfältigen Aspekten thematisiert. Zum Beispiel bei der Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung der Deutschen im und nach dem Zweiten Weltkrieg oder wenn es um die bedeutende Rolle der Heimatvertriebenen für Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik geht.

Besonders erfreulich in diesem Zusammenhang ist die Rolle der Landsmannschaften. Sie leisten in einem Arbeitskreis Unterstützung, entsprechende Unterrichtsmaterialien aufzubereiten.

Ihr Amtsvorgänger, Horst Seehofer, hatte bereits eine Initiative zur Beseitigung von Rentennachteilen bei Spätaussiedlern im Bundesrat eingebracht. Diese fand damals leider keine Mehrheit im Gremium. Welche Schritte will die Bayerische Landesregierung unternehmen, um auf die Lösung der Rentenproblematik, die in der Bundeszuständigkeit liegt, einzuwirken?

Wir haben uns im Bund dafür eingesetzt, bestehende Rentennachteile für Spätaussiedler zu beseitigen, und werden uns mit Nachdruck weiterhin dafür stark machen. Unsere Forderungen sind insbesondere die zumindest teilweise Rücknahme der Absenkung der Entgeltpunkte für im Herkunftsland zurückgelegte Zeiten auf 60 Prozent, eine Anhebung der Begrenzung der nach dem Fremdrentenrecht berücksichtigungsfähigen Entgeltpunkte (aktuell 25 Entgeltpunkte bzw. 40 Entgeltpunkte für Ehepaare) sowie eine erleichterte Geltendmachung der ausländischen Rentenansprüche im Herkunftsland. Der Koalitionsvertrag im Bund enthält einen Prüfauftrag für eine Fondslösung. Das ist zumindest ein erster Schritt.

Die Deutschen aus Russland bzw. den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gelten zurecht als gut integriert. In Bezug auf die politische Teilhabe beziehungsweise die Wahrnehmung von politischen Ämtern stehen die Betroffenen jedoch noch ganz am Anfang. Was wären hier Ihre Empfehlungen an die Interessierten?

Meine Empfehlung gilt ganz allgemein: Unsere Gemeinschaft lebt davon, dass sich Menschen engagieren und kümmern. Das fängt in den Städten und Gemeinden vor Ort an und geht bis zum Bund und Europa. Wir brauchen Menschen, die Zukunft positiv mitgestalten wollen, die hinschauen und zupacken statt wegschauen und motzen. Wir freuen uns über jede und jeden, der sich einbringen möchte. Nicht zögern, sondern machen! Nur zu!

Die Fragen stellte die Landesgruppe Bayern.

„Platz in der Geschichte“ für die Deutschen aus Russland

Ein Interview mit Tatjana Schmalz

Nichts ist vergessen, niemand ist vergessen. Dass die Erinnerungskultur in Deutschland gepflegt und wertgeschätzt wird, davon überzeugen uns eigens dafür eingerichtete Institutionen wie etwa die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin sowie unzählige Gedächtnisorte und Gedenkstätten für die Opfer deutscher und europäischer Diktaturen sowie jährlich im ganzen Bundesgebiet stattfindende Heimat- und Weltflüchtlingstage.

Doch wird trotz alledem im heutigen multikulturellen Deutschland „korrekt“ erinnert und gedacht? Welchen Platz in der deutschen Erinnerungspolitik nimmt die leidvolle Geschichte der Deutschen aus Russland ein? Das Problem wollte VadW etwas genauer unter die Lupe nehmen und sprach mit der Vertreterin der Jugendorganisation der LmDR in Berlin, Tatjana Schmalz, die als Stipendiatin der Graduiertenschule an der Humboldt-Universität zu Berlin ein Forschungsvorhaben zum Thema „Die hypothetische Neukonzeption der bundesdeutschen Erinnerungskultur am Beispiel der russlanddeutschen Volksgruppe“ im Februar 2018 in die Wege leitete.

Tatjana, bekanntlich wird in Deutschland dem „Erinnern“ und der Aufarbeitung der Vergangenheit eine große Rolle zugewiesen. Was hat dich dazu motiviert, dieser Frage am Beispiel der russlanddeutschen Volksgruppe nachzugehen?

Es gibt ein Ungleichgewicht in der öffentlichen Wahrnehmung, denn einerseits begreift sich die Bundesrepublik Deutschland als multikulturelles Einwanderungsland, das allen Weltbildern und Lebensentwürfen im Rahmen des Grundgesetzes dieselben Freiheiten einräumt. Andererseits spiegelt sich unsere gesellschaftliche Vielfalt nicht in der offiziellen Erinnerungskultur wider. Denn über welche Gedenkveranstaltungen berichten die Medien jährlich und was unterrichten die Schulen schwerpunktmäßig?

Nach der deutschen Wiedervereinigung galten die Herkunftsgeschichten von Migranten als Leerstellen der Erinnerungspolitik, aber auch der „deutsche Osten“ ist im weitesten Sinne davon betroffen. Bisherige Forschungsarbeiten kommen zu dem Schluss, dass weder die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie noch das Territorium der ehemaligen DDR ausreichend in der bundesdeutschen Erinnerungspolitik aufgearbeitet wurden. Sie behandelt am ehesten die Perspektive der ehemaligen Bonner Republik, dem rechtlichen Nachfolger des Dritten Reichs. Unsere Erinnerungskultur gehört zu einer Wertegemeinschaft, sie selektiert nicht nach Kriterien wie Sprache oder gar Ethnie. Darum kann von „Deutschtümelei“ keine Rede sein.

Doch dass beispielsweise die Geschichte der Deutschen aus Russland endlich als Teil der gesamtdeutschen Geschichtsschreibung behandelt wird, ist eine jahrzehntelange Forderung russlanddeutscher Interessenvertretungen. Unsere „auffällig unauffällige“ Bevölkerungsgruppe lief zuletzt Gefahr, einfach wegassimiliert zu werden, doch mit dem „Fall Lisa“ kehrten wir zurück ins öffentliche Bewusstsein und haben nun die womöglich einmalige Gelegenheit, uns einen „Platz in der Geschichte“ zu erkämpfen. Mein Projekt zur Erinnerungskultur widme ich darum den Deutschen aus Russland.

Was verstehst du persönlich unter „Erinnerungskultur“?

Im Jahr 1995 sagte Helmut Kohl in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.“

Wenn eine Nation ihre Vergangenheit als Helden- oder gar als Passionsgeschichte verklärt, so kultiviert sie politische Mythen. Wenn eine Nation über die Höhen und Tiefen ihrer Vergangenheit ehrlich aufklärt, so pflegt sie eine Erinnerungskultur.

Allerdings bedeutet Erinnerungskultur weit mehr als die Kenntnis historischer Fakten und Zusammenhänge. Jeder Mensch ist das Produkt seiner persönlichen Erfahrungen, analog dazu ist eine Gemeinschaft das Produkt gemeinsamer Erfahrungen. Die Erinnerung an gemeinsame Erfahrungen, das so genannte kollektive Gedächtnis, ist die Voraussetzung für eine gruppenspezifische Identität. Wenn viele Individuen sich einer gemeinsamen Identität bewusst sind, entwickeln sie ein Gefühl von Zusammengehörigkeit.

Wenn sich aber die Erfahrungen von Teilen einer Gemeinschaft widersprechen, beispielsweise von Migranten und „Bio-Deutschen“ in Deutschland, dann fehlt die Grundlage für gemeinsame Erinnerungen und die Herausbildung einer gemeinsamen Identität. In diesem Fall sollte sich die Erinnerungskultur für die Herkunftserzählungen von Migranten öffnen, um zu unterstreichen, dass zusammengehört, was zusammenlebt.

Andernfalls, so die These mancher Migrationsforscher, steht die Verweigerung eines „Platzes in der Geschichte“ in „engem Zusammenhang mit der Verweigerung von staatsbürgerlichen Rechten, mit ungleichen Chancen in Bildung und Beruf, mit struktureller Diskriminierung und Rassismus“.[1]

Tatjana Schmalz
bei ihrem Referat zum Thema „Mediale Integration der Deutschen aus Russland“ bei der Multiplikatorenschulung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland am 18. November 2017 in Fulda.

Mein Projekt möchte diese These mit Blick auf die russlanddeutschen (Spät-)Aussiedler untersuchen, denn obwohl diese Bevölkerungsgruppe nicht Teil der offiziellen Erinnerungskultur ist, gilt sie einer aktuellen BAMF-Studie zufolge als „Muster gelungener Integration“.[2] Mich interessiert die tatsächliche Bedeutung von Erinnerungskultur für den Integrationsprozess.

Welche konkreten Untersuchungen möchtest du im Rahmen deiner Forschung vornehmen?

Mein Forschungsprojekt arbeitet am Text und möchte herausfinden, ob und wie russlanddeutsche Interessenvertretungen seit der Nachkriegszeit die bundesdeutsche Aussiedler- und Erinnerungspolitik mitgestaltet haben. Dazu untersuche ich einerseits Pressemitteilungen und Dokumentationen von Gedenkveranstaltungen ausgewählter Vereine und andererseits die Wahlprogramme, Koalitionsverträge, Regierungserklärungen und umgesetzten Wahlversprechen von Parteien auf Landes- und Bundesebene.

Die Argumente dieses Dialogs sind höchstwahrscheinlich von externen Einflüs-

---

1 *Vgl. Schrader, Irmhild/ Joskowski, Anna/ Diaby, Karamba/ Griese, Hartmut M. (Hrsg.): Vielheit und Einheit im neuen Deutschland. Leerstellen in Migrationsforschung und Erinnerungspolitik. (= Bildung in der Weltgesellschaft, Bd.8.) Frankfurt am Main: Brandes & Aspel 2015, S.15.*

2 *Vgl. Babka von Gostomski, Christian/ Bunds, Eva/ Kohls, Martin/ Worbs, Susanne (Hrsg.): (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. (= Forschungsbericht 20.) [Elektronische Version] Paderborn: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2016 (https://222.bamf.de/SharedDocs/Anlage/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb20-spaetaussiedler.pdf?_blob=publicationFile).*

sen mitgeprägt. Darum vergleiche ich sie, wieder mithilfe von Pressemitteilungen und Veranstaltungsdokumentationen, mit der Argumentationsstruktur der sowjetdeutschen Autonomiebewegung „Wiedergeburt“ und dem Internationalen Verband der deutschen Kultur (Russland). Den Erfolg oder Misserfolg ihrer Interessenvertretungen möchte ich vor dem Hintergrund der sowjetischen bzw. russländischen Minderheiten- und Erinnerungspolitik untersuchen.

Mit deiner Forschung hast du im Februar 2018 begonnen. Hast du schon interessante Erkenntnisse?

Schon während meiner Masterarbeit entwickelte ich eine Idee zum Promotionsprojekt, doch das jetzige Konzept entstand erst während der vergangenen zwei Monate. Ursprünglich plante ich am Beispiel der Russlanddeutschen ein Gedankenexperiment zum hypothetischen Aussehen einer bundesdeutschen Erinnerungs- und Identitätspolitik unter dem Einfluss des Neo-Eurasismus nach Aleksandr Dugin.

Der Neo-Eurasismus, der extreme linke und extreme rechte Positionen verschmilzt, ist eine der herrschenden Ideologien in Russland. Sie strebt nach Expansion und scheint nahe daran, auch in der westlichen Gesellschaft Fuß zu fassen, weshalb es sinnvoll ist, schon jetzt präventive Strategien zu entwickeln.

Meine Familie platzte vor Stolz, als ich für meine Forschungsidee ein Stipendium zur Vorbereitung des Promotionsprojekts erhielt! Leider gab es im Frühjahr ein fatales Missverständnis mit meinem angedachten Doktorvater, und er distanzierte sich von den „antiwestlichen und antidemokratischen Positionen“, in deren Dienst ich meine Forschung seiner Ansicht nach stellte. So war meine erste Erkenntnis, dass dieses Thema brisant und kontrovers, wenn nicht gar verhängnisvoll ist. Vom Neo-Eurasismus habe ich mich (vorerst) verabschiedet.

Glücklicherweise habe ich eine nicht weniger relevante und spannungsreiche Forschungsfrage gefunden. Seit einigen Jahren schon diskutieren Geisteswissenschaftler über die Neukonzeption der bundesdeutschen Erinnerungskultur. Angesichts des Zeitzeugenschwunds will man weg vom bloßen Gedenken an den Zweiten Weltkrieg. Man will die nachkommenden Generationen mit Wissen und Vorbildern versorgen, um sie gegen Manipulation und Instrumentalisierung zu wappnen.

Vor kurzem haben Mitglieder der Partei Alternative für Deutschland diesem heiklen Thema ihren Stempel aufgedrückt. Erinnern wir uns an Björn Höckes Rede zum „Mahnmal der Schande im Herzen der Hauptstadt“ (2017) oder an Alexander Gaulands Ausspruch zu „12 Jahren Nationalsozialismus als Vogelschiss in 1.000 Jahren großartiger deutscher Geschichte“ (2018). Solche Kommentare sind die andere Seite der Medaille, wenn die AfD beispielsweise in den LmDR-Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2017 um unsere Landsleute buhlt.

Du bist der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland vor kurzem beigetreten. Was bewegte dich dazu und wie sieht es deiner Meinung nach mit der Erinnerungskultur bei der LmDR aus?

Tatsächlich habe ich durch meine Masterarbeit zum Fall Lisa erstmals vom Verband erfahren. Es war erstaunlich, dass die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in den Medienberichten zwischen Januar 2016 und Juni 2017 zwar als politisch anerkannte Interessenvertretung der Deutschen aus Russland gehandelt wurde, aber in den knapp 600 von mir untersuchten Artikeln keine zehn Mal namentlich vorkam. Das erstaunte mich, und da ich im Internet nur wenig über den Verband herausfand, wollte ich mir persönlich ein Bild machen. Im März 2017 besuchte ich „inkognito“ die erste Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin.

Bis September 2017 häufte ich allerlei Hintergrundwissen an und zog durch Wortmeldungen bei einer Fachtagung der Deutschen Gesellschaft e. V. die Aufmerksamkeit diverser Besucher auf mich, darunter die des damaligen Bundesvorsitzenden der LmDR, Waldemar Eisenbraun. Er war angetan von meiner Forschung und ermutigte mich, mit „frischem Blick von außen“ meine Ideen zur Optimierung der Vereinsarbeit einzubringen. Ich freute mich über die Gelegenheit, ehrenamtlich einen kleinen, wenn auch hoffentlich sichtbaren und nachhaltigen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Was bedeutet es für dich, „russlanddeutsch“ zu sein?

Meine zukünftigen Kinder werden hoffentlich nicht mehr regelmäßig ihre Identität mit wildfremden Menschen aushandeln müssen. „Russlanddeutsch“ zu sein bedeutet für mich, als deutsche Muttersprachlerin hingebungsvoll preußische Tugenden zu leben und dennoch für eine Russin gehalten zu werden. Meine „slawischen Gesichtszüge“ und mein vermeintlicher Akzent werden immer wieder gern, glücklicherweise aber auch immer wohlwollender kommentiert. Von solch einer Normalisierung konnte meine Familie nach ihrer Ankunft in Deutschland nur träumen.

Was wünschst du dir für die Zukunft und auch für die Deutschen aus Russland?

Selbstverständlich setzte ich alles daran, mein Promotionsprojekt zeitnah auf den Weg zu bringen. Ende August veranstaltet die Deutsche Gesellschaft e. V. eine Sommerakademie zum Thema „Deutsche Kultur im östlichen Europa“. Wenn meine Bewerbung angenommen wird, werde ich vor Ort Kontakte zu Forschungskollegen knüpfen und mich mit anderen Nachwuchswissenschaftlern bundesweit über die Weiterentwicklung unserer Projekte austauschen können.

Für Anregungen und Kritik zu meinem Projekt ***(per E-Mail: tanja.schmalz@live.de)*** bin ich allen Interessenten jederzeit dankbar und werde sie eines schönen Tages in meinem Vorwort verewigen!

Den Deutschen aus Russland wünsche ich bei aller Vielfalt ein geschlossenes Vorgehen, um ihre gruppenspezifischen Interessen selbstbewusst durchzusetzen. In einigen Jahrzehnten, so heißt es, wird von unserer Volksgruppe nicht mehr viel übrig bleiben. Das passiert aber nur, wenn unsere Geschichte ein weißer Fleck bleibt. Umso wichtiger ist der Kampf um einen „Platz in der Geschichte“.

Das Interview führte Lena Arent.

Russlanddeutsche Kulturtage 2018

Im Dezember 2018 fanden drei Veranstaltungen zur russlanddeutschen Kultur statt, die unterschiedlicher nicht hätten sein können und gleichzeitig viele Bereiche abdeckten.

Den Auftakt machte am 15. Dezember eine Veranstaltung zum Thema „Verarbeitung der transgenerationalen Traumata der Russlanddeutschen in Kunst, Kultur und Medien“. Die Teilnehmer fanden sich im Vortragsraum der Gaststätte „Rhenania“ in Germersheim (Rheinland-Pfalz) ein, um gemeinsam über dieses Thema zu diskutieren.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe Germersheim der LmDR, Alexander Deitner, führte Katharina Martin-Virolainen in den Begriff und die Bedeutung der russlanddeutschen Kultur ein.

Anschließend hielt die Kommunikationsberaterin und freie Journalistin Ira Peter aus Mannheim einen Vortrag zum Thema der Veranstaltung, den sie sehr vielseitig gestaltete. Dabei präsentiere sie nicht nur Werke russlanddeutscher Kulturschaffender, sondern zeigte auch Videos von Alexander Mick, einem jungen Künstler, und der Schriftstellerin Elvira Zeissler, die eigens für die Veranstaltung Grußworte und spannende Berichte über ihr Schaffen zusammengestellt hatten.

Nach dem Vortrag konnten sich die Gäste noch lange in einer offenen Konferenz über die Eindrücke der Veranstaltung und die russlanddeutsche Kultur unterhalten.

„Man benötigt mehr solcher Veranstaltungen“, betonte Valentina Dederer, Vorsitzende der Landesgruppe Rheinland-Pfalz und Mitglied des Bundesvorstandes der LmDR, die vom Inhalt der Veranstaltung sehr angetan war.

„Das sind spannende Themen, die auf interessante Weise präsentiert wurden", schloss sich Georg Schmalz, Vorsitzender der Kreisgruppe Landau der LmDR, an.

Am 19. Dezember war das Team der Russlanddeutschen Kulturtage bei einem literarisch-musikalischen Abend mit russlanddeutschen Kulturschaffenden im Gerhart-Hauptmann Haus in Düsseldorf zu Besuch. Das Grußwort übernahm der Vorsitzende der Landesgruppe NRW und stellvertretende Bundesvorsitzende Dietmar Schulmeister.

Nach dem musikalischen Auftakt mit Oleg von Riesen las die Dichterin Irina Malsam aus ihren Werken und entführte die Zuhörer in ihre literarischen Welten.

Die Schriftstellerin und Journalistin Nelli Kossko stellte bei der Veranstaltung ihr neues Buch „In den Fängen der Zeit" vor und begeisterte die Zuschauer nach dem wehmütigen Teil mit humorvollen Schwänken.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Katharina Martin-Virolainen, die nach der Lesung das Publikum zu einem Gespräch mit den Kulturschaffenden einlud.

Die letzte Veranstaltung der Russlanddeutschen Kulturtage fand im baden-württembergischen Eppingen statt – mit einem völlig neuen Format, das jedoch bei den Besuchern auf große Begeisterung stieß.

Neue und frische Formen sind gefragt, um insbesondere junge Menschen auf uns und unsere Geschichte aufmerksam zu machen. Der Abend wurde daher von Vladimir Andrienko und Konstantin Helwer mit viel Witz und Humor gestaltet. Die beiden Deutschen aus Russland erzählten von ihrem Integrationsprozess, von ihren Erfahrungen und Stolpersteinen auf dem Lebensweg, aber auch, wie sie Schwierigkeiten meistern. Mit ihrer unverwechselbaren Art und einem vielseitigen Programm sorgten sie für jede Menge Stimmung und gute Laune.

Teilnehmer der Lesung im Gerhart-Hauptmann-Haus (von links): Dietmar Schulmeister, Katharina Martin-Virolainen, Nelli Kossko, Irina Malsam und Oleg von Riesen.

Nach dem offiziellen Programm hatten die Gäste noch lange die Möglichkeit, sich in gemütlicher Atmosphäre untereinander auszutauschen.

Wir freuen uns insbesondere darüber, dass im Rahmen der Russlanddeutschen Kulturtage 2018 viele junge Menschen Interesse und Engagement gezeigt und sich aktiv in die Planung, Organisation und Durchführung eingebracht haben. Wir bedanken uns bei allen Mitwirkenden, die zum Gelingen der Veranstaltungsreihe beigetragen haben.

Insbesondere danken wir unseren Förderern, ohne die das Projekt nicht möglich gewesen wäre, beim **Kulturreferat für Russlanddeutsche, bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, bei der Friedlandhilfe e. V. sowie der Volksbank Stuttgart eG.**

Katharina Martin-Virolainen

Bernd Fabritius und Johann Thießen im Detmolder Museum

Prof. Dr. Bernd Fabritius, Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, stattete dem Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte (MRK) in Detmold im Juli 2018 seine erste Visite ab. Er informierte sich ausführlich über die Entstehungshintergründe, die aktuelle Situation des Museums sowie seine Ausstrahlung in die Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft.

Mit dabei war der neue Bundesvorsitzende der LmDR, Johann Thießen, der sich dem Museum seit seiner Gründung persönlich verbunden fühlt und den hohen Stellenwert der Einrichtung unter den von ihm zu betreuenden Aussiedlern zum Ausdruck brachte.

Museumsleiter Kornelius Ens und der stellv. Vorstandsvorsitzende Peter Dück bilanzierten die bisherige Tätigkeit des Museums als höchst zufriedenstellend und im Falle einer Finanzierungsverstetigung seitens des Bundes und einer dauerhaften Beteiligung des Landes NRW als deutlich ausbaufähig.

Seit Beginn der Projektförderung seitens des Bundes 2016 konnten die jährlichen Besucherzahlen nahezu verdreifacht werden. Das pädagogische sowie das kulturelle Angebot konnten ausgebaut und professionalisiert werden. Im Bereich des wissenschaftlichen Angebots kann das MRK mit Betreuungen mehrerer Dissertationen und Masterarbeiten aufwarten. Und nicht zuletzt durch die Ansiedlung des Kulturreferates Ende 2017 wurde der Standort zusätzlich als bundesweites Kompetenzzentrum aufgewertet.

Johann Thießen (3. v. li.) und Prof. Dr. Bernd Fabritius (4. v. li.) beim Besuch des Detmolder Museums.

In Kenntnis der Situation und Potenziale anderer Häuser dieser Ausrichtung bewertete der Aussiedlerbeauftragte die Qualität der Ausstellung und des Angebots als gesellschaftlich hoch relevant. Unter dem Prädikat der Einzigartigkeit für Deutschland wagte er, eine klare Zukunftsperspektive für eine Fortsetzung der Förderung auszusprechen.

Pressemitteilung des MRK (gekürzt)

„Mehr öffentliche Wahrnehmung und Respekt verschaffen“

Schlüsselübergabe für das Bayerische Kulturzentrum der Deutschen aus Russland in Nürnberg

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder (Mitte) mit Ehrengästen und Mitgliedern des bayerischen Landesvorstandes der LmDR.

Foto: Anastasia Eichmann

Im Beisein von geladenen Gästen aus Politik und Öffentlichkeit haben Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Sozialministerin Kerstin Schreyer am 18. Januar 2019 den Schlüssel für das Kulturzentrum der Deutschen aus Russland in Nürnberg an Ewald Oster, den Vorsitzenden der LmDR-Landesgruppe Bayern, übergeben.

Mit dem Kulturzentrum hat die russlanddeutsche Volksgruppe eine neue zentrale Anlaufstelle für ihre kulturelle Arbeit; derzeit leben etwa 450.000 Deutsche aus Russland in Bayern. Die geplante Kulturinstitution, die erste dieser Art bundesweit, soll mit wechselnden Ausstellungen und Vorträgen einen Einblick in die Geschichte und reiche Kultur der Volksgruppe geben und ein Bewusstsein für ihr Schicksal vermitteln.

Die Veranstaltung wurde vom musikalischen Trio unter der Leitung von Alexander Darscht (Musikschule Stein) begleitet. Eine fünfteilige Wanderausstellung vermittelte Kenntnisse zur 250-jährigen Geschichte der Deutschen aus Russland.

Sozialministerin Kerstin Schreyer betonte in ihrer Begrüßungsansprache: „Wir errichten ein Kulturzentrum für die Deutschen aus Russland in engem Austausch mit den Beteiligten. Die Deutschen aus Russland haben eine wunderschöne, facettenreiche Kulturtradition, und die soll auch gezeigt werden.“ Das Kulturzentrum sei ein Zeichen der Wertschätzung.

Die Sozialministerin stellte die wichtigsten Eckpunkte der Kultureinrichtung vor und startete einen Dialog mit den Deutschen aus Russland, die sich mit ihren Vorstellungen bei der weiteren Konkretisierung einbringen konnten. Durch das Kulturzentrum soll der Kulturarbeit der Deutschen aus Russland und der Vermittlung der russlanddeutschen Kulturgeschichte an die jüngeren Generationen „Nachhaltigkeit“ verliehen werden.

Dr. Markus Söder hatte die Gründung eines Kulturzentrums für Deutsche aus Russland bereits in seiner ersten Regierungserklärung vom 18. April 2018 zugesichert. „Auch Vertriebene und Aussiedler bereichern uns mit ihrem kulturellen Erbe. Gerade die Deutschen aus Russland sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Daher gründen wir ein Kulturzentrum für die Deutschen aus Russland in Nürnberg“, ist da nachzulesen.

Bei der symbolischen Übergabe des Schlüssels betonte Söder zum wiederholten Male, das geplante Kulturzentrum sei „ein ganz bewusstes Signal“ und auch „ein Stück Respekt und Bekenntnis der Landsmannschaft gegenüber. Die Interessen der Deutschen aus Russland liegen mir am Herzen.“

„Die Deutschen aus Russland bereichern uns mit ihrer einzigartigen Kultur. Ihr Schicksal ist ein wichtiger Teil unserer gemeinsamen Geschichte, das nicht in Vergessenheit geraten darf. Uns verbindet viel. Ich bin deshalb froh und stolz, dass wir gemeinsam diesen zentralen Ort der Begegnung und Verständigung ermöglichen“, so der Ministerpräsident weiter.

Der Vorsitzende der Landesgruppe Bayern der LmDR, Ewald Oster, sorgte mit seiner Aussage „Mit meinen 68 Jahren bin ich der glücklichste Mensch hier in Bayern.“ für lebhaften Beifall der Versammelten. Seit über 40 Jahren lebt Oster mit seiner Familie in Unterfranken und engagiert sich seit mehr als drei Jahrzehnten bei der LmDR, deren Vorsitzender in Bayern er seit 2015 ist.

Im Namen der gesamten Volksgruppe dankte Ewald Oster den politischen Unterstützern der Deutschen aus Russland in Bayern für ihren beispielhaften Einsatz für die Belange seiner Landsleute. Dazu gehörten insbesondere Ministerpräsident Markus Söder, Sozialministerin Kerstin Schreyer, die Landesbeauftragte Sylvia Stierstorfer und Karl Freller, 1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags und stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion.

„Gerade die deutschen Landsleute aus Russland sind eine Bereicherung für Bayern. Mir ist es wichtig, diesem Beitrag endlich mehr öffentliche Wahrnehmung und Respekt zu verschaffen“, zitierte Oster Sylvia Stierstorfer. „Das Kulturzentrum soll ein Leuchtturm werden – eine Institution, die wissenschaftliche, geschichtsvermittelnde, museale, kulturelle und Bildungsaspekte vereint und allen Deutschen aus Russland in Bayern zugutekommt“, so Oster zum Schluss.

Mit dem 270 Quadratmeter großen provisorischen Kulturzentrum in Nürnberg, Sandstraße 20a, hat der Freistaat Bayern eine Übergangslösung bis zur Fertigstellung des geplanten Kulturzentrums am endgültigen Standort geschaffen. Die Kulturstätte wird von den Deutschen aus Russland selbst durch den von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland neu gegründeten Trägerverein betrieben und vom Freistaat Bayern finanziert.

Das geplante Kulturzentrum soll die wissenschaftlichen, geschichtsvermittelnden, kulturellen und öffentlichkeitswirksamen Aspekte vereinen. Dabei wird das 2018 gegründete bayerische Kulturreferat der Deutschen aus Russland (Leitung: Waldemar Eisenbraun) intensiv in die Konzipierung und Planung des Kulturzentrums eingebunden.

Es soll durch seine Aktivitäten neue Impulse geben und die Kulturarbeit stärken, den Blick auf die Deutschen aus Russland erweitern und ihre Leistung verstärkt in das öffentliche Verständnis bringen. Der breiten Öffentlichkeit soll das Kulturzentrum ein Bewusstsein für das Schicksal der Deutschen aus Russland vermitteln, mit neuen Projekten und Konzepten die Jugend ansprechen und die Kulturgeschichte an die junge Generation weitergeben.

VadW / StMAS

Der Bundesvorsitzende der LmDR, Johann Thießen, bei der Jahrestagung der Konferenz für Aussiedlerseelsorge der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD):

„Ohne die Vertreter der christlichen Kirchen wären unsere Veranstaltungen um vieles ärmer.“

Am 8. Januar 2019 versammelten sich in Berlin die Beauftragten der Gliedkirchen der evangelischen Kirche Deutschlands sowie Vertreter von Aussiedlerorganisationen zur Jahrestagung der Konferenz für Aussiedlerseelsorge der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Die 1977 aufgebaute Stelle der Aussiedlerseelsorge der EKD kümmert sich mit ihren pastoralen Angeboten um Menschen aus Osteuropa sowie den ehemaligen GUS-Staaten, die im Zuge und in der Folge des II. Weltkrieges ihre Heimat verloren haben.

In seinem Grußwort würdigte Prof. Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, die Arbeit der Aussiedlerseelsorge in der EKD: „Die evangelische Kirche in Deutschland hat sich stets für die Belange und Nöte der deutschen Flüchtlinge, Heimatvertriebenen und Aussiedler eingesetzt. (...) So bieten seelsorgerische Gespräche im Rahmen der Aussiedlerseelsorge Aussiedlern die Möglichkeit, Erfahrenes zu verarbeiten und sich in das neue Lebensumfeld einzufinden. Glaube ist dabei eine wichtige Stütze, den Verlust der angestammten Heimat zu bewältigen und eine neue Heimat im Bundesgebiet zu finden.“

„Ohne die Vertreter der christlichen Kirchen wären unsere Veranstaltungen – seien es nun Bundes- und Landestreffen, Delegiertenversammlungen oder Gedenkfeiern anlässlich der Deportation der Deutschen in der Sowjetunion – um vieles ärmer“, betonte der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Johann Thießen. „Der christliche Glaube gibt unserer Arbeit Ziel und Perspektive, mit der zentralen Wertschätzung des christlichen Glaubens haben wir aber auch einer historischen Verantwortung gerecht zu werden.“ Er selbst orientiere sich in seinem privaten Leben und öffentlichen Wirken immer an christlichen Werten, so Johann Thießen.

Er wandte sich außerdem mit einem Appell an die Teilnehmer der Konferenz: „Es sind aber auch viele unter den Deutschen aus Russland, die unter Christentum und vor allem Kirche etwas Anderes verstehen als ihre einheimischen Nachbarn. Wie hier in Deutschland der Glaube gelebt wird, ist ihnen oft fremd, zu unpersönlich, zu kalt.

Wie sie denken und fühlen, passt vielleicht nicht in die Gegenwart, es kann jedoch den Kirchen Impulse geben, wieder verstärkt auf die Menschen und ihre Bedürfnisse einzugehen und sich weniger an Ritualen und Formellem zu orientieren.

Innerhalb der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland müssen wir leider feststellen, dass die Kontakte vonseiten der Kirchen lockerer geworden sind. Vielleicht lassen sie sich von der Auffassung leiten, die Integration, auch die religiöse, sei abgeschlossen.

Das mag auf Äußerlichkeiten zutreffen. Deutsche aus Russland können durchaus als Leistungsträger bezeichnet werden, sie haben herausragende Künstler und Sportler. Sie sind froh, ein Leben ohne Schikanen und Repressionen führen zu können. Was ihnen jedoch häufig fehlt, ist das Gefühl, mit ihrer Mentalität angenommen zu werden. Allzu oft müssen sie erleben, dass aus bedauerlichen Einzelfällen Gesamtvorwürfe konstruiert werden, die bei ihnen den Eindruck erwecken, doch nicht willkommen zu sein.“

VadW

Teilnehmer der Jahrestagung der Konferenz für Aussiedlerseelsorge in der Evangelischen Kirche.
Bild: BMI.

Die Arbeit der Konferenz für Aussiedlerseelsorge in der EKD:

Mitglieder dieser Konferenz sind die Beauftragten der Gliedkirchen der EKD für die Aussiedlerseelsorge. Diese Beauftragten sind für die Hilfestellung für die Kirchengemeinden und die geistliche und seelsorgerliche Betreuung von Aussiedlerinnen und Aussiedlern in den Aufnahmelagern zuständig und weniger für die diakonische Arbeit (Beratung, Projekte). In der Praxis gibt es jedoch vielfältige Kooperationen.

Die Konferenz tagt einmal jährlich drei Tage lang. Sie hat einen gewählten Vorstand, der zwischen den Jahrestagungen die Geschäfte führt. Die Aufgaben einer Geschäftsstelle hat das Referat für Aussiedlerseelsorge im Kirchenamt der EKD übernommen.

Aufgaben der Konferenz sind vor allem:

- Erfahrungsaustausch
- Vernetzung mit anderen Arbeitsbereichen in der Aussiedlerarbeit
- Fortbildung der Mitarbeitenden
- Formulierung von Positionen für die Aussiedlerseelsorge und für die Aussiedlerpolitik.

Gemeinsam mit dem Beauftragten des Rates der EKD für die Fragen der Spätaussiedler und der Heimatvertriebenen und mit der Diakonie ist somit diese Konferenz die kirchliche Stimme für die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.

Quelle: www.ekd.de

Schicksalsmosaik

Vor zehn Jahren, als ich am Anfang meiner ehrenamtlichen Tätigkeit stand, habe ich eines Tages beschlossen, die Geschichten unserer älteren Generation aufzuschreiben. Das war anfangs sehr mühsam. Für mich war das Thema neu, und ich fand leider kaum jemanden, der mir darüber berichten konnte. Auf meine Anfragen winkten die Kinder und Enkel dieser Menschen oft nur genervt ab: „Ach, lass doch die alten Leute in Ruhe!", meinten sie. Doch mit List und Tricks habe ich es doch geschafft, ein paar von ihnen zu erreichen und zu interviewen.

Ein Interview ist mir besonders im Gedächtnis geblieben. Eines Tages besuchte ich eine alte Dame, die im Schwarzmeergebiet geboren ist, während des Krieges nach Deutschland kam und später in das abgelegenste Eck der Sowjetunion deportiert oder, wie man es damals offiziell nannte, „repatriiert" wurde. Sie konnte sich noch an viele Details erinnern.

Mitten im Interview kam plötzlich ihre jüngere Schwester zu Besuch. Sie begrüßte uns, schaute mich dabei etwas skeptisch an und wollte wissen, was ich hier mache. Auf meine Erklärungen, dass ich versuche, die einzelnen Lebensgeschichten unserer Erlebnisgeneration festzuhalten, flippte die Dame völlig aus. Sie wurde ganz rot im Gesicht und fauchte mich an, dass ich nichts von dem, was ihre Schwester mir in den letzten Stunden erzählt habe, je veröffentlichen dürfe. Ich versuchte sofort, ihr zu erklären, dass ich keinerlei Geld damit verdienen wolle, es mir vielmehr lediglich um das Festhalten der Geschichte unserer Landsleute gehe.

Doch die temperamentvolle Dame war nicht mehr zu bremsen. Sie verfiel so sehr in ihre Wut, dass all meine Worte und Erklärungen an ihr abprallten. Wozu immer wieder über die Vergangenheit reden? Wozu immer wieder die alten Wunden aufreißen? „So werden wir niemals Ruhe finden! Es ist vorbei, und wir sollten es vergessen!", war das Schlusswort meiner Kontrahentin. Ich wagte nicht, ihr zu widersprechen, und versprach, alles zu löschen.

Während des Wortgefechts saß meine Gesprächspartnerin, die vorhin noch lebendig von ihrem Schicksal berichtet hatte, ganz still da und schaute mich schuldbewusst an. Als ich hinausging, war ich wütend auf diese Schwester. Ich konnte nicht verstehen, warum sie so reagiert hatte.

„Schreib doch die Geschichte deiner Familie auf und lass unsere in Ruhe!", warf sie mir damals im Wortgefecht ins Gesicht. Heute würde ich ihr entgegnen, dass jede einzelne Geschichte, jedes einzelne Schicksal jedes unserer Vorfahren wertvoll ist. Es ist ein Element – eines von vielen -, das wir nach und nach in ein großes Mosaik legen können. Wenn wir zulassen, dass einzelne Bausteine verloren gehen, bricht irgendwann das ganze Mosaik zusammen.

Damals hatte ich auf die Argumente der Dame keine Gegenargumente. Was ich damals auch nicht wusste: Ich würde noch öfters in solche Situationen kommen. Weil es außer dieser Dame noch viele Menschen gibt, die meinen, dass wir die Vergangenheit ruhen lassen sollten.

Es waren Söhne und Töchter, die mich abgewiesen haben, wenn ich mit ihren Eltern sprechen wollte. Es waren Enkelinnen und Enkel, die gelangweilt mit den Achseln zuckten, wenn ich sie nach ihren Großeltern fragte. Es waren Nichten, Neffen und sonstige Verwandte, die alte Briefe, Dokumente, Fotos und Gegenstände geerbt und sie der Mülltonne übergeben hatten, weil sie darin nichts Wertvolles erkennen konnten.

Viele Jahre war ich auf diese Frau wütend. Bis ich verstanden hatte, dass sie das nicht aus Bosheit oder aus Laune gesagt hatte. Sie war verletzt. Sie hatte wohl nie die Möglichkeit, ihre Vergangenheit zu verarbeiten. Und dann komme ich und will auf einmal alles wissen. Ich reiße alte Wunden auf, die so lange gebraucht haben, um sich zuzuziehen. Oder vielleicht war es auch die längst verstorbene Hoffnung, dass überhaupt jemand zuhören wird. Der fehlende Glaube, dass sich tatsächlich jemand für diese Geschichte, für das Leben eines einzelnen Menschen interessiert.

Zehn Jahre später erhalte ich einen Brief. Ein paar Zeilen. Getippt auf einer Schreibmaschine. In diesen wenigen Zeilen steckt ein ganzes Menschenleben. Nach dem Brief folgt ein weiterer Brief. Ein Anruf. Eine Bitte um Anruf. Eine E-Mail. Diese Menschen möchten mir ihre Geschichte erzählen. Nicht immer schaffe ich es, rechtzeitig zu reagieren und gleich zu antworten. Doch ich habe es mir zum Ziel gesetzt, keine einzige Geschichte auszulassen. Wissen Sie, was der schlimmste Satz ist, den ich in diesen Gesprächen höre? „Das habe ich noch nie jemandem erzählt." Wobei, es gibt sogar einen noch schlimmeren: „Ich wollte es meinen Kindern erzählen, aber sie haben andere Probleme."

Rechnet mal nach, wie alt unsere Erlebnisgeneration heute ist. Wie alt sind unsere Leute, die das ganze Leid am eigenen Körper erfahren haben? Damals waren sie Kinder. Die Jugendlichen und Erwachsenen von damals sind schon längst nicht mehr da. Denken wir etwa, unsere Großeltern werden ewig leben? Dachte ich einst auch. Jetzt habe ich weder Omas noch Opas. Obwohl ich sie noch so viel fragen wollte.

Wenn ich heute mit meiner Generation oder mit unserer Elterngeneration darüber spreche, höre ich oft: „Hätte ich doch – als sie/er noch gelebt hat..." Haben wir aber nicht. Wir haben schon zu viel verpasst. Unser Schicksalsmosaik wird für immer unvollständig bleiben. Aber wem kann ich einen Vorwurf machen? Erst einmal mir selbst. Kann ich die junge Generation dafür rügen, dass sie nichts weiß? Oder soll ich der Großelterngeneration einen Vorwurf machen, dass sie zu lange geschwiegen hat?

In letzter Zeit muss ich immer öfter an diese Dame denken. Daran, wie sich alles in den letzten Jahren entwickelt hat. Vor zehn Jahren konnte ich kaum jemanden finden, der mir etwas erzählen wollte, heute finde ich kaum noch Zeit, um alles zu erfassen. Ich beschwere mich nicht. Ich bin froh über diese Entwicklung. Und trotz der Tatsache, dass wir bereits so viel verloren haben, ist es von großer Bedeutung, dass wir in unserem Leben so viele kleine Bausteine wie nur möglich sammeln, damit sie unser Schicksalsmosaik zusammenhalten.

Katharina Martin-Virolainen

HEIMATBUCH 2017

Inhalte:

- Deportation unserer Landsleute mit der anschließenden Verbringung in die stalinistischen Zwangsarbeitslager;
- Beiträge zum 200-jährigen Auswanderungsjubiläum der Kaukasusdeutschen;
- Geschichte der russlanddeutschen Literatur, die von Nina Paulsen kenntnisreich dargestellt wird;
- Artikel über wichtige Veranstaltungen der Landsmannschaft in den letzten Jahren, Beiträge, die weit zurückgreifen in die russlanddeutsche Geschichte, und Nachrufe auf herausragende russlanddeutsche Persönlichkeiten;
- abgeschlossen wird der Band durch zwei Beiträge zum Alltagsleben der Deut-

10 €, 290 S.

Bestellungen bitte an:

**LmDR e. V.
Raitelsbergstraße 49,
70188 Stuttgart**

**Telefon:
0711/16659-22**

**E-Mail:
Versand@LmDR.de**

1. Baden-Württembergisches Kulturfestival in Stuttgart:

Leckerbissen für Freunde der russlanddeutschen Musik

Freunde der russlanddeutschen Musik – insbesondere des Chorgesangs – kamen beim 1. Baden- Württembergischen Kulturfestival, das am 1. Juni 2019 im Alten Feuerwehrhaus in Stuttgart stattfand, voll auf ihre Kosten.

Empfangen wurden die Gäste mit Liedern von Lina Neuwirt und Jakob Fischer, die gemeinsam mit Viktoria Mehlhaff, Kulturreferentin der Landesgruppe Baden-Württemberg der LmDR, die Moderation des Festivals übernahmen.

Die Organisationsleiterin Lilli Gessler, stellv. Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg der LmDR und Vorsitzende der Ortsgruppe Pforzheim, konnte unter den Zuhörerinnen und Zuhörern auch die langjährige Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg, Leontine Wacker, sowie zahlreiche Mitglieder des baden-württembergischen Landesvorstandes der LmDR begrüßen. Leontine Wacker sprach den Organisatoren und Mitwirkenden ihren herzlichen Dank für ihre vorbildliche Arbeit aus.

Einzigartig waren anschließend das Niveau und die Vielfalt der musikalischen Beiträge der mitwirkenden Chöre und Solisten aus Baden-Württemberg:

Der 2002 gegründete Chor **„Sudari – Sudaruschki“** aus Möckmühl unter der Leitung von Elena Dick begeisterte das Publikum mit deutschsprachigen Liedern wie „Komm ein bisschen mit nach Italien“, „Festival der guten Laune“ oder „Ich wollte nie erwachsen sein.

2014 wurde der Chor **„Heimatmelodie“** aus Stuttgart, der musikalisch begleitet von der 18-jährigen Pianistin Liudmila Parfeniuk auftrat, von Viktoria Mehlhaff gegründet. Sein Lied „Halleluja“, bei dem das Publikum sichtlich bewegt mitging, wurde zu einem der absoluten Höhepunkte des Festivals. Beste Stimmung herrschte auch bei den anderen stimmungsvoll vorgetragenen Liedern.

Bereits seit 20 Jahren besteht der **Frauenchor der Deutschen aus Russland** aus Biberach an der Riss unter der Leitung von Shanna Schock. Volkslieder, aber auch Schlager wie „Butterfly“ oder ein russischsprachiges Lied sorgten für Abwechslung und kamen beim Publikum sehr gut an.

Professionell wie immer agierte der Chor **„Jungbrunnen“** aus Offenburg mit seinem Leiter Anton Bittel, der den Gesang auch auf seinem Akkordeon begleitete. Der Chor wurde 2003 vom gegenwärtigen Vorsitzenden der Ortsgruppe Offenburg, Georg Stößel, als Projektleiter der LmDR gegründet. Titel wie „Liebe kleine Schwarzwaldmarie“, „Griechischer Wein“, „In München steht ein Hofbräuhaus“ oder „Tum Balalaika“ deuten an, dass auch „Jungbrunnen“ ein breit gefächertes Programm vorbereitet hatte.

Die stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg, Lilli Gessler (rechts), bedankte sich bei der langjährigen Vorsitzenden der Landesgruppe, Leontine Wacker, für ihre Teilnahme.

Gekonnten mehrstimmigen Gesang bot der Gesangverein **„Lieb Heimatland“** aus Karlsruhe (Dirigentin: Regina Gajnanow, Vorsitzende: Korneli Vöhringer), der unter anderem das von Regina Gajnanow komponierte und getextete Lied „Sehnsucht“ und ein Lied aus der Oper „Ruslan und Ljudmila“ von Michail Glinka präsentierte.

Sein zehnjähriges Jubiläum feiert in die diesem Jahr der Chor **„Regenbogen“** aus Heidenheim (Leiter: Waldemar Mantel; Organisation: Olga Schmidt), der deutsch- und russischsprachige Lieder zu Gehör brachte und das Publikum auf seiner Seite hatte.

Zur Klavierbegleitung von **Nadja Bauer** sang **Natascha Vexler** aus Stuttgart unter anderem das „Wiegenlied“ von Schubert und das Volkslied „Es löscht das Meer die Sonne aus“ und durfte sich über den lebhaften Beifall der Zuhörer freuen.

Eine hoch willkommene Ergänzung des Programms war die Vorstellung der landsmannschaftlichen Wanderausstellung durch den Projektleiter **Jakob Fischer**, der außerdem Filme zu den Festivals der deutschen Kultur in den 1980er Jahren in Alma-Ata vorstellte.

In einem der Filme war unter anderem **Lina Neuwirt** beim Vortrag ihres Liedes „Mein Heimatdorf“ zu sehen, das sie auch beim Kulturfestival in Stuttgart sang. Weitere Lieder, die sie gemeinsam mit Jakob Fischer sang, zeigten, dass sie nichts von ihrem Können verloren hat.

Zum Abschluss der Veranstaltung versammelten sich die Organisatoren und Mitwirkenden auf der Bühne und boten ein farbenfrohes Bild, das die Lebendigkeit und Attraktivität der russlanddeutschen Kultur in eindrucksvoller Weise zeigte.

Dass zahlreiche HelferInnen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland an diesem heißen Nachmittag alle mit Speis‘ und Trank bestens versorgten, sei dankbar erwähnt.

VadW

Imposantes Schlussbild des Kulturfestivals.

Der Sozialausschuss der LmDR:

„Ruhestand war gestern, malochen bis zum Tode ist heute das Schicksal von immer mehr Rentnerinnen und Rentnern.“

Eine wachsende Zahl von Senioren kommt mit ihrer Rente nicht mehr aus: Im Jahr 2010 gingen rund 660.000 Menschen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren einer geringfügigen Beschäftigung oder einem Minijob nach.

Dies sind 244.000 mehr als 2000, was einem Anstieg um 58,6 Prozent entspricht. Etwa 3,5 Prozent der insgesamt etwa 20 Millionen Rentner verdienten sich also etwas dazu.

Auch die Zahl der alten Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, ist gestiegen: 400.000 über 65-Jährige erhielten 2009 die staatliche Grundsicherung im Alter, 2003 waren es nur 258.000, 2006 waren es rund 343.000 Personen. 2012 waren es dann mit 465.000 Personen 6,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor. 2,7 Prozent der Rentner waren 2012 auf Grundsicherung angewiesen – der höchste Wert seit Einführung der Grundsicherung 2003.

Deutsche aus Russland sind von dieser Entwicklung in besonderer Weise betroffen. Sie mussten in den letzten Jahren bedeutende Rentenänderungen hinnehmen, die ihnen nur Nachteile einbrachten.

Änderungen wie zum Beispiel der § 1 des Fremdrentengesetzes brachten es mit sich, dass Ehegatten und Abkömmlinge von Spätaussiedlern mit § 7 aus dem Rentenbezug fielen, da nur der Rente erhält, der in eigener Person als Vertriebener, Aussiedler oder Spätaussiedler anerkannt ist.

Die mit dem Gesetz zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (Renten-Überleitungsgesetz) begonnene Absenkung der Tabellenwerte, mit der die Eingliederung in strukturschwache Gebiete simuliert werden sollte, verstärkte die negative Entwicklung für Deutsche aus Russland erheblich.

Für alle Arbeitszeiten, die im Vertreibungsgebiet geleistet wurden, werden nur noch 60% der Entgeltpunkte anerkannt. Das betrifft alle Aussiedler, die nicht vor dem 1. Oktober 1996 in Rente gehen konnten. Der Zeitpunkt des Zuzugs spielt im Unterschied zur Reform von 1992 keine Rolle mehr.

Alle nach § 16 Fremdrentengesetz (FRG) erzielten Beschäftigungszeiten werden künftig erst ab dem 17. Lebensjahr berücksichtigt. Nach § 15 FRG erworbene Zeiten sind davon nicht betroffen.

Schul-, Fach- und Hochschulzeiten, die nach dem 17. Lebensjahr liegen, werden nur noch bis zu einer Gesamtdauer von drei Jahren anerkannt, wobei ein Abschluss nicht mehr erforderlich ist.

Die Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit und Krankheit ohne Beitragszahlung werden in Berücksichtigungszeiten umgewandelt. Sie sind nur noch für die Wartezeiterfüllung wichtig, werden bei der Rentenberechnung ausgeschlossen und wirken sich nur bedingt auf die Höhe der Rente aus. Zeiten der Arbeitslosigkeit und Krankheit mit Leistungsbezug, in denen also der Betroffene Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Krankengeld erhalten hat, gehen weiterhin in die Rentenberechnung ein.

Adolf Braun, Leiter des Sozialausschusses der LmDR.

Wie sich die genannten Benachteiligungen in der Praxis auswirken, wollen wir an einigen realen Fällen illustrieren:

Kürzung der ermittelten Entgeltpunkte um 40%:

Fallbeispiel 1:

Anna M. reiste 1991 in die Bundesrepublik als Aussiedlerin ein. In der ehemaligen Sowjetunion hatte sie 30 Jahre lang gearbeitet, nach der Einreise arbeitete sie von 1991 bis 2004 und leistete Beiträge für die Rentenkasse. Bei ihrem Eintritt in den Ruhestand konnte sie also auf 43 rentenzeitrelevante Jahre zurückblicken, bekam aber eine Altersrente in Höhe von nur 731 Euro – angesichts ihrer zurückgelegten Zeiten als Pflegerin bzw. Pflegehelferin nur sehr wenig, zu wenig, um ein Leben ohne Unterstützung der Sozialträger führen zu können. Der niedrige Betrag ist auf die Kürzung der Entgeltpunkte um 40% zurückzuführen sowie auf die Kürzung der Tabellenwerte (fiktive Beiträge) um ein Sechstel, weil sie vom zuständigen Archiv in Kasachstan die erforderlichen Nachweise für ihre ganzjährige Tätigkeit nicht bekommt.

Fallbeispiel 2:

Waldemar H. kam 1987 als Aussiedler in die Bundesrepublik. Insgesamt legte er 49 Jahre rentenzeitrelevanter Arbeitszeiten zurück, 32 Jahre in der ehemaligen Sowjetunion und 17 Jahre in Deutschland. In diesen 49 Jahren leistete er zum Teil Schwerstarbeit unter Kommandantur, zum Teil war er als hoch qualifizierter Angestellter beschäftigt. Seit 2004 ist Waldemar H. Rentner und bekommt eine Altersrente von 941 Euro. Diese Rente ist nicht ausreichend, um den täglichen Lebensunterhalt zu bestreiten und liegt sogar unter dem Pfändungsfreibetrag.

Zusätzliche Kürzung der um 40% gekürzten Entgeltpunkte auf 40 pro Ehepaar:

Fallbeispiel 3:

Anita und Peter S. reisten 2000 als Spätaussiedler im Rentenalter nach Deutschland aus. Beide hatten in der ehemaligen Sowjetunion über 50 rentenzeitrelevante Jahre zurückgelegt. Ihre Altersrente wurde zusätzlich zur Kürzung um 40 Prozent auf zusammen 40 Entgeltpunkte gekürzt (Peter S. hatte 36 Entgeltpunkte erworben, Anita S. 31). Die als Nettobetrag ausbezahlte Rente beträgt jeweils 477 Euro, insgesamt sind es also 954 Euro. Die Familie ist auf Wohngeld und weitere Sozialleistungen angewiesen.

Kürzung der Witwenrente auf 25 Entgeltpunkte:

Fallbeispiel 4:

Ottilie K. reiste 1996 als Spätaussiedlerin im Rentenalter nach Deutschland aus. Ihr Ehemann, deutscher Volkszugehöriger wie sie, erlebte die Aussiedlung nach Deutschland nicht. Ottilie K. erhielt eine Altersrente in Höhe von 23 Entgeltpunkten, umgerechnet 498 Euro. Für ihren verstorbenen Ehemann wurde ihr eine große Witwenrente zuerkannt; für seine über 45 rentenzeitrelevanten Jahre wurden 29 Entgeltpunkte ermittelt. Von diesen 29 Entgeltpunkten, die ohnehin bereits um 40% gekürzt wurden, kommen jedoch wegen der weiteren Kürzung auf insgesamt 25 Entgeltpunkte gerade einmal 2 Entgeltpunkte (25 Entgeltpunkte minus 23 Entgeltpunkte aus eigener Altersrente) zur Auszahlung, so dass ihre Witwenrente monatlich lediglich 7 Euro beträgt. Sie ist damit trotz des Bezuges einer Altersrente auf Wohngeld und andere Sozialleistungen angewiesen.

Wie sich eine Kürzung auswirkt, bestimmt die Anwendung des § 262 SGB VI in Verbindung mit § 22 Abs. 4 FRG.

Die Anwendung des § 262 kann sich in Fällen, in denen der Durchschnittswert von 0,0625 Entgeltpunkten nicht erreicht wird, positiv auswirken. Diese werden dann durch zusätzliche Entgeltpunkte auf 0,0625 aufgewertet.

Bei Betroffenen jedoch, die im Bundesgebiet noch mehrere Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet und häufig in mehreren Jahren erheblich höhere Entgeltpunkte als 0,0625 Punkte pro Monat erwirtschaftet haben, werden durch die Anwendung des § 262 die Bezüge auf den Durchschnittswert von 0,0625 gekürzt.
Wesentlich betroffen sind Beschäftigte, die in einem Alter von um die 40 zugezogen sind, in Deutschland entsprechend langjährig beschäftigt waren und in aller Regel davon ausgegangen sind, dass sie durch entsprechend fleißige Arbeit die Absenkung ihres Fremdrentenanspruches kompensieren könnten. Wie man jedoch den o.g. Ausführungen entnehmen kann, ist das Gegenteil der Fall.
Nimmt man alle Benachteiligungen zusammen, müssen unsere Rentner mit Kürzungen von bis zu 55 Prozent rechnen. Dadurch müssen viele Deutsche aus Russland damit rechnen, in die Altersarmut abzugleiten.
Die LmDR hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, auf die steigende Altersarmut in Deutschland, von der in besonderem und enorm steigenden Ausmaß auch die Deutschen aus Russland betroffen sind, hinzuweisen und sie bei allen Parteien zur Sprache zu bringen.
Wir sind der Meinung, dass unseren Landsleute ein Sozialabkommen mit der Russischen Föderation künftig Erleichterungen bringen würde.
Für diejenigen Landsleute aber, die bereits jetzt Rente beziehen, müssen andere Lösungen gefunden werden, um sie vor Altersarmut zu bewahren.

Lösungsvorschläge der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland:

- Festhalten am Generationenvertrag – Weg vom Argument der Sozialverträglichkeit und Stützung des Eingliederungsgedankens nach dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG), d.h. Festigung der Integration in das Gemeinwesen.
- Weg mit der Kürzung der Rente um 40%, da die Betroffenen selbst bei einer Lebensarbeitszeit von 45 Jahren größtenteils unter das Existenzminimum fallen und Grundsicherung beantragen müssen, damit sie ihr Überleben garantieren können,
- Bei der Kürzung der Rente um ein Sechstel wird von den Beteiligten umfangreiches Material zum Nachweis von früheren Tätigkeiten verlangt, was sie nicht leisten können und eine komplette Überforderung in ihrer persönlichen Situation darstellt. Deshalb: Aufhebung der Ein-Sechstel-Kürzung. Damit wäre auch die Beweislast für die Betroffenen vom Tisch.
- Keine Beantragung der Rente aus Russland verlangen, da es hierfür an einem Sozialabkommen beziehungsweise an eindeutigen Gesetzesgrundlagen fehlt. Mit den Herkunftsländern wären daher entsprechende Sozialabkommen wünschenswert.
- Keine Zwangsverrentung durch die Sozialbehörde. Diese zieht nämlich eine weitere Kürzung nach sich, da pro Monat der frühzeitigen Inanspruchnahme der Rente 0,03% weniger bezahlt wird. Dies kann, je nachdem wie lange man früher in Rente geht, eine Kürzung von bis zu 18% nach sich ziehen, und dies auf Dauer. Davon ist auch die einheimische Bevölkerung betroffen und nicht nur Spätaussiedler.

Es ist gewiss richtig, dass die Rentenhöhe allein nicht geeignet ist, letztgültige Aussagen über Altersarmut zu treffen. In vielen Fällen wird, wie die SPD in ihrer Antwort auf die Prüfsteine der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ausgeführt hat, die gesetzliche Rente „durch zusätzliche Altersvorsorge im Bereich der betrieblichen und / oder privaten Vorsorge, Immobilien, Ersparnisse sowie Alterseinkommen weiterer Familienmitglieder“ ergänzt.
Das mag im Normalfall, sprich für die Mehrheit der einheimischen Rentner, zutreffen. Nicht jedoch für Deutsche aus Russland, die als Spätaussiedler spät nach Deutschland gekommen sind. Denn:

- Die Nichtfremdrentenbezüge der Deutschen aus Russland orientieren sich an Beitragsleistungen aus Beschäftigungsverhältnissen unterhalb des Qualifikationsniveaus.
- Bei vielen Deutschen aus Russland fehlt insbesondere aufgrund der späten Ausreise die zusätzliche Altersvorsorge im Bereich der betrieblichen und / oder privaten Vorsorge, sprich Ersparnisse.
- Immobilien sind bei vielen Deutschen aus Russland, die genug damit zu hatten, über die Runden zu kommen, eher seltener anzutreffen.
- Und natürlich können Deutsche aus Russland in vielen Fällen nicht auf die Alterseinkommen von Familienangehörigen bauen, die nach §7 oder §8 gekommen sind und über äußerst geringe Alterseinkommen verfügen.

Fazit:
Die Gefahr, in der Altersarmut zu landen, wird für Deutsche aus Russland aufgrund fehlender Rettungsanker (Ersparnisse, Immobilien, zahlungskräftige Familienangehörige) zusätzlich verstärkt.
Höchste Zeit also für die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik, auch in diesem Bereich Willkommenskultur zu zeigen.

Herzlichen Dank an die Schutzengel der Landsmannschaft!

Liebe Redaktion,
noch vor kurzem befand sich unsere Familie in einer der schwierigsten Notsituationen, die man sich nur vorstellen kann. Uns drohte die Rückführung aus Deutschland in die alte Heimat, obwohl mein Mann deutsche Wurzeln hat und alle Unterlagen, die das bestätigen.

In unserer Verzweiflung und Hilflosigkeit wussten wir nicht, was wir tun sollten. Mit der großen Hoffnung, Hilfe zu bekommen, wandten wir uns an den Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun. Er zeigte sich als aufmerksamer, verantwortungsvoller und mitfühlender Mensch. Wir trafen uns in Regensburg, wo er uns Unterstützung in unserer schwierigen Lage zusicherte.

Waldemar Eisenbraun vermittelte uns an die Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft, Lilli Bischoff, die sich der Sache energisch und kompetent, aber auch mit viel Herz und Einfühlungsvermögen annahm.

Das Ergebnis des zeitraubenden und hartnäckigen Engagements von Lilli Bischoff und Waldemar Eisenbraun führte zum glücklichen Ende: Unsere Familie durfte in Deutschland bleiben, mein Mann wurde als Spätaussiedler nach Paragraph 4 anerkannt. Und das nur dank dem schnellen und entschiedenen Handeln der Landsmannschaft und ihrer verantwortungsbewussten und engagierten Vertreter.

Das Schicksal führte uns mit einem weiteren wunderbaren Menschen zusammen, dem wir ebenfalls unendlich viel verdanken. Das war Valentina Wudtke von der Ortsgruppe Regensburg, die uns mit viel Energie und Anteilnahme bei allen praktischen Problemen betreute und begleitete – bei der Wohnungssuche, bei Finanzschwierigkeiten oder bei der Organisation des Alltags.

Mit der vielseitigen und engagierten Unterstützung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, vertreten durch die Schutzengel unserer Familie, Waldemar Eisenbraun, Lilli Bischoff und Valentina Wudtke, ist alles in Ordnung gekommen. Wir wohnen in einer schönen Wohnung im bayerischen Weiden, unsere Tochter Alexandra besucht die Schule und wir beide einen Sprachkurs.

Von ganzem Herzen bedanken wir uns bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und ihrem wunderbaren Team für die vielseitige Unterstützung, die unsere Familie vor dem Unglück gerettet hat. Wir freuen uns auf weitere Kontakte und die Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft.

Vladislav und Svitlana Bogatschev,
seit 2014 in Deutschland

Multiplikatorentagung für Haupt- und Ehrenamtliche in Nürnberg

Konzipiert als ganztägige Veranstaltung mit Schulungscharakter, war die Multiplikatorentagung für die rund 50 Teilnehmer ein passgenaues Angebot zur Vertiefung des bereits Bekannten bei der Beratungsqualität rund um Renten und Fremdrenten. In der Mitte des Fotos BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (rechts) und der Vorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun. Quelle: BdV-Archiv.

Gemeinsam mit der LmDR lud der BdV-Bundesverband Anfang Februar 2018 zu einer Multiplikatorentagung in das Haus der Heimat Nürnberg ein.

Zielgruppe der Veranstaltung waren Multiplikatoren des BdV, seiner Landesverbände und der Landsmannschaften aus dem gesamten süd- und mitteldeutschen Raum, die als ehrenamtliche Betreuer oder hauptamtliche Berater anderen Spätaussiedlern und Migranten in Rentenfragen Hilfestellung geben.

Rentengerechtigkeit bei Spätaussiedlern

Mit BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius stand einer der anerkanntesten Experten auf dem Gebiet der Fremdrenten als Referent zur Verfügung. So wurde er auch von Waldemar Eisenbraun, Bundesvorsitzender der LmDR, zu Beginn der Tagung begrüßt. Eisenbraun wies auf die dringenden Probleme bei den Fremdrenten hin und sprach von Rentenungerechtigkeit bei Spätaussiedlern. Vor allem unter dem Aspekt der drohenden und tatsächlichen Altersarmut in den Reihen der Deutschen aus Russland sei es unverzichtbar, alle möglichen Anwartschaften genau zu prüfen und hohe Beratungsqualität anzubieten.

Fremdrentengesetz

Unter welchen Voraussetzungen und in welcher Höhe Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler für ihre im Herkunftsgebiet erworbenen Anwartschaften eine Rentenzahlung von dem deutschen Rentenversicherungsträger erhalten können, ist in Deutschland im Fremdrentengesetz (FRG) geregelt. Von der Klärung ihrer Arbeitszeiten im Herkunftsgebiet und der notwendigen Nachweisführung bis hin zur Beantragung dieser Rente oder der Einlegung nötiger Rechtsmittel sehen sich die Betroffenen mit Hürden und Problemen konfrontiert.

Mit seinem Konzept konnte Dr. Fabritius bereits zu Beginn überzeugen: Auf eine fundierte Einführung in die deutsche Rentensystematik folgte analog der Einstieg in das Fremdrentenrecht.

Beispiele aus der täglichen Praxis

Nach der Mittagspause ging Dr. Fabritius dann zu einem Schulungsblock über – mit Beispielen aus der täglichen Praxis anhand von Formularen, Musteranträgen und -bescheiden. Anleitungen zur Vorgehensweise bei Problemen im Kontext der Beantragung von Fremdrenten rundeten die Tagung ab.

Auch die vertiefte Information über einzuhaltende Formalitäten, Gestaltungsmöglichkeiten und Fehlerfindung bei zu geringen Rentenzahlungen wurde im Nachgang der Tagung als wichtiges Element der Schulung gewürdigt. Durch aktiven Dialog mit dem Referenten konnten zahlreiche beispielhafte Fälle aus der Praxis klärend besprochen werden. Dr. Fabritius identifizierte bekannte Problemstellungen bei der Spätaussiedlerrente und zeigte Lösungsmöglichkeiten auf.

Quelle: DOD 01/ 2018, R. Zillmann

Über 46.000 ehemalige deutsche Zwangsarbeiter beantragen finanzielle Anerkennungsleistung

Die vom Deutschen Bundestag im November 2015 gebilligte Richtlinie über eine Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter sieht vor, dass ehemalige deutsche Zwangsarbeiter, die als Zivilpersonen wegen ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 1. April 1956 für eine ausländische Macht Zwangsarbeit leisten mussten, einen symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrag in Höhe von 2.500 Euro erhalten können. *(VadW informierte in mehreren Ausgaben darüber.)*

Anträge konnten vom 1. August 2016 bis zum 31. Dezember 2017 gestellt werden. Die Anträge werden vom Bundesverwaltungsamt bearbeitet. Insgesamt sind dort 46.336 Anträge eingegangen. Über 10.774 Anträge konnte bereits entschieden werden, davon 83 % positiv.

Hierzu erklärt der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière: „Wir werden die Erinnerung an das schwere Schicksal der ehemaligen deutschen Zwangsarbeiter wach halten. Das Angebot, für das erfahrene Leid eine symbolische finanzielle Anerkennung in Anspruch nehmen zu können, ist zugleich Ausdruck der Würdigung dieser Schicksale durch den Deutschen Bundestag. Ich hoffe, dass nicht zuletzt die hohe Zahl der Anträge das öffentliche Bewusstsein dafür stärkt, was diese Frauen, Männer und Kinder erleiden mussten."

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Günter Krings, ergänzt: „Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, den Angehörigen dieser Opfergruppe als Anerkennung ihres harten Schicksals eine symbolische finanzielle Anerkennung zukommen zu lassen. Ich hoffe, dass die Empfänger dieser Leistung diese – wenngleich späte – Würdigung ihres furchtbaren Leides als lindernd und versöhnend empfinden."

Pressemitteilung des BMI

Ehrenamtliche – Goldschätze unserer Zeit

Das unsichtbare Fundament

Jeder von uns hat schon mal außergewöhnliche Gebäude in Großstädten bestaunt oder historische Bauwerke bewundert. Denken Sie nur an das Schloss Neuschwanstein in Bayern, an die Skyline in Frankfurt oder an den Reichstag in Berlin! Majestätisch ragen diese Wunder der Architektur aus dem Boden und ziehen faszinierte Blicke auf sich. Doch was würde passieren, wenn der Grund, auf dem diese Meisterwerke stehen, plötzlich nachlässt? Würden sie weiterhin so majestätisch in die Höhe ragen oder doch elend in sich zusammensacken? Die Größe dieser Architekturmeisterwerke würde mit einem Schlag abnehmen: Denn nicht einmal der höchste Turm dieser Welt kann sich ohne ein gutes Fundament halten.

Und genauso verhält es sich mit dem Ehrenamt. Mag die Organisation noch so groß, angesehen und erfolgreich sein: Ohne die wertvolle Arbeit der Ehrenamtlichen würde alles in sich zusammenfallen. Doch in unserer Zeit bekommt man das Gefühl, dass das Ehrenamt immer weniger geschätzt wird. Erklärungen gibt es dafür viele, auch wenn sie für manche recht bitter klingen.

Ehrenamt ist mittlerweile ja beinahe zur Selbstverständlichkeit geworden. Viele haben wohl vergessen, was Ehrenamt tatsächlich bedeutet. Oft wird die Leistung, welche die Ehrenamtlichen erbringen, einfach übersehen. Dabei setzen sich diese Menschen zum Wohle der Gemeinschaft ein. Sie geben ihr Bestes, investieren all ihre Zeit und Kraft, um etwas zu verändern, zu verbessern und ein gemeinsames Ziel zu erreichen.

Wird dies aber nicht geschätzt und jahrelang übersehen, verlieren die Ehrenamtlichen oft die Motivation weiterzumachen. Viele von ihnen bekommen das Gefühl, sie müssten immer mehr leisten, und je mehr sie machen, desto mehr wird von ihnen gefordert.

Aber wir dürfen nicht vergessen, dass diese Menschen außer dem Ehrenamt noch eine Familie und einen Beruf haben! Ehrenamt sollte in der Freizeit ausgeübt werden und darf sich nicht negativ auf das Familien- oder Berufsleben auswirken. Doch viele Ehrenamtlichen sind ihrer Sache so leidenschaftlich ergeben, dass sie kaum einmal zurückstecken können. Sie erwarten für ihre Arbeit kein Geld, keine großen Geschenke, keinen Ruhm, keine Ehrungen, viele von ihnen erwarten nicht einmal ein Dankeschön. Sie machen das aus Überzeugung, als Leidenschaft, aus Liebe zu anderen Menschen (oder bei Tierschutzvereinen auch aus Liebe zu Tieren).

Solche Menschen sind in unserer Zeit wahre Goldschätze, und ihre Leistung muss gewürdigt und anerkannt werden.

Ehrenamtlich aktive Mitglieder der Landsmannschaft aus Hessen bei einer Multiplikatorenschulung im Mai 2018 in Kassel. In der ersten Reihe, 4. von links, der Bundesvorsitzende des Verbandes, Johann Thießen.

Blicken wir doch in die Strukturen der Vereine: Jede gemeinnützige Organisation basiert auf der Arbeit der Ehrenamtlichen. Diese Menschen können vielleicht keine großen Reden schwingen wie die Politiker im Bundestag, vielleicht haben sie auch keine außergewöhnlichen Fähigkeiten – aber deshalb sind sie für den Erfolg der Organisation nicht weniger wichtig!

Was ist denn mit all diesen Menschen, die im Verein Kurse für Kinder und Erwachsene anbieten, die Chöre und Tanzgruppen leiten, die nachts Kostüme für den nächsten Auftritt nähen oder das Bühnenbild für die Aufführung malen? Was ist mit denen, die Kuchen backen, einen Verkauf organisieren, stundenlang die Theke bedienen, kleine Feste ausrichten und nach diesen Festen auch noch mit dem Wischmop durch die Räume gehen, weil diese Arbeit auch getan werden muss!

SIE sind das Fundament des Erfolgs! All diese Menschen, die keine Zeit und keine Mühe scheuen, um wundervolle Dinge zu vollbringen. Sie handeln nicht eigensinnig, nicht zum eigenen Nutzen, nicht um irgendeine Karriereleiter zu erklimmen. Sie machen das einzig und allein zum Wohle der Gemeinschaft und weil sie an diese Gemeinschaft glauben!

Aber leider passiert es immer wieder, dass die Bedeutung und die Rolle dieser Menschen und ihrer Arbeit für den Verein nicht gesehen und nicht anerkannt wird. Denn viele, vor allem große Organisationen, ziehen es vor, sich mit berühmten Persönlichkeiten zu schmücken, schieben charismatische Redner vor, stellen die etwas lauteren und mutigeren in den Vordergrund – und vergessen dabei ganz oft, dass ein Verein nicht allein von schönen Reden und öffentlicher Show leben kann.

Ein Verein ist nur dann erfolgreich, wenn er auf der Basis vieler engagierter Menschen arbeitet, die bedingungslos und ergeben, mit kleinen und fast unscheinbaren Taten ihren Teil zu diesem Erfolg beitragen.

Aber man darf von diesen Menschen nicht zu viel verlangen. Denn letztendlich soll Ehrenamt doch Spaß machen. Ehrenamt soll einen erfüllen und Freude bringen. Ehrenamt soll Menschen motivieren, etwas für die Gemeinschaft zu tun. Ehrenamt soll Menschen zusammenbringen. Ehrenamt soll fördern, bilden, unterhalten, weiterentwickeln, helfen, trösten, aufbauen. Das Einzige, was Ehrenamt nicht soll, ist „müssen".

Man darf nicht zulassen, dass Ehrenamtliche entmutigt oder demotiviert werden. Auch wenn sie alles selbstlos machen – ein nettes Lächeln, ein herzliches Dankeschön oder ein kleines Zeichen der Anerkennung können bereits Großes bewirken.

Diesen Helfern gebührt unser höchster Respekt und die Anerkennung für ihren großartigen Einsatz. Ehrenamtliche sind das Fundament jeden Vereins. Sie sind das Herz, und die wichtigste Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass dieses Herz nie aufhört zu schlagen.

Katharina Martin-Virolainen

Kommentar:

Wie der Deutsche Bundestag über die Deutschen aus Russland und ihre Rentenansprüche debattiert

Mit großem Interesse verfolgten die Deutschen aus Russland am 14. Juni 2018 den Verlauf der Debatte im Deutschen Bundestag zum Antrag der AfD, „Für eine Angleichung der Renten von Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern" (Drucksache 19Vorab: /2730).

Vorab: Der bei der Debatte geäußerten Meinung von Dr. h.c. Albert Weiler (CDU), „Der Antrag der AfD ist weder hilfreich noch zielführend.", stimme ich voll und ganz zu.

Und man kann sich bei den CDU/CSU-Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Peter Weiß, Dr. Weiler und Max Staubinger, bedanken für die guten Worte über die Deutschen aus Russland und die signalisierte Bereitschaft, dieser deutschen Volksgruppe helfen zu wollen.

Gleichzeitig sollte man aber auch sie bitten, etwas behutsamer bei der Wortwahl zu sein. Begriffe wie „angebliche Diskriminierung" und „Überversorgung" oder die Empfehlung, Verbindungen zur Sowjetunion ins Spiel bringen, damit die Spätaussiedler ihre Rente in Russland beantragen können, bringen das Anliegen nicht weiter, kränken aber die Deutschen aus Russland – sicherlich ungewollt.

Matthias Birkwald

Beeindruckend war die Rede von Matthias Birkwald von der Linken-Fraktion. Hier ein Auszug: „Die Linke steht seit Jahren an der Seite der Russlanddeutschen. Meine Fraktionskollegin, unsere Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, unterstützt die Aussiedlerinnen und Aussiedler aus der Sowjetunion und den GUS-Staaten mit besonders viel Engagement. Danke dafür! Deswegen haben wir Linken bereits im Mai 2017 auf Petra Paus Initiative hin ein Gespräch mit einer Delegation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland geführt, an dem neben dem damaligen Sprecher der Landsmannschaft, Waldemar Eisenbraun, auch unser Fraktionsvorsitzender Dr. Dietmar Bartsch, meine Kollegen Andrej Hunko, Sigrid Hupach und ich selbst teilgenommen haben. Das Ergebnis: Die Linke setzt sich für höhere Renten für Aussiedler und Aussiedlerinnen ein."

Erfreut stellte ich fest, dass auch alle drei Unions-Redner zum Ausdruck brachten, die Interessen der Deutschen aus Russland ernst nehmen zu wollen. Umso mehr wunderte ich mich darüber, dass keiner aus der Union Ralf Kapschack (SPD) widersprach, als dieser ausführte:

„Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler wird vielmehr im Vergleich zu gebürtigen Deutschen und zu allen anderen zugewanderten Personen rentenrechtlich besser behandelt, denn grundsätzlich werden bei uns Renten gezahlt, wenn auch Beiträge in die Rentenversicherung entrichtet worden sind. Als einzige Gruppe wird Vertriebenen und Aussiedlern eine gesetzliche Rente ermöglicht, obwohl dieser Rente keine eigenen Beiträge gegenüberstehen. Das ist das Gegenteil von Diskriminierung."

Dr, Albert Weiler

Abgesehen davon, dass es neben den Spätaussiedlern weitere Gruppen gibt, die keine Beiträge in die bundesdeutsche Rentenkasse eingezahlt haben, zum Beispiel ehemalige Bürger der DDR, ist für uns wichtig, dass die maßgeblichen Politiker ebenso wie die deutsche Öffentlichkeit endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Deutschen aus Russland ebenfalls „gebürtige Deutsche" sind.

Den Debatten konnten wir entnehmen, dass die Inhalte der Rentenregelung für die Deutschen aus Russland den Bundestagsabgeordneten nicht in vollem Umfang bekannt sind. Insbesondere betrifft das den Umstand, dass gekürzte Rentenansprüche nur solche deutsche Zugewanderte haben, die entweder den Status „Heimkehrer" beziehungsweise den Vertriebenenausweis A haben oder nach § 4 des Bundesvertriebenengesetzes (BFVG) eingestuft sind. Zugewanderte nach § 7, geschweige denn nach § 8 BVFG, bleiben ganz auf der Strecke; sie haben keinen Anspruch auf Rentenzahlungen nach dem Fremdrentengesetz (FRG).

Verfehlt ist auch der Begriff „Gleichstellung mit Deutschen", da etwa Spätaussiedler immer Deutsche waren. Und mit dem FRG wurde kein Privileg für Spätaussiedler geschaffen, sondern die Versorgung der Heimkehrer gewährleistet.

Unwidersprochen durfte MdB Kapschak weiter behaupten: „... war das Hauptargument für die Ausreise nicht Diskriminierung oder Ähnliches. Das Hauptargument war: Unseren Kindern soll es einmal besser gehen."

Wir bedauern sehr, dass es vielen Bundestagsabgeordneten nicht bewusst ist, was es jahrzehntelang bedeutete, als Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion zu leben, dort in höchstem Maße diskriminiert, als „Faschisten" beschimpft und ohne jede Schuld zu „Volksfeinden" erklärt zu werden.

Darauf ist auch der Umstand zurückzuführen, dass den Deutschen aus Russland als einziger deutscher Volksgruppe in Osteuropa bis zum heutigen Tag ein kollektives Kriegsfolgenschicksal als Grundlage für ihre Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland attestiert wird.

Nachdem Dr. Weiler für die CDU/CSU-Fraktion gesprochen hatte, signalisierte er seine Gesprächsbereitschaft mit unserem Verband. Gerne würde sich eine Gruppe, zusammengesetzt aus Vertretern der CDU-Netzwerke für Heimkehrer und Spätaussiedler und Vertretern der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, mit der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales treffen. Neben klärenden Gesprächen erhoffen wir uns davon ein positives Signal für die Gruppe der Deutschen aus Russland.

Darüber hinaus kann es keinen Zweifel geben, dass wir weitere Gespräche mit der Spitze der Partei Die Linke führen werden. Es ist außerdem sehr wichtig, uns mit den SPD-Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit und Soziales zum Thema Rente auseinander zu setzen, und natürlich werden wir auch den Kontakt mit der Grünen-Fraktion suchen.

Ernst Strohmaier,
Vorsitzender der Landesgruppe
Baden-Württemberg der LmDR

Altersarmut bei Spätaussiedlern bekämpfen!

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, fordert Nachbesserungen am Rentenpaket der Bundesregierung, das vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil (SPD), vorgelegt wurde.

„Es ist bedauerliche Realität, dass die nach Deutschland gekommenen deutschen Spätaussiedler überproportional häufig von Altersarmut betroffen sind.

Die Ursache dafür liegt nicht etwa in der jeweiligen Arbeitsbiografie der Betroffenen, sondern in einseitigen, diesen Personenkreis benachteiligenden Rentenkürzungen der 1990er Jahre. So erfolgten 1996 etwa eine pauschale Kürzung der durch Beitragszahlung vor dem Zuzug erworbenen Anwartschaften im Sinne des Fremdrentengesetzes (FRG) um 40 % und zusätzlich eine lebensleistungsunabhängige Deckelung der Entgeltpunkte auf einen Betrag unterhalb der Armutsgrenze, ganz gleich, was und wie viel diese Menschen in ihrem Leben gearbeitet haben.

Erschwerend wirkt zudem, dass schon seit 1993 Ehegatten und Abkömmlinge überhaupt nicht mehr in den FRG-berechtigten Personenkreis aufgenommen sind. Dadurch führt eine allein auf FRG-Zeiten basierende Alterssicherung Familien deutscher Spätaussiedler zwangsläufig in die Altersarmut.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurden ausgewogene Verbesserungsmaßnahmen vorgeschlagen, vom zuständigen Ressort jedoch nicht umgesetzt. Vorgeschlagen wurden etwa die Aufhebung bzw. Anpassung der lebenslaufunabhängigen Rentenbegrenzung, die Schaffung eines anrechnungsfreien Selbstbehaltes als Nachteilsausgleich bei Leistungsbezug aus dem Herkunftsgebiet, die Gleichbewertung der Kindererziehungszeiten von Spätaussiedlern und die Verhandlung angemessener Sozialversicherungsabkommen mit den Herkunftsstaaten.

Seit meiner Amtseinführung habe ich in einer Vielzahl von Begegnungen mit Betroffenen den erheblichen Unmut über die bestehende soziale Schieflage hautnah erlebt. Die Bundesregierung wird zwar in vielen Bereichen ihrer Verantwortung für das besondere Kriegsfolgenschicksal deutscher Spätaussiedler gerecht, berechtigte Anliegen im Rentenrecht müssen jedoch noch umgesetzt werden.

Es ist sehr bedauerlich, dass diese Anliegen bislang keinen Eingang in den Entwurf des Rentenpaketes gefunden haben, den das Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegt hat. Daher fordere ich im Sinne der Betroffenen nachdrücklich dazu auf, hier nachzubessern und dieses Thema bei geplanten Änderungen im Rentenrecht zu berücksichtigen."

Quelle: BMI

Fremdrente Thema im Bundesrat

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedler und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, hat den Bundesrats-Entschließungsantrag der Bayerischen Staatsregierung zur Fremdrente für Spätaussiedler begrüßt.

Er war von Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 18. September 2018 auf den Weg gebracht worden und wurde am 21. September 2018 von der Länderkammer in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Ziel der bayerischen Initiative ist, die für Spätaussiedler geltenden rentenrechtlichen Vorgaben insgesamt auf den Prüfstand zu stellen, umfassend neu zu bewerten sowie festgestellte Nachteile im Sinne der sozialen Gerechtigkeit auszugleichen.

Der Ministerpräsident begründete den Vorstoß Bayerns wie folgt: „Wir wollen Gerechtigkeit für unsere Landsleute, die unsere Heimat so bereichert haben."

Die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer, ergänzte: „Für mich ist die Anpassung der Fremdrenten nicht allein eine soziale und finanzielle Frage, sondern auch eine Frage der Anerkennung von Schicksalen und Lebensleistungen."

Quelle: BMI

Spätaussiedlerrente soll überprüft werden

Bundesrat stimmt Entschließungsantrag Bayerns zu

Der Bundesrat hat am 15. Februar 2019 den Entschließungsantrag des Freistaates Bayern zur Neubewertung der rentenrechtlichen Vorgaben für Spätaussiedler angenommen und richtungsweisende Aufträge an die Bundesregierung erteilt.

Der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, begrüßt diese wichtige und richtige Entscheidung des Bundesrates und dankt der Bayerischen Staatsregierung für deren Initiative und allen unterstützenden Bundesländern, die damit das Ansinnen zur Wiederherstellung einer Generationengerechtigkeit auch für deutsche Spätaussiedler einen wesentlichen Schritt voranbringen.

Der Beauftragte der Bundesregierung betont: „Die Entscheidung des Bundesrates ist ein weiteres Bekenntnis eines zentralen Verfassungsorgans zur Einstandspflicht der Bundesrepublik Deutschland für das besondere Kriegsfolgeschicksal deutscher Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler.

Die Bundesregierung wurde gleichzeitig aufgefordert, festgestellte Nachteile im Sinne sozialer Gerechtigkeit auch für deutsche Spätaussiedler zu beseitigen.

Unmittelbar nach der Abstimmung im Bundesrat dankte Prof. Dr. Bernd Fabritius (links) dem Bayerischen Ministerpräsidenten Söder am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz für den Einsatz des Freistaates Bayern.

Bild: BMI

Pressemitteilung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

LmDR begrüßt Prüfung der Spätaussiedler-Rente

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland unterstützt den Vorstoß des Bundesrates zur Neubewertung der rentenrechtlichen Vorgaben für Spätaussiedler (Drucksache 461/18). Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, die rentenrechtliche Situation zu prüfen und die Ungerechtigkeit für Spätaussiedler zu beenden.

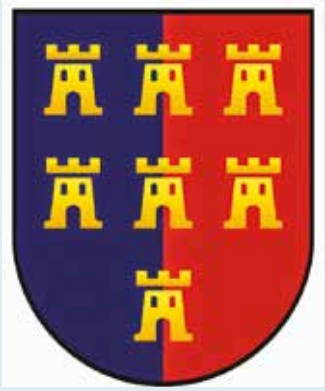
„Die Deutschen aus Russland erhoffen sich endlich, dass die Bundesregierung im Sinne der sozialen Gerechtigkeit entscheidet. Unsere Seniorinnen und Senioren sind unverhältnismäßig stark von Altersarmut betroffen. Dies muss sich ändern und die Bundesregierung endlich handeln", sagt der Bundesvorsitzende der LmDR, Johann Thießen.

Für große Aufmerksamkeit sorgte bereits vor Wochen die gemeinsame Resolution der Banater Schwaben, des Verbandes der Siebenbürger Sachsen und der LmDR zur Abschaffung der Rentennachteile bei Spätaussiedlern. Über 10.000 Unterschriften konnten binnen kürzester Zeit gesammelt werden und unterstreichen die Wichtigkeit des Anliegens.

Banater Schwaben, Deutsche aus Russland, Siebenbürger Sachsen:

Resolution: Spätaussiedlerbenachteiligung im Rentenrecht beenden!

Die Landsmannschaften der Banater Schwaben und der Deutschen aus Russland sowie der Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland fordern die Bundesregierung in einer gemeinsamen Resolution auf, die Benachteiligung der Spät-/Aussiedler im Rentenrecht zu beenden. Die Ziele und Hintergründe der Initiative wurden in der „Siebenbürgischen Zeitung Online" vom 31. Dezember 2018 vorgestellt. Das von den drei Bundesvorsitzenden unterzeichnete Dokument wird im Folgenden im Wortlaut veröffentlicht.



Gemeinsame Resolution der Landsmannschaft der Banater Schwaben e. V., der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. und des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e. V. namens ihrer Mitglieder

Forderung an die Bundesregierung: Spätaussiedlerbenachteiligung im Rentenrecht beenden!

Als Folge des Zweiten Weltkriegs kamen insgesamt 4,54 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler *(Quelle: Bundesverwaltungsamt, Stand: Dezember 2017)* in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Diese Gruppe von deutschen Staatsbürgern, für welche die Vorgaben des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) gelten, haben sich schnell und gut integriert und beteiligen sich am wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Leben der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist für unser Land eine Erfolgsgeschichte. Umso mehr schmerzt es uns, dass sozialrechtliche Einschnitte aus der Vergangenheit bis heute keine Korrektur erfahren haben.

Die Landsmannschaften der Deutschen aus Russland und der Banater Schwaben und der Verband der Siebenbürger Sachsen fordern die Bundesregierung auf, das Risiko der Altersarmut bei Spät-/Aussiedlern mit geeigneten Maßnahmen abzumildern und somit die bestehende Generationenungerechtigkeit im Rentenrecht für diesen Personenkreis zu beseitigen. In dem von der Bundesregierung im Jahre 2018 erlassenen Rentenpaket findet der Personenkreis der Spätaussiedler keine Berücksichtigung und deren Lebensarbeitsleistung ungenügende Anerkennung.

Die Benachteiligungen der Spätaussiedler im Rentenrecht können mit folgenden Maßnahmen beseitigt werden, die der BdV als Dachverband aller deutscher Vertriebenenverbände und Landsmannschaften in einer einstimmig beschlossenen Resolution während seiner Bundesversammlung am 30. November 2018 der Bundesregierung vorgeschlagen hat *(s. Siebenbürgische Zeitung Online)*:

- Anhebung der anrechenbaren FRG-Entgeltpunkte sowohl bei Alleinstehenden als auch bei Verheirateten,
- Aufhebung der pauschalen Kürzung der FRG-Rente um 40 Prozent,
- Abbau bürokratischer Hürden und finanzieller Belastungen beim Rentenbezug aus dem Ausland,
- Beseitigung der Benachteiligung der Spät-/Aussiedler bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten

Begründung:

Rentenkürzungen durch Gesetze der 1990er Jahre ziehen Altersarmut bei Spätaussiedlern nach sich, wie z.B. die 40-Prozent-Kürzung der Entgeltpunkte aus den Zeiten im Herkunftsgebiet und die Einführung der lebensleistungsunabhängigen Deckelung der Entgeltpunkte auf einen Betrag unterhalb der Armutsgrenze.

Als Vorwand dieser Kürzungen wurde eine angebliche Begünstigung von Spätaussiedlern, die in Wirklichkeit nicht vorhanden war, angeführt. Das damals als Grund ebenfalls angeführte unterschiedliche Rentenniveau zwischen Ost und West ist heute zur Begründung überholt, weil eine Angleichung der Ost-Renten an das West-Niveau beschlossen wurde. Zudem führen Aussiedler und ihre Nachkommen auf Grund der jüngeren Altersstruktur ökonomisch schon immer zu erheblichen Vorteilen für die Rentenkasse, so dass deren systematische Benachteiligung sehr ungerecht ist.

Lösungsvorschläge:

§ 22 Abs. 4 FRG (Fremdrentengesetz):
Aufhebung der 40 % -Kürzung.

§ 22 b FRG:
Aufhebung der Deckelung der Entgeltpunkte, zumindest Anhebung auf 30 Entgeltpunkte bei Einzelpersonen bzw. 50 Entgeltpunkte bei Ehepaaren.
Folgen dieser o.g. Änderungen in § 22:

- systemübergreifender Bürokratieabbau,
- Entlastung der Sozialgerichte,
- Entlastung der Kommunen (Grundsicherung und Wohngeldzuschuss entfallen in vielen Fällen).

§ 31 FRG:
Änderung des zur Schaffung eines anrechnungsfreien Selbstbehaltes bei Durchsetzung von anrechenbaren Leistungen aus den Herkunftsgebieten. Folgen dieser Änderung:

- Anreiz für die Rentner, die Antragsverfahren in den Herkunftsgebieten durchzuführen und nicht im Rahmen EU-rechtlich zulässiger Gestaltung (Art. 50 EU-VO 883/2004) darauf zu verzichten,
- dadurch Entlastung der Rententräger.

Beseitigung der Benachteiligung der Spät-/Aussiedler bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten:

Es ist nicht vermittelbar, weshalb die Spät-/Aussiedler bei der Anrechnung der Kindererziehungszeiten schlechter gestellt sein sollen als die Einheimischen.
Verlängerung der Erklärungsfrist für Kindererziehungszeiten.
Wir unterstützen die der Bundesregierung unterbreiteten o.g. Vorschläge des Bundes der Vertriebenen zur Beseitigung der Benachteiligungen der Spät-/Aussiedler durch das FRG nachhaltig und fordern deren Umsetzung.

gezeichnet von:
Peter-Dietmar Leber,
Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Banater Schwaben e. V.;
Johann Thießen,
Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.;
Herta Daniel,
Bundesvorsitzende des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e.V.

Spätaussiedlerrente:
Bundeskanzlerin Merkel will Ausgleich durch Fondslösung

Bundeskanzleramt nimmt Stellung zur Resolution „Spätaussiedlerbenachteiligung im Rentenrecht beenden“

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat ihr besonderes Interesse an der aktuellen Rentensituation der Spätaussiedler bekundet. „Spätaussiedlern eine angemessene soziale Absicherung im Alter zu gewährleisten, ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung“, heißt es in einem Schreiben des Bundeskanzleramtes an die Bundesvorsitzende der Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e. V., Herta Daniel. Der Bitte um ein persönliches Gespräch mit den Spitzenvertretern der landsmannschaftlichen Verbände der Siebenbürger Sachsen, der Banater Schwaben und der Deutschen aus Russland kann die Bundeskanzlerin terminbedingt nicht entsprechen. Die Bundeskanzlerin setzt bei der anstehenden Prüfung und Neubewertung der Aussiedlerrenten durch die Bundesregierung gemäß dem Koalitionsvertrag auf einen Ausgleich über eine Fondslösung für Härtefälle.

Das Bundeskanzleramt nimmt in seinem Schreiben vom 27. Februar 2019, das an Herta Daniel, den Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Banater Schwaben, Peter Leber, und den von 2013 bis 2018 amtierenden Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun, adressiert ist, Stellung zu einem vorausgegangenen Anschreiben an die Bundeskanzlerin vom 30. Januar 2019. In diesem bitten die drei Bundesvorsitzenden Angela Merkel um Unterstützung der gemeinsamen Resolution „Spätaussiedlerbenachteiligung beenden“ sowie ein „möglichst zeitnahes Treffen, noch vor den Europawahlen“.

Wie aus dem Antwortschreiben des Kanzleramts hervorgeht, werde Angela Merkel über alle Aktionen unterrichtet; sie nehme „die auf diese Weise an sie herangetragenen Meinungsäußerungen und Forderungen der Menschen sehr ernst“. Gleichzeitig bat die Bundeskanzlerin jedoch um Verständnis, dass ein persönliches Gespräch „angesichts der Fülle ihrer Verpflichtungen nicht möglich“ sei.

Das Bundeskanzleramt verteidigt rückblickend die Rentenkürzungen der 1990er Jahre. Die seinerzeit beschlossenen Einschränkungen im Fremdrentenrecht sollten dazu beitragen, „die Akzeptanz von Rentenleistungen, denen keine Beitragszahlung an einen Träger der Deutschen Rentenversicherung gegenübersteht, in der Bevölkerung weiterhin zu gewährleisten“.

Damals hätten nach dem Fremdrentengesetz (FRG) gezahlte, auf der Grundlage von Tabellenentgelten berechnete Renten teilweise Renten überstiegen, die auf in Deutschland geleisteten Beiträgen beruhten. Andererseits hätten viele Spätaussiedler nach ihrer Zuwanderung die Möglichkeit gehabt, ihre Rente durch eine Beschäftigung in Deutschland weiter zu verbessern. Es sei ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung, Spätaussiedlern eine angemessene soziale Absicherung im Alter zu gewährleisten.

Das Bundeskanzleramt weist in seinem Schreiben darauf hin, dass Spätaussiedler, deren im ausländischen Herkunftsgebiet zurückgelegte Versicherungszeiten nach dem Fremdrentengesetz in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt werden, von Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung profitierten. Das am 1. Januar 2019 in Kraft getretene Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung stelle sicher, „dass das Rentenniveau bis 2025 mindestens 48 Prozent beträgt“. Darüber hinaus werde Erziehenden von vor 1992 geborenen Kindern ein weiteres halbes Jahr Kindererziehungszeit angerechnet. Überdies sei die Zurechnungszeit, nach der Erwerbsminderungsrenten so berechnet werden, als ob die Betroffenen nach Eintritt der Erwerbsminderung wie bisher weitergearbeitet hätten, „noch einmal erheblich verlängert“ worden.

Hinsichtlich einer geeigneten Problemlösung verweist das Kanzleramt auf eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag, „für Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess einen Ausgleich durch eine Fondslösung zu schaffen“. Entsprechendes solle „auch für die Gruppe der Spätaussiedler geprüft werden“. Die Umsetzung dieser Vereinbarung für die Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess sei bereits Gegenstand einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe.

Herta Daniel: „Wir planen weitere Schritte.“

In ihrer Stellungnahme zum Schreiben des Bundeskanzleramtes erklärt Herta Daniel: „Inzwischen wissen wir, dass als Ergebnis des Entschließungsantrags des Freistaates Bayern zur Neubewertung der rentenrechtlichen Vorgaben für Spätaussiedler an den Bundesrat dieser die Bundesregierung aufgefordert hat, die für Spätaussiedler geltenden rentenrechtlichen Vorgaben zu prüfen und bestehende Nachteile auszugleichen. So gesehen war die Strategie der drei Landsmannschaften, die Resolution an die Bundesregierung zu richten, der richtige Weg: Unsere Forderungen und Lösungsvorschläge liegen nun dort vor und können Berücksichtigung finden.

Es war auch richtig, mehrgleisig zu fahren und nicht nur auf die Resolution, sondern auch auf den Bundesrat zu bauen. Unser Verband hat die Ministerpräsidenten um Unterstützung des Entschließungsantrags Bayerns gebeten. Es gibt einige Antworten, die durchaus positiv zu werten sind, wie etwa seitens der Staatskanzlei Saarland: ‚Der Bundesrat teilt Ihre Einschätzung, dass die Spätaussiedler im Zuge der Deutschen Einheit mit Rücksicht auf die Rentensituation in den neuen Ländern sukzessive Leistungsverschlechterungen nach dem Fremdrentenrecht hinnehmen mussten. Diese Leistungsbeschränkungen haben sich erheblich auf die Rentenhöhen der Spätaussiedler ausgewirkt. Das Saarland hat die Entschließung unterstützt und damit auch Ihrem Anliegen entsprochen.‘

Die Staatskanzlei Thüringen schrieb: ‚Hierzu kann ich Ihnen mitteilen, dass der Bundesrat in seiner Sitzung am 15. Februar 2019 mit Unterstützung Thüringens beschlossen hat, die Entschließung zu fassen (...).‘

Und die Bayerische Staatskanzlei teilte mit: ‚Aus Sicht der Bayerischen Staatsregierung ist es im Interesse der sozialen Gerechtigkeit geboten, die für Spätaussiedler geltenden rentenrechtlichen Regelungen zu überprüfen (...). Die Bayerische Staatsregierung wird dieses wichtige Thema (...) weiterverfolgen und sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Einschränkungen, welche für die Spätaussiedler vorgenommen worden sind, evaluiert werden.‘

Die zahlreichen unterstützenden Unterschriften (inzwischen über 20.000), die täglich bei den drei Landsmannschaften eingehen, sind ein klarer Auftrag an uns, diese Aktivitäten mit Nachdruck weiter zu verfolgen! Oft wird diese Post mit Worten der Dankbarkeit von Betroffenen begleitet. Wir werden weitere Schritte gemeinsam mit den beiden anderen Landsmannschaften überlegen, planen und durchführen und über die Erfolge oder die sicher nicht ausbleibenden Misserfolge berichten.“

Christian Schoger

Rentengerechtigkeit für Spätaussiedler ist weiterhin drängendes Thema

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, hat im April 2019 in Waldkraiburg (Bayern) an einer Veranstaltung der drei größten Aussiedlerlandsmannschaften zu Rentenfragen teilgenommen.

Auf dieser Multiplikatorenkonferenz der Landsmannschaften der Deutschen aus Russland und der Banater Schwaben sowie des Verbandes der Siebenbürger Sachsen berichtete der Beauftragte über den aktuellen Stand der Bemühungen um eine Beseitigung der personenkreisspezifischen Benachteiligungen im Rentenrecht.

In der anschließenden Diskussion wurden u.a. Fragen der sozialen Integration von Spätaussiedlern, der Entstehungsgeschichte und Hintergründe der Rentenkürzungen für Spätaussiedler und die Bedeutung der Einstandspflicht Deutschlands für das Kriegsfolgenschicksal erörtert.

Fabritius wies darauf hin, dass die Gruppe der Spätaussiedler ein „Gewinn für die Rentenkassen" ist. Die Altersstruktur in diesem Personenkreis stütze die auf einem Generationenvertrag aufbauende Solidargemeinschaft Rentenversicherung. Laut der Spätaussiedlerstatistik des BMI sind Spätaussiedler bei der Aufnahme zu 32,3% unter 18 Jahren, zu 44,9% gehören sie der Altersgruppe von 18 bis 45 Jahren an, und lediglich 6,8% sind älter als 65.

Dennoch wird diese Gruppe im Generationenvertrag weitestgehend ausgeschlossen, da die erwerbstätigen Spätaussiedler voll einzahlen, der Rentenbezug der älteren Generation jedoch um mehr als die Hälfte gekürzt wurde. Selbst Kindererziehungszeiten, denen auch bei anderen Leistungsbeziehern keine Rentenbeiträge gegenüberstehen, werden zu 40% gekürzt, obwohl der Ertrag der Kindererziehung für das Solidarsystem Rente sich auch bei Spätaussiedlern in Deutschland niederschlägt.

Die Lebensleistung der Spätaussiedler werde, so Fabritius, im Rentensystem als Zuordnungsmerkmal nicht berücksichtigt, was nachvollziehbar erheblichen Unmut im Personenkreis und das Gefühl von Ungleichbehandlung und fehlender Anerkennung mit sich bringe.

Für den Beauftragten ist die Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch die Beseitigung personenkreisspezifischer Benachteiligungen eines der drängendsten aussiedlerpolitischen Themen. Bei den mehr als 4,5 Millionen in Deutschland aufgenommen Aussiedlern und Spätaussiedlern sei das Thema von großer und bleibender Relevanz, auch wenn die Anzahl der direkt betroffenen Menschen auf Grund des geringen Rentneranteils einer pragmatischen Lösung nicht entgegenstehe.

Prof. Dr. Bernd Fabritius Bild: BMI

Pressemitteilung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Resolution „Spätaussiedlerbenachteiligung im Rentenrecht beenden!" stößt auf große Resonanz

Die gemeinsame Resolution der Landsmannschaften der Banater Schwaben und der Deutschen aus Russland sowie des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland gegen ungerechte Kürzungen im Fremdrentenrecht ist auf große Resonanz gestoßen, wie die Bundesvorsitzende des Verbandes der Siebenbürger Sachsen, Herta Daniel, auf der Internetseite des Verbandes, www.siebenbuerger.de, mitteilt:

„Es erreichten uns bisher schon über 10.000 Unterschriften, nicht nur von Mitgliedern dieser drei Landsmannschaften, sondern auch von Nichtmitgliedern. Und täglich treffen neue Unterschriften online oder per Post ein. Auch mich persönlich erreicht solche Post, verbunden mit der Bitte, weiterzumachen und sich für die Beseitigung dieses Unrechts im Fremdrentengesetz einzusetzen.

Das ist erfreulich und kann als Bestätigung gewertet werden, dass ein sehr großer Kreis von Personen zu uns, zu dieser gemeinsamen Aktion der drei Landsmannschaften steht. Beeindruckend war die Geste der Solidarität der Vertreter der anderen Landsmannschaften, die während einer Sitzung des Landesvorstandes Bayern der Union der Vertriebenen spontan ihre Unterstützung zusagten und ihre Unterschriften leisteten.

Wie bereits berichtet, wurden in dieser an die Bundesregierung gerichteten Resolution konkrete Vorschläge mit dem Ziel unterbreitet, die Situation der Spät-/Aussiedler im Rentenrecht zu verbessern. Diese Resolution wurde der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Januar 2019 mit der Bitte um einen Gesprächstermin gesendet.

Die Beseitigung dieser Rentenungerechtigkeiten sollten wir als Aufgabe unserer Gemeinschaft begreifen, unabhängig von einer Mitgliedschaft. Auch wer nicht direkt betroffen ist, kennt sicher im Verwandten- oder Bekanntenkreis Personen, die von niedrigen, da ungerechterweise gekürzten Renten leben müssen", so die Vertreterin der deutschsprachigen Minderheit aus Siebenbürgen (heutiges Rumänien).

Sie können die Resolution unter
https://www.siebenbuerger.de/frg/
unterschreiben.

VadW

Herzlichen Dank!
Erfolgreiche Unterschriftenaktion in Sachen Benachteiligung von Spätaussiedlern durch das Rentenrecht

Seit einiger Zeit beschäftigt uns alle das Thema der ungerechten Rentenregelung für Spätaussiedler. Dank des unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatzes unserer Mitglieder konnten unzählige Unterschriften für die Petition „Spätaussiedlerbenachteiligung im Rentenrecht beenden!" gesammelt werden, die an die entsprechenden Stellen weitergeleitet wurden.
Wieder einmal haben unsere Mitglieder ein außerordentliches Engagement an den Tag gelegt. Mit ihren zahlreichen Unterschriftenaktionen haben unsere Landsleute Präsenz, Stärke und Zusammenhalt gezeigt.
Ein großes Dankeschön an alle, die sich dafür engagiert haben!

Ihre Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.

Aussiedlerbeauftragter Fabritius beim Jahresempfang des BdV:

„Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie die Politik das Problem der Altersarmut bei Spätaussiedlern zerredet!“

Zu seinem diesjährigen Jahresempfang lud der Bund der Vertriebenen am 9. April 2019 in das Tagungszentrum der Katholischen Akademie in Berlin ein. Gegenseitiges Kennenlernen und Gedankenaustausch standen im Mittelpunkt der Veranstaltung.

In seiner Ansprache äußerte BdV-Präsident Prof. Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, seine Freude darüber, dass der Einladung des BdV eine beeindruckende Anzahl von Gästen gefolgt war.

Dazu gehörten Präsidiumsmitglieder des BdV, Vertreter der Bundeslandsmannschaften und der Landes- und Kreisverbände des BdV, Abgeordnete des Deutschen Bundestags und der Landesparlamente, Staatssekretäre und zahlreiche Vertreter der Bundes- und Länderministerien, Vertreter der Kirchen und des Diplomatischen Corps. Weiterhin begrüßte er Nichtregierungsorganisationen und Verbände, Stiftungen und Museen, Gesellschaften und Opferverbänden sowie die Vertreter der Medien.

Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen in Berlin. V.l.n.r.: Walter Gauks, Bundesvorsitzender der Jugend-LmDR; Urs Knauf; Helena Goldt, Kulturbotschafterin der Jugend-LmDR; Dietmar Schulmeister, NRW-Landesvorsitzender der LmDR; Tatjana Schmalz; Valentina Wudtke, Vorsitzende der Ortsgruppe Regensburg der LmdR; Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte für Aussiedlerfragen in Hessen; Johann Thießen, Bundesvorsitzender der LmDR; Albina Baumann, stellvertretende Landesvorsitzende der LmDR Bayern; Dr. Jens Baumann, Landesbeauftragter für Aussiedlerfragen in Sachsen; Lena Arent, Mitglied der Redaktion von „Volk auf dem Weg“; Waldemar Eisenbraun, Kulturreferent der Landesgruppe Bayern der LmDR; Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.

Zu den Ehrengästen zählten Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die bei der Veranstaltung ein Grußwort sprach, der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, und Prof. Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien. Aus den Reihen der Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler hieß Fabritius Editha Westmann (Niedersachsen), Margarete Ziegler-Raschdorf (Hessen), Heiko Hendriks (Nordrhein-Westfalen) und Dr. Jens Baumann (Sachsen) herzlich willkommen.

Spätaussiedler – Gewinn für die deutschen Rentenkassen

Die Beseitigung der personenkreisspezifischen Benachteiligungen von Spätaussiedlern im Rentenrecht wurde zum Leitthema der Rede von Fabritius: „Systembedingte Altersarmut bei Spätaussiedlern ist ein drängendes Thema, wir dürfen und werden nicht tatenlos zusehen, wie die Politik das Problem zerredet und verwässert und immer wieder neue Ausreden sucht! Diese waren 1996 falsch, sie sind heute falsch und sie bleiben falsch.“

Spätaussiedler seien ein Gewinn für die deutschen Rentenkassen, wobei deren Altersstruktur die auf dem Generationenvertrag aufbauende Solidargemeinschaft der Rentenversicherung stütze: 33% der zugezogenen Spätaussiedler seien jünger als 18 Jahre, die meisten anderen im Alter zwischen 18 und 45, sie alle arbeiteten und zahlten Beiträge, erklärte Fabritius.

Lediglich 6,8% der Spätaussiedler seien bei der Aufnahme älter als 65, dennoch werde diese Gruppe seit 1996 vom Generationenvertrag weitgehend ausgeschlossen, wobei die vielen erwerbstätigen Spätaussiedler voll einzahlten, der Rentenbezug der älteren Generation jedoch um mehr als die Hälfte gekürzt würde, so Fabritius weiter.

„Die Arbeits- und Lebensleistung der Menschen soll wesentlicher Anknüpfungspunkt im Rentensystem sein, wohl aber nicht bei deutschen Spätaussiedlern. Schlagwörter wie ‚Respektrente‘ – Respekt vor Arbeits- und Lebensleistung – kommen bei uns wie Hohn an, wenn wir davon weiter ausgeschlossen bleiben“, betonte Fabritius und bedankte sich an dieser Stelle beim Freistaat Bayern für die Initiative zur Verbesserung dieser Problemlage im Bundesrat sowie bei allen Bundesländern, die diese zum Erfolg gebracht haben.

Angela Merkel versichert Überprüfung der Spätaussiedlerrente

Auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ging auf das Thema Altersarmut bei Deutschen aus Russland gesondert ein. „Mit Blick auf die Vergangenheit Verantwortung für Gegenwart und Zukunft zu übernehmen, kann ganz unterschiedliche Ausprägungen haben. Dazu gehört etwa auch ..., eine angemessene soziale Absicherung im Alter für Spätaussiedler zu gewährleisten,“ stellte sie fest.

So habe die Bundesregierung Anfang 2019 das „Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung“ in Kraft gesetzt. Von den Regelungen etwa zur Rentenniveausicherung, zu Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten würden auch Spätaussiedler profitieren.

„Wir haben uns außerdem vorgenommen“, führte die Kanzlerin weiter aus, „für Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess einen Ausgleich durch eine Fondslösung zu schaffen. Auch hierbei wollen wir Spätaussiedler mit einbeziehen. Ich hoffe, dass die Koalition hierzu eine vernünftige Lösung finden wird. Aber ich habe schon verstanden: Mit all dem kann ich Sie noch nicht beruhigen. Wir müssen also weiterarbeiten, und ich werde mir das noch einmal sehr genau anschauen.“

Lena Arent

Zusammenspiel oder Zusammenprall?

Multiplikatorenschulung der Jugend-LmDR Baden-Württemberg in Eppingen

Die Jugend-LmDR Baden-Württemberg ließ im Rahmen ihrer Multiplikatorenschulung am 13. und 14. Mai 2017 in Eppingen unterschiedliche Welten aufeinanderprallen. Am Ende gab es aber doch ein harmonisches Zusammenspiel.

Unsere Gesellschaft durchlebt ständige Veränderungen, und somit wachsen auch die Aufgaben und Herausforderungen für uns. Vereine können vor Ort einen bedeutenden Teil zur Förderung der gegenseitigen Akzeptanz zwischen Aufnahmegesellschaft und Zugewanderten beitragen. In Großstädten funktioniert dies bereits sehr gut, doch auf dem Land sind noch einige Defizite zu spüren.

Aus diesem Grund organisierten wir eine Multiplikatorenschulung (MPS) mit dem Titel „Gemeinsam zur Gemeinschaft: Interkulturelle Öffnung von Migrantenorganisationen und Vereinen in ländlichen Regionen", um über die Situation und die Rolle von Vereinen bei der Integrationsarbeit und ihren Beitrag zur Völkerverständigung zu sprechen.

Gefördert wurde die Multiplikatorenschulung aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern.

Außergewöhnliche Location - abwechslungsreiches Programm

Der Schulungsort war diesmal etwas ungewöhnlich: Das zweitägige Programm fand in den Räumlichkeiten des Eppinger Figurentheaters statt. Umso größer war die Begeisterung der Teilnehmer, als sie die Tagungsstätte betraten. Die Lounge des Theaters wurde in einen Seminarraum umfunktioniert, und so konnte man die Vorträge und Workshops in einer außergewöhnlichen Atmosphäre genießen.

Die Organisatoren der MPS legten besonders viel Wert auf Abwechslung im Programm. Schwerpunkte der Schulung waren Vorträge und Workshops, in denen gemeinsam unterschiedliche Methoden und Strategien entwickelt sowie Impulse und Ideen gesammelt wurden, um die alltägliche Praxisarbeit in den Bereichen Integration und Völkerverständigung zu bereichern.

Am Samstag gab es als Highlight ein kulturelles und zugleich lehrreiches Abendprogramm: das kabarettistische Theaterstück „Die demografische Windel" des Theaters PassParTu. In diesem Stück setzt sich die Schauspielerin Heidi Callewaert-Zotz humorvoll und mit einer ordentlichen Dosis Ironie und Sarkasmus mit dem demographischen Wandel auseinander.

Anschließend an das Theaterstück, fand eine Podiumsdiskussion zum Thema „Zusammenspiel oder Zusammenprall? Zuwanderung als Chance gegen den demographischen Wandel" statt. Moderiert wurde das Podium von Katharina Martin-Virolainen, der Landesvorsitzenden der Jugend-LmDR Baden-Württemberg. An der Gesprächsrunde nahmen Vertreter aus den Bereichen Politik, Kultur und Ehrenamt teil: Vera Haas, Vorsitzende der Deutsch-Russisch-Ukrainischen Gesellschaft Eppingen und Lehrerin einer Internationalen Vorbereitungsklasse (VKL), Josip Juratovic, SPD-Bundestagsabgeordneter und Integrationsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion, Alexander Throm, Rechtsanwalt und CDU-Kandidat bei der Bundestagswahl, sowie Wolfgang Widder, Diplom-Psychologe und Vertreter der Bürgerstiftung Wiesloch.

Wie werden sich die Geburtenrate und die Altersstruktur unserer Gesellschaft entwickeln? Wozu brauchen wir Zuwanderung? Was muss getan werden, damit die Menschen sich schneller und besser integrieren können? Schwierige Fragen, unterschiedliche Erfahrungen und verschiedene Ansichten: Das Podiumsgespräch entwickelte sich spannend und sehr lebendig.

Aus der Vergangenheit lernen - in die Zukunft blicken

Im Rahmen des Gesprächs wurden auch Themen angesprochen, die vor allem bei den Deutschen aus Russland alte Wunden aufgerissen haben, etwa der Fachkräftemangel und gleichzeitig die fehlende oder späte Anerkennung von Abschlüssen. So berichtete Vera Haas, dass sie 25 (!) Jahre lang auf die Anerkennung ihres Diploms als Lehrerin warten musste. Und sogar jetzt, da dieses anerkannt ist, gilt sie als so genannte Nichterfüllerin. Bemängelt wurden auch die langen Wartezeiten, die Bürokratie, das Unwissen, an wen die Menschen sich in ihrer Situation wenden sollen, etc.

Muhamet Idrici, Realschullehrer albanischer Herkunft aus dem Kosovo, schaltete sich in die Diskussion ein und berichtete von seinen Erfahrungen als Flüchtling und den Herausforderungen, mit denen man im Laufe seines schulischen und beruflichen Lebens zu kämpfen hat.

TeilnehmerInnen der Multiplikatorenschulung in Eppingen.

Zum Schluss waren sich Podiumsgäste und Zuschauer einig: Zuwanderung kann nur dann eine Chance sein - auch im Hinblick auf den demographischen Wandel -, wenn man beispielsweise Probleme erkennt und versucht, diese gemeinsam zu lösen, von beiden Seiten zur Integration beiträgt, Menschen den Einstieg ins Arbeitsleben schneller ermöglicht und jungen Menschen, insbesondere Frauen, die bereits Kinder haben, die Chance auf Bildung und Ausbildung gibt.

Zusammenhalten - Zukunft gestalten!

Gemäß dem Motto der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland wurden am zweiten Schulungstag Ideen für eine mögliche Zusammenarbeit gesammelt. Dabei wurde sehr viel Wert auf Vernetzung und Stärkung von Kooperationen gelegt.

Katharina Martin-Virolainen betonte zum Abschluss, wie wichtig ein Zusammenspiel der Akteure vor Ort für die Entwicklung der Integrationsarbeit sowie die Förderung der Kultur und Jugend ist.

Elena Gillung, die im Büro des Oberbürgermeisters der Stadt Leimen arbeitet, ermutigte die jungen Teilnehmer der Schulung dazu, sich mit ihren Projektideen bei der Stadt vorzustellen und sich über mögliche Unterstützung zu erkundigen: „Fragen kostet nichts, und deshalb sollte man sich nicht scheuen, das direkte Gespräch mit der Stadt zu suchen. Wir sind dafür da, um uns um die Anliegen der Bürger zu kümmern und bei Problemen gemeinsam nach einer Lösung zu suchen."

Die Landsmannschaft und ihre Jugendgruppe in Baden-Württemberg bedanken sich ganz herzlich beim Bundesministerium des Innern für die Förderung der Multiplikatorenschulung.

Ein besonderer Dank geht auch an Heidi Callewaert-Zotz und Thomas Zotz für die Gastfreundschaft und die Möglichkeit, die Schulung im Eppinger Figurentheater durchführen zu dürfen.

Katharina Martin-Virolainen,

Pädagogik auf der Straße

Der Streetworker und Vorsitzende der Jugend-LmDR Nordrhein-Westfalen, Roman Friedrich, und seine internationale Kundschaft

Im November 2016 wurde die Jugendorganisation der LmDR mit der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen um eine neue Gliederung erweitert. Zum Vorsitzenden der Landesgruppe wählten die jungen Delegierten einstimmig den erfahrenen Soziologen und Erzieher Roman Friedrich. Seit mehr als zehn Jahren widmet sich der Deutsche aus Russland der Arbeit mit zur Kriminalität neigenden Jugendlichen, die er ohne jede Scheu auf Kölner Straßen anspricht. Über seine Tätigkeit als Streetworker erzählte er unserer Redaktion in nachstehendem Interview.

Roman Friedrich (2. von links) wirkt bei zahlreichen Jugendprojekten mit, wie hier zum Beispiel beim „Debattierclub", in dem sich Jugendliche und junge Erwachsene treffen, um über Weltgeschehnisse zu diskutieren und zu lernen, wie man gesellschaftspolitisch agieren soll.

Lena Arent: *Was versteht man unter den Begriffen „Streetworker" und „Streetwork"? Wodurch wird diese Arbeit gekennzeichnet?*

Roman Friedrich: Einfach ausgedrückt, ist Streetworker ein Straßensozialarbeiter, der seine „Klienten", meist Personen mit unterschiedlichsten Problemlagen, da abholt oder erreicht, wo sie gerade sind – auf der Straße. Meistens handelt es sich um Personengruppen, die durch keine anderen Angebote oder Institutionen erreicht werden.

„Streetwork" allerdings ist weit mehr als „nur" Straßensozialarbeit. Dazu gehören in der Regel Netzwerkarbeit, Einzelfallhilfe, Gruppenangebote für die Zielgruppe, Arbeit mit den Eltern der betroffenen Jugendlichen und vieles mehr. Diese Arbeit erfordert sehr viel Flexibilität, Frustrationstoleranz, Ausdauer, Kreativität, Einfühlungsvermögen, Umgang mit Nähe und Distanz und deeskalierende Techniken. Am wichtigsten aber ist nach meiner Meinung die Fähigkeit, abschalten zu können,

Wer sind diese „problematischen" Jugendlichen, mit denen du arbeitest?

Ich würde das Wort „problematisch" nur ungern benutzen, da es für mich oft Jugendliche sind, die noch vor großen Herausforderungen stehen, die in der Gesellschaft vielleicht sehr kritisch wahrgenommen werden, aber ganz dankbar und „pflegeleicht" sein können, wenn man sich ihnen zuwendet.

Sie kommen aus den unterschiedlichsten Ländern und Kulturen. Inzwischen hatten sich die Jugendgruppen stark vermischt. Ganz konkret haben wir 121 Nationalitäten hier in Köln-Chorweiler und mit all denen arbeiten wir.

Die Probleme sind sehr unterschiedlich. Oft sind es Multiproblemlagen: Schulden, Gewalt auf der Straße, in der Schule und in der Familie, Stress am Berufsausbildungsplatz oder mit dem Arbeitgeber, Arbeitslosigkeit, fehlende Abschlüsse, Suchtproblematiken, Radikalisierung, Mobbing, Integrationsschwierigkeiten, Justizprobleme etc.

Ist es schwierig, mit den Jugendlichen auf der Straße in Kontakt zu kommen?

Nein, wir sind gut erkennbar mit unseren Streetworkerausweisen und -jacken und gehen aktiv auf die Leute zu. Wir nennen einfach ein paar Namen von Jugendlichen, denen wir schon geholfen haben, und das überzeugt meistens. Ein Telefonat, und sie wissen schon alles über uns.

Das erleichtert die Arbeit sehr und spart jede Menge Zeit, die sonst für den Aufbau von Vertrauen benötigt würde. Es gibt natürlich äußert misstrauische Klienten. Dann braucht man einfach mal mehr Zeit.

Wo findest du deine „Klientel"?

Ich bin seit fast zehn Jahren hier als Streetworker tätig, und inzwischen hat es sich herumgesprochen, dass es Streetworker gibt, die Hilfe anbieten. Wir kriegen so viele Anfragen, dass wir sie kaum noch bearbeiten können. Daher gibt es keinen großen Bedarf, sich auf die Suche nach „Klienten" zu begeben.

Allerdings gehört aufsuchende Arbeit einfach zu den Standards von Streetwork. Wir sind deshalb regelmäßig auf der Straße und holen tatsächlich oft neue Klienten ins Boot, die durch alle Hilfssystemnetze gefallen sind und dringend Unterstützung brauchen.

Wie sieht dein beruflicher Alltag aus?
Ehrlich gesagt, fängt mein Arbeitstag mit sehr unspektakulären Aufgaben an: Dokumentation, Korrespondenz, Verwaltung und Organisation. Streetwork braucht auch das.

Dann orientiert sich mein Arbeitsalltag an den aktuellen Notfällen, und erst nach dem Krisenmanagement können die anstehenden Termine mit Klienten und Netzwerkpartnern wahrgenommen werden.

Der Tag wird in der Regel mit Streetworkeinsatz in den späten Arbeitsstunden beendet, wenn die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sich öffentlich in Räumen und auf Plätzen treffen.

Wir arbeiten sehr unterschiedlich, abwechslungsreich und immer bedarfsorientiert. Jeden Moment kann es zu einer Krise kommen, bei der du schnell intervenieren musst, um deinen Klienten zu helfen.

Warum werden Jugendliche überhaupt delinquent?
Es gibt unterschiedliche Umwege in die Straffälligkeit, die eigentliche Ursache liegt aber oft in den familiären Beziehungen: fehlende Akzeptanz und Empathie, Ignoranz, fehlende Fürsorge seitens der Eltern. Ferner sind es negative Einflüsse aus dem Freundeskreis und Beeinflussungen durch die Medien.

Was würdest du Eltern mit auf dem Weg geben, damit ihre Kinder nicht außer Kontrolle geraten?
Seid positive Beispiele für eure Kinder. Worte bringen nichts. Schätzt jeden Moment, den ihr zusammen mit euren Kindern verbringt. Gestaltet die Freizeit eurer Kinder mit und achtet darauf, dass sie gute Hobbys haben, die für ihre persönliche Entwicklung erforderlich sind. Achtet auf die Freunde eures Kindes: Was haben sie für Interessen, welches Elternhaus, welche Charaktereigenschaften? Baut vertrauensvolle, respektvolle Beziehungen zu eurem Kind auf. Bleibt im ständigen Austausch mit eurem Kind, um im Bedarfsfall schnellstmöglich intervenieren zu können.

Vielen Dank für das Interview und weiterhin viel Erfolg bei deiner spannenden Arbeit!

Multiplikatorenschulung in Berlin-Lichtenberg:

„Was tun gegen politische und religiöse Radikalisierung?“

Die Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland führte vom 15. bis 17. Dezember 2017 in der KULTSchule in Berlin-Lichtenberg für ihre aktiven und engagierten Mitglieder eine Multiplikatorenschulung zum Thema „Was tun gegen politische und religiöse Radikalisierung?“ durch. Die Teilnehmer reisten aus verschiedenen Bundesländern zu unserer Schulung an.

Die Schulung behandelte vier große Themenfelder:

- Medien und Radikalisierung
- Förderung der Teilhabe an örtlichen Einrichtungen und Angeboten
- Islamismus, Antisemitismus und Rassismus: Wie kann Radikalisierung verhindert werden?
- Konkrete Phänomene und tatsächliche Gefahrenlage

Übergeordnetes Ziel war die Kompetenzvermittlung an Multiplikatoren der Jugendarbeit hinsichtlich der Prävention politischer und religiöser Radikalisierung junger Menschen.

Die Multiplikatorenschulung sollte die Teilnehmer dazu befähigen, in ihrem Umfeld Radikalisierungstendenzen vorzubeugen, sie zu erkennen und angemessen damit umzugehen, auch unter Einbeziehung professioneller Partnerorganisationen.

Wichtig bei der Multiplikatorenschulung war auch der konstruktive Erfahrungsaustausch anhand realer Beispiele und eigener Erfahrungen sowie die Begegnung auf Augenhöhe aller Beteiligten zum gemeinsamen Erarbeiten von Lösungsansätzen für die vorliegenden Probleme.

Inhaltlich wurde deutlich, dass die Medien beim aktuellen Problem der Radikalisierung eine entscheidende Rolle spielen. Veränderungen bei den journalistischen Medien – TV, Radio und Print – sowie Spezifika der Sozialen Medien sind zentrale Faktoren. Begriffe wie Fake News, Echokammern und Filterblasen verweisen auf äußerst gefährliche Vorgänge, die zu einem hohen Vertrauensverlust gesellschaftlicher Institutionen führen. Dass sich in abgegrenzten Räumen demokratiefeindliche Diskurse entwickeln, heizt die aktuellen Polarisierungstendenzen an.

Teilnehmer der Multiplikatorenschulung in Berlin-Lichtenberg.

Zentraler Faktor bei der Bekämpfung der politischen und religiösen Radikalisierung ist die fachliche Kompetenz: Menschen – vor allem Multiplikatoren – müssen fachkundig geschult werden, eigene Standpunkte zu vertreten und für ein demokratisches Miteinander zu sprechen. Sie können Orientierung geben, vor allem jungen Menschen, die in den Sog radikaler Kräfte geraten sind.

Wichtig ist es auch, Menschen zu befähigen, „für“ etwas zu sprechen. Hier geht es vor allem um Multiplikatoren, Ehrenamtliche, Journalisten und Politiker. Gerade in diesen Gruppen sind Deutsche aus Russland – in vielen anderen Gesellschaftsbereichen bestens integriert und sogar Leistungsträger – in einem ebenso erschreckenden wie problematischen Maße unterrepräsentiert.

Der Dozent Horst Martin fasste die Multiplikatorenschulung wie folgt zusammen: „Die Schulung hat die Teilnehmenden – das waren vor allem Jugendliche – aktiv ermutigt, sich gerade in diesen Bereichen persönlich zu engagieren und ihre Chancen zu suchen. Die Teilnehmenden wünschen sich gezielte Förderung, um ihre Befähigungen ausbauen zu können. Entsprechende Angebote an Hochschulen, zum Beispiel Netzreporter, oder Fortbildungen der Parteien sind dieser Gruppe leider nicht zugänglich. Aus den Reihen der Teilnehmende kam die Anregung, entsprechende Angebote zu schaffen.“

Alexander Korneev

Jugend
LANDSMANNSCHAFT
DER DEUTSCHEN AUS RUSSLAND

Der Hauptsitz der Jugend-LmDR

ist im Haus der Deutschen aus Russland,
Raitelsbergstraße 49, 70188 Stuttgart.

Für die Kontaktaufnahme wendet ihr euch bitte an die
Projektbüros in Berlin
unter der Tel.-Nr.: +49(0)30-50178555
oder per Mail an Kontakt@Jugend-LmDR.de

Gern treffen wir euch auch persönlich in der

KULTSchule
Sewanstr. 43
10319 Berlin-Lichtenberg.

Hier findet ihr uns von
Montag bis Freitag, 9 bis 15 Uhr.

Unser Profil schärft sich von Tag zu Tag

2018: VaDW-Interview mit dem Bundesvorsitzenden der Jugend-LmDR, Walter Gauks

VadW: *Im Rückblick auf 2017: Welche Vorhaben konnten innerhalb der Jugend-LmDR umgesetzt werden, wo gab es Schwierigkeiten bzw. Hindernisse, die in den Weg gelegt wurden?*

Walter Gauks: 2017 konnten wir auf den guten Ergebnissen der Jahre 2015 und 2016 aufbauen. Wir haben aktiv an der Berichterstattung über Deutsche aus Russland mitgewirkt und Formate entworfen, die ihrer positiven Darstellung gedient haben.

Auch unsere Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben hervorragende Arbeit geleistet. In diesem Jahr werden neue Landesverbände in Berlin-Brandenburg und Niedersachsen hinzukommen.

Die Macher der Jugend-LmDR gestalteten zahlreiche Treffen, Aktionen, Werbekampagnen, Videotrailer, internationale Begegnungen und vieles mehr.

Als Beispiele nenne ich

- die Russlanddeutschen Kulturtage in Baden-Württemberg,
- Seminare zur politischen Bildung, Festivals und Jugendtreffen in Bayern,
- die Ausarbeitung, Beantragung und Durchführung von innovativen Ansätzen in der Arbeit mit Hassparolen im Netz in NRW,
- Festivals, Kampagnen unter dem Motto „Wir wählen“ und Tag der Aussiedler und Vertriebenen in Berlin
- sowie Unterstützung und Mitgestaltung von Gedenkfeiern und großen Treffen in Niedersachsen.

Wir haben ein großes Projekt zur Darstellung der Stärken unserer Landsleute gestartet und zwei hoch aktuelle Multiplikatorenschulungen durchgeführt. Unsere Jugendlichen sind nach Sibirien gereist, um die Lage der dort verbliebenen Deutschen zu erforschen, und die Kulturbotschafterin der Jugend-LmDR, Helena Goldt, machte mit großen Konzerten auf uns aufmerksam.

Große Schwierigkeiten liegen im Bereich der Struktur und Organisation unserer Jugendarbeit. Die Jugend-LmDR ist kein eingetragener Verein, deshalb kommen wir auch nicht in den Genuss zahlreicher Programme. Dazu zählt auch die Mitgliedschaft in den Jugendringen auf Landes- und Bundesebene.

Wie bereits angedeutet, werden wir in diesem Jahr fünf Landesgruppen der Jugend-LmDR haben und damit dem Ziel einer Mitgliedschaft in den Jugendringen ein gutes Stück näher gekommen sein.

Zum Verhältnis zur Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und ihren Gliederungen: Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit deren Landes- und Ortsgruppen und wie steht es um die organisatorischen Strukturen?

Die Zusammenarbeit mit den Landes- und Ortsgruppen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist hervorragend. Wir stoßen bei ihnen auf eine große Bereitschaft zur Zusammenarbeit, und wir beobachten ein Anwachsen von Jugendorganisationen innerhalb der Gliederungen. Ich nenne als Beispiele die Jugendgruppen in Hannover, Osterode am Harz, Köln, Nürnberg, Regensburg, Kaiserslautern und Lahr sowie in vier Berliner Bezirken.

Wir freuen uns über das wachsende Vertrauen, das der Jugend-LmDR entgegengebracht wird. Das ist das wichtigste, was wir von der älteren Generation brauchen.

Unser Profil schärft sich von Tag zu Tag. Das ist keineswegs allein das Verdienst des Bundesvorstandes der Jugend-LmDR, vielmehr gestalten die Jugendlichen aus den Ortsgruppen unsere Arbeit aktiv mit, formulieren Wünsche und Pläne und helfen uns bei deren Verwirklichung.

Der Ruf nach verstärkter Einbindung von Partnerorganisationen, Initiativen und engagierten Gruppen wird immer lauter. Dabei ist für viele Jugendliche die Bindung an nur einen Verband keine Option, weshalb sie auch in zahlreichen anderen Vereinen mitwirken.

Insgesamt spüren wir jedoch, dass die „Marke Jugend-LmDR“ an Attraktivität gewinnt. Wir verzeichnen einen enormen Zustrom von interessierten Jugendlichen, die Besucherzahlen auf unsren Internetseiten steigen, und mit unseren Online-Aktionen erreichen wir immer mehr junge Menschen. Wir wachsen zu einer zukunftsfähigen Plattform.

Welche Möglichkeiten der politischen Einflussnahme sehen Sie, auch und gerade im Hinblick auf Vereinnahmungsversuche durch die AfD?

Das größte Problem sehe ich in der medialen Darstellung, dass Russlanddeutsche zu bestimmten Parteien neigen würden. Es ist allgemein bekannt, dass die Deutschen aus Russland nicht mehr nur zur CDU neigen. Es kann aber keine Rede davon sein, dass es stattdessen für die Deutschen aus Russland nur die AfD gibt. Vielmehr gibt es für uns zahlreiche andere Alternativen, die SPD, die Grünen, die Linke, die FDP.

Für alle Parteien lohnt es sich, in unsere Volksgruppe zu investieren. Die Volksparteien, die CDU/CSU und die SPD, haben das, denke ich, schon klar im Fokus. Die Linke und die Grünen ziehen nach, während es meiner Meinung nach von der FDP die wenigsten Versuche gibt, an unsere Jugendlichen und unsere Landsleute heranzutreten. Die AfD

Walter Gauks

hat uns dagegen klar als Zielobjekt ihrer politischen Agitation entdeckt.

Wie sehen Sie die Problematik grenzüberschreitender Maßnahmen mit Staaten der ehemaligen Sowjetunion, in denen demokratische Grundegeln missachtet werden?

Ich merke, dass auch von der Jugend klare Statements zu geopolitischen Geschehnissen erwartet werden. Auch zu Fragen, ob in einzelnen Ländern demokratische oder eben undemokratische Prozesse ablaufen.

Die Jugend der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist jedoch keine politische Organisation. Wir befassen uns mit Jugendarbeit insbesondere im sozialen, kulturellen und Bildungsbereich.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Ländern der ehemaligen UdSSR lässt, ganz allgemein gesprochen, zu wünschen übrig und sollte in zahlreichen Bereichen ausgebaut werden. Ob das eine oder andere Land demokratisch regiert wird, lassen wir die Jugendlichen, die zu uns kommen, selbst entscheiden. Wir belehren sie nicht. Dagegen wollen wir den Austausch fördern, Bildung transferieren, soziale, sprachliche und kulturelle Maßnahmen durchführen und vieles mehr.

Und wie steht es um die Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen in der Bundesrepublik?

Dieser Bereich ist für uns von enormer Bedeutung. Hinter der Kooperation mit den Strukturen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland kommt für uns gleich an zweiter Stelle die Bildung von Netzwerken im gesamten Bundesgebiet.

In dieser Hinsicht konnten wir in den letzten Jahren eine ganze Menge verwirklichen. Partnerschaften mit Vereinen, Verbänden, Institutionen, Firmen, Redaktionen, Zeitungen, Initiativen und weiteren Gruppen entstehen schneller und schneller.

Sichert die Kinder- und Jugendarbeit die Zukunft unseres Verbandes?

Im Gespräch mit drei Ehrenamtlichen der LmDR

Jede noch so große Organisation braucht Nachwuchs. Dieser Aussage würde wohl kaum einer widersprechen. Dass Kinder- und Jugendarbeit innerhalb des Verbandes gut funktionieren kann, beweisen bereits mehrere Orts- und Landesgruppen. Wir haben mit drei aktiven Ehrenamtlichen über ihre Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gesprochen. Sie haben uns verraten, mit welchen Schwierigkeiten sie am Anfang zu kämpfen hatten und wie man Kinder- und Jugendarbeit langfristig und nachhaltig gestalten kann.

Nelli Geger

Nelli Geger

Wer sich im Bereich Kinder- und Jugend engagieren möchte, muss eine gewisse Frusttoleranz mitbringen. Denn nicht alles klappt immer auf Anhieb. Das weiß **Nelli Geger**, die seit 2016 Landesvorsitzende der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Bayern ist. Gemeinsam mit ihrem Team hat sie bereits viele Projekte und Aktionen für und mit jungen Leuten umgesetzt.

Mittlerweile haben sie eine Theatergruppe und einen Jugendchor gegründet. Sie veranstalten Seminare zur politischen Bildung, helfen jungen Menschen, die noch nicht so lange in Deutschland sind in Studien- und Ausbildungsfragen, gestalten kulturelle Abende.

„Anfangs war es schwer, da die Leute gefehlt haben", gibt Nelli Geger zu. „Doch mittlerweile hat sich dieses Problem gelöst. Wir haben ein gutes und zuverlässiges Team. Jeder hat seine Aufgabe, und dieses Gefühl des Zusammenhalts und der Gemeinschaft schweißt uns immer enger zusammen."

Auf die Frage, warum sie sich ausgerechnet in der Jugendarbeit engagiert, hat die junge Frau, die in Fürth lebt, eine ganz klare Antwort: „Sicherlich könnte ich auch etwas anderes machen, aber die Jugend gibt mir so viel zurück! Mich begeistert immer wieder, mit welchem Enthusiasmus sie an die Sache herangeht. Ich bin immer wieder fasziniert davon, dass die Jugendlichen auch die absurdesten Ideen aufgreifen und weitertragen. Ich lasse mich immer wieder gerne von ihrem Feuer anstecken und brenne mit ihnen. Der Austausch mit der Jugend erfüllt mich und motiviert mich, weiterzumachen."

Nelli ist stolz darauf, dass die Arbeit der Jugendorganisation mittlerweile so viel positive Resonanz bekommt. Auch die Stadt Fürth und die Stadt Nürnberg zeigen ihre Anerkennung für die Arbeit der Jugend, indem sie immer wieder Projekte und Aktionen unterstützen. Für ihr Team hat Nelli Geger nur gute Worte: „Das sind junge, engagierte Menschen voller Ideen und Energie. Sie haben diesen besonderen Funken in der Seele und dieses Leuchten in den Augen. Wenn ich mich entscheiden müsste, würde ich mich immer wieder für diese Arbeit und diesen Weg entscheiden", antwortet Nelli Geger auf die Frage, ob sie sich vorstellen könnte, statt Jugendarbeit etwas anderes zu machen.

Erna Pacer

Dass ein zuverlässiges und verantwortungsbewusstes Team für eine stabile Arbeit unabdingbar ist, weiß auch **Erna Pacer**, Vorsitzende der Ortsgruppe Karlsruhe der LmDR und Mitglied des Landesvorstandes von Baden-Württemberg. Sie begann bereits in den Neunzigern, sich für Kinder und Jugendliche zu engagieren, und im Jahr 2009 gelang es ihr gemeinsam mit ihrem Team, in Karlsruhe das Jugendhaus „Alle unter einem Dach" zu eröffnen.

„Es ist wichtig, auf die Bedürfnisse der Jugendlichen einzugehen", sagt Erna Pacer. „Ich habe damals viel mit jungen Menschen gesprochen und immer wieder herausgehört, dass sie sich nach einem Ort sehnen, an dem sie immer willkommen sind und wo ihre Interessen, ihre Sorgen und Probleme ernst genommen werden. Ein Ort, wo sie dem schulischen Alltag entfliehen können oder einen guten Rat bekommen, wenn sie Schwierigkeiten haben.

Junge Menschen brauchen einen Ort, um sich zu treffen und sich auszutauschen. Unsere Aufgabe als Erwachsene ist es nicht, ihnen ständig irgendwas vorzuschreiben. Nein, wir müssen mit den Jugendlichen in den Dialog treten. Ihnen zuhören. Ihre Interessen wahrnehmen und passende Angebote gestalten. Nur so können wir das Vertrauen der Jugendlichen gewinnen und die Arbeit nachhaltig gestalten."

Erna Pacer

Dass es nicht immer einfach ist, bestätigt Erna Pacer aus ihrer Erfahrung. Besonders am Anfang fehlt es an vielen Stellen, doch man darf sich nicht entmutigen lassen. „Wenn man die Verantwortung übernimmt, sollte man sie auch tragen können", meint sie. „Man sollte Kinder- und Jugendarbeit auch nicht mit Geld messen. Auch, wenn schwere Zeiten durchzustehen sind: Leuchtende Kinderaugen und ihr glückliches Lächeln entschädigen für alles!", lacht sie und erinnert daran, dass es sich beim Ehrenamt um eine Ehrensache handelt.

„Um Kinder- und Jugendarbeit langfristig anzulegen, braucht man so einiges", erzählt Erna Pacer. „Finanzen sind bei vielen ein Dauerthema. Aber man braucht auch ein zuverlässiges und starkes Team. Unterstützung und Anerkennung für seine Arbeit. Aber vor allem braucht man Liebe. Liebe zu Kindern und Jugendlichen. Ohne die Liebe kann nichts gelingen", lacht Erna Pacer und schwärmt von ihren Schützlingen.

Seit vielen Jahren engagiert sich Erna Pacer in der Kinder- und Jugendarbeit und dank ihrem Einsatz und der Arbeit ihres Teams kann das Jugendhaus „Alle unter einem Dach" sich immer weiterentwickeln.

„Wir brauchen die Jugend!", sagt die Ortsgruppenvorsitzende ganz überzeugt. „Sie ist unsere Zukunft! Wir müssen jetzt den Grundstein für die Zukunft des Verbandes legen. Denn nur so kann die Idee weitergetragen werden. Wenn wir uns nicht um den Nachwuchs kümmern, wer soll das dann sonst tun?"

Erna Pacer rät allen, die sich auf das Feld der Jugendarbeit begeben möchten, selbst

Kontakt zu jungen Menschen zu suchen. Nur durch den Aufbau von Vertrauen, durch aufrichtiges Interesse an den Jugendlichen und durch Gespräche kann man erfahren, welche Belange oder Sorgen sie haben, was junge Menschen wirklich interessiert oder bewegt.

„Oft vergessen die Erwachsenen, dass es hierbei nicht um sie geht, sondern um die Kinder und die Jugendlichen. Wir müssen berücksichtigen, dass sie noch nicht erwachsen sind und die Welt mit ganz anderen Augen sehen. Sie haben teilweise ganz andere Vorstellungen und Erwartungen als wir. Das müssen wir akzeptieren und respektieren.

Und ich betone es immer wieder: Wir müssen Kinder und Jugendliche lieben! Egal wie sie sind. Jedes Kind und jeder Jugendliche hat seine Stärken, und diese müssen wir fördern."

Elena Gutelewitsch

Um die Stärken der Kinder geht es auch **Elena Gutelewitsch** aus Lahr. Seit drei Jahren engagiert sie sich für die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und gestaltet unterschiedliche Angebote für Kinder und Jugendliche. Bei ihren Aktionen versucht sie auch, bei Gelegenheit die Eltern einzubeziehen.

„Es ist wichtig, dass Eltern an der Entwicklungsförderung ihrer Kinder teilhaben. Ich erlebe es immer wieder, dass Kinder zwar ein großes Interesse an einem Angebot haben, aber die Teilnahme an der mangelnden Bereitschaft der Eltern scheitert. Das finde ich sehr schade. Deshalb versuche ich, die Angebote nach Möglichkeit so zu gestalten, dass auch die Eltern daran teilnehmen können und so Zeit mit ihren Kindern verbringen. Dadurch wird zusätzlich der familiäre Zusammenhalt gefördert."

Elena Gutelewitsch

Den Schwerpunkt ihrer Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien legt Elena auf sportliche Aktivitäten, gemeinsame Freizeitunternehmungen und kulturelle Förderung: „Wir gehen zum Beispiel gemeinsam im Wald spazieren, besuchen Museen und Klavierkonzerte, fahren alle zusammen in einen Freizeitpark und übernachten im Freien. Vor kurzem haben wir auch einen Kinderchor gegründet."

Die Angebote sind sehr unterschiedlich, und Elena hat immer wieder neue und interessante Ideen, die auf große Begeisterung und großes Interesse stoßen.

„Da ich selbst vier Kinder habe, weiß ich, wie wichtig es ist, insbesondere in der Kindheit die Stärken zu fördern und die Kinder in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Ich möchte sowohl den Kindern als auch den Eltern eine Möglichkeit bieten, sich zu treffen, sich auszutauschen und Erfahrungen zu sammeln."

Elena erzählt, dass es manchmal zwar schwer ist, sie jedoch immer wieder neue Motivationsquellen findet. Manchmal sind es die Kinder, die mit großer Begeisterung an einem Angebot teilnehmen. Manchmal sind es die Kollegen, die eine gute Idee teilen. Sie betont, wie wichtig der Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Ortsgruppen und Akteuren des Ehrenamts für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist.

„Als ich im Jahr 2016 eine Juleica-Schulung absolviert habe, hat mir die Teilnahme einen großen Motivationsschub verpasst. Ich konnte so viel Neues lernen und meine Erfahrungen mit anderen Ehrenamtlichen austauschen. Das ist sehr wertvoll und kann sehr motivierend sein, weil man neue Impulse bekommt, Ideen aufgreift und sich in neuen Bereichen ausprobieren möchte. Für mich war das eine spannende Herausforderung!", erzählt die vierfache Mutter.

Auf die Frage, wofür wir Kinder- und Jugendarbeit brauchen, antwortet Elena selbstsicher: „Für mich ist es wichtig, dass Kinder ihre Stärken erkennen und erfahren dürfen. Dass sie ein Hobby für sich entdecken und dass sie eine Beschäftigung haben. Das wird insbesondere zum Thema, wenn sie in das Jugendalter kommen. Damit sie nicht nur vor der Spielkonsole sitzen, sondern Kontakte knüpfen und Freundschaften schließen können. Wir können den Kindern zeigen, wie wundervoll diese Welt ist und wie viel es noch zu entdecken gibt!"

Katharina Martin-Virolainen

Aufruf der Teilnehmer des III. Deutsch-Kasachischen Jugendforums - „Neue Facetten der Zusammenarbeit"

Walter Gauks hat als Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland am III. Deutsch-Russisch-Kasachischen Jugendforum „Neue Facetten der Zusammenarbeit" in Pawlodar, Kasachstan, teilgenommen und sich dort mit den Jugendorganisationen ausgetauscht. Nachstehend der Aufruf, den die Teilnehmer am 25. März 2018 verfassten:

In den derzeitigen internationalen Beziehungen spielen neben den Staaten, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, neben großen multinationalen Unternehmen auch die Jugendorganisationen als Teilnehmer der Weltpolitik eine große Rolle. Sie sind eine wichtige gesellschaftspolitische Kraft sowohl auf der nationalen als auch auf der zwischenstaatlichen Ebene. Das Potential der Jugendorganisation ist in diesem Prozess wesentlich.

Die internationale Zusammenarbeit der Jugend leistet einen großen Beitrag zur gegenseitigen Verständigung, zum Friedensdialog zwischen den Völkern und trägt zur Bildung eines positiven Images der Teilnehmerstaaten bei, indem sie die Jugend im Geiste der Toleranz und des Interesses für andere Kulturen erzieht.

Die Jugendorganisationen, Teilnehmer des Forums, vereinigen junge Deutschstämmige verschiedener Länder und erfüllen die Rolle des Bindegliedes nicht nur zwischen Deutschland und dem Herkunftsland, sondern auch zwischen den Ländern des postsowjetischen Raumes.

Die Teilnehmer des Forums haben betont, dass man in der Zukunft die Erkenntnisse sammeln sollte, die von den deutschen Gesellschaften der GUS-Staaten und Deutschland erzielt wurden, die mit der Teilhabe an den Ideen der Zivilgesellschaft verbunden sind und innovative Formen der Arbeit, die während des Forums vorgeschlagen wurden, implementieren.

Die Leiter der Jugendorganisationen Kasachstans, Georgiens, Deutschlands, Kirgisiens und Russlands rufen die deutsche Jugend auf, danach zu streben, in der Avantgarde der öffentlichen politischen Bewe-

gungen der Länder zu sein und sich und andere zu motivieren, einzelne Richtungen der Entwicklung von Jugendinitiativen in den Herkunftsländern zu leiten.

Man muss an allen Ebenen des Gesellschaftslebens teilnehmen, am Sport und Business, an staatlichen und öffentlichen Strukturen, und man sollte sich nicht auf die gewohnheitsmäßigen Sphären der Tätigkeit beschränken.

Für die weitere Entwicklung der Partnerbeziehungen und der gemeinsamen Projekte ist es notwendig,

- die Tätigkeit der Theaterstudios und den Jugendtheateraustausch zu unterstützen, Gastspielreisen der Theatergruppen zu organisieren und Theaterfestivals durchzuführen;
- die Spracharbeit durch die Durchführung von Motivationswettbewerben (Essays, Gedichte, Sprüche, Erzählungen, Lesungen), die das Deutschlernen fördern, zu unterstützen;
- das Unternehmertum durch die Durchführung von Lerntrainingsmaßnahmen zu Start-Up-Unternehmen-Projekten und die Organisation von Wettbewerben zu Start-Up-Unternehmen-Ideen aktiv zu entwickeln;
- Treffen von Jugendleitern und Jugendpraktika in den Klubs der deutschen Jugend zu organisieren;
- regelmäßig Freundschaftswettkämpfe, Mannschaftsturniere und andere Sportwettbewerbe, die Gedenkdaten bekannter deutscher Sportler gewidmet sind, zu organisieren;

Darum bin ich bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Junge Mitglieder der LmDR und der Jugend-LmDR zu ihrer Motivation

Nelli Geger,
Vorsitzende
der Landesgruppe
Bayern der Jugend-LmDR:

Das Engagement in der LmDR und ihrer Jugendorganisation ist uns wichtig, weil die Landsmannschaft für uns eine riesige Familie ist, in der man immer Unterstützung bekommen kann. Außerdem ist sie eine einzigartige Plattform, auf der wir unsere Potenziale zeigen und entwickeln können. Wir als Jugend dürfen hier unsere kreativen und ab und zu auch „unrealistischen" Ideen realisieren.

Allerdings ist uns genauso wichtig, dass bei uns nicht jeder das macht, worauf er gerade Lust hat. Wir sind eben nicht nur in der LmDR, um Spaß zu haben, sondern auch, um ernsthafte Arbeit zu leisten.

Roman Friedrich,
Vorsitzender
der Landesgruppe
Nordrhein-Westfalen
der Jugend-LmDR:

Ich mache bei der Jugend-LmDR mit, weil ich fest davon überzeugt bin, dass die Jugend-LmDR die Zukunft unserer Landsmannschaft ist.

Unsere Jugendlichen, die sich für unsere gemeinsame Geschichte interessieren, die sich unermüdlich für die Interessen und Bedürfnisse unserer Landsleute einsetzen und ihre Potentiale, Talente und Stärken glänzen lassen, erfüllen mich mit der Zuversicht, dass die Jugend-LmDR eine Plattform ist, auf der sich unsere Jugendlichen perfekt verwirklichen können und dazu befähigt werden, vollwertige, ja sogar beispielhafte Teile unserer Gesellschaft zu werden.

Olga Kazakov
Projektleiterin:

Unsere Generation hat von den Großeltern bzw. Urgroßeltern viel über die Weltkriege und die Revolutionen vermittelt bekommen. Nicht nur über die Tatsachen der Weltgeschichte, sondern auch über das Grauen der Schicksale. Wir mussten die Geschichte unserer Vorfahren lernen, um verstehen zu können, warum man als Deutscher in der Sowjetunion geboren wurde.

Dann der Umzug nach Deutschland, die Rückkehr in die Heimat. Hier werden wir durch die Gesellschaft fast nach dem gleichen Muster geformt. Die Jugend-LmDR kann Orientierung geben und wird zu einem sicheren Anker in einer schnelllebigen Welt. Man ist nicht allein, und zusammen vertiefen wir das Gefühl der Zugehörigkeit.

Filipp Kirchner,
stellv. Bundesvorsitzender
der Jugend-LmDR:

„Nicht alles lässt sich ändern, aber nichts ändert sich von selbst."

So lautet ein berühmtes Zitat des amerikanischen Schriftstellers James Baldwin.

Ich kam in den 1980ern nach Deutschland und habe hier Ressentiments und Vorbehalte erlebt. Und, ob am Stammtisch oder in den Medien: Pauschalurteile gibt es weiterhin. Auch gegenüber unseren Landsleuten. Doch wir können etwas daran ändern. So wie Baldwin bin ich davon überzeugt, dass wir durch unser Engagement und unser gutes Beispiel ein Umdenken bewirken können.

Den geeigneten Rahmen dafür bietet mir die LmDR bzw. die Jugend-LmDR. Darum ist mir diese Institution wichtig und darum werde ich mich weiter einbringen.

Elena Goldt, stellvertretende Bundesvorsitzende der Jugend-LmDR:

Ich bin Mitglied der LmDR, weil die Gefahr besteht, unsichtbar zu werden. Gerade die Jugend baut die Brücke zur nächsten Generation, bei der die größte Gefahr besteht, sich zu assimilieren und zu „vergessen".

Bereits in unserer Generation wird Abstand genommen zu unserer Geschichte und Kultur als Russlanddeutsche, da sie nicht zeitgemäß, „uncool" wirkt, aber auch, weil die Kluft zwischen den Generationen teilweise größer ist als bei den hiesigen Deutschen oder gar bei den Familien in Russland.

Die Großelterngeneration musste ihre Heimat so oft wechseln wie kaum eine andere ethnische Gruppe. Immer wieder hat sie aus eigener Kraft ein neues Zuhause aufgebaut. Kein Wunder, dass es besonders für sie schwer ist, Verständnis für das Neue aufzubringen; die teilweise überholt konservativen Werte sind das Einzige, woran sie sich noch halten können.

Deshalb ist gerade das Engagement der Jugend so wertvoll, da sie sich von diesen großen Differenzen nicht abschrecken lässt.

Sie sehen eine Chance darin, aufzufallen, etwas Besonderes und Individuelles zur gesellschaftlichen Entwicklung beizutragen. Sie wagen auch einen Blick in den Osten, unsere Teilheimat, was in der heutigen Zeit des Unverständnisses zwischen Ost und West bedeutet, eine echte Friedensarbeit zu leisten und mehr Interesse füreinander zu wecken.

Alexander Korneev, Mitglied des Bundesvorstandes der Jugend-LmDR:

In den letzten Jahren haben wir die Weichen für eine erfolgreiche Jugendorganisation gestellt. Jetzt ist es meiner Meinung nur folgerichtig, dass die Jugend-LmDR den nächsten Schritt wagt und sich selbst organisiert und verwaltet – im Einklang mit der Landsmannschaft. Nur auf diesem Weg können wir die Arbeit ausbauen und intensivieren.

Ivan Lemisev, Mitglied des Bundesvorstandes der Jugend-LmDR:

Dank der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland habe ich viel über meine Familiengeschichte erfahren. Durch das Aufarbeiten meiner Herkunft bin ich meiner Identität bewusster geworden. Ich habe dadurch eine innere Ruhe gefunden und gleichzeitig Antrieb für meine Bestrebungen.

Paul Derjabin, Landesgruppe Niedersachsen:

Für mich ist die LmDR besonders wichtig, weil sie auch jungen Menschen, die sowohl von Deutschland als auch von Russland geprägt sind, einen Ort bietet, wo sie sich austauschen können. Die politische, geschichtliche, kulturelle, sportliche und soziale Arbeit der LmDR macht es möglich, dass sich junge Spätaussiedler als Brückenbauer zwischen Deutschland und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion begreifen und entwickeln können."

Valerie Cholodov, Landesgruppe Niedersachsen:

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und das Engagement in ihr und ihrem Jugendverband sind uns wichtig, weil uns ein Raum geboten wird, in dem Menschen zusammenkommen, die die gleiche historische Herkunft haben und sich der eigenen Identität bewusst werden können. Gemeinsame Normen, Werte, Traditionen sowie Probleme können geteilt werden. Es wird das Gemeinschaftsgefühl gestärkt und der Teamgeist geweckt.

Multipikatorenschulung der LmDR in Stuttgart:

Konflikte deeskalieren kann trainiert werden

Am 29. September 2018 versammelte die Multiplikatorenschulung „Strategien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund" junge Mitglieder der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland im Evangelischen Bildungszentrum (Haus Birkach) in Stuttgart. Durch das zweitägige Seminar führten die erfahrenen Sozial- und Jugendarbeiter aus Köln, Roman Friedrich und Franco Clemens, mit Themenblöcken wie „Gewaltformen und Deeskalation der Gewalt", „Entstehung von Stereotypen und Vorurteilen in der Gesellschaft" „Hate Speech (Hassrede): Prävention im Netz" und „Mediale Einflüsse auf die Radikalisierungsprozesse".

Der Deutsche aus Russland Roman Friedrich widmet sich als Straßensozialarbeiter seit mehr als zehn Jahren der Arbeit mit delinquenten, also straffälligen Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen.

Das sind vor allem junge Leute aus unterschiedlichsten Ländern und Kulturen, die durch keine anderen Angebote oder Institutionen erreicht werden können. Sie werden mit Problemen konfrontiert wie Schulden, Gewalt auf der Straße, in der Schule und in der Familie, Stress am Berufsausbildungsplatz oder mit dem Arbeitgeber, Arbeitslosigkeit, fehlende Abschlüsse, Suchtproblematiken, Integrationsschwierigkeiten, Justizprobleme etc.

Teilnehmer der Multiplikatorenschulung in Stuttgart: 1. von links – Franco Clemens, 7. von links – Rita Heidebrecht; 6. von rechts – Roman Friedrich.

Friedrichs Kollege Franco Clemens hat sich mittlerweile in Köln einen Namen als Erzieher und Antiaggressionstrainer gemacht. Neben seinem Hauptberuf als anerkannter Fachmann für interkulturelle soziale Brennpunktarbeit ist der gebürtige Kölner mit italienischen Wurzeln ein leidenschaftlicher Straßenmusiker.

Zu Beginn der Schulung begrüßte Rita Heidebrecht, Bundesgeschäftsführerin der LmDR, die aus vielen Bundesländern angereisten jungen Teilnehmer: „Die Bundesrepublik Deutschland ist heute eine Einwanderungsgesellschaft mit hohen Anforderungen an eine multikulturell und ethnisch geprägte Integration. Menschen mit Migrationsgeschichte und Fluchterfahrung nehmen bereits an der gesellschaftlichen Entwicklung teil.

Dies sollte konkret geschehen, durch vielfältige Formen der Begegnung und Schaffung entsprechender Räume, Vermittlung von Informationen und Angeboten sowie die Durchführung von Maßnahmen für das Gemeinwesen.

Die Landsmannschaft, die sich seit knapp 70 Jahren, und insbesondere seit Ende der 1980 Jahre, mit Fragen der Integration und Unterstützung des Gemeinwesens durch eine praktische Integrationsarbeit befasst, verfügt über reichhaltige und vielfältige Erfahrungen. Diese sollten für die aktuellen Herausforderungen der Integration genutzt werden.

Die anstehende Multiplikatorenschulung hat daher für die Arbeit des Verbandes einen hohen Stellenwert, und es würde mich sehr freuen, wenn Informationen und Ergebnisse der Veranstaltung im Anschluss an Ort und Stelle genutzt würden."

Nach einer ausführlichen Kennenlernrunde konnte das Seminar beginnen. Im Themenblock „Gewaltformen und Deeskalation der Gewalt" erklärten Roman Friedrich und Franco Clemens, dass grundsätzlich drei Formen der Gewalt zu unterscheiden seien:

- psychische (z. B. Mobbing) Gewalt,
- physische (körperliche) Gewalt
- und strukturelle Gewalt.

Da der Begriff „strukturelle Gewalt" für die meisten Teilnehmer neu war, bedurfte er einer genaueren Erklärung. Es handle sich dabei um eine Form der Machtausübung, die von einer staatlichen Struktur, seien es Behörden oder Verwaltungen, ausgehe. Beachtenswert sei, dass die beiden Wörter „Verwaltung" und „Gewalt" vom gleichen Wort abstammten - „waltan" („Gewalt haben, herrschen").

Ursachen von Gewalt könnten soziale Schieflagen und die Verfolgung von gemeinsamen Interessen sein. Als gewaltverstärkende Faktoren fungierten oft soziale Netzwerke, das Internet, Videospiele oder die Hip-Hop-Kultur, in der Gewalt verherrlicht werde.

Wie entgeht man nun einem Konflikt oder einer Aggression? Da gebe es kein Patentrezept, so die beiden Streetworker, sondern einige praktische Tipps und Empfehlungen. Letztendlich komme es auf die Situation an, und in 98 Prozent aller Auseinandersetzungen spiele der psychische Faktor eine entscheidende Rolle.

Bist du deinem potenziellen Gegner mental überlegen, strahlst du Selbstsicherheit aus, wirst du auch in den meisten Fällen nicht angegriffen. Die Körpersprache sagt sehr viel, und aggressive Menschen suchen Opfer, keine Gegner. Eine Ausnahme bilden psychisch Kranke, deren Handlungen unberechenbar sind.

Begegnet man auf einer dunklen Straße einer Gruppe lauter und aggressiver Jugendlicher, meide man vor allem den direkten Augenkontakt mit ihnen. Hilfreich könnte auch ein fiktives Telefonat auf dem Handy sein; das würde Konfliktsuchenden den Eindruck vermitteln, man sei nicht alleine, könne rasch Hilfe vom anderen Ende der Leitung holen.

Kommt es trotz aller Bemühungen zu physischer Gewalt, sind Notwehr- und Verteidigungstechniken gefragt. Anhand von Gruppenübungen und szenischen Darstellungen zeigten Franco Clemens und Roman Friedrich, wie man auch deutlich kräftigeren Menschen widerstehen kann.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Hate Speech im Internet

Im Titel des Seminars war der Terminus „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" enthalten. Was bedeutet das genau?

Dabei handelt es sich, so Roman Friedrich, um einen sozialwissenschaftlichen Begriff, der Einstellungen wie Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Sozialdarwinismus mit einem integrativen Konzept zu fassen versucht. Die einzelnen Ausprägungen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind gemäß dem deutschen Soziologen Wilhelm Heitmeyer Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Etabliertenvorrechte, Sexismus, Heterophobie (Abwertung von Menschen, die „anders" sind), Homophobie, Abwertung von Behinderten, Abwertung von Obdachlosen, Antiziganismus und vieles andere mehr.

Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Gruppen sind eng miteinander verknüpft. Menschen mit Vorurteilen gegenüber einer Gruppe stimmen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auch Vorurteilen gegenüber anderen Gruppen zu.

Diskriminierung bedeute für die Betroffenen, so Friedrich, ganz unmittelbar eine hohe psychische Belastung. Sie führe zu einer erheblichen Beeinträchtigung des psychischen Wohlbefindens der Betroffenen, was sich etwa in einem geringeren Selbstwertgefühl und depressiven Erkrankungen bis hin zu einem erhöhten Suizid-Risiko äußere.

Am zweiten Tag der Multiplikatorenschulung standen zwei weitere wichtige Themen – Hate Speech im Netz und mediale Einflüsse auf Radikalisierungsprozesse – an.

Hate Speech im Netz habe laut Friedrich das Ziel, durch besondere sprachliche Ausdrucksweisen bestimmte Personen oder Personengruppen herabzusetzen oder zu verunglimpfen.

Gemäß einer Umfrage in Nordrhein-Westfalen hätten zwei Drittel von 2.044 Befragten schon Hate Speech im Netz erlebt. Das fehlende direkte Gegenüber, die Möglichkeit, anonym zu bleiben, und das Wissen, kaum

zur Rechenschaft gezogen zu werden, trage zur Enthemmung bei. Doch werde nicht nur anonym gehetzt, sondern häufig auch ganz offen mit Klarnamen.

Wie weit darf man mit seinen Äußerungen im Internet gehen? Wann endet die Meinungsfreiheit und beginnt eine Straftat? Roman Friedrich gab einen Überblick über die aktuelle Rechtslage in Bezug auf beleidigende Kommentare im Internet:

- Hate Speech ist kein feststehender, juristisch definierter Begriff. Grundsätzlich darf jeder sagen, was er meint.
- Unser Rechtssystem stellt nämlich die Meinungsfreiheit unter den verfassungsrechtlichen Schutz des Art. 5, Abs. 1, Grundgesetz und räumt diesem Recht damit höchsten Rang ein.
- Darunter fallen nicht nur Werturteile, sondern auch Tatsachenbehauptungen, soweit sie zur Meinungsbildung dienen können.

Aber das Recht auf freie Meinungsäußerung gilt nicht uneingeschränkt:

- Wird die Menschenwürde tangiert, das Persönlichkeitsrecht verletzt oder herabwürdigende Schmähkritik (Beleidigungen) geäußert, kann ein Betroffener dagegen rechtlich vorgehen.
- Das Recht auf freie Meinungsäußerung tritt darüber hinaus zurück, wenn durch die Kritik Strafrechtsnormen erfüllt werden.
- Gleiches gilt, wenn Bestimmungen zum Schutz der Jugend verletzt werden.

Hate-Speech-Kommentare können folgende Nachwirkungen haben:

- private Unterlassungsaufforderung;
- außergerichtliche Abmahnung mit Unterlassungserklärung, ggf. per Anwaltsschreiben;
- zivilrechtliche Unterlassungsklage und/oder Verurteilung zu Schadenersatz;
- eventuell sogar Schmerzensgeld;
- Übernahme von Gerichtskosten;
- Erstattung von gegnerischen Anwaltskosten;
- Strafanzeige und strafrechtliche Verurteilung.

Zum Abschluss des Seminars ging Franco Clemens in seinem Vortrag zum Thema „Mediale Einflüsse auf die Radikalisierungsprozesse“ auf brennende Fragen ein wie: „Was ist Lügenpresse?“ und „Wie unterscheide ich eine neutrale Berichterstattung von Propaganda mit meinungsbildenden Inhalten?“. Er unterstrich, dass der Journalismus gegenwärtig stark vom ökonomischen Faktor abhängig sei, deswegen sinke auch sein Niveau. Viele Medien könne man als „Scheinmedien“ bezeichnen, da sie den Qualitätsansprüchen nicht gerecht würden.

Die TeilnehmerInnen des Seminars dankten der landsmannschaftlichen Projektkoordinatorin Kristina Zerr und Rita Heidebrecht für eine hervorragende Organisation und den Dozenten Franco Clemens und Roman Friedrich für spannende und mitreißende Inhalte der Multiplikatorenschulung.

Lena Arent

Jugend-LmDR bei der wissenschaftlich-praktischen Konferenz der Deutschen aus Russland in Kasan

Vom 27. bis 31. August 2018 fand in Kasan (Republik Tatarstan) eine überregionale wissenschaftlich-praktische Konferenz der Deutschen in Russland statt, bei der ich die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland als Bundesvorsitzender der Jugend-LmDR vertreten durfte.

Die Konferenz versammelte mehr als 70 Vertreter verschiedener Organisationen der Russlanddeutschen aus 26 Regionen der Russischen Föderation. Erschienen waren außerdem Delegierte von Verbänden und Gesellschaften der Russlanddeutschen, kompetente Vorsitzende und Mitarbeiter von Institutionen und Behörden in Russland und Deutschland, deren Tätigkeit das Leben der Russlanddeutschen in beiden Ländern berührt.

Es ist klar, dass für die erfolgreiche Durchführung eines derart umfangreichen Forums die Unterstützung von Seiten der Führung der Republik Tatarstan und der Kasaner Stadtverwaltung notwendig war. Insbesondere zuständig war das Deutsche Haus der Republik mit seinem Direktor Viktor Dietz.

Erneut wurde ich im Rahmen der Konferenz davon überzeugt, dass wir, die Russlanddeutschen, über eine einzigartige Identität verfügen, auf die wir stolz sein können und müssen. Wir haben eine außergewöhnliche, großartige Geschichte, eine starke Kultur, einen ausgeprägten Charakter und eine einzigartige Mentalität. Darin liegt der Schlüssel für unsere Zukunft.

Erneut wurde klar, dass die Assimilationsprozesse in Russland die ethnische Gruppe der Russlanddeutschen stark beeinflusst haben. Aus bestimmten Gründen konnte die ältere Generation ihre Nationalsprache, ihre Kultur, viele Traditionen und Bräuche nicht vollständig weitergeben. Das System der deutschen Schule und der Hochschulausbildung ging praktisch verloren. Problematisch wurde es mit der Weitergabe der national-kulturellen Traditionen von Generation zu Generation.

Zugleich konnte der Inhalt der zahlreichen Gespräche und Treffen während der Konferenz überzeugend demonstrieren, dass die Erhaltung einer jeden Volksgruppe und seine Evolution unter den aktuellen Bedingungen in der heutigen Welt eine sehr mühsame und komplizierte Aufgabe darstellen.

Nach meiner tiefen Überzeugung bestätigte das repräsentative Auftreten der Teilnehmer die Wichtigkeit des Ereignisses. Sie arbeiten mit reinem Herzen daran, die Probleme der Russlanddeutschen zu lösen. Sie beteiligen sich aktiv an der Gestaltung des Schicksals der Deutschen aus Russland in der unmittelbaren wie auch in der fernen Zukunft.

Für das Überleben und die „Wiedergeburt“ unserer Volksgruppe in Russland schienen den Konferenzteilnehmern die folgenden Umstände wichtig zu sein:

- Der politisch zielgerichtete Wille der Staaten (Russland, Bundesrepublik Deutschland).
- Das Vorhandensein eines Territoriums für den kompakten Aufenthalt der Volksgruppe mit den entsprechenden Fördermaßnahmen. Auch die zwischenstaatlichen internationalen Projekte der Russlanddeutschen können hier hilfreich sein.

Walter Gauks

Das aktuelle Bild zeigt, dass die Förderung von neuen Initiativen im Bildungsbereich, in den kulturellen und sozialen Bereichen, im Sportbereich und in anderen Bereichen vertieft werden müsste. Wichtig ist, die Präsenz der Russlanddeutschen in allen Lebensbereichen kenntlich zu machen, sowohl im Sport als auch im Business, in den öffentlichen und sozialpolitischen Strukturen und vielem mehr.

Walter Gauks,
Bundesvorsitzender der Jugend-LmDR

Jugend-LmDR wählt neuen Bundesvorstand

Walter Gauks als Bundesvorsitzender bestätigt

Am 25. November 2018 lud der Bundesvorstand der Jugend-LmDR seine Mitglieder nach Kronberg im Taunus (Hessen) ein. Dort fand im Fritz-Emmel-Hausverein die Mitgliederversammlung der Jugendorganisation statt. Junge LmDR-Mitglieder reisten aus Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hamburg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen an, um an der Veranstaltung teilzunehmen, aber auch um die Gelegenheit zu nutzen, sich auszutauschen und zu vernetzen.

Der amtierende Bundesvorsitzende der Jugend-LmDR, Walter Gauks, begrüßte die Teilnehmenden und erläuterte die Tagesordnung. Anschließend wurden die Beschlussfähigkeit der Versammlung festgestellt und ein Wahlleiter gewählt.

Zunächst erstattete der Bundesvorstand Bericht über die Aktivitäten der Jugend-LmDR in den letzten drei Amtsjahren. Dabei wurden nicht nur Projekte auf Bundesebene vorgestellt, vielmehr ging man auch auf die Arbeit der einzelnen Landesgruppen ein.

Walter Gauks betonte, dass die Jugend-LmDR sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt hat. Man habe immer mehr engagierte Mitglieder gefunden und neue Landesverbände gegründet. Außerdem hob er die Arbeit von aktiven Mitgliedern der Jugendorganisation sowie einige erfolgreiche Projekte hervor.

In diesem Jahr standen auch Neuwahlen des Bundesvorstandes der Jugendorganisation auf der Tagesordnung. Nachdem der alte Vorstand entlastet worden war, konnten die stimmberechtigten Mitglieder ihre Vorschläge für die Neuwahl einbringen und ihre Kandidaten benennen.

Nach den Wahlen setzt sich der neue Bundesvorstand der Jugendorganisation nun wie folgt zusammen:

Walter Gauks (Berlin) wurde in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt und für die nächste Amtszeit wiedergewählt. Seine Stellvertreter sind **Katharina Martin** aus Baden-Württemberg und **Alexander Korneev** aus Berlin. Als Beisitzer wurden gewählt: **Nelli Geger** aus Bayern, **Valerie Cholodow** aus Niedersachsen, **Daniel Vogelgesang** aus Hessen, **Alexander Deitner** aus Rheinland-Pfalz, **Walter Frank** aus Hamburg und **Philipp Kirchner** aus Berlin.

Der neue Bundesvorstand des Jugendverbandes der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (von links): Philipp Kirchner (Berlin), Alexander Korneev (Berlin), Katharina Martin (Baden-Württemberg), Walter Gauks (Berlin), Valerie Cholodow (Niedersachsen), Walter Frank (Hamburg) und Alexander Deitner (Rheinland-Pfalz). Es fehlen Nelli Geger (Bayern) und Daniel Vogelgesang (Hessen).

Die Mitglieder des neuen Bundesvorstandes der Jugendorganisation verfügen über unterschiedliche Stärken, Fähigkeiten und Kompetenzen, die allesamt dazu beitragen können, dass die Jugend-LmDR sich weiterhin positiv entwickelt, neue Bereiche erschließt und neue Projekte ins Leben ruft. Besonders erfreulich ist, dass die Vertreter des neuen Bundesvorstandes aus unterschiedlichen Bundesländern kommen und somit ihre Landesgruppen nun im Bundesvorstand der Jugendorganisation vertreten sind.

Damit die Jugend noch stärker öffentlichkeitswirksam arbeiten kann, wurde **Juri Schmidt** als Referent für Soziale Medien vorgeschlagen, der dem Bundesvorstand unterstützend zur Seite stehen soll.

Im Anschluss an die Wahlen wurde ein Ausblick auf die Zukunft gewagt, und nach der Schließung der Wahlversammlung tauschten sich die Teilnehmer noch lange in kleinen Runden über ihre Arbeit und die Zukunftsperspektiven der Jugend aus.

Wir wünschen dem neu gewählten Bundesvorstand der Jugend-LmDR viel Erfolg bei seiner Arbeit und der Jugendorganisation weiterhin eine gute Entwicklung und viele engagierte Mitglieder, die unsere Landsmannschaft der Deutschen aus Russland bereichern werden.

Katharina Martin-Virolainen

Jugend bildet sich weiter:

Multiplikatorenschulung „Vereinsführung in Zeiten der Veränderung“ in Berlin

Die Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland hat für ihre aktiven und engagierten Mitglieder vom 9. bis 10. November 2018 in der KULTSchule in Berlin-Lichtenberg eine Multiplikatorenschulung zum Thema „Vereinsführung in Zeiten der Veränderung“ durchgeführt. Die Teilnehmer waren aus mehreren Bundesländern zu unserer Schulung angereist.

Die Multiplikatorenschulung behandelte die Themen:

- Welche Veränderungen gibt es und was bedeuten diese für die Führung von Vereinen?
- Vernetzung und Kooperation: Was machen die Anderen?
- Innovative Ansätze des Vereins- und Projektmanagements sowie die besten „Tools“.
- „Tue Gutes und sprich darüber.“ Moderne Öffentlichkeitsarbeit für Vereine und Projekte.

Das übergeordnete Ziel der Multiplikatorenschulung war die Kompetenzvermittlung an Multiplikatoren der Jugend hinsichtlich Professionalisierung und Qualifizierung in der Projektarbeit. Auch die Erhöhung der Sichtbarkeit der Jugend-LmDR in der

TeilnehmerInnen der Multiplikatorenschulung „Vereinsführung in Zeiten der Veränderung“ in Berlin.

relevanten Zielgruppe, die Anerkennung der Leistungen bewährter Multiplikatoren durch ein attraktives Weiterbildungsangebot sowie die weiterführende Vernetzung der Ehrenamtlichen untereinander waren wichtige Ziele der Schulung.

So erläuterte der Dozent Horst Martin den Teilnehmern die moderne Öffentlichkeitsarbeit für Vereine und behandelte mit ihnen Themen wie die Relevanz von Kommunikation für Vereine, neue Wege der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie strategisch bedeutsame Kommunikationsfelder.

„In dem Vortrag und im Workshop wurden Grundlagen der Kommunikation - von der Pressearbeit bis zu Sozialen Medien - gelegt. Die Teilnehmenden hatten ein sehr großes Interesse und sind überaus motiviert, ihre ehrenamtliche Arbeit in der Öffentlichkeit positiv darzustellen. Allerdings führt das Partizipationsdezifit der Deutschen aus Russland, vor allem in Medienberufen und der Politik, zu einer gewissen Zurückhaltung. Um diese zu überwinden, sind Ausbau, Vertiefung und Verstetigung notwendig“, so fasste Horst Martin die Multiplikatorenschulung zusammen.

In den Workshops des Dozenten Gerhard Hokamp blickten die Teilnehmer über den Tellerrand hinaus auf Beispiele der Arbeit anderer Vereine und Organisationen und erarbeiteten in konstruktiven Gruppengesprächen unterschiedliche Ansätze und Ideen für die künftige Jugendarbeit.

Für Walter Gauks, Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, „stellen das digitale Medienzeitalter und der gesellschaftliche Wandel neue Herausforderungen für Vereine dar. Management und Kommunikation sind wesentliche Erfolgsfaktoren. Von den intensiven Bausteinen der Multiplikatorenschulung und den fachkundigen Referenten werden die Teilnehmenden in ihrer täglichen Arbeit profitieren. Das positive Feedback nehmen wir für unsere nächste Multiplikatorenschulung gerne mit.“

Die Veränderungen in der Vereinsarbeit thematisierte der erfahrene Dozent Erik Dancs. Der Mediator und Kommunikationstrainer referierte in seinem Workshop mit Gruppendiskussionen und -arbeiten über die Vereinsarbeit und -leitung unter neuen Blickpunkten: „Mit Veränderungen, sowohl im privaten Bereich als auch im Verein, sind oft Unsicherheiten verbunden. Der Workshop sollte dazu beitragen, hilfreiche Einstellungen, eigene Fähigkeiten und Kompetenzen wahrzunehmen, zu stärken und bewusst einzusetzen. Dazu gehörte erst einmal, seinen eigenen ‚Platz‘ in der Jugendorganisation zeichnerisch darzustellen. In Kleingruppen wurden Anregungen für Themen gesammelt, die in die Arbeit der Gruppen auf örtlicher und auch auf Bundesebene aufgenommen und umgesetzt werden könnten. Davor ist es aber sinnvoll, sich zu überlegen, mit welchen Zielen sich die Jugendorganisation in Zukunft an der Mitgestaltung der Gesellschaft beteiligen möchte, um danach die entsprechenden Projekte darauf auszurichten.“

Erik Dancs, selbst Nachkomme von Banater Schwaben, beglückwünsche am Ende der Multiplikatorenschulung Walter Gauks und den gesamten Vorstand der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu den Teilnehmern, die voller Tatendrang und Ideenreichtum zum Gelingen des Workshops beitrugen. „Das Potential dieser Menschen wird die Jugendorganisation positiv verändern und voranbringen“, so seine abschließende Einschätzung.

Alexander Korneev,
Leiter des Projekts
„Neuzugewanderte stärken“

Der Bundesvorstand der Jugend-LmDR stellt sich vor:

Valerie Cholodow: „Wir müssen offener und innovativer werden!“

Valerie Cholodow ist 24 Jahre alt und studiert Wirtschaftswissenschaften an der Leibniz-Universität in Hannover. Letzten Sommer schloss sie ihr Bachelorstudium ab, absolvierte danach ein Praktikum bei VW im Projektmanagement und ging anschließend für ein halbes Jahr im Rahmen des Programms Work&Travel nach Kanada. Seit Oktober 2018 befindet sie sich im Masterstudium und engagiert sich in ihrer freien Zeit für die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Sie ist Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen der Jugend-LmDR und gehört seit Dezember dem Bundesvorstand des Jugendverbandes an.

VadW: Valerie, wie bist du zur Landsmannschaft der Deutschen aus Russland gekommen?

Valerie: Im Jahr 2016 hatten wir in Hannover ein Kulturfestival. Über eine Freundin nahm Marianna Neumann von der Landsmannschaft Kontakt mit mir auf und fragte mich, ob ich bei einer Veranstaltung die Moderation übernehmen könnte. Ich habe zugesagt, hatte aber nicht mit so viel Publikum gerechnet! Das war ein großer Auftritt für mich. Gott sei Dank, hat alles reibungslos funktioniert.

Danach wurde ich immer wieder angefragt, ob ich bei Aktionen der Landsmannschaft bestimmte Aufgaben übernehmen

könnte, wie etwa Präsentationen zu den Deutschen aus Russland. Ich habe das gerne gemacht, weil das auch meine eigene Geschichte ist. Wenn es einen selbst betrifft, ist die Motivation noch stärker.

Irgendwann habe ich immer mehr Vorträge gehalten, mich stärker in die Arbeit des Verbandes integriert, und im Jahr 2018 gründeten wir sogar die Landesgruppe Niedersachsen der Jugend-LmDR.

Was interessiert dich an der Arbeit der LmDR und der Geschichte der Deutschen aus Russland?

Ich habe irgendwann angefangen, mich mit Ahnenforschung zu beschäftigen, doch leider etwas zu spät – in unserer Familie gibt es keine Zeitzeugen mehr. Meine Großmutter ist bereits gestorben. Sie hatte fünf Geschwister, aber von ihnen lebt auch keines mehr.

Als ich angefangen habe, mich dafür zu interessieren, meinten meine Freunde, Zeitzeugen seien eine wichtige Informationsquelle. Ich habe sehr viel mit meiner Mama darüber gesprochen. Meine Vorfahren haben in Wolhynien gelebt, bevor sie nach Kasachstan deportiert wurden. Meine Mutter hat mir furchtbare Geschichten über die Zeit der Deportationen und Repressionen erzählt.

Meine Großmutter überstand das alles. Sie lebte sich in Kasachstan gut ein, war sehr engagiert und leistete Kulturarbeit in ihrem Umfeld. Im Gebiet Petropawlowsk und in Koktschetaw lebten damals viele Deutsche. Da kommt auch unsere Familie her.

Für Geschichte habe ich mich schon immer interessiert. Als ich mein Abitur machte, überlegte ich bereits, was ich studieren kann. Ich dachte zwar daran, Geschichte zu studieren, doch hatte ich keine Vorstellung, wie ich das in mein berufliches Leben einbauen könnte. Also habe ich mich für Wirtschaft entschieden.

Mein Interesse für Geschichte und Ahnenforschung lässt sich sehr gut in die Arbeit mit Jugendlichen einbauen. Wir planen, mit unserer Jugendgruppe in das Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte nach Detmold zu fahren und uns dort unter anderem mit Ahnenforschung auseinanderzusetzen.

Wie haben die Mitglieder eurer Jugendgruppe zueinander gefunden?

Das hat sich mit der Zeit ergeben. Ich habe viele russlanddeutsche Freunde. Durch die Teilnahme an den Aktionen und Veranstaltungen der Landsmannschaft haben sich uns viele angeschlossen. Sie wurden von dieser Stimmung angesteckt, diesem tollen Gefühl der Gemeinschaft und des Zusammenseins.

Ich glaube, es ist eben dieses Feeling, das mich damals beim Kulturfestival geprägt hat. Wir verstehen uns, wir teilen die gleiche Geschichte und die gleichen Erfahrungen. Das ist sehr wertvoll.

Früher haben sich unsere Leute oft allein gefühlt und wussten nicht, wo sie hingehören. Heute ist alles gemischter und internationaler, die Menschen sind offener geworden, daher ist es etwas einfacher, sich zu integrieren und ein Teil der Gesellschaft zu werden. Zu uns kamen immer mehr Leute, und 2018 haben wir die Jugend-LmDR Niedersachsen gegründet. Wir treffen uns regelmäßig, aber für größere Aktionen haben wir nicht immer genug Zeit.

Was sind die Ziele eurer Jugendgruppe, was möchtet ihr bewirken?

Einer der wichtigsten Bausteine unserer Arbeit ist die politische Bildung. Seit einiger Zeit stehe ich mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kontakt. Sie ist auf uns zugekommen, weil sie Interesse an unseren Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat. Wir überlegen gemeinsam, wie wir junge Spätaussiedler für Politik begeistern können. Aufklärungsarbeit ist sehr wichtig. Wir möchten uns auf junge Menschen konzentrieren und sie zu Multiplikatoren ausbilden, damit sie die Aufklärungsarbeit bei ihren Eltern und Großeltern leisten können. Es ist wichtig, dass die Menschen sich auskennen, damit sie sich nicht von bestimmten Parteien blenden lassen.

Des Weiteren möchten wir Brücken bauen mithilfe von grenzüberschreitenden Maßnahmen. Letzten Sommer schickten wir sechs Sprachassistenten nach Kasachstan. Unsere jungen Menschen sind sehr weltoffen. Während von der älteren Generation einige eher schlechte Erinnerungen an die „alte Heimat" haben und sich davon komplett lösen, ist die Jugend eher neugierig und möchte wissen, wo ihre Eltern und Großeltern früher gelebt haben. Denn auch wenn wir Deutsche sind, das Leben drüben hat uns geprägt, und jeder hat etwas mitgenommen: Wir sind dort geboren oder aufgewachsen, haben die Sprache oder bestimmte kulturelle Elemente mitgebracht.

Aus dieser Überlegung heraus habe ich ein Auslandssemester in Moskau absolviert. Zunächst war das ein Kulturschock, doch es war eine großartige Erfahrung. Ich konnte meine Sprachkenntnisse verbessern. In der modernen Gesellschaft ist es von Vorteil, wenn man mehrere Sprachen beherrscht. Junge Menschen interessieren sich für andere Länder und Kulturen. Wir können somit Brücken bauen, für mehr Völkerverständigung sorgen. Wenn man ein Land und seine

Valerie Cholodow

Menschen kennt und versteht, hilft das, Konflikten vorzubeugen oder sie zu schlichten.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit mit Jugendlichen ist das Netzwerken. Unter uns sind viele Studenten oder junge Leute, die kurz vor ihrem Schulabschluss stehen. Wir kommen zusammen und reden offen über Themen, die uns beschäftigen. Wir vermitteln Kontakte und können junge Menschen bei wichtigen Entscheidungen, zum Beispiel was sie nach der Schule studieren sollen, unterstützen.

Bei solchen Treffen können sich die Leute vernetzen und über gemeinsame Interessen austauschen, sich gegenseitig hilfreiche Tipps geben und anderen mit ihrem Wissen oder ihrer Erfahrung helfen.

Was würdest du dir von den Mitgliedern der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland wünschen?

Mir ist wichtig, dass wir offener und innovativer werden. Um junge Menschen anzusprechen, müssen wir neue Ideen vorbringen und attraktive Angebote gestalten. Wir stehen so oft in einem Generationenkonflikt. Neues bringt immer sehr viel Unsicherheit, doch etwas Neues bedeutet nicht gleich, dass es schlecht ist.

Ich bin ein Mensch, der gerne reist. Ich interessiere mich für andere Menschen und Kulturen. Dabei mag ich keinen Massentourismus, sondern möchte das Land und die Menschen so nah wie möglich kennenlernen und das echte Leben dort sehen. Wenn wir offener werden, können wir uns auch besser auf andere Menschen und Kulturen einlassen. Das hilft uns, Konflikte zu bewältigen und vor allem für junge Leute attraktiver zu werden.

Die Fragen stellte
Katharina Martin-Virolainen

Der Bundesvorstand der Jugend-LmDR stellt sich vor:

Alexander Deitner: „Wir müssen der Öffentlichkeit zeigen, dass wir da sind!“

Alexander Deitner ist zwanzig Jahre alt und studiert im zweiten Semester Jura an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Seine Eltern stammen aus Kasachstan, Gebiet Zelinograd. Alexander ist bereits in Deutschland geboren, in Halle an der Saale. Als er ein Jahr alt war, zog seine Familie nach Germersheim in Rheinland-Pfalz. Seit 2017 engagiert sich Alexander Deitner in der LmDR, ist im Vorstand der Kreis- und Ortsgruppe Germersheim, Mitglied des Landesvorstandes von Rheinland-Pfalz und im Bundesvorstand der Jugend-LmDR. Wir haben mit Alexander über sein Interesse an der russlanddeutschen Geschichte und seine Motivation, sich in der LmDR zu engagieren, gesprochen.

VadW: Alexander, wie kamst du eigentlich zur Landsmannschaft?

Alexander: Man könnte sagen, dass ich seit meiner Geburt bei der Landsmannschaft bin, da mein Vater Mitglied ist. Wir haben schon immer die Zeitschrift „Volk auf dem Weg“ bekommen, und ich fand es als Kind spannend, darin zu blättern. Irgendwann habe ich angefangen, die Artikel zu lesen. Das hat mein Interesse geweckt.

Und was hat dich dazu bewegt, selbst aktiv zu werden?

Früher gab es in Germersheim eine Kreis- und Ortsgruppe der LmDR. Leider wurde die Gruppe aus unterschiedlichen Gründen aufgegeben. Ende 2017 traf ich mich mit ein paar Freunden, und wir haben beschlossen, die Arbeit wiederaufzunehmen. Die Kreis- und Ortsgruppe Germersheim wurde wieder ins Leben gerufen, wir haben einen Vorstand gewählt und uns überlegt, wie wir die Arbeit gestalten können.

Welche Aktionen konntet ihr bisher umsetzen und welche Pläne habt ihr für die Zukunft?

Wir treffen uns regelmäßig, unternehmen etwas gemeinsam oder nehmen an Veranstaltungen teil.

Im Dezember vergangenen Jahres haben wir bei den Russlanddeutschen Kulturtagen mitgewirkt und in Germersheim eine Veranstaltung zum Thema „Verarbeitung von transgenerationalen Traumata der Russlanddeutschen in Kunst, Kultur und Medien“ organisiert. Am 24. Januar 2019 hat ein Abend zum Thema „Christenverfolgung: Wo der Glaube am meisten kostet“ stattgefunden.

Wir möchten unsere Arbeit weiterentwickeln und versuchen, unsere Ideen umzusetzen. Unsere Gruppe besteht überwiegend aus jungen Leuten, die zwanzig oder noch jünger sind. Unser Wunsch ist es, mehr

Alexander Deitner.

ältere Menschen ins Boot zu holen. Bei unseren Treffen überlegen wir uns immer, was wir für die ältere Generation anbieten können, damit sie sich unserer Kreis- und Ortsgruppe anschließen.

Welche Bedeutung hat für dich das Engagement in diesem Bereich?

Ich interessiere mich sehr für die Geschichte meiner Vorfahren, denn sie ist auch ein Teil meiner Geschichte. Sie hat eine sehr große Bedeutung für mich. Jeder junge Mensch stellt sich irgendwann die Fragen: Woher komme ich? Woher kommen meine Eltern oder Großeltern? Welchen kulturellen Hintergrund habe ich?

Mein Großvater, der als Kleinkind aus Wolhynien nach Kasachstan deportiert wurde, hat mir viel über sein Leben erzählt. Mich fasziniert es, dass die Menschen trotz aller Widrigkeiten überleben konnten. Dass sie trotz der Deportationen und Repressionen ihre Kultur und Sprache bewahrt haben. Obwohl es gefährlich war, haben sie untereinander weiter auf Deutsch gesprochen. Einige haben ihre Bibeln und Gesangsbücher bewahrt, obwohl sie dafür sogar verhaftet werden konnten. Das zeugt von einer unglaublichen Stärke.

Warum interessieren sich einige junge Leute aber gar nicht dafür?

Wahrscheinlich fehlen ihnen die Berührungspunkte. Die junge Generation bekommt nicht mehr viel mit vom tragischen Schicksal der Russlanddeutschen. Die Älteren haben noch diese bildlichen Erinnerungen. Sie haben die Deportationen, die Repressionen, die Kommandantur oder die Diskriminierung erlebt. Die Umsiedlung nach Deutschland ist vielen ebenfalls noch in Erinnerung.

Doch Ihre Nachkommen sind meistens schon hier geboren und aufgewachsen. Sie können mit der alten Heimat der Eltern nichts anfangen.

Begriffe wie Tradition, Heimat und Kultur sind mir persönlich sehr wichtig. Ich finde es schade, dass meine Generation sich so wenig dafür interessiert.

Wenn wir nicht darüber reden, die Geschichte und die Erzählungen unserer Großeltern nicht festhalten, dann gehen sie irgendwann unter und werden vergessen. Es gibt Familien, in denen gar nicht darüber gesprochen wird! Das ist schade.

Das Interesse und die Bereitschaft müssen von beiden Seiten kommen. Das betrachte ich als eine meiner Aufgaben: die junge Generation dafür zu sensibilisieren.

Warum ist es so wichtig, dass junge Menschen sich für die Geschichte interessieren und sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen?

Grundsätzlich hat jeder die Freiheit, selbst zu entscheiden, wer er ist und ob er sich für seine Geschichte interessiert oder nicht. Wenn jemand sich damit nur für sich selbst beschäftigt, ohne dabei an die Öffentlichkeit zu gehen, dann ist es seine Entscheidung. Ich persönlich finde, dass dieses Thema in die Öffentlichkeit gehört, denn man weiß immer noch viel zu wenig über uns. Dort waren unsere Leute die Deutschen, hier sind sie die Russen. Da fehlt es noch an Aufklärung.

Es geht nicht darum, dass man immer große Aktionen macht, sondern dass man zusammenkommt und über wichtige Themen diskutiert, die uns Deutsche aus Russland betreffen. Dass wir der Öffentlichkeit zeigen, dass wir da sind. Dass wir erklären, wer wir sind.

Was würdest du dir von unseren Landsleuten wünschen?

Dass sie sich stärker in der Politik engagieren. Ich bin politisch aktiv, bin Mitglied der CDU und Vorsitzender der Jungen Union in Germersheim. Ich versuche, die Themen und Anliegen unserer Landsleute zu vertreten.

Wir regen uns immer darüber auf, dass unsere Themen nicht auf der Tagesordnung stehen. Wie auch, wenn keiner sie vorbringt?

In der Politik sind unsere Leute unterrepräsentiert. Im Landtag von Rheinland-Pfalz gibt es keinen einzigen russlanddeutschen Abgeordneten. Ich verstehe, dass unsere Landsleute sehr vorsichtig sind. Viele sind noch von der Zeit in der Sowjetunion geprägt. Dort gab es damals nur eine Partei, und wenn man sich politisch engagieren wollte, hieß es: entweder diese Partei – oder es wird gefährlich. Diese Haltung überträgt sich auch auf die Kinder und Enkel.Ich würde mir sehr wünschen, dass sich das ändert. Aber dafür müssen wir selbst etwas tun.

Die Fragen stellte
Katharina Martin-Virolainen.

Der Bundesvorstand der Jugend-LmDR stellt sich vor:

Walter Frank: „Ich wünsche mir von unseren Leuten mehr Mut zur Offenheit, Zusammenarbeit zwischen den Generationen und eine stärkere politische Beteiligung!“

Walter Frank, 36 Jahre alt, seit Dezember 2018 Mitglied des Bundesvorstandes der Jugend-LmDR. Er lebt in Hamburg und ist stolzer Papa einer 9-jährigen Tochter. Walter Frank ist Jurist und arbeitet zurzeit bei der gemeinsamen Rechtsstelle der Bundesagentur für Arbeit und der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration in Hamburg. Über seinen Werdegang in Russland, seine berufliche Integration in Deutschland und seine Visionen hat er uns in einem Interview berichtet.

VadW: Walter, du hast einen sehr interessanten Werdegang. Wie bist du zu deinem Beruf gekommen?

Walter: Als Kind stand für mich fest, dass ich irgendwann Arzt werde. Meine Oma war Ärztin, und ich besuchte zwischen der achten und elften Schulklasse sogar Unterricht mit medizinischem Schwerpunkt. Doch in der zehnten Klasse bin ich mit dem Bereich der Rechtswissenschaften in Berührung gekommen und habe festgestellt, dass mich das viel mehr interessiert als Medizin.

Meine Prioritäten änderten sich schlagartig, aber ich habe die Entscheidung bis heute kein einziges Mal bereut. Meine Beschäftigung entspricht voll und ganz meiner Persönlichkeit und meinen Überzeugungen.

Geboren und aufgewachsen bin ich in Kasachstan, im Gebiet Kustanaj, heute Qostanai, in der Stadt Rudny. Mit sechzehn Jahren beschloss ich, selbständig nach Russland zu ziehen. Von 1999 bis 2008 lebte ich in Tscheljabinsk. Zunächst absolvierte ich ein juristisches College. Danach studierte ich Jura an der Moskauer Akademie für Recht und Verwaltung in Tscheljabinsk. Wir hatten ein Blockstudium und fuhren zu den Vorlesungen für zwei bis drei Monate nach Moskau.

Das Besondere an unserem Studium war, dass wir nicht von Professoren, sondern von Leuten aus der Praxis unterrichtet wurden. Sie wussten, worauf es ankommt, und ich bin sehr dankbar, diese Ausbildung genossen zu haben.

Parallel zu meinem Studium arbeitete ich als Jurist in Teilzeit. Die praktische Erfahrung war sehr hilfreich.

Nach meinem Abschluss im Jahr 2005 begann ich, bei einem großen Unternehmen in der Rechtsabteilung zu arbeiten. Gleichzeitig stellte ich den Antrag auf Ausreise nach Deutschland - wieder allein, ohne meine Eltern. Das war im Dezember 2005, und im Februar 2006 konnte ich bereits den Sprachtest in Moskau absolvieren. Diesen bestand ich und erhielt bereits Ende 2007 den Aufnahmebescheid.

Im Jahr 2008 kam ich mit meiner Frau, mit der ich zu dem Zeitpunkt drei Jahre verheiratet war, nach Deutschland. Da ich keine direkten Verwandten hier hatte, konnte ich mir aussuchen, wo ich leben wollte. Ich wählte Hamburg und bin bis heute glücklich mit dieser Entscheidung.

Wie verlief deine berufliche Integration hier in Deutschland ?

Als ich 2008 ankam, besuchte ich zuerst einen Integrationskurs. Leider hat er mir nicht besonders viel genutzt. Für mich war das kein Integrationskurs, sondern ein reiner Sprachkurs. Dort konnte man maximal das Level B1 *(selbständige Sprachverwendung)* erreichen. Mir war das zu wenig.

Ich sprach meinen Dozenten darauf an, ob ich vorzeitig einen Sprachtest machen könnte. Diesen bestand ich nach einem Monat.

Anschließend kam ich zur Otto-Benecke-Stiftung und kümmerte mich parallel um die Anerkennung meines Diploms. Mein Abschluss wurde als Erstes Staatsexamen anerkannt. Ich musste also noch ein Referendariat absolvieren, doch mir fehlte es an gewissen Grundkenntnissen im deutschen Rechtssystem. Ab März 2009 besuchte ich daher einen Jura-Intensivkurs. Das war nicht einfach für mich. Die Fachsprache war eine große Herausforderung!

Nach dem Jura-Intensivkurs begann ich mit meinem Referendariat. Ich wollte einen Einblick in alle Bereiche des Rechts bekommen. Besonders interessierten mich das Steuer- und das Strafrecht. In Russland war ich auf Steuer- und Zivilrecht spezialisiert gewesen, mit Strafrecht hatte ich nicht viel zu tun gehabt. Nun bekam ich die Gelegenheit, neun Monate lang mit einem Strafverteidiger zusammenzuarbeiten. Eine unglaubliche Erfahrung, trotzdem konnte ich mir nicht vorstellen, mich ein ganzes Leben damit zu beschäftigen.

Nach dem Referendariat kam die Frage auf, wie es nun weitergehen soll. Richter oder Staatsanwalt kam für mich nicht in Frage. Rechtsanwalt hatte mich auch nicht besonders gereizt, denn ich liebe es, im Team zu arbeiten und als Rechtsanwalt ist man oft Einzelkämpfer. Bei einem großen Unternehmen zu arbeiten, war für mich ebenfalls nicht optimal, in erster Linie wegen meiner persönlichen Situation. Zu der Zeit war ich bereits geschieden und alleinerziehender Papa.

Also kam für mich nur die Arbeit bei einer Behörde in Frage. Nach einem Vorstellungsgespräch entschied ich mich fürs Sozialrecht.

Walter Frank

Dort kann ich alle meine Fähigkeiten entfalten und gleichzeitig Menschen helfen. Das ist außerdem gut mit meiner ehrenamtlichen Tätigkeit vereinbar.

Neben meiner Arbeit verspürte ich den großen Wunsch, darüber hinaus noch Menschen zu helfen. Ich knüpfte den Kontakt zu Nikolaus Haufler, einem russlanddeutschen Abgeordneten in der Hamburger Bürgerschaft. Ich unterstützte ihn während des Wahlkampfs im Winter 2015 und beriet unsere Landsleute in sämtlichen Fragen ehrenamtlich.

Von diesem Zeitpunkt an begann ich, mich für die CDU und die Parteiarbeit zu interessieren. Mir wurde bewusst, wie wichtig es für die Menschen ist, eine Anlaufstelle zu haben, wo sie Hilfe bekommen können. Insbesondere für Menschen, die keine Finanzen haben, um sich von einem Rechtsanwalt beraten zu lassen, oder für unsere Landsleute, die beispielsweise nicht wissen, an wen sie sich in welchen Fällen wenden können.

Wie bist du eigentlich zur Landsmannschaft gekommen?

In Hamburg wurde ein Aussiedlernetzwerk innerhalb der CDU gegründet. Seit Mai 2017 bin ich Vorsitzender dieses Netzwerkes. Unsere Arbeit hat momentan zwei Schwerpunkte:

Zunächst sind das öffentliche Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen, die Deutschen aus Russland beziehungsweise Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern wichtig sind. Diese finden einmal in drei bis vier Monaten statt. Die Veranstaltungen führen wir in Kooperation mit unterschiedlichen Behörden und russischsprachigen Rechtsanwälten durch.

Der andere Schwerpunkt ist die Kooperation mit russischsprachigen Sozialberatern, die zum Beispiel beim Deutschen Roten Kreuz oder der Diakonie tätig sind. Menschen wenden sich an uns mit den unterschiedlichsten Fragen. Es ist enorm wichtig, den Sozialberatern in Rechtsfragen Hilfe zu leisten. Deshalb bieten wir für sie regelmäßig Schulungen an. Anfangs waren einige Teilnehmer skeptisch. Bei den ersten Schulungen waren es fünf bis sechs Teilnehmer, mittlerweile sind es regelmäßig 25 bis 30. Das ist ein großer Erfolg.

Über dieses Aussiedlernetzwerk habe ich den Bundesvorsitzenden der Jugendorganisation der LmDR, Walter Gauks, kennengelernt. Wir haben uns in vielen Telefongesprächen ausgetauscht und festgestellt, dass wir zahlreiche Schnittpunkte in unserer Arbeit haben.

So kam ich im Dezember 2018 nach Hessen zu einer Veranstaltung der Jugendorganisation. Dort lernte ich tolle Leute kennen, die ähnliche Ideen und Ziele wie ich haben. Das hat mich inspiriert und motiviert. Also stellte ich mich zur Wahl für den Bundesvorstand.

Ich möchte die Möglichkeit nutzen, noch mehr Menschen zu erreichen und zu vernetzen und dadurch noch mehr helfen zu können.

Wie kann man noch mehr junge Menschen für die LmDR gewinnen?

Die Vertreter der jungen Generation möchten oft nicht beitreten, weil sie andere Ansichten haben als ältere Menschen. Sie schließen sich eher einheimischen Vereinen an, weil sie mit der Landsmannschaft nichts anfangen können. Oft entscheiden sie sich für Vereine, die ihre Kinder besuchen.

Die Generation zwischen 30 und 45 Jahren ist anders geprägt als die Generation der Eltern und Großeltern. Die Jungen fühlen sich manchmal ausgegrenzt, weil sie mit ihren Vorstellungen und Ansichten bei den Älteren auf Widerstand stoßen. Die Älteren halten oft an ihren vertrauten Strukturen fest und stehen Veränderungen skeptisch gegenüber.

Ich versuche, zwischen den Generationen so gut es geht zu vermitteln und Themen anzusprechen, die jungen Leuten wichtig sind. Wenn man ihr Interesse weckt, kann man sie auch für die Landsmannschaft gewinnen. Und eine Zusammenarbeit zwischen den Generationen ist wichtig für den Erhalt unseres Verbandes und unserer Geschichte.

Woher kommt dein Interesse für die Geschichte der Deutschen aus Russland?

Mein Großvater mütterlicherseits war Schwarzmeerdeutscher und wurde während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland eingebürgert. Die entsprechenden Dokumente habe ich später im Bundesarchiv gefunden.

Mein Großvater sprach mit mir immer deutsch. Er wurde 1939 in einer deutschen Kolonie im Schwarzmeergebiet geboren. Durch den Einmarsch der Wehrmacht kam er mit seiner Familie im Jahr 1941 nach Deutschland. Nach dem Krieg wurde er zurück in die Sowjetunion deportiert.

Viele Jahre hat man darüber kaum gesprochen. Erst Anfang der Neunziger, wir lebten damals noch in Kasachstan, begann mein Großvater, sich zu öffnen. Meine Mutter und ihr Bruder waren schon erwachsene Menschen mit eigener Familie und eigenen Sorgen. Also hat mein Großvater mir seine ganze Seele ausgeschüttet. Er hat meine Kindheit sehr bereichert.

Die Tatsache, dass ich Deutscher bin, störte mich überhaupt nicht. Das war mir im Gegenteil sehr wichtig. Es war ein Teil meiner Identität. Und das hatte ich meinem Großvater zu verdanken.

Mein anderer Opa, der Vater meines Vaters, war Wolgadeutscher. Auch er hat mir viel über die schreckliche Zeit berichtet, als sie deportiert wurden. Ich bin dankbar dafür, dass meine Großeltern mit mir ihre Erfahrungen geteilt haben. So konnte ich viel über das Schicksal beider Gruppen, der Schwarzmeerdeutschen und der Wolgadeutschen, lernen.

Wenn du dir etwas von unseren Landsleuten wünschen könntest, was wäre das?

Ich würde mir wünschen, dass unsere ältere Generation ihre Erfahrungen mit ihren Kindern und Enkeln teilt. Oft erlebe ich, dass die Älteren in russlanddeutschen Vereinen sehr aktiv sind, aber trifft man ihre Kinder und Enkelkinder, so wissen diese nichts über ihre Herkunft oder die Geschichte ihrer Großeltern.

Damit unsere Geschichte weiterleben kann, muss man sie in erster Linie auf der Familienebene vermitteln. Viele Kinder und Enkelkinder entwickeln das Interesse an ihrer Herkunft und ihrer Geschichte oft von selbst. Aber manchmal leider zu spät. Deshalb sollten die Großeltern nicht abwarten, bis dieses Interesse erwacht und sie gezielt darauf angesprochen werden. Sie sollen einfach drauflos erzählen! Irgendwas wird auf jeden Fall in Erinnerung bleiben.

Ich kann verstehen, dass es ein schwieriges Thema ist, doch wenn die Älteren darüber nicht mit uns sprechen - wer soll es sonst tun? Für jeden Menschen ist es wichtig, zu wissen, wo er herkommt. Seit der ersten Klasse spreche ich offen mit meiner Tochter darüber. Ich erzähle ihr, wer wir sind und woher wir kommen.

Viele Menschen denken, wenn man hier die Sprache gelernt hat, ist die Integration abgeschlossen. Da gehört jedoch viel mehr dazu! Genauso ist es mit der Herkunft. Es geht nicht nur um die Sprache, sondern auch um Geschichte und Kultur.

Oft geht es nach hinten los: Eltern bringen ihren Kindern Russisch bei, und dann interpretieren es die Kinder falsch und meinen, sie seien Russen. Aber über die Geschichte wissen sie gar nichts: Wer wir sind, warum wir aus Russland kommen, dass wir eigentlich deutsche Wurzeln haben. Das bleibt oft auf der Strecke.

Ich wünsche mir, dass diese Inhalte nicht nur auf Familienebene vermittelt werden, sondern dass wir im Rahmen unserer ehrenamtlichen Arbeit mehr Veranstaltungen für Jugendliche anbieten, bei denen diese Themen behandelt werden. Nicht auf monotone oder besserwisserische Art, sondern jugendgerecht, um die Geschichte für sie verständlich und greifbar zu machen.

Mein zweiter Wunsch ist, dass die Generationen zusammenarbeiten. Dass junge Ideen - wie verrückt sie auch sind - aufgegriffen werden. Wir sind die Generation, die das Werk fortführen wird. Wenn unsere Ideen bereits im Keim erstickt werden, verlieren wir das Interesse daran und die Motivation, überhaupt etwas zu machen.

Mein dritter Wunsch ist mehr Beteiligung an der Politik. Unsere Eltern und Großeltern sind durch das Leben in der Sowjetunion geprägt worden und haben eine etwas vorsichtige Einstellung zu Ehrenamt und Politik. Doch wir leben in einer offenen und demokratischen Gesellschaft, in der jeder mitreden und mitgestalten kann.

Wir müssen aus der Rolle der schweigenden Beobachter endlich heraus und sollten zu Mitgestaltern und Mitbestimmern werden. Denn das ist nicht nur wichtig, sondern hier auch tatsächlich möglich! Und diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen.

Die Fragen stellte
Katharina Martin-Virolainen

Die Jugend-LmDR und Strukturentwicklung

Die Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland rüstet auf und organisiert sich neu. Es gilt, neue Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen werden, die Arbeit der Jugendorganisation zu professionalisieren.

Wir freuen uns sehr, dass im Rahmen der Bundesförderung der LmDR durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) besonderes Augenmerk auf die Jugendorganisation gelegt wird. Das ist eine wichtige und richtige strategische Entscheidung.

Bekanntlich ist die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland die älteste und größte Organisation der Volksgruppe in der Bundesrepublik Deutschland. Seit den Gründungsjahren spielt die Jugendarbeit bei der LmDR eine große Rolle. Es ist jedoch eine Selbstverständlichkeit, dass die Formen der Arbeit in der Jugendorganisation mit der Zeit Veränderungen erlebt haben. Die Anpassung war mit geänderten Prioritäten verbunden, die die Lage der Volksgruppe in der Gesellschaft diktiert hatten.

Die Jugendorganisation der LmDR versteht sich seit ihrer Gründung als Inte-

Teilnehmer einer Schulung der Jugend-LmDR.

ressenvertretung, Hilfsorganisation und Kulturverein aller jungen Leute mit russlanddeutschem Hintergrund, wobei unsere konkrete Arbeit offen für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist.

In den letzten Jahren hat die Jugendorganisation eine rasante Entwicklung genommen. Immer mehr junge Menschen entdecken die LmDR für sich und gestalten sie aktiv mit. Wir sehen immer mehr junge Gesichter bei den Veranstaltungen der Ortsgruppen, in den grenzüberschreitenden Projekten, bei der Durchführung von Jugendprojekten, bei Multiplikatorenschulungen, in den Bundesausschüssen der LmDR, im Internet usw.

Die Nachhaltigkeit der Jugendarbeit ist besonders wichtig. Die Jugendorganisation muss für die Gesellschaft sichtbar und wahrnehmbar sein. Nur wenn die Arbeit kontinuierlich erhalten und ausgebaut werden kann, werden sich Jugendliche uns anschließen und mitgestalten.

Als unmittelbare Ziele für die nächste Zukunft betrachtet die Jugendorganisation der Landsmannschaft unter anderem

- die Schaffung einer verstärkten Repräsentanz im öffentlichen und politischen Leben,
- die Vermittlung von Wissen über die russlanddeutsche Geschichte,
- die Beteiligung an grenzüberschreitenden Maßnahmen mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion
- sowie ganz allgemein verstärkte Initiativen junger Leute im Sozial-, Kultur-, Politik- und Öffentlichkeitsbereich.

Die Jugend-LmDR ist zurzeit um die Anpassung ihrer Arbeit an die rasante Entwicklung der deutschen Gesellschaft bemüht und sucht nach innovativen Lösungen. Wir haben es in Deutschland mit einem gesellschaftlichen Wertewandel zu tun. Es ist unsere Aufgabe, diesen Wertewandel unseren jungen Landsleuten plausibel zu machen und innerhalb der Jugendorganisation eine Wertediskussion anzustoßen.

Es muss uns gelingen, den jungen Deutschen aus Russland das Gefühl zu geben, gebraucht zu werden und Teil der Gemeinschaft zu sein.

Um Globalprojekte wie Wertediskussionen bei den Deutschen aus Russland anzukurbeln, müssen mehrere Schritte unternommen werden, im Rahmen der politischen Bildung sowie durch Strukturaufbau und -verbesserung unter gleichzeitiger Ermöglichung von Teilhabe.

All das sind wichtige Ziele, die einer verständigen und gut organisierten Netzwerkarbeit bedürfen. Die Vernetzung in den einzelnen Gebieten, aber auch innerhalb des Gesamtverbandes ist enorm wichtig, um Synergien zu generieren, voneinander zu lernen und einander zu helfen.

Die Jugendorganisation der LmDR hat eine Reihe von Zukunftsaufgaben, um die wir uns kümmern müssen, damit wir mit den gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt halten können. Dafür ist eine große Anstrengung der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter unseres Verbandes nötig.

Es ist unsere Aufgabe, an die jungen Deutschen aus Russland das Wissen über die Geschichte, das Leben und die Vorstellungen unserer Volksgruppe weiterzugeben, damit sie die Empathie entwickeln, die nötig ist, um unsere Anliegen in die Gesellschaft zu tragen. Dafür müssen passende und wirksame Wege sowie Instrumente gefunden werden.

Unsere Jugendorganisation hat sich große Ziele gesetzt. Sie können nur erreicht werden, wenn es klare Strukturen und eine klare Aufgabenteilung geben wird. Das ist der Grund, weshalb wir so sehr an einer Strukturförderung interessiert waren und nun diesen Strukturausbauprozess in Gang setzen.

Im Rahmen des Projektes Strukturentwicklung, welches durch BMI gefördert wird, werden wir in zwei Stufen vorgehen:

1. Strukturentwicklung des Jugendverbandes. Hier geht es um die Stärkung der Jugend im Verband durch Professionalisierung und Qualifizierung. Die Jugend-LmDR sorgt für eine erfolgreiche Zukunft, indem die Gepflogenheiten, Traditionen und Erfahrungen aus der Integrationsarbeit weiter bestehen bleiben und ausgebaut werden.

Wir haben als Ziel vereinbart, dass regelmäßig mindestens vier Jugendseiten in „Volk auf dem Weg“ erscheinen werden und die Online-Präsenz der Jugend-LmDR ausgebaut wird. Die Seiten in unserer Verbandszeitschrift bekommen den Namen „Jugend schreibt und liest“.

2. Verankerung der Jugend in den Strukturen des Bundesverbandes. Damit soll eine Sichtbarwerdung der Themen und Aktivitäten der Jugend im Verband erreicht werden.

Es ist unser Ziel und damit zugleich unsere Aufgabe, den Status „Freier Träger der Jugendhilfe“ zu erreichen. Der erste Schritt dahin ist die Eintragung der Jugendorganisation in das Vereinsregister und danach die Mitgliedschaft in den Landesjugendringen.

Wir werden Gespräche mit dem Bundesjugendring führen, um zuerst als kooptiertes Mitglied aufgenommen zu werden, um uns dann gemeinsam mit dem Bundesjugendring darauf vorzubereiten, ordentliches Mitglied des Bundesjugendrings zu werden.

Wir legen viel Wert darauf, dass eine Einbindung in die bestehenden örtlichen Netzwerke der Jugendarbeit erfolgt.

Mit der Schaffung von neuen Strukturen wird die Jugendorganisation die notwendigen Statuten bekommen und an die Regelförderung herangeführt. Das verleiht der Jugendarbeit Stabilität, auch indem sie nachhaltig über die Quellen der verbandlichen Jugendarbeit gefördert und unterstützt wird (Jugendringe, verbandliche Jugendarbeit).

Mit der Schaffung der notwendigen Strukturen werden junge Deutsche aus Russland beim Erwerb von Kompetenzen unterstützt, die gesellschaftlich gebraucht werden. Die gemeinsamen Vorhaben und Aktivitäten helfen, diese Kompetenzen deutlich zu machen und sie einzubringen. Mit professioneller und interessanter Projektarbeit wird dazu beigetragen, einen Zuwachs an Kenntnissen, Fähigkeiten, Selbstverantwortung und Selbstbewusstsein bei Jugendlichen zu erreichen.

Packen wir es gemeinsam an, es warten wichtige Zukunftsaufgaben auf uns! Nur gemeinsam werden wir alle anstehenden Aufgaben meistern!

Walter Gauks,
Bundesvorsitzender
der Jugend-LmDR

Multiplikatorenschulung der LmDR-Jugendgruppe Niedersachsen in Nienburg

Am zweiten April-Wochenende 2019 traf sich die Landesgruppe Niedersachsen der Jugend-LmDR in Nienburg an der Weser zu einer Multiplikatorenschulung, die unterschwellige Integrationshilfen für Neuzugewanderte in den Mittelpunkt stellte.

Die Veranstaltung fand im Rahmen des Projektes „Willkommen in der neuen Heimat“ statt, das durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gefördert wird.

Unter den Teilnehmern waren zahlreiche Mitglieder der LmDR-Jugendgruppe Niedersachsen, da die Schulung aber auch der Anwerbung neuer Mitglieder und ehrenamtlicher Lotsen diente, durften wir außerdem zahlreiche Gäste begrüßen.

Nach der einleitenden Begrüßung durch Anna Welz vom Vorstand der Landesgruppe Niedersachsen der LmDR, Anna Welz, richtete die Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen und stellvertretende Bundesvorsitzende der LmDR, Lilli Bischoff, ein Grußwort an uns.

Es folgten die Vorstellung des Projektes, das sich mit Integrationshilfen und Begleitung von Neuzugewanderten befasst, die Vorstellung der Jugend-LmDR und ein aufschlussreicher Beitrag unserer Jugendvorsitzenden Valerie Cholodow zur Geschichte der Russlanddeutschen.

Nach der Mittagspause referierte die Geschäftsführerin der LmDR in Niedersachsen, Victoria Kohan, über Begriffe der Einwanderungs- und Integrationspolitik. Victoria brachte uns allgemeine Fakten zur Lage der Immigranten und Flüchtlinge, die in das Bundesland Niedersachsen einreisen beziehungsweise bereits eingereist sind, näher. Nach einer kurzen Pause wurden lokale und öffentliche Integrationsangebote in Hannover vorgestellt.

Damit wurde der erste Schulungstag beendet, und der inoffizielle Teil mit gutem Essen und guter Musik konnte beginnen.

Zum Auftakt des zweiten Schulungstages wurde der Aufwand geschildert, der mit der Arbeit als ehrenamtlicher Lotse verbunden ist. Hinzu kamen Informationen zum Ablauf der unterschwelligen Begleitung und generelle Eckpfeiler, die für unser Konzept bestimmend sind.

Bei unserer Zielgruppe handelt es sich überwiegend um Deutsche aus Russland und Osteuropäer. Betreut werden im Rahmen des Projektes auch Personen mit Aufenthaltsgenehmigung oder Bleibeaussichten.

Auf Berichte über Tätigkeitsbereiche, den mit der Arbeit verbundenen bürokratischen Aufwand und die Wichtigkeit des Einsatzes folgte ein authentischer Erfahrungsbericht der stellvertretenden Vorsitzenden der Jugend-LmDR Niedersachsen, Margarita Meier, die schon mehrfach Mitglieder unserer Zielgruppe begleitet hat.

TeilnehmerInnen der Schulung in Nienburg an der Weser.

Im anschließenden Ideenworkshop, der im Hinblick auf die anstehenden Termine organisiert wurde, beschäftigten wir uns mit der Präsenzsteigerung der Jugend-LmDR und die daraus resultierende Unterstützung von Neuzugewanderten und ihrer Integration. Dabei konnten wir einige neue und interessante Konzepte erarbeiten, die sich im Laufe der Zeit in unseren Folgeprojekten widerspiegeln werden.

So wollen wir beispielsweise Kapazitäten schaffen für Nachhilfekurse für neuzugewanderte Kinder ab zwölf Jahren, für diverse Sportveranstaltungen, Exkursionen und Ähnliches.

Zum Schluss kamen wir zu dem einstimmigen Ergebnis, dass wir an weiteren Qualifizierungsmaßnahmen und Workshops zur Erhöhung interkultureller Kompetenzen teilnehmen und uns weiterbilden wollen.

Die Veranstaltung wurde offiziell mit einem Resümee, einer Fragerunde und der allgemeinen Vorstellung unserer nächsten Termine beendet.

Erfreulicherweise konnten wir über das Wochenende unter anderem auch feststellen, dass wir als Gruppe sehr dynamisch, vielfältig und voller Tatendrang sind. Nicht nur deshalb betrachten wir die Schulung als vollen Erfolg für unsere Gruppe, und man wird sicherlich noch einiges von uns hören.

Ein großer Dank geht an die Vorsitzende der Ortsgruppe Nienburg der LmDR, Helene Moser, die bei der Organisation mitgewirkt und uns einen sehr leckeren Kuchen gebacken hat.

i.A. der Jugend LmDR: Amy Schumacher

Unser Verband,

die Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland - kurz Jugend-LmDR - ist ein bundesweit tätiger, freiheitlich-demokratischer, überparteilicher und überkonfessioneller Kinder- und Jugendverband, der die Glaubensgrundsätze jedes Einzelnen achtet und wahrt. Die Schwerpunkte unserer Arbeit liegen in´außerschulischer Bildungsarbeit, Integrationsarbeit, Organisation der Freizeitgestaltung, Kulturarbeit, Durchführung internationaler Begegnungen sowie identitätsstiftender, interkultureller und grenzüberschreitender Jugendarbeit.

Gemeinsame Arbeit

im Verband und unseren Netzwerken soll dazu beitragen, dass sich die Kinder und Jugendlichen, Studenten und Auszubildende zu kritikfähigen, verantwortungsbewussten, Verantwortung übernehmenden und bewusst handelnden Mitbürgern unserer Gesellschaft entwickeln können.

Voraussetzung dafür ist

eine Erziehungsarbeit, die den Menschen in seiner Würde und Freiheit in den Mittelpunkt stellt. Der Verband will die Belange, Anliegen und Interessen von Kindern und Jugendlichen deutlich machen und vertreten.

„Digital durchstarten!“ – Erfolgreicher Workshop in der KULTSchule

Digital durchstarten“ – so lautete das Motto eines Workshop- Wochenendes in der Berliner KULTSchule am 27. und 28. April 2019. Multiplikatoren der Vereinsarbeit, Ehrenamtliche sowie gesellschaftlich engagierte Jugendliche und junge Erwachsene nutzten das umfangreiche Programm, um sich in Theorie und Praxis weiterzubilden.

Gefördert wurde dieses innovative Lehrangebot des Lichtenberger Integrationshauses LYRA e. V. und der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung (LbP).

Viele der Teilnehmer, insbesondere Mitglieder des Bundesvorstandes der Jugend-LmDR, waren zu dem Workshop-Wochenende im Rahmen der Strukturförderung nach Berlin gereist und konnten sich im Rahmen des Workshops „Digital durchstarten!“ mit anderen Ehrenamtlichen austauschen und so die bundesweite Netzwerkarbeit voranbringen.

„Digitale Kompetenzen sind heute in allen Lebensbereichen notwendig. Gerade im Ehrenamt und in der Vereinsarbeit sind das unverzichtbare Erfolgsfaktoren, um die eigene Arbeit attraktiv darzustellen, die Aktiven stärker einzubinden, bei Aktionen besser zu motivieren und neue Ehrenamtliche zu gewinnen. Auch bei der jungen Generation, den sogenannten ‚Digital Natives‘, läuft es in der digitalen Kommunikation nicht von selbst. Die ebenso kritische wie praxisorientierte Vermittlung fundierter Kenntnisse ist notwendig“, so Walter Gauks, Vorsitzender von LYRA e. V. und Bundesvorsitzender der Jugend-LmDR. „Gerne leisten wir unseren Beitrag mit hilfreichen Fortbildungsangeboten.“

Das Programm von „Digital durchstarten“ umfasste Vorträge, Workshops und Praxis-Module. Ausgangpunkt war die aktuelle Mediennutzung. Zur Frage „Wie kommen Inhalte und Nachrichten ins Netz?“ ging es fundiert um Journalismus und PR im digitalen Medienzeitalter.

Teilnehmer des Workshop-Wochenendes in der Berliner KULTSchule.

„Posts, Fotos & Videos – Wie generiere ich Content für Soziale Medien?“ stand im Zentrum der Praxis-Module, in denen es um das Erstellen und Präsentieren eigener Produktionen für Soziale Medien ging. Einen direkten Einblick in ein aktuelles Video-Demokratie-Projekt erhielten die Teilnehmenden von mehreren in der KULTSchule ansässigen Partnern, die zur Teilnahme an der Europawahl aufriefen.

„Wir freuen uns über das starke Interesse an dem Workshop und die aktive Teilnahme der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Das Konzept, Theorie mit Praxis zu verzahnen, ist dank der kompetenten Referenten perfekt aufgegangen“, so Seminarleiter Alexander Korneev.

Die Seminarmodule wurden von Horst Martin, Inhaber eines Pressebüros und Lehrbeauftragter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an der Goethe- Universität Frankfurt am Main, und Juri Schmidt, Inhaber einer Sozial-Media-Agentur und Video-Produzent, gestaltet und vermittelt.

Positives Feedback

- „Für mich war es sehr interessant, zu sehen, wie das Erreichen von Interessenten über Facebook funktioniert und wie dies zielgerichteter für die Vereinsarbeit genutzt werden kann“, sagte Valerie Cholodow, die im Bundesvorstand der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland tätig ist.
- „Für mich war es eine wichtige Erfahrung, zum ersten Mal vor und hinter der Kamera zu sein“, meinte eine Teilnehmerin aus dem sozialen Bereich.
- „Ich habe gelernt, wie wichtig es ist, sich bei der Kommunikation vorher die richtigen Formulierungen und Kanäle zu überlegen“, sagt Alexander Deitner, Mitglied des Bundesvorstandes der Jugend-LmDR.
- „Für mich gab der Workshop gute Impulse, die ich im Verein weitergeben kann“, berichtete Nelli Geger, Vorsitzende der Landesgruppe Bayern der Jugend-LmDR.

Jugend-LmDR

Im Gespräch mit Tilman Kuban, Vorsitzender der Jungen Union

Die stellvertretende Bundesvorsitzende der LmDR, Lilli Bischoff aus Barsinghausen, und ihr Mitstreiter Dr. Paul Derabin aus Laatzen trafen den Bundesvorsitzenden der Jungen Union s, Tilman Kuban, im Mai 2019 zu einem Gespräch.

Tilman Kuban kandidierte für die Wahl des Europäischen Parlaments am 26. Mai 2019 und ist seit Jahren interessierter Begleiter der Arbeit der LmDR. So hält er unter anderem auch Kontakt zur Landesgruppe Niedersachsen der Jugend-LmDR.

Kuban betonte in dem Gespräch, dass die Europäische Union mehr Nähe zu den Menschen braucht. Er wolle vor allem junge Menschen erreichen. Deswegen lud er auch im Fall seiner Wahl ins Europäische Parlament eine Gruppe des Jugendverbandes der LmDR zu einem Besuch in Brüssel oder Straßburg ein. Der Kontakt zwischen ihm und der LmDR solle in jedem Fall aufrechterhalten werden.

Jugend-LmDR Niedersachsen

Lilli Bischoff und Dr. Paul Derabin (links) mit Tilman Kuban.

Foto: Gottfried Schwarz.

Jugend LmDR Bayern

Seminar „Rechtssystem in Deutschland“ in Fürth

Seit dem 1. September 2018 läuft in Bayern das Jugendprojekt „Willkommen in der Demokratie“, das sich mit Themen wie politische Bildung, Rolle der Medien, soziale Netzwerke und Rechtsextremismus beschäftigt.

Das Projekt wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. In erster Linie zielen die Maßnahmen des Projektes auf die Vermittlung der politischen Grundstrukturen sowie die Förderung der Orientierung, des Wissens und der Auseinandersetzung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit zukunftsrelevanten Politikbereichen. Die Förderung des politischen und ehrenamtlichen Engagements der Jugend in der Gesellschaft und die Vernetzung von jungen Menschen in Bayern stellen einen weiteren Baustein des Projektes dar.

Die Vorsitzende der Jugend-LmDR Bayern, Nelli Geger, mit Seminarteilnehmern.

Am 1. Juni 2019 fand in den Büroräumlichkeiten der Ortsgruppe Fürth der LmDR ein Seminar zum Thema „Rechtssystem in Deutschland“ statt. Die Moderation der Veranstaltung übernahm Irina Eisel, die seit Februar 2018 als Projektleiterin fungiert.

Der Referent Vitali Stab führte durch das Programm und behandelte gemeinsam mit den Teilnehmern Themen aus dem Bereich der Politik. Seit vielen Jahren befasst sich Vitali Stab mit Fragen der Politik und kennt sich mittlerweile ausgezeichnet in Rechts- und Steuerfragen aus. Er stellte ein abwechslungsreiches und informatives Programm zusammen, gestaltete das Seminar interaktiv und förderte und forderte damit die Teilnehmenden zugleich.

Zu Beginn des Programms wurde über die Bedeutung der bundesdeutschen Verfassung diskutiert und anschließend der Unterschied zwischen Grundgesetz und Verfassung erläutert. Grundrechte stellten einen weiteren wichtigen Bestandteil des Seminars dar. Ein spannender Abschnitt der Veranstaltung waren die Auseinandersetzung mit dem Begriff des Rechtsstaates und die Diskussion darüber, ob und warum Deutschland ein Rechtsstaat ist.

Im Verlauf des Programms sprachen die Teilnehmenden unter der Leitung von Vitali Stab gemeinsam über den Begriff und die Bedeutung der Demokratie. Was ist eigentlich Demokratie? Warum ist Demokratie für uns aktuell und für die Zukunft so wichtig?

In Bezug auf den Erhalt, die Stärkung und Förderung der Demokratie wurde die entscheidende Rolle der politischen Beteiligung betont. Den Teilnehmenden wurden mögliche Folgen aufgezeigt, die im Zuge einer politischen Passivität entstehen können, zum Beispiel, wenn Menschen von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch machen und nicht zu Wahlen gehen. Dazu gehöre auch eine aktive Beteiligung in den demokratischen Parteien.

Nicht einmal das heiße Wetter an diesem Tag konnte die Anwesenden vom Programm ablenken und von einer aktiven Teilnahme abhalten. Mit großem Interesse folgten sie den Vorträgen und Erläuterungen des Referenten, brachten sich aber auch selbst aktiv mit Ideen und Impulsen in die Diskussionsrunden ein. Die unterschiedlichen Meinungen wurden in der Runde mit Respekt aufgenommen und ausführlich diskutiert. Es wurden Wünsche geäußert und Anregungen für den weiteren Verlauf sowie mögliche Maßnahmen und Inhalte des Projektes „Willkommen in der Demokratie“ gegeben.

Weitere Themen des Tages waren Föderalismus als Ausdruck der Freiheit am Beispiel der Bayerischen Verfassung, die Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft und Deutschland als Sozialstaat. Das Thema „Freiheit“ sowie die damit verbundenen Chancen und die Verantwortung wurden ebenfalls ausführlich diskutiert.

In der Feedback-Runde wurde deutlich, dass die behandelten Themen aktuell, die Inhalte informativ und für das allgemeine Verständnis von Politik wichtig sind. Sogar diejenigen, die Politikwissenschaften studiert haben, äußerten, dass ihnen in dem Seminar neue Aspekte aufgezeigt wurden. Aufrichtiges Interesse, das die Teilnehmenden vermittelten, spannende Debatten und viele neue Impulse zur Weiterführung des Projektes machten deutlich, dass das Thema „Demokratie“ für junge Menschen von großer Bedeutung ist.

Das Projekt „Willkommen in der Demokratie“ hat mit dieser Maßnahme jungen Teilnehmenden Inhalte aus dem Bereich der Politik zugänglich gemacht, verständlich vermittelt und sie dazu motiviert, sich aktiv am Programm und den Diskussionsrunden zu beteiligen. Die interaktive Gestaltung des Programms und die Möglichkeit, seine Meinung frei äußern und seine Ideen zur Diskussion stellen zu können, haben einen Beitrag dazu geleistet, dass die Teilnehmer bereits beim Seminar die Vorteile der Demokratie deutlich erleben konnten. Das Gefühl, sich beteiligen, sich mit eigenen Ideen einbringen und somit auch den Prozess gestalten zu können, sind wichtige Voraussetzungen, dass junge Menschen auf der politischen Ebene partizipieren können und vor allem wollen.

Neben den Inhalten des Seminars lobten die Teilnehmenden das Engagement der Projektleiterinnen Irina Eisel und Nelli Geger sowie die gute Vorbereitung und Kommunikation im Vorfeld und während der Durchführung der Veranstaltung.

Katharina Martin-Virolainen

40 Jahre Patenschaft des Landes Baden-Württemberg über die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Am 30. Januar 1979 übernahm die baden-württembergische Landesregierung mit ihrem damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth (1937-2016) die Patenschaft über die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Eine Verpflichtung, der das Bundesland bis zum heutigen Tage treu geblieben ist.

Wie auf der Patenschaftsurkunde vermerkt, soll die Patenschaft die Verbundenheit des Landes Baden-Württemberg mit der LmDR bekräftigen, die Bewahrung, Pflege und Weiterentwicklung des Kulturerbes der Volksgruppe fördern helfen und ihrem Zusammenhalt dienen.

Nach den Patenschaften über die Volksgruppe der Donauschwaben und die Landsmannschaft Berlin/Mark Brandenburg war die Patenschaft über die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland die dritte des Bundeslandes.

Die Übernahme der Patenschaft erfolgte mit gutem Grund, schließlich spielte das heutige Baden-Württemberg in der Geschichte der Deutschen aus Russland eine herausragende Rolle. Von dort wanderten zu Beginn des 19. Jahrhunderts die weitaus meisten Deutschen in das Russische Reich aus, und vor allen in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zog es diejenigen, denen eine Rückkehr in das Land ihrer Vorfahren gelungen war, mehrheitlich in den Südwesten der Bundesrepublik, wo ihre Verwandten zumeist wohnten. In Stuttgart wurde 1950 die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft der Ostumsiedler gegründet. Heute ist die Landesgruppe Baden-Württemberg die mitgliederstärkste Gliederung des Verbandes, und in der Landeshauptstadt Stuttgart ist seine Bundesgeschäftsstelle zu Hause.

Am 10. November 1979 überreichte dann der baden-württembergische Innenminister Dr. Guntram Palm die Patenschaftsurkunde im Rahmen einer offiziellen Feierstunde im weißen Saal des Neuen Schlosses in Stuttgart dem Sprecher der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Joseph Schnurr.

10. November 1979: Der baden-württembergische Innenminister Dr. Guntram Palm (rechts) überreichte dem Sprecher der LmDR, Joseph Schnurr, die Patenschaftsurkunde.

In seiner Ansprache verwies dieser nach einer Zusammenfassung wichtiger Momente der russlanddeutschen Auswanderungs- und Siedlungsgeschichte auf Probleme, mit denen die Deutschen aus Russland bei ihrem Bemühen um eine gelingende Integration konfrontiert wurden, etwa Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzsuche samt der Frage der Anerkennung von Zeugnissen und Diplomen. Als wichtigen Beitrag zur Steigerung des Selbstbewusstseins der Deutschen aus Russland nannte er bereits damals die Erforschung der eigenen Geschichte und Kultur.

Zehn Jahre vor Beginn der großen Ausreisewelle von Deutschen aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten verwies er mit großem Bedauern auf die seit Jahren zurückgehenden Aussiedlerzahlen. Allein beim Deutschen Roten Kreuz, so Schnurr, würden 100.000 Ausreiseanträge liegen, für die keine Visa ausgestellt seien.

Direkt an Minister Palm gewandt, führte er zur Bedeutung der Patenschaft aus: „Ich nehme die Urkunde für meine Volksgruppe mit der Gewissheit entgegen, dass der Text mit dem Leben erfüllt wird, von dem beide Seiten eine klare Vorstellung haben. … Für unsere Landsmannschaft ist schon allein das Bestehen eines solchen Patenschaftsverhältnisses von ausschlaggebender Wichtigkeit, nicht nur hinsichtlich der Wahrung der Repräsentanz, sie stärkt und fördert auch die Identifikation unserer Volksgruppe."

Innenminister Palm bezeichnete die in die Bundesrepublik kommenden Russlanddeutschen als keineswegs nur Nehmende, sie seien vielmehr auch Gebende, solide Stützmauern für die freiheitliche Ordnung des Landes.

Schon in den ersten Jahren nach der Übernahme der Patenschaft wurde die baden-württembergische Landesregierung der damit verbundenen Verpflichtung in vorbildlicher Weise gerecht.

Nicht zuletzt profitierte davon die Bundesgeschäftsstelle des Verbandes. So überwies die Landesregierung 1981 zusätzlich zu den 500.000 DM, die dank der bewundernswerten Spendenbereitschaft der Mitglieder der LmDR zusammengekommen waren, 200.000 DM, die zur Einrichtung einer Bundesgeschäftsstelle in Göppingen verwendet wurden.

Als man sich 1987 aufgrund der rapide gestiegenen Aufgaben der LmDR gezwungen sah, die Geschäftsstelle nach Stuttgart zu verlegen, war das nur dank einer Aufstockung des Patenschaftsgeldes und der Übernahme der Bürgschaft für zinsgünstige Kredite durch Baden-Württemberg möglich.

Logo des Bundestreffens der LmDR in Stuttgart 2015.

Die Übernahme der Patenschaft führte auch dazu, dass nach einer langen Phase von 16 Bundestreffen in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden von 1962 bis 1990 (lediglich 1983 hatte man sich in Karlsruhe getroffen) 1992, 1994, 1996, 1998, 2001 und 2015 Bundestreffen in Stuttgart sowie 2004 ein Bundestreffen in Karlsruhe durchgeführt werden konnten.

Besonders hervorzuheben ist das Bundestreffen des Jahres 1998 auf dem Stuttgarter Killesberg. Zwischen 50.000 und 60.000 Besucher waren gekommen, um Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl als gefeierten Festredner der Feierstunde zu erleben.

Bis zum heutigen Tag wird alle zwei Jahre der 1994 von Ministerpräsident Erwin Teufel geschaffene Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg verliehen, inzwischen bereits zum zwölften Mal.

Bei der Verleihung des Kulturpreises 2010 betonte der damalige baden-württembergische Innenminister und Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, Heribert Rech, in seiner Festrede:

„Das kulturelle Erbe, das die Russlanddeutschen als unsichtbares Fluchtgepäck mitgebracht haben, darf nicht verloren gehen. Es gehört zum geistig-kulturellen Erbe unseres ganzen Volkes und ist Teil der gesamten deutschen Kultur. Wir wollen es bewahren und weitergeben."

2019 darf die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland mit Freude feststellen, dass sie mit Baden-Württemberg nach wie vor einen zuverlässigen Partner an ihrer Seite hat. Die Übernahme der Schirmherrschaft über ihr Bundestreffen 2015 durch Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist nur einer von vielen Belegen dafür.

VadW